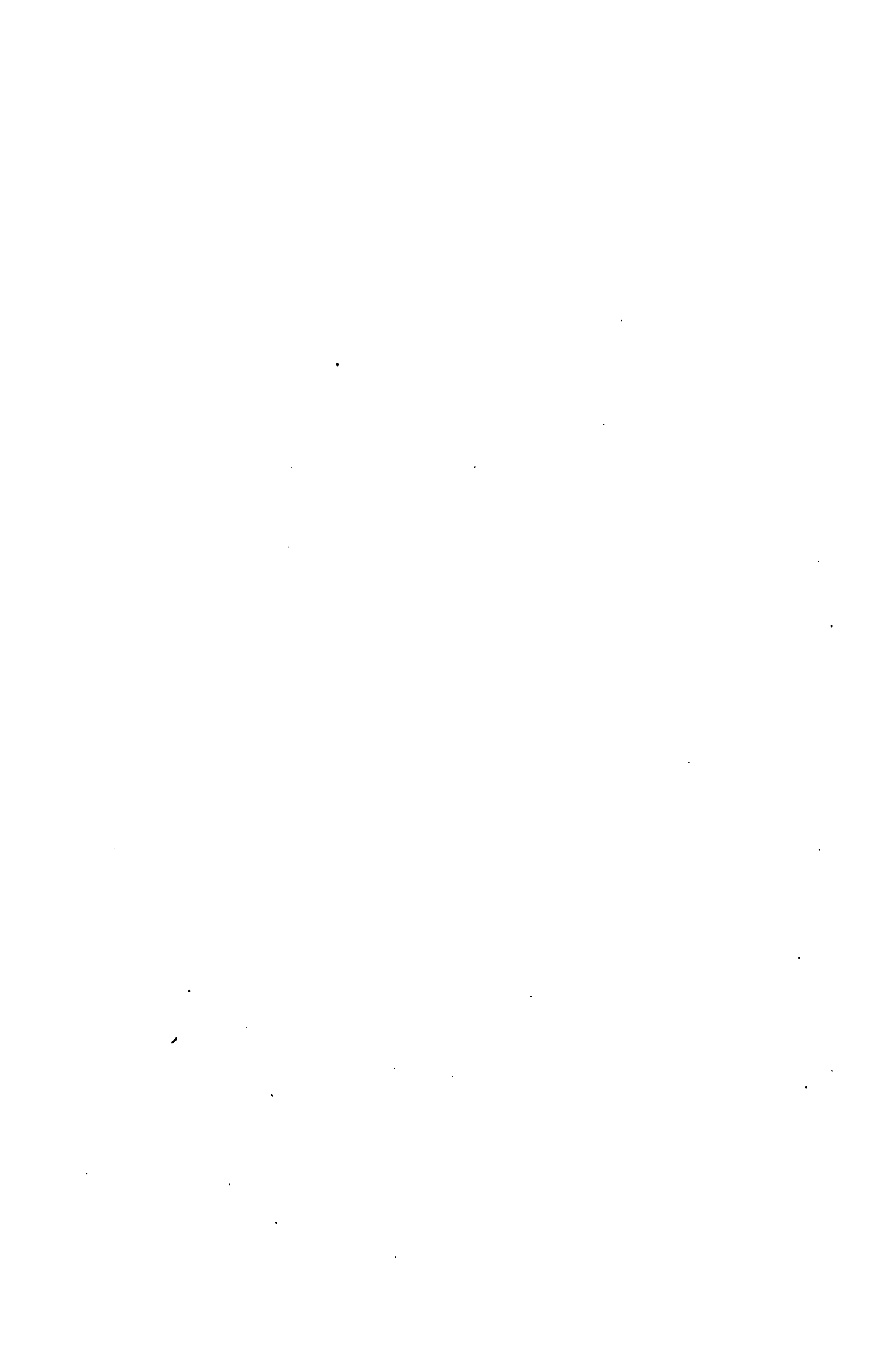
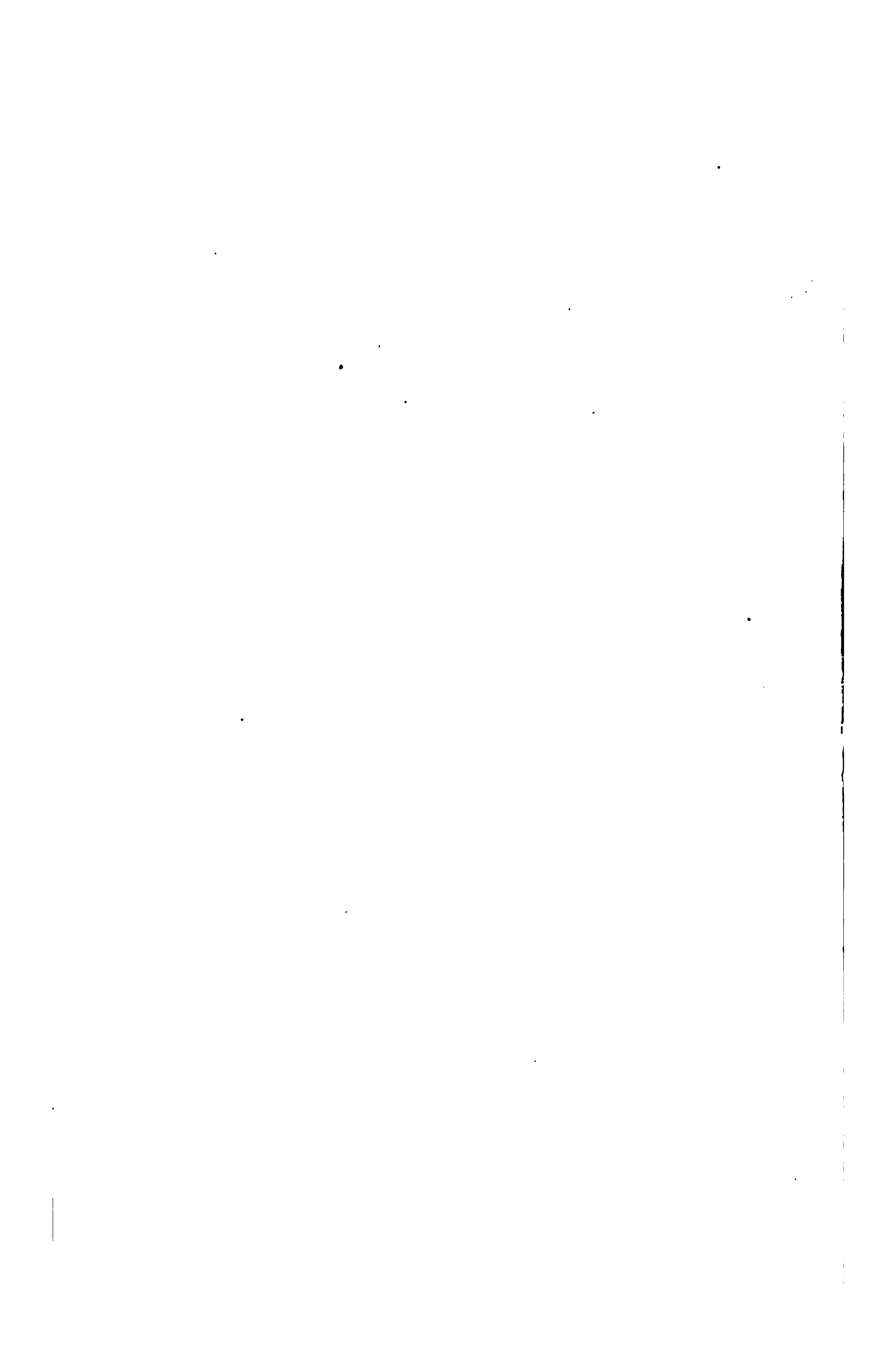



DOMI MINA
NUS TIO
ILLU MEA
Taylor Institution.







Aus dem Briefwechsel

Friedrich Wilhelms IV. mit Bunsen.

Aus dem Briefwechsel

Friedrich Wilhelms IV.

mit Bunsen.

Von

Leopold von Ranke.



Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1873.

Vorwort.

Ich fühle mich glücklich, dem Vaterlande und der Welt eine Gabe von hohem Werthe darbringen zu können — Briefe des Königs Friedrich Wilhelm IV. von Preußen.

Zeitgenossen pflegen einander doch nur äußerlich zu kennen. Die wirksamen Männer folgen allezeit ihren eigenen Impulsen und suchen dieselben so viel möglich zur Geltung zu bringen. Von den inneren Antrieben Anderer, besonders derer, mit denen man in Gegensatz geräth, bildet man sich gewöhnlich nur einen sehr oberflächlichen Begriff. Und die Mißverständnisse, die hieraus entstehen, hören nicht mit dem Leben auf; sie gestalten sich vielmehr nicht selten zu einer Tradition, welche in die historische Auffassung eindringt und dieselbe so lange beherrscht, bis der Forscher auf Documente stößt, welche ihm in dem Gewirre der einander widersprechenden Ueberlieferungen ein sicheres Urtheil an die Hand geben.

Noch ist die Zeit nicht gekommen, eine kritische Geschichte Friedrich Wilhelms IV. zu schreiben; aber man darf

mit Mittheilungen hervortreten, welche das Andenken dieses Fürsten, das von den Antipathieen, die er bei seinen Lebzeiten erweckte, vielfach verdunkelt ist, in ein helleres Licht stellen und sein Thun und Lassen verständlich machen. Die Briefe, die von ihm bereits bekannt geworden sind, haben immer große Aufmerksamkeit erweckt; es sind ihrer jedoch nur wenige; und sie genügen bei Weitem nicht, um ihn in den verschiedenen Phasen seines Lebens kennen und sein Wesen würdigen zu lernen. Aber es giebt einen Briefwechsel von ihm, der sich über einen großen Theil seines Lebens erstreckt, — von 1830 bis 1857 —, mit einem Manne, welcher sich seines intimen Vertrauens und seiner herzlichsten Zuneigung erfreute. Es war Christian Karl Josias Bunsen, den der König zu seinem Gesandten in England erkor und dann in den Freiherrnstand erhoben hat. Von diesem Briefwechsel ist in jüngster Zeit öfter die Rede gewesen, namentlich in der ausführlichen Lebensbeschreibung Bunsens von vertrautester Hand. Eine umfassende und gleichmäßige Bearbeitung des gesammten schriftlichen Verkehrs, der zwischen ihnen stattfand, würde manche Schwierigkeit haben. Denn sehr umfangreich sind die Eingaben, Schreiben und Berichte Bunsens, die unmittelbar an den König gingen: die meisten Jahrgänge machen ansehnliche Hefte aus; man würde sie mit der ministeriellen Correspondenz verbinden und dabei auf die einzelnen Geschäfte eingehen müssen. Dagegen bilden die Briefe des Königs an Bunsen, fast ohne Ausnahme eigenhändig und jeder charakteristisch, einen anziehenden und würdigen Stoff des Studiums und der Mittheilung. Daß diese nicht vollständig sein kann, versteht sich bei der Nähe der Zeiten von selbst, zumal da von den Persönlichkeiten, die darin berührt werden, noch

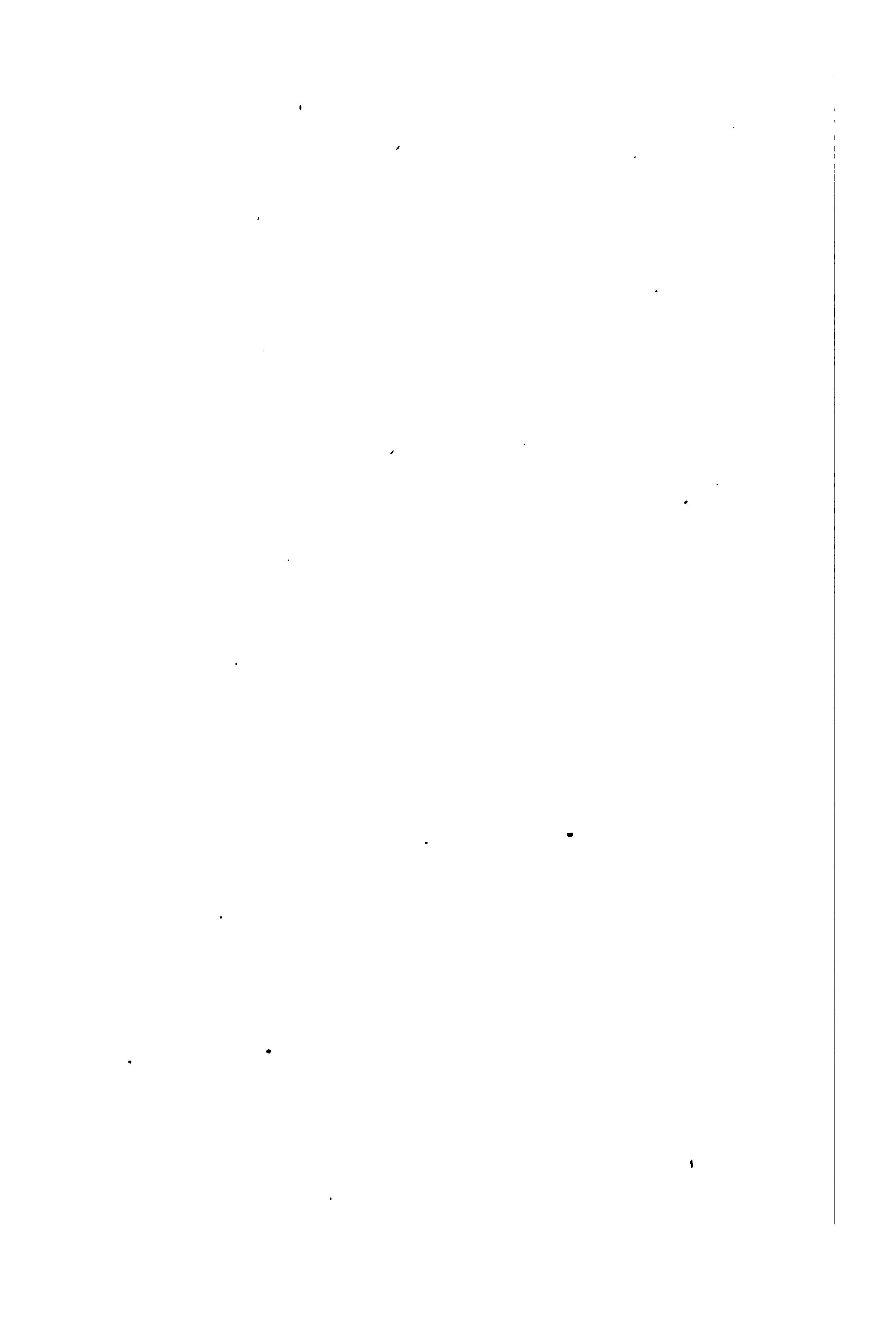
so viele leben. Es sind nicht diplomatische Aktenstücke, welche mit allseitiger Umsicht erwogen werden; es sind Briefe, d. h. momentane Ergüsse der Stimmungen und der Anschauungen, wie sie einem Freunde gegenüber aus vollem Herzen hervorquollen. Nicht jede Aeußerung würde man als definitives Urtheil betrachten dürfen: man darf das Wort, so zu sagen, nicht allezeit beim Worte nehmen. Es wird kaum Briefe geben, welche unumwundener und beweglicher den innersten Gedanken ausdrücken, als die vorliegenden Friedrich Wilhelms IV.; allenthalben tragen sie das Gepräge seines Geistes, seiner Gesinnung und zugleich der Eindrücke des Momentes; sie verbinden Tiefe und Humor; sie zeugen von einer unvergleichlichen Gabe des Ausdrucks und der Sprache. Es würde ein Verlust für die Literatur sein, wenn sie unbekannt blieben; noch einen größeren aber würde damit die Geschichte erleiden.

Bei der ersten Lectüre der Briefe des Königs fühlt man sich durch den inneren Zusammenhang seiner Gedanken und durch das Hervortreten von Ansichten und Tendenzen, die man bei ihm nicht voraussetzt, überrascht. Je mehr man sich in dieselben vertieft, um so deutlicher erhebt sich vor dem geistigen Auge die historische Gestalt dieses Fürsten; sie vergegenwärtigen die Ziele, die er verfolgte, die Gegensätze, mit denen er zu kämpfen hatte; das Eigenthümliche seiner Stellung in der Geschichte überhaupt; man lernt den Umfang seiner Ideen und die darauf gegründeten Intentionen kennen; er spricht sie in dem Momente der Handlung mit einer Wahrheitsliebe aus, die Nichts verhehlt. Unschätzbar sind hiefür die Beziehungen zu Bunsen, und viele von dessen eigenen Briefen, nicht allein, weil er dem Könige nahe stand, viel-

mehr weil er ihm oft mit lebhaftem Widerspruch entgegentritt. Denn nicht so sehr in den Gegensätzen der Extreme tritt das Charakteristische der Sinnesweise hervor, als in der Sonderung des Nahestehenden und Verwandten.

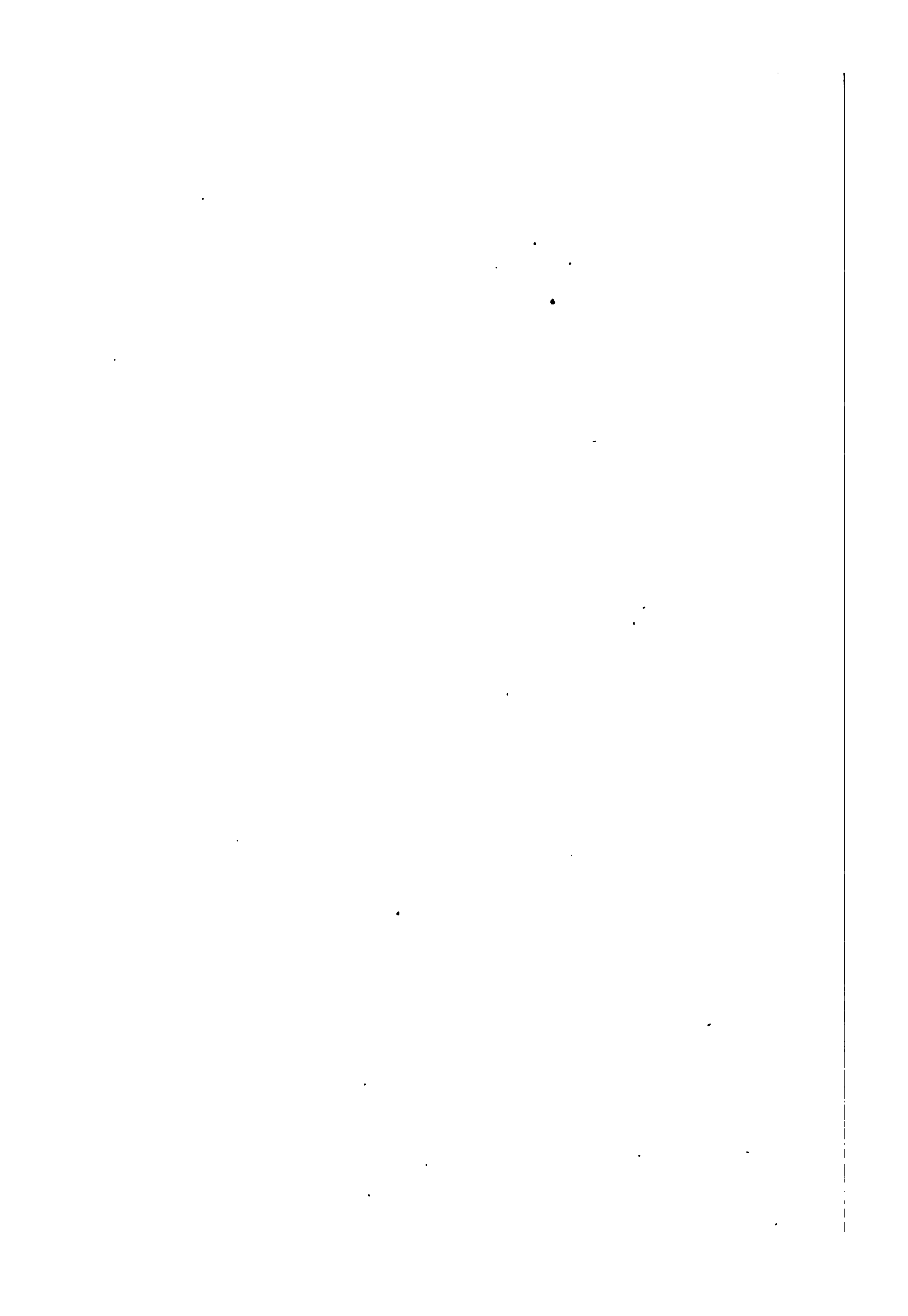
Dem Herausgeber lag es ob, den jedesmaligen Standpunkt des Königs, dem Gange und dem Wechsel der Ereignisse gemäß, nach bestem Wissen zur Anschauung zu bringen.

Uebersicht des Inhalts.



I.

Anfänge der Bekanntschaft und der Correspondenz.



Die ersten revolutionären Bewegungen, welche sich gegen das System der Restauration erhoben, waren niedergeschlagen; es konnte als eine Art von Besiegelung desselben gelten, als der mächtigste protestantische Fürst auf dem Continent, der König von Preußen, nach dem Congreß von Verona im Spätjahr 1822 dem Papste, welcher die Herstellung seiner weltlichen Gewalt in vollem Umfang vornehmlich einer Einwirkung der nichtkatholischen Potenzen zu danken hatte, einen Besuch machte. Streitigkeiten von Bedeutung gab es zwischen ihnen in diesem Augenblicke nicht. Der große Gegensatz gegen die auf eine allgemeine Weltherrschaft zielenden Unternehmungen Napoleons I., von welchen Protestanten wie Katholiken, Preußen sowohl wie Rom heimgesucht worden waren, hatte zu einer Gemeinschaft der Interessen geführt, vor welcher die Differenz des religiösen Bekenntnisses zunächst in den Hintergrund trat. Im Jahre 1821 war nach langen Verhandlungen jene Bulle ergangen, durch welche die kirchlichen Verhältnisse der katholisch gläubigen Bevölkerung im preußischen Staate geregelt wurden. Die kirchlichen Diöcesen werden darin auf eine der nunmehrigen Stellung des Staates angemessene Weise umschrieben und abgegrenzt, die Gegenleistungen desselben festgesetzt und die Formen der

bischöflichen Wahlen mit Rücksicht auf die Rechte des Staates und der Kirche bestimmt. Der König hatte der Bulle seine landesherrliche Sanction ertheilt, — unbeschadet seiner Majestätsrechte und der Rechte der Evangelischen. Nicht eigentlich ein Concordat war geschlossen worden, aber eine Uebereinkunft getroffen, auf deren Grundlage sich eine friedliche Entwickelung hoffen ließ. Eine allgemeine Beruhigung war damit eingetreten: der König durfte eine gute Aufnahme erwarten.

Noch war der Gesandte in Rom, dessen Umsicht und Geschicklichkeit nicht wenig dazu beigetragen hatte, das schwierige Werk so weit zu fördern. Es war Barthold Georg Niebuhr, ein Gelehrter ersten Ranges, der Begründer einer neuen Epoche in der Behandlung der altrömischen Geschichte. Er setzte auch während seiner Gesandtschaft in Rom diese Arbeiten fort; wie sich denn in jenen Jahren Politik und Wissenschaft auf die eigenthümlichste Weise berührten. Nach den Zeiten des napoleonischen Völkersturmes war man auf die nationalen Grundlagen der Staaten zurückgekommen. Historische Studien gewannen dadurch einen verdoppelten Antrieb, weil die alte Entwickelung der Dinge noch einmal zum Uebergewicht gekommen war: sie erstreckten sich in das entfernteste Alterthum und umfaßten die Welt. Bei Männern wie Niebuhr durchdrangen sich Untersuchungen über das Alterthum, die eine geistige Aneignung des Längstvergangenen bezweckten, mit der Theilnahme an der Gegenwart: das Eine wirkte auf das Andere.

Zu Niebuhrs Seite befand sich ein jüngerer Mann, der durch den Trieb gelehrter Erforschung des Alterthums, die er über den Orient und die Kirche ausdehnte, nach Italien

geführt und dort durch eine glückliche Vermählung zu einer größeren Selbständigkeit in seinem Privatleben gelangt war, als sie sonst einem jungen deutschen Gelehrten zu Theil wird, und der sich mit der Hingebung, welche Verdienst und Charakter älterer Männer in jüngeren nacheifernden wohl hervorrufen, an Niebuhr anschloß, Christian Carl Josias Bunsen, im Jahre 1792 zu Corbach im Waldeckischen geboren, — ein Zögling der philologischen Schule in Göttingen. Er hat Niebuhr bis an seinen Tod als seinen Meister und Lehrer verehrt. Dem Thun und Treiben des Tages stand er durch seine Jugend und mannigfaltige Empfänglichkeit noch einen Schritt näher, als Niebuhr. Er unterstützte denselben in seinen gesandtschaftlichen Geschäften, wobei er jedoch immer an der Absicht festhielt, sich durch kirchliche, namentlich liturgische Studien, denen er sich mit Eifer hingab, für eine Professur an einer deutschen Universität auszubilden.

Wenn der römische Hof gewohnt war, fürstlichen Persönlichkeiten, welche die Stadt besuchten, römische Antiquare beizugeben, um sie in den merkwürdigen Localitäten herumzuführen, so fiel dies bei dem Besuche des Königs von Preußen weg. Niebuhr und Bunsen, kundiger als die einheimischen Gelehrten, machten sich dies selbst zur Pflicht. Bunsen übernahm besonders die Führung der beiden Söhne des Königs, die ihn begleiteten, der Prinzen Wilhelm und Carl: er hatte sich wohl vorbereitet und erwies sich als ein überaus nützlicher und angenehmer Cicerone. Bei dem König, der in dieser Zeit mit der Einführung verbesserter Formen für den evangelischen Gottesdienst umging, erwarb er sich durch seine liturgischen Kenntnisse und Ansichten, die er ungezwungen und anregend mittheilte, Beachtung und Auf-

merksamkeit. Er wurde damals zum Legationsrath ernannt und erschien, als Niebuhr kurz darauf Rom verließ, als dessen natürlicher Nachfolger.

Mit dem zweiten und dritten Sohne des Königs, dem Prinzen Wilhelm, Seiner jetzt regierenden Kaiserlichen Majestät, und Seiner Königlichen Hoheit dem Prinzen Carl, war Bunsen während ihres Aufenthaltes in Rom in nahe und befreundete Beziehungen getreten. Hierdurch veranlaßt ließ ihn der älteste der Brüder, der Kronprinz, nachmalige König Friedrich Wilhelm IV., wissen, daß auch er von ihm in Rom herumgeführt zu werden wünsche, wenn seine Absicht, dahin zu reisen, sich erfülle. Noch bestand jedoch zwischen ihnen keine unmittelbare Beziehung. Diese hatte einen kunsthistorischen Ursprung.

Eines der früheren Madonnabilder Raphaels, wahrscheinlich im Jahre 1506 in Florenz gemalt, wo damals die Salviati Macht und Reichthum besaßen, war nach deren Sturz an das Haus Colonna gelangt, so daß es den Namen der Madonna Colonna erhielt. Seitdem war es in den Besitz der Herzogin von Lante übergegangen, die es zu verkaufen wünschte. Es erschien als eine treffliche Erwerbung für das Museum, das soeben in Berlin gegründet wurde. Der Kronprinz erwarb sich das Verdienst, die erforderliche Geldsumme flüssig zu machen; Bunsen wußte die Schwierigkeiten zu beseitigen, die in Rom, wo man jedoch weit entfernt war, die Besitzerin zu entschädigen, von Seiten des Camerlengo der Ausführung entgegengesetzt wurden. Er konnte sich, da auch die Geschäfte der Gesandtschaft eine Reise nach Berlin rathsam erscheinen ließen, im Jahre 1827 aufmachen, um das schöne Kunstwerk selbst dort-

hin zu überbringen. Er wünschte es dem Kronprinzen an dem Geburtstage desselben, den 15. October, zu überreichen.

Bunsen war in blühenden Jahren, wohl gestaltet, sehr wohl unterrichtet und zwar eben im Besitz solcher Kenntnisse, die auch Andere zu erwerben wünschen, von communicativer Natur und anziehender Conversation, von einer angeborenen, keineswegs servilen, aber rücksichtsvollen Gewandtheit des Betragens; er erfreute sich der besten Aufnahme in Berlin. Der sonst an sich haltende König Friedrich Wilhelm III. lobte ihn öffentlich und lud ihn bald nach seiner Ankunft nach dem kleinen Landaufenthalte, der sonst nur für die Mitglieder der Familie bestimmt war, Paretz, ein. Bunsen war in seiner Uniform erschienen, wurde aber bedeutet, daß man hier, wo man ohne alle Ceremonie beisammen sei, besser gewöhnliche Kleidung trüge. Als er umgekleidet wieder in das Zimmer trat, kam der Kronprinz, den er noch nicht kannte, auf ihn zu und begrüßte ihn als den, der er war: er müsse Bunsen sein; — es war am 15. October 1827. Bunsen hatte das Raphaelsche Bild nicht mit dahin gebracht, wohl aber eine gelungene Abzeichnung davon, an welcher der Kronprinz seine Augen weidete.

In den folgenden Tagen in Berlin sah der Kronprinz Bunsen so oft wie möglich. Im Gespräch bildete sich ein Verhältniß des Vertrauens und der Hochachtung aus. Bunsen bewunderte, wie er sagte, die Genialität und Besonnenheit des Prinzen.

Im Spätjahr 1828 machte nun auch der Kronprinz eine Reise nach Rom; für seinen Aufenthalt daselbst war ihm Bunsen, der den für die bestimmte Zeit berechneten Plan der Besichtigungen ausgearbeitet hatte, unschätzbar. Wobei aber

könnte man einander näher treten, als in diesen Regionen des geistigen Lebens, wo Anschauungen der Natur, die großartigsten Erinnerungen der Geschichte alter und neuer Zeit und der Genuß des Besten, was die bildende Kunst hervorgebracht hat, in einander greifen. Der Geist berührt den Geist in dem Eindruck, den ein jeder empfängt, und dem Urtheil, das in ihnen entspringt, unmittelbar. Und wie sehr wird man dem, der früher am Platze war, verpflichtet, wenn er die eigene Kenntnißnahme unterstützt und erleichtert. — Auf der Rückreise begleitete Bunsen den Prinzen bis nach Verona; er ist hoch erfreut über Alles, was er von ihm auch in Bezug auf die kirchlichen Verhältnisse und die Grundsätze der Regierung vernahm.

Mehr als einmal hatte er an denselben geschrieben; doch kam es noch nicht zu einer eigentlichen Correspondenz. Erst im Jahre 1830 wurde eine solche durch ein Schreiben des Kronprinzen begonnen.

Berlin, 22. April 1830.

Mein vielgetreuer Bunsen!

So muß ich Sie nothwendig nennen im Gegensatz zu mir, da ich Ihnen gegenüber diesen Namen am wenigsten verdiene. Sie haben so treulich ausgehalten, mir zu schreiben, und welche Briefe! Einer immer interessanter, als der andere — und nun sind bald 1½ Jahre verflossen, seitdem ich alle due Torri presso Sta Anastasia zu Verona Abschied von Ihnen nahm und wahrlich mit recht gepreßtem Herzen — und ich habe doch auch nicht die Feder angesetzt, um Ihnen ein liebes Wort zukommen zu lassen, und doch ist Herz und Mund voll von dergleichen für Sie, lieber Bunsen.

Lachen Sie in Gottes Nahmen, wenn ich heut noch Ihnen sage, daß ich so recht von Herzen dankbar bin für Alles, was Sie im Ew'gen ROM und sonst im Land Italia an mir gethan, — aber ich muß es sagen, es erstickt mich sonst —. Nun falle ich aber gleich wieder in die Rolle des großen Herren und gestehe Ihnen offen, daß der hauptsächlichste Zweck dieser Zeilen seyn soll, Sie zum ferneren und öfteren Schreiben an mich aufzufordern. — Sie sehen den Pferdefuß — Aber bedenken Sie, ich zeige ihn so ehrlich hin und Sie glauben gewiß nicht, daß er dem höllischen Pfuhl entstiegen ist.

In einem ein paar Wochen später hinzugefügten Postscriptum gedenkt der Kronprinz des Ankaufs des Palastes Caffarelli, für welchen der König günstig gestimmt sei; er treibe den säumigen Kabinetsrath dafür an; Bunsen möge nur den klugen Duca Caffarelli festhalten.

„Welche Wonne, wenn mich ein günstiges Geschick einst wieder nach Rom führt, einen eigenen Heerd und Freunde in maximis zu finden und anzubeten in S. Salvatore sopra Giove. O göttlicher Sommernachtstraum!!!!!!"

Es dauerte lange, ehe Bunsen diesen Brief empfing, und noch länger, ehe er ihn beantwortete; seine Antwort ist vom 18. Februar 1831. Ein Intervall vom schwersten Inhalt. Indessen war die Julirevolution erfolgt, die Welt war aus dem Traume einer friedlichen Durchführung der Ideen der Restauration, in der sich die Machthaber wiegten, aufgeschreckt; die gesammte Grundlage der bestehenden Zustände war erschüttert; Rom selbst, wohin sich die Blicke des Prinzen mit

schwärmerischer Sehnsucht richteten, war von den Stürmen bedroht und nur noch eben gerettet worden.

Bunsens Schreiben zeichnet den Standpunkt, den er in diesem Augenblick einnahm.

„Eine halbe Welt in Aufruhr — Rom von abtrünnigen Provinzen umgeben, das Blut kochend über der Insolenz der ruchlosen Söhne der Revolution, und in England Brougham auf dem Wollsacke und die gemeinsten Ansichten am Throne!"

Bunsen berichtet, man bereue in Rom, daß man nicht dem Beispiel Preußens gefolgt sei und von unten auf zu reformiren angefangen habe; die Herstellung der Municipalitäten würde der Errichtung der Provinzialstände entsprechen; auch dies jedoch würde Oesterreich nicht geschehen lassen. Gleich von Anfang an durchsetzt sich der Briefwechsel — und wie hätte es bei der Aufregung der Zeit anders sein können — mit politischen Betrachtungen.

Vom Jahre 1831 liegt nur ein einziger Brief des Kronprinzen vor, in welchem er kein Bedenken trägt, sich in dieser Beziehung auszusprechen. Er sieht in den Ereignissen vor Allem religiösen Abfall und ein göttliches Gericht.

„Frankreichs Zustand scheint mir nicht tenable. Die Regierung steht eigentlich gar nicht. Gott giebt der Welt Lehren, wie nie zuvor seit Menschen Gedenken, aber wie waren die Menschen so taub, so auf sich selbst beschränkt. Die Seuche rüttelt an den Herzen. Gott gebe seinen Segen und öffne recht viele Herzen, Augen und Ohren. Der politische Wahnsinn, das Ziehen am Joch der Ungläubigen von so viel wirklich gläubigen Protestanten in Frankreich bricht mir das Herz."

Einmal geht er auch näher auf Vorfälle des Tages ein, die damals die allgemeine Aufmerksamkeit beschäftigten.

„Wie qualificiren Sie Graf de Celles's Charakter? Seine Sprache zu Rom, zu Brüssel, vor König Wilhelm, bei Oranien, im Palais Royal? Was ist darin Wahrheit? Was Jesuitismus? Was Revolutionaires? Ist bei dieser babylonischen Zungen-Verschiedenheit irgendwo ein Herz dabei? Oder eines irren Geistes wetterwendische Kraft auf einem geistreichen, aber schwachen Kopf ohne Herz."

Sonst athmet in jedem Worte des Kronprinzen die lebendigste Theilnahme an den römischen Zuständen. Es erfüllt ihn mit Grauen, wenn er sich die Cholera in der Campagna und den Maremmen denkt.

Damals schloß sich Bunsen den politischen Anschauungen des Prinzen nahe an. Beim Eintritt des Jahres 1832 bemerkt er, daß er sich bescheide, nur bei einer der kleinsten Verwickelungen zur Lösung derselben mitgewirkt, überhaupt wenig gethan zu haben.

„Ich preise mich jedoch glücklich, daß mein Name nicht unter den Londoner Protokollen steht. Im alten Rom ist Trübe: eine schwüle Luft drückt uns seit zwei Monaten darnieder, und die Influenza gesellt sich zu dem bleiernen Sirocco. Die Arbeiten auf dem Forum gehen deßhalb nicht schneller; doch sind wir am Vorabend großer Entdeckungen, wenn nicht Alles täuscht."

Wie hier über Belgien, so drückt sich Bunsen in einem Schreiben von den Iden des März 1833 über die englische Reform sehr ungünstig aus.

„Wohl hatte ich gezittert vor den Folgen der Treulosigkeit der Ultra's, die ihren Retter und Held verfolgten und

verließen, der doch nicht den Muth hatte, sich nach der anderen Seite, wo die Stärke der besseren öffentlichen Meinung saß, durch die Reste der parlamentarischen Größe einer früheren Zeit zu verstärken: ja es überlief mich, als ich die unbesonnenen, so theuer gebüßten Worte des Herzogs las, durch die er mit der Gegenwart brach. Von der neuen Verwaltung hoffte ich nie etwas, da ich die Seichtigkeit der Menschen und ihren Haß gegen alle erhaltenden Grundsätze kannte; aber Wer konnte etwas so Erbärmliches fürchten, als ihre Reform? Wer konnte glauben, daß sie sich und ihre eigenen Helden vergessen und verläugnen würden, das Princip der Gleichförmigkeit — diese Organisation des Todes — und das der Volksmenge an die Spitze des neuen Wahlrechtes zu stellen."

Zu der Gleichartigkeit der politischen und religiösen Ansichten kam die Theilnahme, die der Kronprinz den persönlichen Angelegenheiten Bunsens und seinen Arbeiten, die hauptsächlich liturgischer Art waren, widmete.

Bunsen spricht die Hingebung, die er empfand, mit einer Wärme aus, die kaum stärker sein könnte.

„Die Dankbarkeit, die mich durch so viele Wohlthaten auf das ganze Leben an das gottgesegnete Königshaus und Ew. Königliche Hoheit fesselt, ist so ganz eins mit der Liebe, durch die ich mich im Innersten meines Herzens und im Tiefsten meines Geistes und Gemüths zu der Persönlichkeit hingezogen fühle, die, von Hoheit und Krone unabhängig, zu unserem und wills Gott, zu späterer Nachwelt Segen mit beiden verbunden ist, daß die beiden Gefühle bei mir unzertrennlich sind, und ich mit dem Einen auch das Andere ausspreche."

Liturgie und Kirche, Alterthum und Kunst bilden die

Atmosphäre, in der sich das Verständniß zwischen dem Prinzen und Bunsen immer lebendig erhielt.

Die Sehnsucht, wieder nach Rom zu kommen, ergriff den Kronprinzen mit doppelter Stärke, als er im December 1833 sich in der Nähe der Pässe befand, die nach Italien führen. Er begnügt sich damit, sie auszusprechen; doch steht es in einer gewissen Beziehung damit, wenn er Bunsen, der bereits seinerseits angekündigt hatte, nach Berlin kommen zu wollen, anempfiehlt, seinen Weg über München zu nehmen.

„Sollten Sie durch München gehen, welches ich Ihnen auf alle Weise rathe, denn die Zeit der Medicäer ist hier erstanden, so versäumen Sie nicht, den Kronprinzen zu besuchen. Er hält viel von Ihnen. Seien Sie nicht verknüpft mit ihm. Er hat Jemand in den Klöstern Italiens herumreisen lassen, um alte Kirchen-Mosaik zu sammeln und soll wahre Schätze haben, die er mir versprochen hat, Ihnen mittheilen zu wollen.“

Für Friedrich Wilhelm bedurfte es nicht des Anblickes der Alpen, um in ihm die Sehnsucht nach Rom zu erwecken. Auch bei dem Aufenthalt in dem treuen Pommerlande in der Nähe von Swinemünde versetzte ihn der Anblick eines armseligen Kirchleins nach der ostiensischen und liberianischen Basilika, „wie man bei einer Schilderung der Hölle sich den Himmel um so lebhafter denke“. Er erklärte sich von dorther zum Ankauf zweier Bildwerke bereit, den ihm Bunsen vorgeschlagen hatte.

Im Jahre 1834 war Bunsen nun wirklich nach Berlin gekommen, in einer Angelegenheit, deren wir sogleich ausführlich gedenken werden. Sein Verhältniß zu dem Kronprinzen gewann dadurch an Innigkeit, daß Beide nicht allein über diese Sache, sondern über die allgemeine Lage verwandte Ideen

hegten. Auf seiner Rückreise meinte Bunsen überall in Deutschland analogen Anschauungen zu begegnen; er glaubte zu bemerken, daß ein gemeinschaftlicher Grundgedanke in Bezug auf die Emancipation der Kirche und lebendige Wiederbegründung einer kirchlichen Gemeinschaft vorwalte; im Verkehr mit den leitenden Männern, wie mit den praktischen Geistern sei ihm derselbe in den verschiedenartigsten Gestalten entgegen getreten [1]).

Von Rom aus unterhält er den Kronprinzen mit seinen Entdeckungen der wahren Gestalt des römischen Forums, Arbeiten, zu denen er eben von ihm besonders aufgefordert sei [2]).

Der Kronprinz nimmt davon Anlaß, sich nochmals in die römische Topographie zu vertiefen. Er fragt, „ob und in welcher Gegend ein Uebergang oder Verbindung des Römischen und des Caesarischen Forums anzunehmen ist, wie sich das forum Trajanum hinter der Säule gestaltete; ob die drei Tempel in dem Labyrinth von Portiken lagen, die die Säule umgaben" [3]). Er vertiefte sich in diese Studien, wie er sagt, auch deßhalb, „weil es ihm in Berlin ganz ängstlich und miserable werde". Und warum das? Er hörte so eben, daß die Prinzen von Orleans zu den Frühlingsmanövern nach Berlin kommen würden; auch in Wien erwarte man sie mit offenen Armen. „Das ist so schwer für mich, daß ich weinen möchte."

Er sah damals in den Orleans die Repräsentanten der revolutionären und illegitimen Gewalt.

1) Schreiben vom 1. October 1834.
2) Schreiben vom 20. Mai d. J.
3) Schreiben vom 30. April 1836.

Bunsen, fortwährend mit seinen Forschungen über das Forum, wo er immer neue Entdeckungen zu machen meinte, beschäftigt, verfehlte nicht, dem Prinzen auch in Bezug auf jene Zweifel Bericht zu erstatten. Er beginnt mit dem Forum Cäsars, welches der Ausgangspunkt für alle kaiserlichen Fora geworden sei, deren Zusammenhang er nun historisch erläutert [1]). Da die Reise des Kronprinzen im Jahre 1836 unmöglich war, so nahm er dafür das folgende Jahr in Aussicht. Da aber wurde Bunsen durch eine neue Phase der Verhandlungen, die ihn amtlich am meisten beschäftigten, wieder nach Berlin geführt.

Die Innigkeit und Idealität seiner Beziehungen zu dem Prinzen, wie sie sich nunmehr gestalteten, erscheint in einem Gedicht, das er ihm am 9. August 1837 in Sanssouci überreichte. Es verdient wohl, daß wir das Wesentliche seines Inhalts mit einem Worte berühren.

„Asträa hat sich von der Welt entfernt, wo Alle Rechte wollen, Niemand jedoch will das Recht. Die Rechte haben sie sich selbst erdacht; sie wollen Freiheit haben, aber ohne Gott; sie halten das für Leben, was wurzellos und todt ist. Asträa wendet sich dagegen zu dem Königssohne, der die Neuerung haßt, weil sie die Freiheit und wahre Gestaltung des Lebens hemmt; der das Alte liebt, weil es ihm Steine zu einem Baue bietet, in dem sich die Freiheit zu einem heiligen Dome gestalten soll; unter dessen Händen werde sich das Vaterland zu dem erheben, wonach es seit Jahrtausenden strebe." Auch der Fürstin an der Seite des Prinzen gedenkt er, die das zu ver-

1) Schreiben vom 9. Juli 1836.

söhnen trachte, was sich jetzt hasse; vor deren Anblick Schmeichelei und Trug fliehe [1]).

Welche Hoffnungen, welche Ideale! Die Regeneration der Welt in conservativem Sinne, der aber die wahrhaft freie Entwickelung begünstigen und fördern soll, scheint unter der bevorstehenden Regierung auf friedlichem Wege, wie durch ein höheres Geschick erreichbar.

Aber schon waren Verwickelungen eingetreten, welche Widerstand und Kampf ankündigten.

---

1) Das Gedicht ist mitgetheilt in dem Memoir of Baron Bunsen, by his Widow Frances Baroness Bunsen, II. S. 588 ff.

II.

Die Cölner Irrungen.

Gleich bei dem Tode des Papstes, der die Zeiten der Revolution und der Restauration durchgelebt, ihre Stürme an sich erfahren hatte, nahm man die Vorboten einer Veränderung der Politik des römischen Stuhles wahr.

Man durfte erwarten, und auch Bunsen hegte diese Hoffnung, daß der Eifer des erstarkten Papstthums sich hauptsächlich gegen die Widersacher aller Religion in den katholischen Ländern richten und die protestantischen Staaten, die ihm vielfach nützlich geworden waren, unbehelligt lassen werde. Dagegen aber stritt, daß der Orden der Jesuiten wiederhergestellt worden war, der einst dem Gegensatz mit dem Protestantismus entsprungen war, und in dem Ankämpfen gegen denselben, sowie in dem unnachgiebigen Festhalten der Satzungen der katholischen Kirche und der Prärogative des Papstthums seinen Beruf sah. Auch der Orden vergaß, daß er seine Erhaltung der Protection verdankte, die er dem römischen Stuhle gegenüber bei den nichtkatholischen Gewalten des nördlichen Europa gefunden hatte. Er widmete sich der Restauration der kirchlichen Autorität, wie sie vor den Abweichungen des achtzehnten Jahrhunderts, denen auch er erlegen war, bestanden hatte: er identificirte sich mit den Ansprüchen und Rechten des römischen Stuhles und der exclusiven Katholicität.

Nun gab es einen alten, aber jeden Augenblick neu auftauchenden Streitpunkt zwischen der katholischen Kirche und den nichtkatholischen Staatsgewalten, der bei einer Wiederbelebung der einheitlichen Tendenzen des Papstthumes nothwendig hervortreten mußte, — die Frage über die aus beiden Bekenntnissen gemischten Ehen.

Denn das natürliche Bestreben des Staates ist es, Eheschließungen zu erleichtern, und seine legislative Gewalt auch über dies Verhältniß auszudehnen; — die katholische Kirche hielt an der Regel fest, daß die Kinder aus den gemischten Ehen in dem katholischen Bekenntnisse erzogen werden sollten. An sich von dem Inhalt der Bekenntnisse wenig berührt, hatte Friedrich der Große hiegegen eingewandt, daß die Forderung eines vorläufigen Versprechens dieser Art dem Wesen des Staates, der auf Toleranz basirt sei, widerspreche, indem darin ein Druck auf die Gewissen liege. Er bewirkte, daß in Schlesien von jener Forderung abgesehen wurde. Die Regel wurde nicht aufgehoben, aber sie wurde ignorirt. Die Gewohnheit führte sich ein, daß in den Familien, die sich aus gemischten Ehen bildeten, die Söhne dem Bekenntniß des Vaters, die Töchter dem der Mutter zu folgen hatten[1]); — eine Gewohnheit, die dann durch das Landrecht sanctionirt und zum Landesgesetz erhoben wurde.

Da nun aber hiebei der Uebelstand hervortrat, daß der Hader der Bekenntnisse sich in das Innere der Familien versetzte, so fand sich der Staat veranlaßt und hielt sich für befugt dazu, durch eine Declaration des Landrechtes zu verordnen, daß das Bekenntniß des Vaters für alle Kinder

1) Klöber, Schlesien vor und nach 1740. II. S. 628.

maßgebend sein solle. Man zweifelte nicht, daß sich die legislative Gewalt des Landesherrn so weit erstrecke, wenn nur die Gleichheit zwischen beiden Bekenntnissen gewahrt werde. Eine nennenswerthe Widerrede hat sich nicht dagegen erhoben.

Einen anderen bei weitem mehr controversen Charakter bekam die Frage in den Rheinlanden nach der Vereinigung derselben mit der Krone Preußen. Hier herrschten andere Gewohnheiten und selbst Gesinnungen, als in Schlesien. Man hatte von dem legislativen Rechte und der freien Befugniß des Staates keineswegs einen so hohen Begriff. Dieser stand von der Einführung des Landrechts in der Rheinprovinz ab und erkannte die französische Gesetzgebung an, deren Fortbestehen dem particularen Selbstgefühl der Provinz entsprach und es nährte. Und wie nun der Katholicismus hier die stärksten Wurzeln hatte, so hielt auch der Klerus in Beziehung auf die gemischten Ehen an der strengen Regel fest; er versagte Aufgebot und Trauung, wofern von den Verlobten nicht das Versprechen gegeben wurde, alle Kinder im katholischen Glauben aufzuziehen. Um den unaufhörlichen und immer steigenden Klagen hierüber mit einem Mal abzuhelfen, entschloß sich König Friedrich Wilhelm III. im August 1825, die in den östlichen Provinzen geltende Verordnung, nach welcher alle Kinder aus gemischten Ehen der Religion des Vaters folgen sollten, auch auf die westlichen Provinzen auszudehnen; den Eltern sollte es freistehen, darüber auch etwas Anderes zu vereinbaren; doch sollte ihnen kein entgegengesetztes Versprechen abgenommen werden dürfen. Es fehlte aber viel, daß die Verordnung in dem Westen eigentlichen Gehorsam gefunden hätte. Um mit der königlichen Ordre

nicht in offenen Widerspruch zu gerathen, forderten zwar die Priester nicht geradezu ein vorgängiges Versprechen, aber sie hielten die Trauung hintan, wenn ein solches nicht freiwillig erfolgte. Daraus entsprangen neue Mißverhältnisse mancherlei Art. In dem altpreußischen Bestandtheile derselben Diöcese hielt man ein anderes Verfahren ein, als in dem neu erworbenen. Und man erlebte wohl auch, daß ein vorgängiges Versprechen unverhohlen gebrochen wurde.

Hinter den einzelnen Vorfällen erschien dann allezeit die principielle Frage, inwiefern der Priester in dieser Angelegenheit dem Staate einen unbedingten Gehorsam schuldig sei. Denn ein kirchliches Moment hatte sie doch ohne Zweifel; die Staatsverwaltung, welche die kirchliche Trauung bei der protestantischen Bevölkerung zum Gesetz machte, wollte dieselbe auch bei der katholischen nicht fallen lassen.

Niemand könnte an sich den Wunsch tadeln, durch eine Vereinbarung mit der kirchlichen Gewalt den widerwärtigen Zwiespalt zu heben. Bunsen vertraute — denn noch waltete ein gutes Verhältniß mit dem römischen Stuhle ob —, eine Abkunft, die dem Bedürfniß des Staates genüge, erreichen zu können.

Die zugleich ideale und reale Bedeutung der Sache, an welcher auch der Kronprinz, der für die Gedanken der Selbständigkeit der Kirche sehr empfänglich war, den lebendigsten Antheil nahm, obwohl er zunächst nicht in dieselbe eingriff, wird es rechtfertigen, wenn wir den Gang der Angelegenheit die auf alles Folgende einen entscheidenden Einfluß ausgeübt hat, namentlich auch auf das Verhältniß zwischen dem Kronprinzen und Bunsen, weiter begleiten.

Bunsen hatte die Verhandlung eingeleitet; und die Re-

gierung forderte dringend eine definitive Erklärung des römischen Stuhles, von der sie hoffte, daß sie in ihrem Sinne ausfallen und alle Schwierigkeiten heben würde. Der römische Hof, der die Regierung nicht verletzen, aber auch seine alte Regel behaupten wollte, zögerte lange. Endlich, nachdem ihm ein Termin gesetzt worden, ließ er durch das Breve vom 25. März 1830 sich dahin vernehmen, daß die Clausel der Kindererziehung eine unerläßliche Bedingung der kirchlichen Einsegnung sei und bleibe; den Geistlichen aber die passive Assistenz auch ohne dies Versprechen gestattet werden solle; — wobei denn immer ein Examen der Braut und eine starke priesterliche Einwirkung vorbehalten blieb; aber man jenem königlichen Verbot, das Versprechen zu fordern, nicht geradezu entgegengehandelt hätte. In Rom ist wohl nicht erwartet worden, daß sich die preußische Regierung hierbei einfach beruhigen würde. Eine weitere Auskunft hielt man jedoch dadurch, ich denke, mit vollem Bewußtsein offen, daß man die Dispensationsfacultäten auch auf die gemischten Ehen ausdehnte.

Im Jahre 1834 begab sich Bunsen, um eine solche zu Stande zu bringen, nach Berlin. Es war nicht ganz im Sinne des damaligen Staatsministeriums, das sich von einer formellen Verhandlung mit den Bischöfen wenig versprach, und eine Belehrung der Pfarrer, daß die Trauung nicht von dem förmlichen Versprechen der Kindererziehung, welches sie nicht fordern dürften, sondern von der Gesinnung des katholischen Theiles überhaupt abhänge, für hinreichend hielt.

In dem Cabinet aber zog man doch eine förmliche Verhandlung mit den Bischöfen vor. Erzbischof Spiegel von Cöln, einer der gemäßigsten Prälaten, die jemals auf diesem Stuhle gesessen, wurde als Mitglied des Staatsrathes, um den Sitzun-

gen desselben beizuwohnen, herbeibeschieden; und Bunsen, der in ein freundschaftliches Verhältniß zu demselben trat, zur Verhandlung mit ihm bevollmächtigt. Spiegel hatte einen gelehrten Canonisten bei sich, der nichts mehr wünschte, als eine Uebereinkunft zwischen Staat und Kirche in diesem Punkte zu Stande zu bringen.

Irren wir nicht, so entspricht dies Bestreben der ursprünglichen Bestimmung der Landesbischöfe überhaupt. Es ist eine Herabwürdigung ihrer natürlichen Autorität, daß sie von dem absoluten Willen des Papstes durchaus abhängig sein sollen; denn um bloße Organe einer höhern Gewalt zu bilden, würden reich ausgestattete Großwürdenträger der Kirche nicht erforderlich sein. Man wurde dabei an den großen Moment des Kirchenstreites im eilften und zwölften Jahrhundert erinnert, dem eben diese Frage zu Grunde lag. Indem die revolutionäre Epoche die locale Selbständigkeit der Kirchenfürsten schwächte, hat sie zugleich die durchgreifende Macht der geistlichen Centralgewalt verstärkt; es muß als eine noch zu lösende Aufgabe betrachtet werden, daß nun doch der landesfürstlichen Gewalt ein Weg offen bleibe, um den durch ihre Lage gebotenen Gesichtspunkten Eingang und Geltung zu verschaffen.

Bunsen hatte in seinen Conferenzen mit dem Erzbischof einen hierfür hoch anzuschlagenden Erfolg: durch eine Uebereinkunft vom 19. Juni 1834 verwies man die Lösung aller Schwierigkeiten in eine Instruction des Generalvicariats, welche jedoch geheim bleiben sollte.

Kraft derselben sollten die Pfarrer angewiesen werden, von der Abnahme eines förmlichen Versprechens der katholischen Kindererziehung abzusehen, in einer Anzahl von Fällen die Trauung zu vollziehen, in anderen die passive Assistenz zu

leisten. Man hielt das Alles für vereinbar mit dem päpstlichen Breve; die geistliche Gewalt im Lande fügte sich in die aus der Vereinigung gemischter Bevölkerungen in ein politisches Gemeinwesen entspringenden Forderungen der weltlichen; der Widerstreit derselben mit allen seinen beunruhigenden Folgen schien noch einmal vermieden zu sein.

Wie der Kronprinz, so war auch der König davon durchdrungen, daß ein friedlicher Ausgleich nothwendig sei. Darauf beruht es, daß er dem in kirchlichen Dingen bewanderten Gesandten eine unmittelbare Vollmacht verlieh. Wie viel Bunsen gewonnen zu haben glaubte, ergiebt sich aus einem seiner Schreiben an den Kronprinzen, worin er den von ihm an den König erstatteten Bericht kurz erwähnt:

„Die Bischöfe werden auf den Grund des Breve in Zukunft (mit allen Förmlichkeiten) trauen lassen, ohne daß der Pfarrer irgend ein Versprechen abfordert. Nur wenn die Braut einen muthwilligen sträflichen Leichtsinn bei der Erinnerung an ihre Mutterpflichten zeigt, also vernünftigerweise niemals, wird die Trauung des katholischen Pfarrers nicht stattfinden. Dann ist derselbe aber verpflichtet, die Erklärung beider, daß sie Mann und Frau seien, gratis in der Sakristei anzunehmen, und ihnen zu erklären, sie seien dies wirklich, und er werde sie eintragen in's Kirchenbuch."

In dem getroffenen Uebereinkommen meinte er auch die Anerkennung der Gültigkeit der evangelischen Trauungen von katholischer Seite zu sehen. Er verglich wohl seine Abkunft mit dem Connubium zwischen Patriciern und Plebejern, das in der Geschichte Roms von Niebuhr eine so große Rolle spielt. Und nicht wenig trug es zu seinem Selbstgefühl bei, daß ihm die Sache ohne das Zuthun, eigent-

lich wider die Erwartung des Ministeriums gelungen war. In Zukunft, sagte er, werde man ihm mehr auf sein Wort glauben.

Wenn aber Bunsen meinte, den Streit zwischen der katholisch-kirchlichen und der landesherrlichen Autorität ausgeglichen zu haben: so sollte er nur allzubald inne werden, wie sehr er sich getäuscht hatte.

Unter dem Einfluß der immer mächtiger werdenden Jesuiten und in Folge der revolutionären Ereignisse, vor Allem in Belgien, wo das klerikale Element zu einer wirksamen Repräsentation gelangte, hatte sich das Machtbewußtsein der römischen Kirche gewaltig gehoben. Und mit geheimen Transactionen war in der Epoche der allgemeinen Oeffentlichkeit nicht mehr fortzukommen. Die zwischen Bunsen und dem Erzbischof verabredeten Maßregeln waren noch nicht in das Leben getreten, als sich die katholische Presse in einem allgemeinen Sturm dagegen erhob. Man gab dem preußischen Staat die Absicht Schuld, die Rheinlande zu entkatholisiren; die Katholiken sollten zu Heloten des Protestantismus werden. Einem belgischen Blatt wurde die geheime Instruction, wenngleich nicht ohne Entstellung, aber doch im Ganzen richtig, mitgetheilt.

Bunsen hatte sie, weil sie doch geheim bleiben sollte, nicht in Rom vorgelegt und wollte sie der Entstellung wegen auch jetzt nicht anerkennen; welchen Verdacht aber mußte die unleugbare Thatsache und die Geheimhaltung derselben erwecken!

Die allgemeine Bewegung des katholischen Geistes flammte in dem Mittelpunkt der Kirche mit verdoppeltem Feuer auf; die früher gute Beziehung zu der preußischen Regierung verkehrte sich in das Gegentheil. Am 15. März 1836 erließ

der Staatssecretär Lambruschini eine Note an den Gesandten, welche die ganze Feindseligkeit der Standpunkte enthüllte. Darin wird der Regierung der Vorwurf gemacht, daß sie die Bischöfe hindere, ausschließlich katholisch zu verfahren, und zugleich wird auf Zulassung eines päpstlichen Nuntius am preußischen Hofe in Berlin gedrungen. Es leuchtet ein, daß man damit nach jenen Vordersätzen wenig Eingang finden konnte. Der damalige Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Ancillon, antwortete: kein Fürst könne zugeben, daß ein Repräsentant der Rechte seiner Unterthanen, der einem fremden Fürsten zu gehorchen habe, an seinem Hofe residire; — ein solcher sei der Papst, welcher sowohl als weltlicher Fürst, wie als Oberhaupt der katholischen Kirche immer nur ein fremder Souverän sei und bleibe.

Traten dergestalt Rom und Preußen auseinander, so konnte sich das letztere bereits nicht mehr auf das Episkopat stützen.

Erzbischof Spiegel war im August 1836 gestorben; an seine Stelle war ein Mann von entschieden klerikaler Gesinnung, Droste v. Vischering, getreten, über dessen Wahl man selbst in Rom aus diesem Grunde Erstaunen bezeigte. Wohl hatte Droste das Versprechen gegeben, die mit seinem Vorgänger vereinbarte Instruction zu beobachten; wie aber dann, als der römische Stuhl, dem dieselbe jetzt in aller Authenticität bekannt geworden war, die Erklärung gab, daß sie mit dem Sinne des Breve nicht vereinbar sei?

Wenn man in Berlin gemeint hatte, das Einverständniß zwischen Staat und Kirche durch jene Uebereinkunft herzustellen, so lag dagegen in dieser Erklärung des römischen

Stuhles die Aufhebung derselben und der Keim zu einem weit aussehenden Zerwürfniß.

Der preußische Staat konnte dabei nicht ruhig bleiben, da die Entzweiung in seinem Innern um sich griff. Der Urheber der Convention wurde herbeigerufen, um sie in Geltung zu halten. Und auch jetzt hegte Bunsen die Hoffnung, daß ihm das gelingen werde: er glaubte, durch Monsignore Capacini, einem Prälaten von friedlicher Gesinnung, der, auf einer Reise nach Brüssel begriffen, nach Berlin kam, auf den Erzbischof zu wirken und, wenn er bei demselben nichts ausrichten sollte, durch die Gefahr, die in einem offenen Bruch mit Preußen liege, auf die römische Curie selbst.

Alle Bemühungen aber, welche Bunsen und andere preußische Staatsmänner anwandten, schlugen fehl bei dem Erzbischof. Er blieb dabei, daß er die Instruction nur insoweit beobachten könne, als sie mit dem Breve vereinbar sei, wodurch dann die Erklärung, die man in der Instruction dem Breve gegeben hatte, aufgehoben wurde. Denn dem Sinne des Erzbischofs widersprach es, eine Modification anzunehmen, gegen die der römische Stuhl sich selbst erklärt hatte. Er ließ vernehmen, er wolle nicht auch in den Fall kommen, wie der vor Kurzem verstorbene Bischof von Trier, auf dem Todbette bereuen zu müssen, was er im Leben gethan habe. Man ersuchte ihn, die Instruction nur so lange zu beobachten, bis er aufs Neue in Rom angefragt und einen Entscheid empfangen habe; aber er wies auch das von der Hand. Monsignore Capacini hatte keinen Auftrag zu einer Weisung an denselben in Betreff der gemischten Ehen gehabt. Die Bischöfe gehören, so zu sagen, zwei verschiedenen Welten an: dem besonderen Staate als Unterthanen; der katholischen Kirche als Groß-

würdenträger derselben. In dem Conflict zwischen beiden trug Erzbischof Droste kein Bedenken, der Kirche unbedingt den Vorzug zu geben. Man hörte ihn sagen, er werde vor der Staatsgewalt nicht zurückweichen; und sollte er das Leben darüber verlieren. Ihm schien das Beispiel Thomas Beckets vorzuleuchten, und wenn er um sich her sah, so fand er nicht allein in jenem Erwachen des Gemeingefühles der katholischen Kirche einen Rückhalt, sondern auch in dem Particularismus der Provinzialen, welche in der Behauptung des strengkatholischen Gesichtspunktes zugleich eine Wahrung ihrer berechtigten Besonderheit erblickten. Es kam zu einer Agitation, die nicht ganz auf die klerikalen Kreise beschränkt blieb; in einem Maueranschlage war von einer Abschüttelung des protestantischen Joches unverblümt die Rede.

Dem gegenüber erwachte nun aber auch das Selbstgefühl des Staates. König Friedrich Wilhelm III. hatte sich zu Nachgiebigkeiten, unter Anderem in Bezug auf den militärischen Dienst verstanden, die man von ihm nimmermehr erwartet hätte. In der Frage, welche damals die katholischen Katheder auf den Universitäten beschäftigte, war auch die Regierung vor den streng-römischen Satzungen so weit zurückgewichen, wie nur irgend möglich. Auf diese Concessionen antwortete nun der Erzbischof in einer Angelegenheit, bei der das ganze bürgerliche Leben betheiligt war, mit provocatorischer Hartnäckigkeit. In einer großen Conseilssitzung in Gegenwart des Königs, die deshalb gehalten wurde, theilte der Minister des Innern, welcher die in den Rheinlanden hervortretende Opposition als einen Versuch des Abfalls ansah, die neuesten von dorther eingegangenen Berichte mit und forderte die strengste Behandlung des Erzbischofs. Bunsen, der daran

Antheil nahm, versicherte, bei der jetzigen Lage der Sache werde er auch in Rom nichts ausrichten können; denn dort sei man überzeugt, daß die Regierung zu viel Rücksicht nehmen werde, um zu handeln: erst dann lasse sich etwas erreichen, wenn gehandelt sei. Es ist zu viel gesagt, wenn man behauptet, er habe sich anheischig gemacht, in diesem Falle zum Zwecke zu kommen; aber einen entschiedenen Schritt stellte er in der That als die Bedingung jeden Erfolges dar. Nur ungern und zögernd, weil nun einmal der Rath und die Meinung seiner Minister dahin gehe, gab der König nach. Der Erzbischof wurde nach Minden abgeführt und das Domcapitel mit der Verwaltung der Diöcese beauftragt.

Und unverzüglich trat nun Bunsen die Rückreise nach Rom an, um daselbst das Geschehene zu rechtfertigen. Er nahm seinen Weg über Wien, wo es ihm auch gelang, den mächtigen Staatskanzler Fürsten Metternich von der Unvermeidlichkeit des Schrittes, den man in Berlin gethan hatte, zu überzeugen und sich seiner Fürsprache am römischen Hofe für die Folge zu versichern. Da aber hatten indeß die feindseligen Stimmungen, die durch keine diplomatische Gegenwirkung gedämpft wurden, die Oberhand bekommen. Der Papst bezeichnete in einer feierlichen Allocution das Verhalten des Erzbischofs als pflichtmäßig und das des preußischen Staates als einen systematischen Angriff auf die geistliche Autorität überhaupt. Die Erwartung Bunsens, den römischen Stuhl durch eine starke Handlung einzuschüchtern und fügsamer zu machen, war vollkommen gescheitert; dieser machte vielmehr die Befreiung des Erzbischofs zur Bedingung jeder weiteren Verhandlung. Bunsen, der sich als Depositär der königlichen Gedanken bezeichnete, erklärte, daß die Verhaftung des Erzbischofs nur

eine vorläufige, durch dessen zur Empörung neigendes Verhalten hervorgerufene sei. Er rieth jetzt seiner Regierung selbst die Wiederherstellung des Erzbischofs an, allerdings mit Wahrung ihrer Anordnungen in Bezug auf die gemischten Ehen, über die er nach erfolgter Befreiung des Verhafteten in Rom dennoch zu einem erträglichen Resultate zu gelangen nicht verzweifelte.

Dazu aber konnte man sich in Berlin nicht entschließen. Man würde die Autorität der Krone, vielleicht die Erhaltung der Ruhe in den Rheinlanden auf das Spiel gesetzt haben.

Die historische Bedeutung dieses Ereignisses liegt darin, daß sich eine Vereinbarung der Staatsgewalt eines protestantischen Königs mit den Tendenzen der Hierarchie unmöglich zeigte. Das Princip des Staates, wie es von Friedrich dem Großen am einleuchtendsten ausgesprochen war, und das Princip der Kirche traten einander in unversöhnlichem Widerspruch entgegen.

Wenn man den Blick über die momentanen Beziehungen hinaus auf das Vorangegangene und die späteren Ereignisse richtet, so wird man inne, wie viel in diesem Wiederausbruch des Gegensatzes zwischen Staat und Kirche lag, der an sich durch keine Theorie auszugleichen, sondern nur durch gegenseitige Anerkennung und praktische Nachgiebigkeit zurückzuhalten ist. Indem der römische Stuhl die Rücksichten von sich warf, welche ihm die Erinnerung an die Epoche der Restauration auflegen konnte, und sein Princip einseitig und starr hervorkehrte, lenkte er in eine Bahn ein, die ihn Schritt für Schritt in schneidenden Widerspruch mit den vorwaltenden Ueberzeugungen gebracht und ihm die Sympathien der Staaten entrissen

hat. Das clerikale Selbstgefühl ist zwar dadurch bis zu einer schwindelnden Höhe erhoben, aber eben auf diesem Wege auch die weltliche Gewalt des Papstthums zu Grunde gerichtet worden und der Kirchenstaat verloren gegangen.

Für Preußen entstand eine nicht geringe Verlegenheit. Die preußischen Staatsmänner leisteten auf den Versuch einer Vereinbarung Verzicht.

Die legislative Gewalt des absoluten Königthums in Preußen blieb im Nachtheil. Nicht allein konnten die für die westlichen Provinzen getroffenen Anordnungen nicht durchgeführt werden, sondern sie wurden auch für die östlichen unhaltbar. Die katholische Kirche behauptete, im Gegensatz zu den natürlichen Tendenzen des preußischen Staates, die aus seiner Lage und Zusammensetzung entsprangen, die unabhängige Geltung ihrer Satzungen über das ganze Gebiet des Königreiches hin.

Unter diesen Umständen konnte sich Bunsen in Rom nicht behaupten. Schon genug, daß der König besondere Sorge dafür trug, ihn nicht compromittiren zu lassen; die vornehmste Genugthuung aber, die ihm zu Theil wurde, lag darin, daß der Erbe des Thrones, der Kronprinz, mit ihm zufrieden war und eifrig seine Partei ergriff.

Eben darin sah er die große Aufgabe seiner künftigen Regierung, seine katholischen und protestantischen Unterthanen in friedlichem Gehorsam zu vereinigen. Ueberzeugt davon, daß der Staat die kirchlichen Angelegenheiten nicht allein zu regeln habe, und zurückgestoßen von den Bestrebungen der Bureaukratie, die Kirche zu bemeistern, hatte er den Versuchen Bunsens, die kirchliche Gewalt zu einer Verständigung mit dem Staate zu vermögen, seinen vollen Beifall geschenkt.

Nach der Vorstellung, die er aus den freilich nicht vollständigen Mittheilungen, die er erhielt, sich bildete, war es keineswegs die Schuld Bunsens, wenn er nicht zum Ziele kam, sondern großentheils der Bureaukratie selbst. Der Kronprinz war von der Abführung des Erzbischofs schmerzlich berührt worden, nicht etwa aus Connivenz gegen den römischen Stuhl, welche ferne von ihm war, sondern weil er den Bruch zwischen Staat und Kirche für verderblich hielt. Er vertraute, daß es Bunsen, wenn man ihm freie Hand lasse, gelingen werde, das gegenseitige Verständniß wiederherzustellen. Höchlich zuwider war ihm das Verfahren der preußischen Staatsbeamten, welche die Thatsache der Entzweiung annahmen und von keiner weiteren Vermittelung hören wollten; wie er meinte, auch deshalb, weil sie dem Gesandten die Vollmachten mißgönnten, die er von dem König erhalten habe. In den Briefen, die er an Bunsen richtete, erscheint keine präcise Vorstellung darüber, wie das Mißverhältniß auszugleichen sei, aber eine starke Irritation über den Gang, den die Sache genommen hatte, und die lebhafteste Theilnahme für Bunsen, von dem er glaubte, daß man ihm wegen persönlichen Widerwillens und aus Mißverständniß Unrecht thue. Auf den absoluten Standpunkt des Staates wäre er wohl nie getreten, aber auch nicht auf den der Kirche; er wünschte eine Versöhnung beider. An dem Freunde war es ihm unendlich werth, obwohl er auch an dessen Verhalten Einiges zu tadeln fand, daß er die Hoffnung auf Vermittelung auch in der gefährlichsten Lage festgehalten hatte.

„Ich brauche nicht zu sagen, daß diese Zeilen im engsten Vertrauen und daher mit rücksichtsloser Offenheit geschrieben, daher eigentlich je eher je lieber zum Ketzertod in Flammen geeignet sind. — Nach meiner Ansicht ist die hiesige Führung der römisch-cölnischen Angelegenheit so schlecht, so elend, so rathlos, so ohne Verständniß, als es nur irgend zu denken ist. Ach! und wär' es nur das, so könnte ich mich insofern (obgleich mit einer starken Zuthat von Leichtsinn) trösten, daß ich das ja von unsern faiseurs gar nicht anders erwarten konnte und auch wirklich nicht erwartete. Aber Ihnen, theurer Freund, war ja Vollmacht gegeben; der König hatte, weil er das fühlte, durch dieses Vollmachtgeben uns zu Hoffnungen berechtigt. Aber da liegt nun das Trostlose. Wie ich es Ihnen hier auf dem rothen Sofa vorhersagte, so ist es geschehen. Daß der König Ihnen diese Bevollmächtigung gegeben hat, das ist Ihnen nimmer zu verzeihen von unseren Rath- und Einsichtslosen faiseurs. Daher war es nothwendig, aus jedem Ihrer Worte Gift zu saugen, um Sie los zu werden aus der für ihre Incapacität so bedrohlichen Stellung. Das Alles sagte ich Ihnen auf dem rothen Sofa voraus und so ist's denn auch gekommen. Da ich nun rücksichtslos das hiesige Verfahren beurtheile, so will ich auch das Ihrige, theuerster Bunsen, beurtheilen. Mein Tadel besteht darin, daß Sie diese Lage der Sache hier, die Unversöhnlichkeit, welche des Königs Vertrauen hier gegen Sie nothwendig anfachen mußte, nicht genug erwogen und danach die Ausdrücke Ihrer Berichte und Noten nicht genug abgewogen haben. Das und sonst Nichts habe ich an Ihnen zu tadeln. Ihr Sieg in k. k. Staats-Canzley hatte den

Grimm und die Besorgnisse hier vermehrt. Sie waren in gewissen Augen ein Eroberer, wie Friedrich vor der Schlacht von Collin. Collin aber mußte gegen Sie geschlagen werden. Nur Ihre eigenen Fehler konnten dazu benutzt werden, das haben Sie nicht tief und lebendig genug gefühlt que les absens ont tort. Was ich aber als Fehler rechne, sind 1) daß Sie in der Note aus Ancona die Maßregel gegen den Erzbischof provisoire nannten. So richtig diplomatisch das gegen Rom war und ich die innere Wahrheit der Bezeichnung weit entfernt bin, anzugreifen, so undiplomatisch war es für Berlin. Und Sie konnten dasselbe sagen, ohne diesen verwünschten Ausdruck zu gebrauchen. Der üble Wille derer, die die diplomatischen Exigeancen kennen und die Unbekanntschaft sehr edler Männer mit denselben, beydes machte Ihnen Tadler.

„Damit genug für No. 1. Ihr Fehler No. 2 war, daß Sie, als der Papst definitiv erklärt hatte, vor Droste's Rückkehr nicht unterhandeln zu wollen, unter Ihren herrlichen und admirablen Vorschlägen der Idee Erwähnung thaten, Droste könne nach Cöln zurück, wenn die legislativen Maßregeln getroffen waren, welche die Basis Ihrer Vorschläge ausmachten. Das ist hier nach meiner Ansicht total mißverstanden worden, wird beständig als ein integrirender递 Haupttheil Ihrer Vorschläge angesehen und beständig verwechselt und durch einander geworfen mit den früheren, unter ganz wesentlich verschiedenen Umständen gemachten Vorschlägen an Lambruschini, welche ich wegen ihrer Weisheit und Gerechtigkeit gleich anerkennungswürdig finde; welche aber natürlich die Geschicklichkeit unserer faiseurs für Thorheit erkennen mußte. — Was nun aber jene Idee der Rückkehr

Droste's kraft der zu nehmenden legislativen Maßregeln betrifft, so bin ich zwar weit entfernt, Sie darüber angreifen zu wollen, wie das hier geschieht, aber munden thut sie mir auch nicht. Eine spätere dépêche von Ihnen beweist, daß Sie selbst dagegen Bedenken bekommen haben. — Aussprechen durften Sie diese Idee nicht eher, als bis Sie ruhig in Berlin waren und dann wohl erst nach geraumer Zeit. Frugen Sie mich dann, so hätt' ich's Ihnen höchst wahrscheinlich ganz abgerathen.

„Kurz und gut, ich tadle den Ausdruck provisoire und ich tadle das Aussprechen dieser Rückkehr-Idee als Fehler, welche dem üblen Willen einerseits und der Nicht-Kenntniß des diplomatisch Erlaubten andrerseits zu einer Art Bündniß gegen Sie verholfen haben. So steht's in der That jetzt hier. Ihre Freunde, mit aller Liebe und Treue gegen Sie, verstehen Sie nicht, weil sie nicht diplomatisch verstehen, dahin gehören Groeben, Rochow, Eichhorn, Stolberg rc. Ihre Feinde haben sich an diese Fehler geklammert, um Sie zu verderben, und haben es vielleicht durchgesetzt, daß Sie desavouirt, compromittirt werden. Daß der König selbst dadurch zuerst compromittirt wird, verbergen sie sich wohl selbst. Ich allein habe den Muth gehabt, Sie zu vertheidigen, oder vielmehr die Sache zu vertheidigen. Alles, was ich davon getragen habe, ist der Ruf eines Mannes, der die Interessen des Ganzen denen eines Freundes opfern möchte. — Und wahrlich, das Unmögliche ist möglich geworden; ich habe Augenblicke, wo es mir leid thut, daß ich Ihr Freund bin; denn mit meiner Freundschaft für Sie allein sind meine Gründe für die Sache, die ich so gern retten wollte, ent-

kräftet worden!!!!!! Sonst hat Ihr Verfahren im Ganzen und im détail, Ihre Note aus Ancona (die ich nur etwas zu lang finde), Ihre zweite aus Rom, Ihre Verhandlung mit Lützow, welches alles zusammen den ersten Act des Dramas bildet (mit Ihren Berichten nach Berlin und dann Ihrem Vorschlage, als nicht mehr unterhandelt werden konnte, sondern gehandelt werden mußte), nicht bloß meinen Beifall, sondern ich scheue mich nicht zu sagen, daß ich Sie bitter getadelt hätte, wenn Sie anders verfahren wären, und daß ich Ihre Vorschläge idealisch finde. Es ist mir ein theures Bedürfniß, Ihnen das zu sagen. Aber jetzt hören Sie meinen Rath für die nächste Zukunft und lassen wir augenblicklich das Vergangene, nicht zu Aendernde — denn ich kann die Mohren nicht weiß waschen und unseren erleuchteten Staatsmännern ebenso wenig Geschmack für edles, kluges Wirken geben, als ihnen die Todes-Angst für energisches Sprechen und Handeln nehmen.

„Reisen Sie über Berlin.

„Geben Sie nicht Ihren Urlaub nach England auf, aber nehmen Sie nicht den directen Weg, sondern den über hier und ich bitte, bleiben Sie dann eine kurze Zeit, etwa 14 Tage oder 4 Wochen hier. Sie müssen mit dem König selbst sprechen und wieder Terrain gewinnen. Sie müssen schnell kommen und in Ihrer eigenthümlichen Bescheidenheit und Offenheit sich zeigen, anhören und antworten. Der König allein hält Sie noch. Er hat verbothen, Sie zu compromittiren. Geschieht's doch, so ist das gegen seinen Willen und durch Vorspieglungen, als wenn die gewählten Ausdrücke nicht compromettant für Sie seyen, escamotirt worden. Das sag'

ich wohl überlegt. Nun leben Sie wohl. Gott geleite Sie **zu uns** und wieder und dann wieder zu uns.

„Der HErr sei mit All Ihrem Thun. Mit treuem Herzen Friedrich Wilhelm."

Bei dem letzten Aufenthalte Bunsens in Berlin, ehe er die Rückreise nach Rom antrat, die für ihn so verhängnißvoll werden sollte, war wohl die Rede davon gewesen, ihn an die Spitze des Museums zu stellen, was seinen Neigungen entsprochen hätte, und dem Kronprinzen, der ihn in seiner Nähe zu haben wünschte, zu größter Genugthuung gereicht haben würde. Aber die Sache verzögerte sich und zerschlug sich endlich. Bunsen war von Rom mit Urlaub nach England gegangen und sagte einem Jeden, mit dem er in Verbindung stand, daß er entweder nach Berlin kommen oder in England bleiben müsse; einen diplomatischen Posten aber überhaupt nicht annehmen werde. Da wurde er jedoch zum Gesandten in der Schweiz ernannt, worin er keine Gnade sah; und der Kronprinz, in dem Gedankengange, den wir kennen, begriffen, eine Art von Feindseligkeit. Einem ersten zweifelhaften und eher abmahnenden Briefe ließ er jedoch bald einen zweiten folgen, in welchem er dem Freunde die Annahme der neuen Stellung anrieth.

„Hier, mein theurer Freund, sende ich Ihnen einen Brief Lottums, worin er mir Ihre Ernennung nach der Schweiz beibringt. Sie müssen ihn lesen. Die alte Güte des Königs für Sie strahlt wohlthuend aus der Feder eines Mannes, der Ihnen nicht hold ist, und dieses alte Wohlwollen viel-

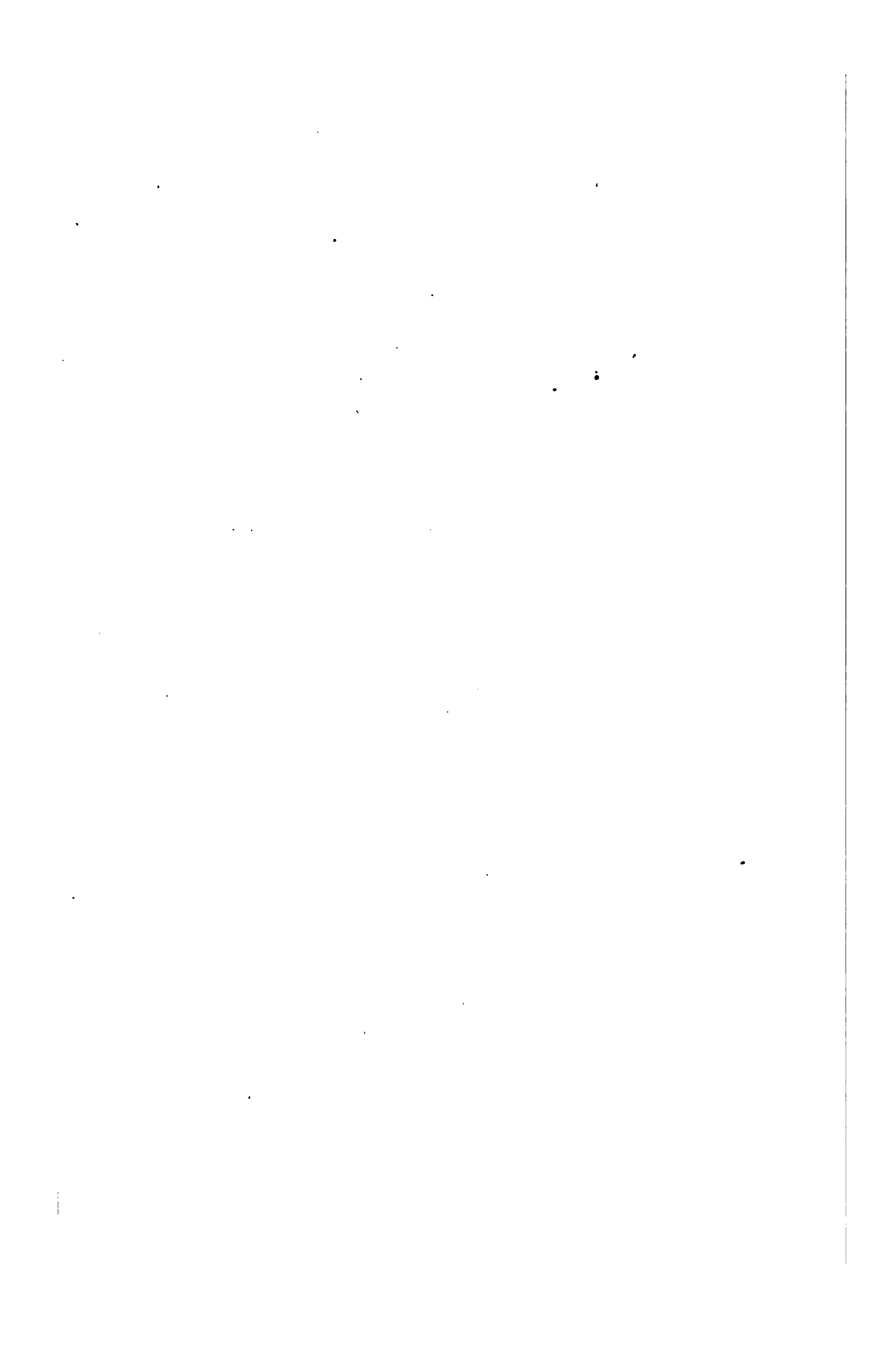
leicht mißleitet hat, wie die Sonne aus trüben Wolken. Verschmähen Sie die Strahlen nicht. Ich beschwöre Sie: können Sie nicht anders, so schreiben Sie offen Ihre Bedenken Sr. Maj., fügen Sie aber hinzu, daß, falls der König sie nicht theile, Sie ganz bereit seien, dem Ruf mit Aufopferung Ihrer Affectionen zu folgen; schreiben Sie das mit Hand und Herz zugleich. Können Sie die Schweiz nicht evitiren, so werden Sie dort an dem Gen.-Lieut. von Pfuel, Gouverneur von Welsch-Neuenburg, eine Stütze und gewiß einen Freund erwerben. Er kennt durch mich die Geschichte Ihrer letzten zwei Jahre mit allen Einzelheiten, wie ich sie kenne. Leben Sie wohl, lieber, theurer Bunsen. Gott seegne Sie.

F. W."

Bunsen ist diesem Rathe gefolgt. Nach einiger Zeit finden wir ihn auf dem Hubel bei Bern angesiedelt.

III.

Kirchliche Ideale des Kronprinzen.



Noch ganz andere Dinge, als die Veränderung der Stellung, beschäftigten den Kronprinzen und Bunsen in der Zeit, als dieser sich in England befand.

Aus London berichtet Bunsen [1]), er habe den Süden und Südwesten Englands in der Absicht durchreist, um seine „guten Freunde unter den Tories über die päpstlichen Wirren zu belehren und ihre Thätigkeit wohlwollend auf diesen Punkt zu richten." — Sein in den letzten Irrungen oft genannter Name, sein im Aufsteigen begriffener literarischer Ruf und die persönlichen Verbindungen, in denen er stand, verschafften ihm allenthalben leichten Eingang. Die gesellschaftlichen Kreise, die sich ihm eröffneten, belebte er durch geistvolle Conversation, und sogleich trat er mit dem, was dort die Geister beschäftigte, in lebendige Beziehung. Auch in England erregten die kirchlichen Fragen eine nicht geringe Agitation. Die Whigregierung, die seit der Reformbill eingetreten war, brachte eine Reaction in der anglikanischen Kirche hervor, von der selbst die Königin leiden mußte. Wenn sich dagegen innerhalb derselben eine katholisirende Tendenz, vor allem in Oxford, kund gab, so fand doch

1) Schreiben vom 9. December 1838.

auch diese in dem Gemeingefühl der anglikanischen Bischöfe ernstlichen Widerstand. Indem dieser Zwiespalt sich regte, erschien das Buch Gladstone's über Kirche und Staat [1]), das der Discussion des Tages eine allgemein wissenschaftliche kirchlich-politische Bedeutung verlieh. Alles, was in demselben vorgetragen wird, beruht auf dem Grundsatz, daß der Staat ohne Religion nicht sein könne. Das active Organ der nationalen Persönlichkeit bedürfe desselben, um der öffentlichen Sache willen; es bedürfe also auch der Kirche und zwar in aller Selbständigkeit, welche ihr Princip nöthig mache. Dieser Anerkennung der Unentbehrlichkeit der Kirche für den Staat fügt Gladstone den andern Grundsatz hinzu, welcher die Selbständigkeit der Staatsgewalt rettet, daß derselben ein Veto gegen die Kirchengewalt zustehen müsse. Bunsen urtheilte mit Recht, daß das Buch das Studium und das Nachdenken des Kronprinzen beschäftigen werde. Gerade die Anerkennung der Nothwendigkeit der Religion und ihres Principes für den Staat mußte Eindruck auf ihn machen. Er liebte Erwägungen über die englische Verfassung und las mit Vergnügen, was ihm Bunsen über das englische Episkopat, das anglikanische System überhaupt und die Gespräche, die er mit Gladstone darüber gepflogen hatte, schrieb, sowie die über sein Verhalten in den römischen Angelegenheiten handelnden Artikel, die er in englischen Zeit-

1) „Gestern ist das merkwürdigste Buch der Welt erschienen, Gladstone's vielerwartetes: On the relation of the church with the state. Es ist das einzige gute, das ich je gelesen, und erhebt den Verfasser zu Burke. Ich habe diese Nacht und heut Morgen es durchgelesen, und meine Gefühle und Gedanken dabei für Ew. Königl. Hoheit angemerkt. Denn dieses Buch ist gerade, was Ew. Königl. Hoheit mit größerer Begierde lesen und besser verstehen werden, als vielleicht irgend jemand. Das Buch ist ein Ereigniß." (Schreiben Bunsens, London 13. December 1838.)

schriften mitzutheilen Gelegenheit fand[1]). Bunsen war mit einer ausführlichen Arbeit über die Ehescheidung beschäftigt, die er dann nicht verfehlte, mitzutheilen. Der Kronprinz nahm an alledem den lebendigsten Antheil; für das, was ihm Bunsen sagte, hatte er ein offenes Ohr, aber wenn er ihm beistimmte, so widersprach er ihm auch. Und seine Ideen gingen noch weit über die angeregten Gesichtspunkte hinaus. Auch in Preußen waren verwandte Fragen, jedoch in eigenthümlichen Formen aufgetaucht: einmal über das liturgische Recht der Krone, sodann über die Union der beiden protestantischen Confessionen zu Einer Landeskirche. Der Kronprinz glaubte zu bemerken, daß es mehr äußerliche Rücksichten seien, wodurch die Menschen für und wider angeregt würden, als die in der Sache liegenden Gründe. Von den tiefsten und stärksten religiösen Gefühlen, wie von Natur durchdrungen, widmete er diesen Fragen die vollste Aufmerksamkeit seines Geistes und die innigste Theilnahme seines Gemüthes, wie sich versteht, in Voraussicht des hohen Berufes, der ihm bevorstand, aber keineswegs beschränkt oder bestimmt dadurch. Seine Gedanken theilt er an Bunsen mit, mit welchem ihn religiös kirchliche Sympathieen von Anfang an in enge Verbindung gebracht hatten. Von allen Productionen, die aus seiner Feder geflossen sind, vielleicht die außerordentlichste und in sich bedeutendste ist der „lange Brief und ein kurzer für Freund Bunsen", den er ihm kurz vor seiner Thronbesteigung nach Bern schickte[2]).

---

1) Ein Artikel in der Quarterly Review, der damals erschien, entstand dadurch, daß Lord Ashley die erforderlichen Informationen von Bunsen empfing; unter dessen Aufsicht wurde der Artikel geschrieben. Directen Antheil hatte Bunsen daran nicht.

2) Die beiden Aufsätze, die in der Schrift Richters „König Friedrich Wilhelm IV. und die Verfassung der evangelischen Kirche" großentheils

Schreiben des Kronprinzen vom 24. März 1840.

Wagen wir den Sprung mitten in Ihre Divorciana [1]. Manches werde ich stark widersprechen, um Sie, theuerster Freund, zur Erwiderung anzufeuern. Der erste Band hat bei mir das höchste Gegentheil von Widerspruch erzeugt; die freudigste, ja eine egoistische Zustimmung. Ihre Entwickelung des Historischen jener Ehescheidungs-Gesetzgebung von Seiten der Kirche oder unter der Herrschaft derselben entspricht vollkommen meiner Annahme. Ich habe das Recht nie studirt, hatte mir es aber construirt aus der Kirchen- und Weltgeschichte und aus der heiligen Schrift. Mir war lange klar, daß das, was Sie documentirt nachgewiesen haben, die Meinung der primitiven Kirche seyn mußte. Von dem Augenblick an, daß mir das klar wurde, war es mir auch evangelisches Kirchenrecht (wenn ich es auch leider nirgends geltend finde), denn der Einklang der heiligen Schrift, der Gebote des Herrn und der Apostel mit der Urpraxis scheint mir nothwendig und von selbst gesetzliche Geltung bey den Evangelischen zu fordern. Ich las den ersten Band wie man einen frischen Trunk bey Durst und Hitze schlürft, und noch heut sag' ich Ihnen herzlichen Dank für die Erquickung. Den

---

mitgetheilt sind, der eine von 1845, der andere, eigentlich eine Rede, von 1852, beruhen auf den Grundanschauungen, die in unserem Briefe frischer und jugendlicher vorliegen. Der Ausdruck ist später noch kirchlicher und devoter.

1) Bunsen hatte ihm zwei Bände über die Ehescheidungsfrage zugeschickt, die wir jedoch in der Sammlung der Correspondenz nicht vorgefunden haben.

zweiten Band las ich selbfünft Strauß, Röder, Voß und Usedom. Letzterer und ich nahmen aus besten Kräften Ihre Parthey, die drei Andern aber mißverstanden fast beständig Ihre Schellingischen Ausdrücke und Wendungen in der ersten Abtheilung des 2. Bandes. Das hat viel Mühe, Controversen und Zeitverlust gekostet. Ich gestehe, daß ich selbst leicht in jene Mißverständnisse gefallen wäre, hätte nicht vor zwei Jahren mein Neffe Max (Kronprinz von Bayern) mir viel von Schellings Theorien und Vorträgen gesprochen. Und dennoch wollen einzelne Ausdrücke mir nicht munden.

Mariä Verkündigung.

Das Wort Vergottung ist nach meiner Ueberzeugung eine falsche Bezeichnung eines wahren tiefen, göttlichen, schriftgemäßen Gedankens. Das Richtige scheint mir Verchristung. — Ich meine nehmlich, Sie haben dabei das große Geheimniß, von welchem der Seher Joh. 6. und St. Paul an verschiedenen Stellen in Bildern reden, in Bildern, bei denen fast immer der Leib des Herrn die Hauptsache ist. Ich verstehe es so, daß damit der Zustand des gläubigen Theiles der Menschheit verkündet wird, der eintritt, wenn der Zweck der Menschwerdung des Ewigen Logos vollendet sein wird, wie Seine Menschheit, die zweite sündlose und unsterbliche Schöpfung derselben durchgedrungen sein und den Tod verschlungen haben wird, so daß die ganze gläubige Menschheit in ihrer Wiederherstellung wahrnehmbar, zum göttlichen Herren in dem Verhältniß eines reinen, unsündlichen und unsterblichen Menschlichen Leibes, zum göttlichen Haupt

stehen wird. Ich halte hier aber streng geschieden den Begriff menschlich für die Menschheit und göttlich für ihr Haupt; denn das Geschöpf kann in aller Ewigkeit nicht Gott werden.

Noch andere Ausdrücke rechtfertigen die Besorgniß der drei Freunde. Am schwersten zu widerlegen sind mir solche, die ihnen zu Folge zu bezeichnen scheinen, als nähmen Sie vor der Schöpfung die Menschheit als von Ewigkeit im Logos verborgen an. Hätten jene Recht, dann freilich wäre die Menschheit nicht mehr ein Geschöpf Gottes, sondern eine Ausströmung aus seinem Wesen, folglich ein Theil der Gottheit selbst, welches ich, und sagte es Schelling selbst, für eine unlogische Ketzerei erklären müßte. — Ich muß hier eine Wahrnehmung berichten. Fast bei Keinem von denen, mit welchen ich über die höchsten Dinge rede und in keiner der alten und neuen Schriften, die ich gelesen (was allerdings nichts beweist) habe ich die lebendige, scharfe, logische Erkenntniß des unaussprechlichen Unterschiedes des Schöpfers und des Geschöpfes gefunden, daher auch der Wahnsinn, die Gottheit aus dem eignen Wesen und einem Analogon der Gottheit!!! zu construiren. Allein in L. VII. C. X. der augustinischen Confession ist eine Stelle, der ich diese Auffassung verdanke und die Epoche in meinem Leben machte, wo er von dem Ringen nach der Erkenntniß des unwandelbaren Lichtes der Gottheit redet und sagt, daß der Beistand des Herrn ihn endlich erkennen ließ, daß Sein Licht über dem Lichte des eigenen Geistes sei: nicht wie das Oel über dem Wasser, nicht wie der Himmel über der Erde, sondern, sagt er: es war über mir, weil es mir das Dasein gegeben und ich war unter ihm, weil es mich erschaffen hat. — Doch

genug hievon. Ich habe, so gut ich vermochte, für Sie gestritten, weil ich überzeugt war, daß auch nicht der feinste, versteckteste Pantheismus (auch nicht, wenn er in dem edlen Schelling spuken sollte,) Sie, theuerster Freund, berücken könnte. Ich habe übrigens mit Wonne in dem philosophischen Theil des zweiten Bandes wahrhaft Großartiges, Gewaltiges und mir Neues gesehen und gefühlt. — Der zweite Theil, der von der Kirche handelt, unter welcher ein wahrhaft evangelisches Eherecht erblühen konnte, hat mich auf's Unsäglichste interessirt. Jedoch waren wir fünf, wahrlich aus sehr verschiedenen Gründen, doch in dem einig, was wir daran aussetzen. Leider ist meine Zeit beschränkt; und Sie, lieber Bunsen, eigentlich widerlegen zu wollen, hab' ich nie Zeit, weil mir's rein an Muth gebricht. Da ist's am besten, daß ich statt einer Widerlegung mein eigenes Bekenntniß hinsetze. Sie haben dann die Verschiedenheiten zwischen unseren Idealen und können mich bekämpfen, wozu ich Sie auffordere.

Mein Ideal von Kirchen-Verfassung ist wie ein Strom aus vielen Brunnen zusammengeflossen. Bei Vereinigung der beiden Confessionen wurde ich zuerst auf dergleichen als auf etwas Nothwendiges aufmerksam. Weiterhin, als die edeln Absichten des Königs, eine liturgische Vereinigung zu schaffen, so höchst unerbaulich aufgenommen wurden, ließ mir die sich so oft manifestirende Niederträchtigkeit bei Annahme sowohl als bei Zurückstoßen der Liturgie tiefe Blicke in den Zustand unserer äußerlichen Kirche thun. Es fing an in mir einzugehen der Gedanke, die Vereinigung der zwei Confessionen in einer Verfassung zu suchen, die als eine dritte die Eigenthümlichkeiten der zwei alten vereinige. Sie wissen, lieber Bunsen, daß es meinem Geist nicht an Muth gebricht,

mich auf solchen Wassern einzuschiffen. Ich las Milner und Neander's Kirchengeschichte, die Apostel-Geschichte, die heiligen Briefe und vieles Andere schlug ich nach, oder erforschte ich mündlich, namentlich über Englands und Schwedens und der Brüdergemeinde Kirchen-Verfassung. Alles dies nun durchwühlte ich, um Steine zu dem dritten neuen Bau, der die zwei alten protestantischen Kirchen fassen sollte, zu finden. Was ich beinahe wie ein Spiel der Phantasie begonnen, wurde in vielen Jahren unter der Arbeit zu einem ernsten Lebenszweck und ich rief nun fleißig um die göttliche Hülfe und den Segen des Herren, daß Er mir das Rechte zeigen wolle. Ich war vollkommen muthlos geworden, und erkannte es endlich als unthunlich und thöricht, etwas drittes Neues zu suchen. — Dann, wie die Sonne ging's in mir auf. Das einzig Mögliche und das wahrhaft Nothwendige sei seit 1800 Jahren da, als Vermächtniß der Apostel. Es sei nur grade so, wie damals gebaut worden, wieder zu bauen, zu bauen, aber nie einzuführen; dabei nur der eine Unterschied zu bewahren, der sich daraus ergiebt, daß nicht heidnische Cäsaren und Stammfürsten die Welt beherrschen, sondern christliche Fürsten und Oberhäupter über Völker stehen, die unter der christlichen Kirche und mit ihrer Verfassung alt geworden sind. Da gestaltete sich denn in kurzer Zeit das große Bild vor meiner Seele, das ich fast unablässig betrachten muß. Gott gebe, nicht zu meiner Befriedigung, sondern zum wahren Frommen unserer Tage und späterer!!! Also sey es. Was thaten die Apostel für die äußere Ordnung der durch sie dem Verderben entrissenen Seelen? Sie stifteten Kirchen. — Und noch lebten einige Apostel, als schon von Persien und Arabien bis Spanien und Britannien die Welt mit einem

Netze solcher Kirchen überzogen ist, eine jede Kirche ein selbständiges Ganzes, eine Einheit, keine einer andern untergeordnet, aber keine, die gezweifelt hätte, daß sie alle eins seien in ihrem Haupte Christus. In einem Jeden eine heilige Pflege (Hierarchie), von zwei unter sich geschiedenen Aemtern geführt, beide Aemter von den Aposteln eingesetzt, ein jedes mit seiner Handauflegung — sie selbst, die Apostel, dazu bemächtigt am Auferstehungs-Abend, wo der Auferstandene das Seelenhirten-Amt durch Anhauchen mit dem heiligen Geiste einsetzte, welches da ist das Ministerium der Gemeinde, welches erst 49 Tage später am Pfingst-Morgen gestiftet wurde. Die beiden Gemeinde-Aemter nun sind das der Seelenhirten, der Aeltesten, einen ihres Gleichen an der Spitze, der nur dadurch sich von seinen Gesellen, Mitältesten, unterschied, daß er das Amt durch Handauflegung der Apostel oder ihrer Jünger erhalten hatte und es allein wieder verlieh, wie er es erhalten hatte und dadurch die Einheit der Gemeinde repräsentirte. Zweitens das der Helfer, Diener, Diaconen, dazu bestimmt, die Früchte der Wirksamkeit des Aeltesten oder Bischofsamtes für's Gemeindeleben, nämlich die guten Werke, die Werke der Barmherzigkeit, zu verwalten in ihrer Ordnung, ebenfalls als treue Haushalter Christi. Diese zwei Ordnungen nun, den Erstgeweihten und Weihenden an ihrer Spitze, bildeten die geistliche Obrigkeit dem gläubigen Volke gegenüber. Beide Theile der Gemeinde sollten zu einander stehen, wie ein älterer Freund zu einem jüngeren Freunde steht, Jeder dem Andern unterthänig, dienstwillig, gehorsam, treu, hold und gewärtig sein, ein Verhältniß, das nur denkbar ist, und dem augenscheinlichen Widerspruch ungeachtet sich wirklich darstellt, wo Gottes Geist das Band der Liebe geweiht

und wo das göttliche Haupt menschliche Glieder ansetzt. — Als kurze Episode bemerke ich, wie mir seit Kurzem das Problem der frühesten Bezeichnung der Aeltesten als Bischöfe und gleich darauf die, des Erstgeweihten, als Bischof völlig gelöst ist durch Straus. — Denn die Gewohnheitsbezeichnung des Vorstehers der Judenschulen (die das Vorbild der Kirchen sind) war Oberster. Keiner der Aeltesten wurde Oberster genannt, dagegen die Ordnung der Aeltesten im Ganzen inclusive ihres Obersten wurden die Obersten genannt. — Und da haben wir denn, was wir haben wollen. Der Hauptunterschied zwischen der erwähnten, der apostolischen Verfassung der Christenheit und den gegenwärtigen, durch die Weltläufe gegründeten oder entstellten oder gewählten Kirchen-Verfassungen ist, daß bei jener nicht die sogenannte Kirchengewalt, wie bei dieser, in einem geistlichen Statthalter oder bei weltlichen Landesherren oder im Lehrstand oder in Consistorien oder in der Gemeinde zu suchen ist, sondern in jeder einzelnen Kirche (natürlich nach der antiken Bedeutung des Wortes). — Nun erkenne ich in einer jeden bestehenden oder zukünftigen Kirche, die die drei alten Symbole bekennt, eine katholische Kirche an — in jeder, welche die apostolische Verfassung bewahrt hat, sie annimmt oder in der die Hauptzüge, wenn auch unter großer Entstellung, noch nachzuweisen sind, eine apostolische Kirche, in jeder, welche über den Symbolen gleichsam die Rechtfertigung allein durch den Glauben als heiliges Banner voranstellt, eine evangelische Kirche; und endlich nur in der Kirche, deren Lebenselement gläubige Liebe ist: eine christliche Kirche. Die Gesammtheit der bezeichneten Kirchen auf Erden bilden die heilige katholische und apostolische streitende Kirche des Herrn, die wir im Symbol beken-

nen. Der Beruf der evangelischen Abtheilung derselben ist, die rechtgläubige Liebe zu pflegen und zu offenbaren. Gebe nun der Herr der Kirche, daß eine Zeit und ein Land vorhanden sei, von Ihm erkoren, in Ihm und durch Ihn und mit Ihm den neuen Lauf nach langem Stillstehen getrost zu beginnen! —

Jetzt will ich Ihnen, lieber Bunsen, mein Ideal entwickeln, nämlich die Anwendung der apostolischen Verfassung auf ein Land und Kirche unserer Zeit. Ich nenne es sehr überlegt ein Ideal; denn ich stelle es mir vor als Etwas, wonach die Gesammtheit der Gläubigen eines Landes streben möge, damit, sollte auch die vollendete Erreichung des Ideals unmöglich sein, doch unter Gottes Beistand etwas Gutes und Heilvolles zu Stande komme. Zuvor noch ein Bekenntniß. Ich glaube, wie ich mein Credo glaube, daß jede, auch die corrupteste Kirchenverfassung von segensreicher Wirkung sein muß, wenn Gottesfurcht und Erkenntniß allgemein sind. Anders zeigt's sich, wenn das heilige Feuer nachläßt. Ich glaube zwar oder weiß vielmehr, daß eine ideale Verfassung nicht schützt vor solchem Erkalten. Kommt aber nur ein neues Zuströmen von Lebenswassern, dann zeigt sich der Unterschied zwischen schlechteren und besseren Verfassungen. Beim Bestehen der letzteren finden die Wasser ein schönes Bett, marmorne Canäle, Berieselungs- und Bewässerungs-Anstalten gleichsam, die sogleich ihre Operationen wieder beginnen können. Bei ersteren hingegen fließen die Regen in wilden Betten oder sammeln sich in stehenden Lachen. Das ist unser Zustand!!! Doch zur Sache: Auf unsere Länder angewendet, denke ich mir das erwähnte, wichtige Kriterion der apostolischen Verfassung, dann Unabhängigkeit der evan-

gelischen Kirchen vor Allem nothwendig. Unsere Eintheilung in Superintendenturen (Synodalbezirke, Ephorien) bereitet wie zufällig den Weg. Denn im Großen und Ganzen entsprechen diese ganz dem Umfange der alten apostolischen Kirchen. Die alten Kirchen (später Bisthümer) von Klein-Asien, Syrien, Mauritanien, ja des ganzen römischen Reiches, nehmen auf Karten verzeichnet ganz den Umfang einer unserer Ephorien ein. Statt daß nun gegenwärtig ein Königlicher Superintendent unter Königlichen General-Superintendenten, Königlichen Consistorien und dem Königlichen Ministerium im königlichen Auftrag dem Bezirk vorsteht, würde dann der zu einer Kirche umgestaltete Bezirk, von einem Bischof, von Aeltesten und Diaconen im Namen und Auftrag des Herrn und Seiner Kirche auf Erden gepflegt werden. Die Kirchen-Gewalt würde, vom Bischof, Presbytern und Diaconen und unter Zustimmung der gläubigen Gemeinden verwaltet, nicht mehr hier oder dort oder da im Lande aus Büchern gesucht und am Ende nirgend gefunden werden. Unter den Bischöfen denke ich mir nur solche, welche von der ganzen Christenheit auf Erden anerkannt werden müssen. Sogar die römische Kirche darf die Rechtmäßigkeit unserer Bischöfe nicht bestreiten, mag sie sie dann immer für Rebellen halten, wie die anglicanischen, deren legitime Consecration sie ja, durch die eigene Theorie gezwungen, anerkennen muß. Das ist aber auch die einzige Aehnlichkeit, welche ich unseren Bischöfen mit denen der übrigen alten und neuen Kirche zugestehe oder vielmehr für sie fordere. Die Bischöfe alle, lateinische, griechische, protestantische zc., sind durch ihre Stellung zur Welt und den einzelnen Staaten zu Fratzen des ursprünglichen apostolischen Kirchen-Amtes geworden. Man

denkt sich jetzt allgemein unter einem Bischof eine Gattung Hoch-Adliger der Kirche, einen großen Herrn, einen Oberpriester, Doctor — bewahre uns Gott in Gnaden. Ich will nichts von bischöflicher Würde, von Bisthümern wissen. Darum halte ich pedantisch am Ausdruck Kirche. Die erwähnte Ausdehnung des Bezirkes einer solchen Kirche läßt es ganz zu, daß der Bischof wirklich Bischof im Sinne der Urkirche sei, nämlich wirklicher Seelenhirt und Seelsorger aller Einwohner seiner Confession. Hat er heiligen Eifer, so kann er bequem ein, ja mehrere Mal jedes Haus des Sprengels besuchen und sich so als wahren pastor primarius (wie ihn ja auch die lutherische Kirche kennt) beweisen. Es versteht sich von selbst, daß an der Pfarr-Eintheilung des Sprengels nichts geändert wird. Durch seinen geringen Umfang wird der stete persönliche Verkehr des Bischofs und der Pfarrer möglich, wird es ausführbar, daß der Pfarrer mit dem Bischof ein Consistorium bilden und daß so Bischof und Aelteste im wahren und nicht im imaginären Sinne im Verein die Kirche regieren. Bekanntlich gehört die Pfarr-Eintheilung nicht der Urkirche an, es ist aber ein schönes, wohl zu pflegendes, neues Element. Nach meinem Plane sind aber die Pfarr-Geistlichen die gelehrten, studirten Aeltesten der Kirche nicht die einzigen Aeltesten. Ich wünsche und hoffe, daß nach dem Vorbilde der reformirten Kirche aus dem Schooße der Gemeinde sich Männer finden werden, Männer gesucht werden, welche die Zahl der Aeltesten vermehren, aber gerade wie die Pfarrer vom Bischof ordinirt werden und so mit ihm das Presbyterium bilden und das Collegium der Presbyter in der Urkirche wieder aufleben lassen. — Das Diaconat ist gegen die Urkirche wohl noch mehr, als das Episkopat entstellt. Am ähnlichsten sieht noch das der reformir-

ten Kirche; nur fehlt ihm da das heilige Siegel der in der apostolischen Geschichte und den heiligen Briefen vorgeschriebenen Hand-Auflegung. In der heutigen Episkopal-Kirche ist das Diaconat ein Grad geworden, durch welchen Jeder, der Seelsorger werden will, hindurch muß. Eine an sich gewiß weise und schöne Ordnung, die wir in unserer Kirche wieder aufstellen wollen und die der Candidatur tausendmal vorzuziehen ist, da sie dem Aspiranten gleich eine heilige, kirchliche Beschäftigung zur Uebung und Prüfung seiner Kräfte an die Hand giebt. Gleich die sieben ersten Diaconen der Kirche zu Jerusalem erscheinen recht eigentlich als Diaconen der Gemeinde, von Amtswegen dienend bei Vertheilung der milden Gaben und zugleich dienend am heiligen Tische. Und so erscheinen sie bekanntlich durch die ganze primitive Kirche. Eine der apostolischen nachgebildete Kirche wäre für mich wie ein Mensch ohne Hände — ohne Episkopat aber wie ein Mensch ohne Valor. — Doch weiter! Eine Haupthoffnung vom Diaconat ist mir die, dadurch die leidigen Armen-Commissionen ganz oder großentheils los zu werden und so die göttliche Idee des Christenthums, die Armen-Pflege (im ausgedehnten leiblichen und geistlichen Sinne) von einem eigens dazu geheiligten Kirchen-Amte verwalten zu lassen, wieder realisirt zu sehen. Der Kern des Episkopats müßte nun zwar immer aus gottesfürchtigen, erfahrenen Männern aus der Gemeinde bestehen, die sich ganz dem Berufe weihten und dazu vom Bischof und den Aeltesten ordinirt werden. Jedoch müßten Alle, die man jetzt Candidaten nennt, durch dieses Amt hindurch, wo sie dann den stetigen Diaconen bei der Almosen-Vertheilung, der Spital-Aufsicht, der Kranken-Pflege 2c. 2c. 2c. zur Hand gingen. Beiden Gattungen der Diaconen gebührt zugleich

die Ehre des Dienstes am heiligen Tische, nämlich die Hülfe bei Austheilung der Communion, und die der zweiten Art würden entweder predigen und den Bischof und die Pfarrer bei ihren anderweiten Amtsverrichtungen begleiten und unterstützen. Auch die ungelehrten Aeltesten müßten zuvor durch den Dienst des Diaconats gegangen sein. — Unser Bischof, ist die neue Ordnung einmal im Gange, muß Diacon und Presbyter gewesen sein und überkommt erst sein Amt durch Handauflegung, Consecration eines oder mehrerer anderer Bischöfe nach sogenannter apostolischer Succession, womit keine neue Ordination, wie das Wort es auch sagt, gemeint, sondern eine hergebrachte Weihe zu dem heiligen Amte des Oberhirten einer Kirche bezeichnet wird. Die Attributionen, die ihn von den übrigen Aeltesten unterscheiden, sind: 1) das alleinige Ordiniren von Presbytern und Diaconen und das Recht der Consecration anderer Bischöfe. 2) die Confirmation (wobei das bisherige Einsegnen der Confirmanden von ihrem Pfarrer ungestört besteht.) 3) sein Verhältniß als ordentlicher Seelsorger der gesammten Kirchen-Gemeinde, wobei wiederum das des Pfarrers als Seelsorger eines bestimmten Theiles unangetastet besteht, nur so, daß, wenn ein Mensch Gewissensrath, Taufe oder Communion rc. vom Bischof begehrt, er dadurch nicht gegen die Ordnung fehlt, sondern dem eigenen Rechte, sowie dem des Bischofes entspricht. 4) das Recht, alle Beschlüsse der Gemeinde oder seines Consistorii zu bestätigen und zu publiciren. 5) seine wichtigste Pflicht: bei neuen Anstellungen von Pfarrern und Diaconen bei seiner Verantwortlichkeit am jüngsten Tage dafür zu sorgen, daß kein Wolf in den Schafstall, kein Irrlehrer, kein Anrüchiger in die heiligen Aemter komme; und zu dem Zweck das absolute Veto bei

Wahlen, Zusendungen zc. — Bei den Pfarrern wird nichts in ihrem gegenwärtigen Verhältniß zu den Pfarrgemeinden geändert, übrigens aber sehr viel; denn befreit von Behörden, die ohne kirchlichen Charakter oder kirchlichen Sinn in rein geistlichen Angelegenheiten einzugreifen berechtigt waren, führen sie künftig die Seelen- und Gewissenspflege mit dem Bischof, Einer unter der Controle Aller, und üben sie die Kirchengewalt mit der Ordnung der Diaconen und mit Zustimmen der Gemeinde. — Nun zur Gemeinde. Sie erscheint, ihre Rechte zu üben und zu wahren, in allen Familien-Häuptern, jedoch so, daß die Manifestation von Gleichgültigkeit, vornehmlich das Sichfernhalten vom Gottesdienst und dem heiligen Tische eo ipso vom Erscheinen in der Gemeinde ausschließt. Nur eine gläubige Gemeinde darf in der Kirche mitsprechen. Die Wahl des Bischofs durch die zwei Ordnungen der Geistlichkeit wird der Kirch-Gemeinde, die herkömmliche Wahl der Pfarrer, sowie auch die der ungelohnten Aeltesten und der Diaconen wird der Pfarrgemeinde zur Zustimmung vorgelegt. Die Ablehnung muß motivirt sein und wird im ersten Fall etwa zweien fremden Presbyterien, im letzten Falle zweien anderen Pfarrgemeinden der Kirche vorgelegt. Das Diaconat legt jährlich der Gemeinde Rechnung ab; auch darf sie Nachricht von Allem, was sie interessirt, vom Bischof oder dem ganzen Consistorio begehren. — Verlangt ein großes Aergerniß die Sühne des Bannes, so wird er vom Bischof in der Kirche publicirt, wenn 1) die zwei Ordnungen des Klerus darüber einig sind, 2) wenn die Gemeinde auf dem Kirchentage (oder Synode) mit der ganzen Geistlichkeit vereint, ihre Zustimmung gegeben hat.

Doch ich gerathe in Details, die meinem Zweck fremd sind, und überlasse es Ihrer geschichtlich und kirchlich gebildeten Einbildungskraft, theuerster Freund, das Fehlende und Einzelne meines Ideals selbst zu construiren. Jedoch muß ich etwas berühren von dem Bande, welches meine Kirche zur Landeskirche vereint, sowie auch von dem, welches diese Landeskirche mit Fürst und Staat vereinigt. Die Beschaffenheit des ersteren ist sehr wichtig und muß consequent in einem Geiste mit der Kirch-Verfassung gedacht und ausgeführt sein. Die Beschaffenheit des letzteren kann sehr verschieden gedacht und ausgeführt werden und mir scheint bei diesem Bande die Hauptsache, daß es bestehe und fest sei. Die Form ist gleichgültiger.

Zur Landes-Kirche vereinen unsere Kirchen Synoden, und zwar Provinzial- und Generalsynoden. Auf denselben kommen allein rein geistliche Sachen zur Sprache oder solche, die der Fürst an sie weiset. Klagen über Mißbrauch der bischöflichen Gewalt werden auf der Provinzialsynode abgemacht. Bekenntniß-Angelegenheiten wichtiger Art, Festsetzung schwankender Doctrinen, wie z. B. über Verwandtschaftsgrade, über die Lehre vom Ehebruche rc. gehören allein vor die Generalsynode. Ich glaube hier genug angedeutet zu haben für Ihre Auffassung, lieber Bunsen. Das Resumé der Bedeutung der Synoden, die aus allen Bischöfen und vielen Aeltesten, Diaconen und Laien bestehen, ist Uebung höherer Kirchengewalt und Richten über Mißbrauch derselben.

Was nun den Staat betrifft und das Band, was Kirche und Staat vereint, so folgt aus dem Gesagten, daß ich demselben und auch dem Fürsten keine Uebung der Kirchengewalt zugestehen kann. Dagegen hat der Fürst die Gewalt über die

Kirche. Er gehört der Kirche, ist ihr Sohn, aber alle Glieder derselben sind seine Unterthanen. Diese Wahrheit ignoriren zu wollen, führt zu schmählichen Comödien. Er also, der evangelische Landesfürst, das gekrönte Mitglied der Kirche muß eben, weil er beides ist, selbst das Band sein, welches Staat und Kirche einet. Er soll mit all der Macht, die ihm Gott verliehen, das Steuer am Schiff der Landeskirche halten und sie den Weg mit [1]) und durch die anderen Segel mit dem Kreuzes-Pannier und die anderen steuernden Brüder, die guten, die falschen, die feindlichen führen, deren Gesammtheit in dieser Zeitlichkeit Gottes Geschwader bildet. Er muß, weil er nicht anders darf, der Schutzherr, Schirmvoigt, Friedensrichter der Landeskirche sein. Er muß sich im Gehorsam, wie im Befehlen, als ihr Erstgeborener zeigen. — Die Aufgabe ist also, die Behörden zu bestimmen, durch welche er die Zügel der äußeren Ordnung handhabt. Ich meine, die Aufgabe ist nicht gar schwer; ihre gleichgute Lösung kann aber auf mannigfaltige Weise bewerkstelligt werden. Man kann u. A. bei uns Alles lassen, wie es ist, mit Ausnahme des von selbst hinwegfallenden, also das Regiment mit einem Ministerium und mit den Consistorien und Regierungen, vielleicht auch nur mit letzteren oder durch ein Ober-Consistorium und den Oberpräsidenten oder auf hunderterlei Art führen, die eine so gut wie die andere. Ich habe nun zwar ein Lieblingsproject. Es erscheint mir als das Würdigste und Anständigste. Sie müssen, liebster Bunsen, es mir auf mein ehrliches Wort glauben, daß ich ihm unter allem andern Zweck-

---

1) Schwer verständlich; wahrscheinlich soll es heißen: „mit den und durch die“.

mäßigen keinen andern Vorzug gebe, als z. B. den zwischen zwei gleichtüchtigen Richtern, wovon der eine die Amtstracht des Kanzlers von England und der andere den Rock des Justizministers von Kamptz trägt. — Da ist mir denn der erste um seines Gewandes willen lieber. Ich darf sagen, daß ich allen möglichen Formen der Handhabung der Fürsten-Gewalt über die Kirche, im Vergleich zu den so schamvoll schlecht auseinandergesetzten der eigentlichen Kirchen-Verfassung gar keinen Werth beilege. Dennoch will ich Ihnen meinen Sommernachtstraum erzählen, nicht bloß, weil er Sie gewiß interessiren wird, sondern besonders, weil auch in ihm die Verschiedenartigkeit unserer Ansichten scharf heraustritt. — Hier ist er: Ich finde es würdig und anständig, daß die Königlichen Behörden, durch welche der König die Bande der äußeren Ordnung um die Kirche schlingt, selbst einen kirchlichen Charakter haben. Ich nehme also Consistorialbehörden, deren Mitglieder zum Theil aus ordentlichen Seelsorgern, zum Theil aus gottesfürchtigen Laien bestehen, denen aber Anstands halber das Diaconat ertheilt wird. Ich bilde sie in Domcapitel und geselle sie den alten Bischofssitzen zu, die jetzt in evangelischen Händen sind. Die nunmehrigen Bischöfe an dem Ort und der Kirche der alten Sitze (welche, wohl zu merken, durchaus nichts Anderes, sondern ganz und gar und durch und durch dasselbe sind und bleiben, wie jeder andere Bischof jeder anderen Kirche) erhalten als Bezeichnung des durch sie zu übernehmenden königlichen Amtes den Namen von Metropolitanen, die Consistorien den von Metropolitan-Capiteln. Letztere würden besoldet nach wie vor, nur da, wo noch Capitel bestehen oder erst kürzlich aufgehoben worden sind, aus diesen, wodurch eine Ersparniß

entsteht und durch dieselbe Fonds zu kirchlichen Zwecken sich finden würden. Der Metropolitan präsidirt dem Consistorium, und so würde die Hauptmasse der jetzigen Consistorial-Geschäfte fortgeführt, wovon ich weiter nichts berühre, als daß Streitigkeiten im Schooße einzelner Kirchen, wenn sie nicht zum Ressort der Kirchengewalt gehören, an ihr Forum gelangen. Die Eintheilung unserer Landeskirche in dieser Hinsicht, ich möchte sagen, in königlichen Angelegenheiten, würde demnach folgende sein: 1) der Bischof von Königsberg ist Metropolitan von Samland (alter Name des Sitzes) und von ganz Ostpreußen, bildet mit dem Capitel am Dom zu Königsberg das Ostpreußische Consistorium. 2) das Bisthum von Marienwerder, Metropole von Pomesanien (alter Name) und ganz Westpreußen, bildet mit dem Capitel am Dom zu Marienwerder das Westpreußische Consistorium. 3) der Bischof von Camin, Metropolitan von Pommern, bildet mit dem Caminer Domcapitel das Consistorium von Pommern. 4) der Bischof von Havelberg, Metropolitan der Alt-Ucker-Mark und Priegnitz, bildet mit dem Capitel von Havelberg das Consistorium der nördlichen Marken. 5) der Bischof von Brandenburg, Metropolitan der Mittel-Mark, bildet mit dem bestehenden Brandenburger Capitel das Consistorium der Mittel-Mark. 6) der Bischof von Lebus (alter Name) und Frankfurt bildet mit dem dortigen Capitel das Consistorium der Neu-Mark und Nieder-Lausitz. 7) der Bischof von Halberstadt, Metropolitan von Preußisch Nieder-Sachsen, mit dem Halberstädter Capitel das Consistorium desselben Landestheiles. 8) der Bischof von Merseburg, Metropolitan durch Preußisch Ober-Sachsen, mit dem dortigen Capitel das Consistorium des genannten Landestheils. 9) der Bischof von Naumburg, Metropolitan

durch Preußisch Thüringen, mit dem Naumburgischen Capitel das Consistorium jenes Landstrichs. 10) der Bischof von Minden, Metropolitan von Westphalen, mit dem dasigen Capitel das Consistorium der Provinz Westphalen. — Das sind die Consistorien. An Stelle aber des geistlichen Ministers und Ministerii treten der Fürst-Erzbischof von Magdeburg, Primas Germaniae, und das Primatial-Consistorium oder Capitel daselbst. Aehnlich ist für Schlesien, die Rheinlande und Posen zu sorgen, wenn letzteres nicht unter die Westpreußische und Schlesische Metropole zu theilen ist. Diese dreizehn oder vierzehn Bischöfe wären die einzigen unter vielleicht 350 der Monarchie, denen ein Rang verliehen würde, nicht als Bischöfen, wie schon oben bemerkt, sondern als hohen Dienern und Ausübern der Kron-Gewalt über die Kirche. Consequent meiner oben angeführten Ansicht über die allgemeine Kirche auf Erden gebe ich ihnen diesen Grad nach dem Alter und früheren Rang ihrer Sitze, womit ich vor Allem jede Verlegenheit über den Vortritt der evangelischen und katholischen Bischöfe ein Ende mache. Im Begegnungsfalle gingen also Magdeburg hinter Cöln und vor Gnesen, Minden vor Breslau, Culm und Ermeland und hinter Trier ꝛc. ꝛc. ꝛc. Es leuchtet ein, daß damit auch jeder zu großen Höflichkeit und Starrheit beim Begegnen fremder evangelischer Bischöfe vorgebeugt ist, daß mit einem Wort alle Rang- und Hoffragen, die sonst durchaus unvermeidlich sind, im Voraus abgethan, und sogenannte Prätensionen, der erste Nagel zum Grabe einer Kirche, unmöglich werden. Magdeburg geht hinter Canterbury und vor Upsala, Oxford hinter alle unsere historischen Sitze ꝛc. Folgen Sie nun, lieber Bunsen, dem Gedankengange meines Sommernachts-Traumes: der König wählt zu Wahrern der

Kron-Rechte und seines Ordner- und Friedensrichter-Amtes über die Kirche statt der Oberpräsidenten die Bischöfe der historischen Sitze: Wie all seinen Dienern, auch diesen verpflichtet, einen dem Amt entsprechenden Titel zu geben, nennt er sie mit dem hergebrachten kirchlichen Namen Metropoliten und sichert ihnen den Rang des alten Sitzes, den sie einnehmen und den sie der Welt und dem Staate gegenüber zu behaupten haben.

Der Kirche gegenüber aber haben sie gar keinen Rang. Der Primas und die Metropolitanen berufen und eröffnen im Namen des Königs die Central- und Provinzial-Synoden. Sobald dieses königliche Amt aber erfüllt und die rein kirchlichen Verhandlungen der Synode beginnen sollen, steigen sie vom Präsidentenstuhl, und der Vorsitzende der Synode wird in freier Wahl gewählt. Königlicher Commissar dabei muß immer ein Weltlicher, ich meine, etwa der Minister des Innern und die Oberpräsidenten sein. Schließlich bemerke ich noch, wie ich glaube, daß der Adel für die verloren gehenden Präbenden in Naumburg, Brandenburg und Merseburg durch noch zu restituirende Comthureien der Johanniter des deutschen Ordens zu entschädigen wäre. Uebrigens steht dem Adel jeder geistliche Stand offen, und ich glaube, es muß ein Hauptbestreben der regenerirten Kirche sein, die Gottesfürchtigen und Gebildeten aller, auch der höchsten Stände als ihre Diener zu gewinnen. Welche Zeit wäre das, bester Bunsen, wenn wir es erlebten, das Streben des Mittelalters nach dem Klosterwesen bei uns ersetzt zu sehen durch ein Streben wohlhabender Bürger und Edelleute nach den Pfarren in Cassuben und Wenden, die 50 Thlr. jährlich abwerfen? Dann ständen wir über dem Mittelalter, wie die Rechtfertigungslehre

über der Lehre des Peter von Amiens steht. Wie wohl wäre mir, wüßt' ich, daß ich das erste Frühroth nur der Zeit sehen würde!!! Jedoch haben Sie das Recht zu fragen, wie ich's mir denke, mein Ideal zu erstreben. Darauf bin ich ganz bereit zu antworten. Das Ganze des Ganges steht unerschütterlich fest bei mir. In Einzelheiten wünsche ich Belehrung und erwarte ich Widerlegung. Der Fürst, zum Bewußtsein des Zustandes der Kirche und ihres Verhältnisses zu ihr gelangt, würde feierlich erklären: Sein oberbischöfliches Verhältniß, dermalen unbezweifelt Rechtens drücke sein Gewissen, weil es noch unbezweifelter unkirchlich und unchristlich sei. Noch mehr aber würde es sein Gewissen, seine Durchdrungenheit von den Pflichten des Königlichen Amtes verletzen, wenn er den, immer bedenklichen Weg der Neuerung, des Rüttelns am Bestehenden betrete, ehe er wisse, an welches Machwerk er seine juristisch-legitime Kirchen-Gewalt abtreten könne. Er sey fest entschlossen, nach reiflicher Ueberlegung, Rücksprache und Erwägen sie allein an eine Kirche abzutreten, die sich gleichsam auf kirchenhistorischem Wege regenerire, d. h. die reine Verfassung der primitiven Kirche auf die Zustände des christlichen Staates des XIX. Jahrhunderts anwendend, sich wie die Urkirche Stein für Stein baue. Er fordere demzufolge alle Väter und Vertreter der Landes-Kirche, alle Gottesfürchtigen, tüchtigen, frischen Theologen und Gelehrten, alle wissenschaftlich gebildeten, frommen evangelischen Christen hiermit auf, der großen Sache nachzudenken und ihre Bedenken einzureichen, von denen er genaue Kenntniß nehmen und dann überlegen wolle, ob und wann es einst Zeit sey, eine Convocazion der Kirche darüber zu befragen. Nun würde die

Sache Gott anheimgestellt, vor der Hand ruhen bleiben. Der Fürst aber ergriffe jetzt wie Wang-Tschi den Pflug, d. h. er bereitete nach bestem Willen und Gewissen das Terrain. Er besetzt die General-Superintendenturen, Consistorien, theologischen Facultäten und das Cultus-Ministerium mit den Besten, Gelehrtesten und Edelsten, was Teutschland und seine Lande bieten; er stiftet Anstalten, ähnlich der Wittenberger, in welchen die jungen Pfarr-Aspiranten nach dem oft wüsten Treiben der Universität zum ernsten Nachdenken und Entschluß über ihren Lebenszweck gelangen und sich zum heiligen Amte durch Stille, Studium und das Beyspiel ihres, mit Seelsorge bekleideten Directors vorbereiten können. Auf unsere Verhältnisse angewendet, würde das Bedürfniß durch 4 solcher Anstalten wohl befriedigt seyn, je eine für zwei Provinzen. Hätte ich Vollmacht und Gold zur Einrichtung, so ließe ich meiner Liebe zum Historischen die Zügel schießen und stellte ein paar alte Abtey-Gebäude (vielleicht wie in beyden Braunschweiger Ländern mit den abteylichen Nahmen) her, z. B. Lenin oder Chorin für Marken und Pommern, Altenberge für Rhein- und Westphalen. — Zu den Vorbereitungsmaßregeln zähle ich noch die Stiftung von Emeriten- und Demeriten-Häusern für die evangelische Geistlichkeit (zu welchen wiederum einige alte Klöster herhalten könnten, wie z. B. Kolbacz in Pommern, Zinna in der Mark, Grüssau in Schlesien, Petersberg bei Halle, Memleben in Thüringen rc.); ferner die Einrichtung von Congregazionen junger Prediger bei den großen Zuchthäusern (über deren Amerikanische Einrichtung ich seit Jahren schwärme), welche unter Anleitung des eigentlichen Pfarrers der Anstalt zu tüchtigen Seelsorgern heranreifen könnten, namentlich für den Dienst in den

Pflanzschulen der Zuchthäusler, in den großen Städten. Sind nun diese und ähnliche Dinge angeregt, eingerichtet und im Gange, so warte man in Geduld, daß sie anfangen, Früchte zu tragen. Nach einer Reihe von Jahren, hat Gott den Frieden erhalten, fangen die unvermeidlich in Ströhmen erschienenen Schriften an, verdaut zu werden; und zeigen sich die Einrichtungen als seegensreich, so ist der Zeitpunkt gekommen, den ersten Schritt zu thun. Eine Generalsynode, wie königliche Edicte sie bereits jetzt vorhersehen und bestimmen, wird convocirt. Zuvörderst läßt man die Herren sich aussprechen, hört und prüft und bildet danach den bereits vorhandenen Entwurf hie und da um und legt ihn dann zur Discussion vor. Die darf aber nur kurz seyn, denn der Zweck dieser ersten Synode ist: die Arbeit auf feyerlichem loyalem Wege in alle Pfarren des Landes gelangen zu lassen. Mit dieser Weisung wird die Synode entlassen und mit der dringenden Bitte, den Entwurf der reiflichsten und vielseitigsten Prüfung zu unterwerfen. Zugleich wird nach Jahr und Tag das Wiederzusammentreten der Synode angekündigt. Die Zwischenzeit muß auf das emsigste und eifrigste benutzt werden, um auf alle Weise durch Wort und Schrift für den großen Plan in Bezug auf den vorgelegten Entwurf zu wirken. Unterdeß bespricht und beräth sich derselbe durch alle Stufen der jetzt etablirten Kirchen-Organe, durch die Provinzial- und Kreissynoden bis in die einzelnen Pfarren hinab. Ueberall muß die Wirksamkeit und Wachsamkeit für das Vorhaben ihm folgen. Nach 2 oder 3 Jahren erscheint nun die vorgelegte Generalsynode wieder; und jetzt beginnt das entscheidende Treffen, das kann lange, jahrelang währen. Fällt es ungünstig für den Plan aus, so macht man sein Buch zu. Alles

bleibt, wie es war. Wird es, was Gott wolle, durchgekämpft, so erläßt die Synode eine feyerliche Erklärung, eine Art Bekenntniß solennester Form, worin sie dem evangelischen Volk das zum Anstreben aufgestellte Ideal auseinandersetzt und seine Annahme motivirt und declarirt. In der Bibliothek, die Sie, bester Bunsen, in Kopf und Herz tragen, steht diese Synodal-Schluß-Erklärung gewiß ganz fertig gedruckt; suchen Sie nur, Sie finden sie gewiß. Ein Haupttheil derselben muß der Annahme der bischöflichen apostolischen Succession gewidmet seyn, worin eine feyerliche Protestation enthalten seyn muß, daß es nicht geschehe, weil unsere Ordinazion im Mindesten ungültig oder weil man damit irgend einen mystischen oder abergläubischen Begriff verkünde. Die Landeskirche nehme sie vielmehr an, weil sie davon durchdrungen sey, einen welthistorischen, kirchengeschichtlichen Akt zu begehen. Dieser sey die Herstellung der apostolischen Verfassung in ihrer ursprünglichen Reinheit und des heiligen Hirten-Amtes in ihr und mit ihr, so wesentlich verschieden in der Erscheinung von dem, was man seit nun fast 1000 Jahren Episcopat in allen Abtheilungen der christlichen Kirche auf Erden nenne. Unsere apostolischen Bischöfe müßten Geltung bey ihren Brüdern haben. Vor den presbyterianischen Calvinisten und Lutheranern sey die Sache gültig, wenn auch gleichgültig. Bey den Episcopalen Evangelischen aber sey es eine Hauptsache und nach ihren Grundsätzen (die wir zwar nie theilen wollten) unsere Ordinazion ungültig, was in Missions-Angelegenheiten (diesem Lebenssymptom der evangelischen Kirchen) täglich sich schmerzlich geltend mache. Jene könnten, wie sie jetzt stünden, sich nicht zur Freyheit unserer Ansicht erheben. Es sey aber eine That ächt christlicher Bruderliebe, Brüdern auf einem

Wege entgegen zu kommen, der uns in keiner Weise verbothen sey, ja welcher geheiligt sey durch apostolisches Alterthum, an sich eine schönere und bessere Ordnung bezeichne, als die ist, welcher die Landeskirche nun enthoben werde. Dann ist der Blick auf die alten Kirchen um uns her zu leiten und anzudeuten, wie wir, keiner Wahrheit abschwörend, keinen Irrthum annehmend, mit einem Male in ein anderes Verhältniß treten — zuvörderst in das der nothwendigen Anerkennung von ihrer Seite und von der unsrigen in die Möglichkeit einer Wirksamkeit eines Einflusses, welchem bisher unübersteigliche Hindernisse im Wege standen ꝛc. ꝛc. ꝛc. Zugleich wird dem Fürsten und einem halb von ihm, halb von der Synode zu erwählenden großen Kirchenrathe von etwa 24 Mitgliedern die Ausführung, **nicht** die Einführung übertragen. Fürst und Rath sieht sich nun zuerst nach Superintendenturbezirken um, in welchen ein christliches Leben vorherrschend ist. Solche kann man gleich einen Bischof vorschlagen und wählen lassen, oder ihren Superintendenten zum Bischof consecriren, und diesem wird es dann nicht schwer seyn, ein Diaconat zu beschaffen. Völlig frey aber muß es ihm stehen, alle, einige oder keine seiner Pfarrer als solche anzuerkennen, die sein Consistorium bilden. Neue darf er nur annehmen, wenn er die Ueberzeugung hat, daß sie zum Consistorium passen.

Ich denke mir, daß seit Ausstoßung des Vorhabens Listen über Geistliche angelegt und fortgeführt werden, die sich zum Episcopat eignen. Die lange Zeit wird reichlich Gelegenheit zur Prüfung derselben biethen. Von diesen Männern nimmt man nun zu Bischöfen und läßt sie in England und Schweden oder bey uns von Prälaten beyder Länder,

vielleicht auch von Brüder-Bischöfen consecriren und sendet sie dann hierhin, dorthin, wie Bedürfniß und Weisheit es geben. Die meisten werden genöthigt seyn, in heiliger Geduld und Liebe sich ihre Kirche von Grund aufzubauen, erst ihre Pfarrer sich allmählich zu beschaffen und durch sie ihre Consistorien, und mit denselben die Gemeinden zu christlichen heranbilden, und aus ihnen dann ihr Diaconat, die ungelehrten Presbyter und durch sie alle zusammen ihre Synode. Fürst und Rath bauen also im wahren Sinne das apostolische Kirchengebäude Stein für Stein auf, sehr langsam, sehr bedächtig und vorsichtig; und soll der Bau gelingen, unter unaufhörlichem Anrufen des HErren, den wir hier wohl in besserem Sinne „unseren Baumeister" nennen dürfen, als die Herren Freimaurer, die unter Anderen jetzt zu Magdeburg den Pastor Sintenis vergöttern, der in Schrift und Rede, ja in der Zeitung erklärt hat, diese Anrufung des HErren sei ein Götzendienst. — Dabei fällt mir eine Hauptsache ein, ohne die die aufsprießende Saat wohl sehr dem Ersticken durch Unkraut ausgesetzt seyn dürfte; eine gesetzliche Bestimmung, die der Fürst nicht als Ordner der Kirche, sondern als Staats-Oberhaupt zu erlassen hätte. Ein Gesetz also würde anordnen, daß ein jeder mündiger Unterthan, dessen Ueberzeugung es nicht gestatte, als Mitglied einer Kirche aufzutreten, aus welcher Rationalismus und Pantheismus feierlichst verbannt, volle Freyheit habe, ohne Kränkung seiner bürgerlichen Ehre und ohne Schaden für Amt, Aussichten und Auszeichnungen aus der Landeskirche auszutreten und mit Gleichgesinnten sich in Kirchen-Gesellschaften zu vereinigen, wie das Allgemeine Landrecht solche schon erlaubt und sich officiell Rationalisten, Pantheisten, Denkgläubige, Phi-

lister oder wie sie wollen zu nennen und sich Statuten, Symbole, Gesetze zu geben, die der Bestätigung des Ministers des Innern unterliegen. Jedoch muß der Unterschied von anderen geduldeten Sekten festgehalten werden, daß ihre Kinder nicht eo ipso diesen Gesellschaften gehören, sondern erst mündig freyeste Wahl haben. Zu dem Ende müssen die Kinder Taufe und Confirmazions-Unterricht in der Landeskirche nothwendig empfangen, was bescheinigt werden muß, wenn sie als Unterthanen gelten wollen. Unmittelbar vor der Confirmazion wird ihnen demnach vom Catecheten die feyerliche Frage vorgelegt, ob sie im Stande seyen, ohne Gewissensbeschwerde Confirmazion und heiliges Abendmahl zu empfangen. Nach ihrem: Nein werden sie freundlich entlassen und dem Gebete der Gemeinde öffentlich und herzlich empfohlen. — Als Gegenstück denke ich mir den ersten Akt der ersten Generalsynode der regenerirten Kirche: eine Ansprache an die gesammte Christenheit, ein Bekenntniß der brennendsten Liebe gegen alle Menschen nach Vorbild und Willen des göttlichen Hauptes, eine förmliche Erklärung, daß **nur der Unglaube** von ihr scheide, daß, wo aber der Glaube an das Menschgewordene ewige Wort sey, sie eitel Brüder erkennen und in ihnen sogar Genossen ihres heiligen Tisches, wenn sie es wollten, eine Einladung an alle gläubige evangelische Secten, sich ihrer Ordinazion und Communion anzuschließen, ohne im Mindesten ihre Eigenthümlichkeit in Disciplin und Liturgie aufzugeben. Es muß deutlich der Christenheit zugerufen werden, daß nur das eiserne Band fremder Kirchen und der Secten-Eigensinn, Beschränktheit und Thorheit von ihr fernhalten könne, daß sie aber unablässig die treue Bruderhand allen Kindern Gottes, ja ihnen Sitz und Stimme in ihren Synoden biete ꝛc. ꝛc. ꝛc.

Dieses, als Polyglotte gedruckt, würde sofort in alle Welt gesendet. — Diese erste Zeit der erneuerten Kirche, scheint mir, muß auch benutzt werden, um zwei fühlbaren Bedürfnissen abzuhelfen: 1) durch Abfassung eines Unions-Bekenntnisses für beyde, in Eine Landeskirche vereinigten Confessionen; 2) durch Vollendung der Liturgie und Agende. Das Unions-Bekenntniß sehe ich vor Augen und höre es vorlesen. Es erfordert große Sorgsamkeit und Gelehrsamkeit, ist aber gewiß ohne eigentliche Schwierigkeit ausführbar. Es muß die Form unserer Symbole vermeiden und darf den Umfang der 49 Artikel nicht übersteigen. Eine Commission bereitet es, der Kirchenrath der 24 spricht es, der Fürst genehmigt die Vorlage in der Generalsynode und diese hat, nachdem sie es durchdiscutirt, als Kirchengesetz, nach geschehener Staatssanction des Fürsten einzuführen. Es wird dabei ausdrücklich bestimmt, daß es Geltung neben dem Augsburgischen und Pfälzischen Bekenntniß in den ursprünglichen lutherischen oder calvinischen Gemeinden habe, so daß, was durch die zwei alten Bekenntnisse **jetzt wie früher** seine Eigenthümlichkeit (nicht mehr seine Geschiedenheit) bewahre, in dem neuen Bekenntniß das Siegel seiner Einheit bekomme. Dies wird gesetzlich; die alleinige Annahme des neuen Symbols nur erlaubt. — Schwieriger und langwieriger erscheint mir die liturgische Arbeit. Die Aufgabe muß seyn, unsere gesetzliche Liturgie zu vollenden, d. h. sie zu vervollständigen und ihr die fehlende Elasticität zur Anwendung auf die verschiedensten Verhältnisse zu geben. Ich meine, das ist nicht anders zu lösen, als durch drei Ausarbeitungen, alle drei streng aus demselben Kern sprießend und zwar: 1) Eine sehr feyerliche, sehr ausgearbeitete für's ganze Kirchenjahr,

auf den Raum unserer prächtigen alten Dome und eine zahlreiche Geistlichkeit berechnet, um Gottes Willen „nicht prächtige", aber durch innewohnende Majestät sich hervorthuende für die Provinzial- und Metropolitan-Kirchen; 2) eine minder ausführliche, für die wohl viertehalb hundert kleinen Cathedralen berechnet, und 3) ein Gerüst gleichsam, der bloße Kern, geeignet um nach Wunsch mehr oder weniger bekleidet oder ganz kahl gelassen zu werden, für die übrigen Stadt- und Dorfkirchen. Dabei die Bestimmung, daß dem frommen Wunsche, auch unter diesem Gerüst herunter, Herkömmliches (auch das Einfachste) ausnahmsweise zu gewähren sey. Zugleich wird mit unwesentlichen Modificationen das tägliche Morgen- und Abend-Amt der Englischen Kirche in alle bischöflichen Stift- und Seminar-Kirchen und in solche eingeführt, zu welchen Schulen gehören, und ihre Annahme allen Kirchen auf Verlangen erlaubt. — Die Stellung der Ehescheidungs-Angelegenheiten bey der neuen Kirche ergiebt sich fast von selbst. Zuerst aber müssen bei Revision des Allgemeinen Landrechts die Fälle der Ehescheidung gänzlich gestrichen werden und nur die Anordnungen im Vermögen, wegen der Kinder ꝛc. ꝛc. ꝛc. bleiben stehen. Sonst kann mit Ausnahme einiges zu rohen Scandales alles bleiben, wie es ist. Nur wird Alles, was jetzt Auflösung der Ehe ist, künftig allein Trennung auf Wiederversöhnung.

Die Generalsynode bestimmt, gebe Gott, die Bibel vor Augen und im Gewissen, die Fälle der Auflösung des Ehebandes und das Consistorium der Kirche, zu welcher ein auseinanderwollendes Paar gehört, entscheidet über Recht oder Unrecht des vorliegenden Falles. Beruhigen sich die Liebenden nicht, so können sie ihre Sache noch vor das Metropolitan- und

in dritter Instanz vor das Primazial-Consistorium bringen (sollte solche beliebt werden). Auf Trennung des Bandes darf aber nur nach 3 Jahren angetragen werden. Wenn ein Theil Lust zur anderweiten Ehe hat oder vorgiebt, so wird die Frage über die neue Ehe zugleich entschieden.

Mein alter Wunsch ist noch immer rege, daß das bürgerliche Gesetz Fürsorge treffe, daß ein Paar, welches nach Durchgehen aller Instanzen beym Scheidungs-Begehr beharrt, dann, aber **erst dann** bürgerlich geschieden und bürgerlich anderweit zur Ehe zusammengegeben werden könne. — Ein Provisorium oder vielmehr eine Uebergangs-Behandlung der Sache, die, wenn ich Sie recht verstehe, von Ihnen bekämpft wird, erscheint mir unvermeidlich. Die beregte Operation mit dem Landrecht scheint mir dazu ein Haupt-Erforderniß. An die Stelle der späteren Consistorien der einzelnen Kirchen treten jene feyerlichen Sitzungen der jetzigen Consistorien und an die Stelle der fehlenden kirchlichen Norm als Surrogat jener quasi liturgische Act, welche Sie freundschaftlich gegen Kamptz vertheidigt haben, obgleich sie Ihnen nicht genügen, und statt der Verweisung auf den Richter, um von ihm zusammengegeben zu werden, die Weisung, einen Pfaffen zu suchen, der trauen will. Ich gestehe jedoch, daß ich fühle, diese Materie noch recht reiflich durchdenken zu müssen. Ach! könnte ich sie mit Ihnen durchsprechen! Das Schreiben über so Etwas ist doch verzweifelt platt im Vergleich zum Sprechen! — Ich eile nun mit meinem unermeßlich dick gewordenen Kirchen-Capitel zu Ende. Sonst schreibe ich noch 12 Bogen voll. So erwähne ich nicht meine Ansicht von den Diaconissinnen, dieser uralten quasi Geistlichkeit der Weiber, obgleich ich daran die schönsten

Hoffnungen der Regeneration nicht allein der Kranken-Pflege, sondern auch der Jungfrauen- und Fräulein-Stifter hege — so schweige ich von der Einladung der Kirche an die Brüdergemeinde, die Taufgesinnten, die Altlutheraner zc. zc., der Kirche beizutreten als Ecclesiole, ohne ein Titelchen ihrer Verfassung oder Meinung aufzugeben, hauptsächlich weil wir Beyde darüber ganz gleich denken. Das nur führe ich noch zum Ueberfluß an, daß, während die einzelnen Kirchen gebaut werden, der ungebaute Theil der Landeskirche unverändert in seinem gegenwärtigen Verhältnisse verbleibt. Und ich meine, daß, wenn ich auch dreimal länger lebte, als ich es hoffen darf, ich kaum die Hälfte des Baues vollendet sehen würde, denn es wird an Arbeitern und an Entgegenkommen fehlen. Geduld und Vertrauen auf den HErren der Kirche ist die Losung des Unternehmens. Gedenke ich daran, so schließe ich die Augen und spreche bittend und bekennend: Vita tua via nostra, et per sanctam patientiam ambulamus ad Te.

28. April.

Der Haupt-Unterschied meiner Idee von der Ihrigen ist 1) daß ich dem Souverain keine Kirchengewalt einräume, nur die Bestätigung der Acte derselben von Seiten der Generalsynode, 2) daß ich in der Landeskirche als Ganzes gedacht keine Hierarchie statuire, und daß diese Gesammtkirche sich nur durch die Acte der Generalsynode manifestirt; 3) daß ich dagegen in jeder einzelnen Kirche, dem Umfange der jetzigen Superintendentur-Bezirke entsprechend, eine Art Hierarchie annehme, insofern einmal das Neben- und Miteinanderwirken der kirchlichen Consistorien (aus Bischof, Aeltesten und Diaconen bestehend) und der Kirchensynode (aus dem ge-

nannten Consistorio und den gläubigen Familienhäuptern bestehend), in welcher letzten die eigentliche Kirchengewalt geübt wird, den Nahmen Hierarchie rechtfertigt; 4) daß in divorciana zwischen dem jetzigen himmelschreyenden Zustand und dem, der sich nur unter der angedeuteten Verfassung der Kirche feststellen kann, eine planmäßig zu verfolgende Uebergangs-Periode eintreten muß, während welcher vor allem das auch nur temporäre Sanctioniren aller Aergerniß durch neue Gesetze zu vermeiden ist."

Dieses Schreiben, welches der Autor selbst als einen Sommernachtstraum bezeichnet, zeugt doch zugleich von einer durch ernstes Bemühen erworbenen Kunde der Sache und genialem Nachdenken darüber; es hat einen tiefen inneren Zusammenhang. Der Kronprinz wagte es, einen der schwierigsten Punkte der philosophisch-theologischen Weltauffassung, vor dem die Forschung in der Regel zurückgetreten ist, ergründen zu wollen: das Verhältniß des menschlichen Geistes zu dem göttlichen. Er schlägt darüber manche theologische Bücher nach, ohne Belehrung zu finden; bis er auf jene universalhistorisch-wichtigen Capitel der Confessionen des Augustinus stößt, in welchen derselbe seinen Uebergang von den Doctrinen der Platoniker zu den Anschauungen des Johanneischen Evangeliums darstellt: „Der menschliche Geist zeugt von dem Licht, ist aber nicht das Licht. Das wahre Licht ist das Wort, welches Gott ist, und Alles geschaffen hat" [1]).

1) Conf. VII, 9. hominis anima, quamvis testimonium perhibeat de lumine, non est tamen ipsa lumen, sed tamen Verbum Deus est lumen verum, quod illuminat omnem hominem venientem in hunc mundum.

Dem trat nun Friedrich Wilhelm mit voller Seele bei; die Auseinandersetzung hat, wie er sagt, in seinem Leben Epoche gemacht. An der Lehre von dem Geschaffen-Sein des menschlichen Geistes der göttlichen Wahrheit gegenüber, die derselbe nur zu erkennen habe, hielt er seitdem fest. Indem er sich aber so entschied, brach in seiner unmittelbaren Nähe die Lehre sich Bahn, daß die absolute Substanz die Menschheit durchdringe und ihrer selbst dadurch bewußt werde. Auf diesem Gegensatz, der das Reich der Ideen umspannt, beruht zu einem nicht geringen Theile der Widerstreit überhaupt, in welchem Friedrich Wilhelm zu den unter den Zeitgenossen herrschenden Ansichten stand. Denn wenn aus dem angegebenen Grundsatz folgte, wie denn die Consequenz auf der Stelle gezogen wurde: daß die Kirche nur eine Seite des gesellschaftlichen Daseins darstelle, die nach und nach in der Gesammtheit desselben, im Staate, verschwinden müsse, so wurde bei der anderen die Idee der Kirche, welche das jenseitige und diesseitige Leben verbindet, und diesseit das Vorbild des göttlichen Stifters in dem einzelnen Menschen zu realisiren sucht, unwandelbar festgehalten: der Staat ist hienach eine nach Umständen und Volksthümlichkeiten beschränkte Gemeinschaft, mit der Kirche verbunden, aber nicht mit ihr identisch: denn in dieser erscheint der Begriff der Menschheit und ihrer allgemeinen Vereinigung in dem Glauben an den Gott-Menschen. Dem Gegensatz dieser Ansichten dürfte selbst eine politische Tragweite zuzuschreiben sein. Denn der einen nach besteht der Staat in der freien Vereinigung der Individuen; nach der anderen bleibt der Wille des außerweltlichen Gottes auch für die Staatsbildungen vorbehalten. Und ebenso groß ist die Differenz in Beziehung auf die Auffassung des geschichtlichen

Lebens überhaupt. Bei der einen liegt der ganze Nachdruck in der allmäligen Fortentwickelung der Zeiten, in deren gleichsam systematischer Aufeinanderfolge die Verwirklichung des Weltgeistes vollbracht wird: das Vergangene hat nur Bedeutung, inwiefern es das Gegenwärtige hervorbringt. Der anderen zufolge haben die historischen Erscheinungen jeder Zeit ihre eigene Beziehung zu den göttlichen Dingen; sie haben einen unmittelbaren Werth, ihr Zusammenhang ist zugleich providentieller Natur.

Fassen wir aber die Organisation der Kirche ins Auge. Selbst innerhalb des evangelischen Theiles, von welchem allein die Rede sein konnte, trat ihr der Widerstreit der verschiedenen Bekenntnisse in den Weg. Wenn sich nun Friedrich Wilhelm viel mit dem Gedanken beschäftigte, ein Drittes zu finden, was die beiden Parteien vereinigen könnte, so wurde er über die unmittelbaren Differenzen hinaus durch die Beschäftigung mit dem christlichen Alterthum zu den umfassendsten Ideen geführt. Er durchdrang sich mit der Ueberzeugung, daß es nur darauf ankomme, die ursprünglichen Formen der apostolischen Kirchen herzustellen, was ihn um so mehr anzog, weil er auf diesem Wege zu einer Gleichstellung der Confessionen und Kirchen gelangte, welche die Welt erfüllen könnten, ohne sich in stetem Hader zu bekämpfen. Er hatte den weitesten Begriff von dem, was Christlich, was Apostolisch, was Katholisch sei; der evangelischen Kirche vindicirte er Ebenbürtigkeit und Gleichberechtigung mit den übrigen Confessionen. Wenn er für dieselbe auf die Einführung von Bischöfen dachte, so vermied er doch den Ausdruck Bisthum; er wollte nur von Kirchen und dem Amte ohne Hierarchie und weltliche Bevorzugung hören.

Andere Erwägungen traten ein, sobald nun das Recht des Staates dieser Organisation gegenüber in einer besonderen Landeskirche näher bestimmt werden sollte, denn in den apostolischen Zeiten fand sich dafür kein Muster. Damals waren die Staatsgewalten heidnisch gewesen; jetzt waren sie christlich. Friedrich Wilhelm lehnte jede eigentliche Kirchengewalt ab; aber er hielt dafür, daß dem Fürsten als dem gekrönten Mitgliede der Kirche eine obere Leitung ihrer Angelegenheiten zustehe; er nahm nicht Ein Schiff Petri an, sondern verschiedene, gleichsam ein Geschwader Gottes in dieser Zeitlichkeit. Er faßt das Fürstenthum, wie Gladstone das englische Königthum, als die Vereinigung beider Elemente, der Kirche und des Staates; in Beziehung auf die Kirche fordert er für den Fürsten das Recht der Aufsicht und der Abwehr der Mißbräuche. Folgen wir ihm noch einen Schritt weiter, so ist es besonders bemerkenswerth, wie nahe er sich in seinen Entwürfen dem Bestehenden anschließt. Seine Bischöfe entsprechen den Superintendenten in dem Umfange ihres Wirkungskreises; die Consistorien denkt er sich als eine Metropolitangewalt; er verschmäht selbst nicht das alte Primat, dem er einen kirchlichen Beruf anweist. Dadurch gewinnt er dann eine Beziehung zu der alten deutschen Kirche, die ihn besonders anmuthet, — denn eben an die altberühmten Sitze möchte er seine Metropolen anknüpfen —, überdies aber die Möglichkeit einer Gleichstellung derselben mit den Erzbischöfen und Bischöfen der römischen und der englischen Kirche, wohlverstanden unter dem Vorbehalt des nicht eigentlich hierarchischen Charakters seiner Stiftungen. Mit den Abstractionen aus den apostolischen Zeiten verbinden sich Erinnerungen an die Großartigkeit der kirchlichen Einrichtungen des Mittelalters,

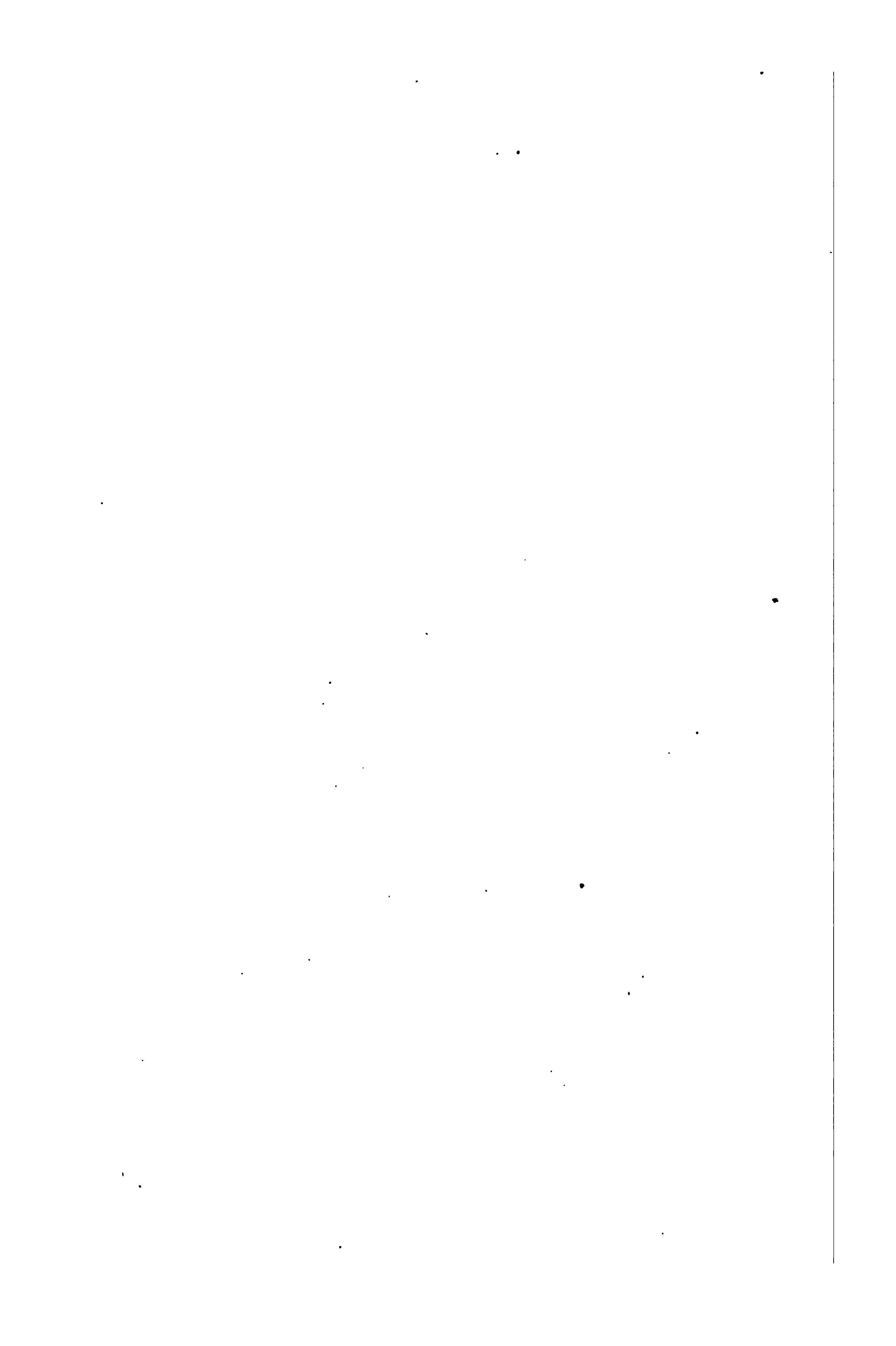
zugleich aber das Bestreben, die Abweichungen der reformatorischen Epoche in Bezug auf Leben und Lehre zu wahren.

Noch hatte er mit den Geschäften wenig zu thun; und er bescheidet sich selbst, daß, was er vorschlägt, ein Traum sei. Ein Programm für die künftige Regierung dürfte man darin nicht sehen. In ihrem vollen Umfang lernt man seine Gedanken erst durch das vorgelegte Schreiben kennen. Aber unleugbar ist doch auch, daß die Ueberzeugungen, die ihn erfüllten, auf die künftige Regierung vielen Einfluß haben mußten. Dann aber stellen sich sogleich auch die ungeheuren Schwierigkeiten vor Augen, die einem Regenten von dieser Gesinnung entgegentreten mußten. Die wichtigste von allen liegt darin, daß die christlichen Ueberzeugungen keineswegs in dem Grade die allgemeinen waren, wie dabei vorausgesetzt wurde. Martin Luther hatte die Kirche als eine Institution zur Lehre und Erhaltung des Glaubens angesehen; auf eine Organisation der Gläubigen, die er ja nicht vor sich sehe, hat er Verzicht geleistet. Calvin hatte dies dennoch versucht; und auf diesem Boden bewegt sich denn auch Friedrich Wilhelm. Er wollte die Kirche wenigstens zum Theil presbyterianisch organisiren und die Laien herbeiziehen. Eine Umwandlung wollte er auf Grund allgemeiner Uebereinstimmung und mit Hülfe derselben ins Leben rufen. Damit aber traf er in eine Zeit, in welcher nicht allein wachsende Unkirchlichkeit ein Charakterzug der Bevölkerung, sondern auch die Annahme der Offenbarung überhaupt, auf die sich doch Alles gründen muß, mit Heftigkeit bekämpft und in den Streit des Tages gezogen wurde. Und auch bei denen, welche an dem Glauben festhielten, mußte er Widerstreben erwarten. Er erwartete es auch, und zwar schon bei dem

nächsten, vielleicht dringendsten Schritte. Er dachte ein Gesammtbekenntniß der beiden evangelischen Confessionen aufzustellen und zur Annahme zu bringen, aber gleich von vornherein behielt er dabei doch das Bestehen der alten Confessionen vor. Die Annahme des Gesammtbekenntnisses sollte nur erlaubt, nicht geboten werden. Denn mit seinem Wunsch der Einheit vereinigt sich die lebendigste Vorstellung von der Berechtigung der Besonderheiten; und an die Freiheit der Gewissen hätte er um keinen Preis gerührt.

Wenn man den Zusammenhang dieser Gedanken in sich und den Gegensatz erwägt, in dem sie zu den vorherrschenden Tendenzen standen, ihre Unausführbarkeit und das Mißtrauen, das sie bei der gerade in diesem Punkte sehr reizbaren öffentlichen Meinung finden mußten, so konnte man vielleicht eine friedliche, aber keine ruhige Regierung voraussehen.

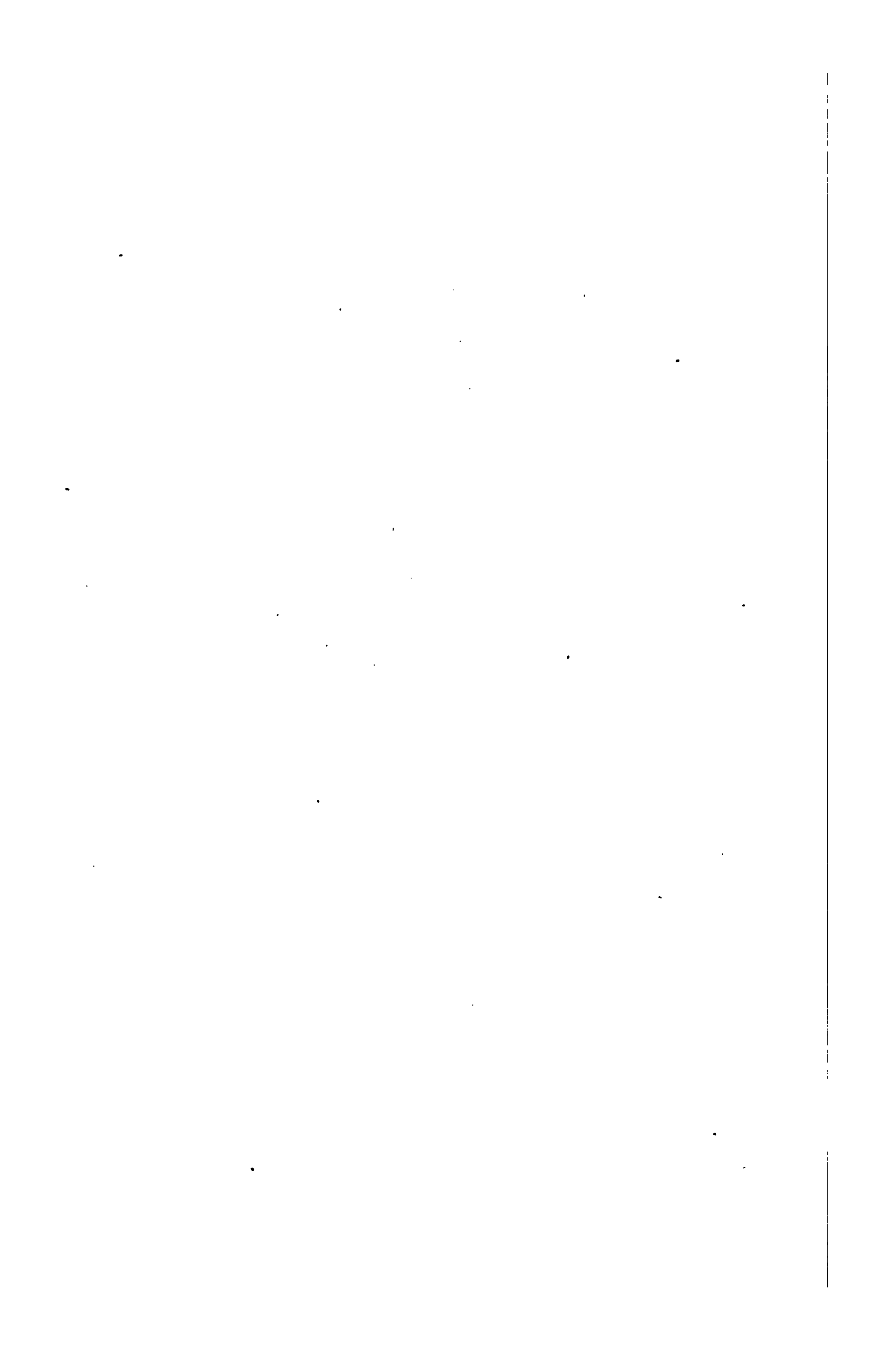
Den ganzen Umfang der Ansichten des Fürsten hat sich Bunsen nie angeeignet, Doch bewegte er sich noch in verwandten Directionen der Thätigkeit und des Lebens; und noch einmal wurden Handlungen möglich, in welchen er mit demselben von ganzem Herzen zusammen arbeitete.



IV.

Bisthum Jerusalem.

Besuch Friedrich Wilhelms IV. in England.



Am 7. Juni 1840 bestieg Friedrich Wilhelm IV. den preußischen Thron. Seine Regententhätigkeit zu schildern in Bezug auf äußere und innere Politik, auf kriegerische und friedliche Einrichtungen, auf Förderung der Literatur und Kunst kann hier nicht entfernt die Absicht sein. Wenn der Herausgeber bisher gewohnt war, bei seinen Darstellungen die originalen Correspondenzen nur zu Grunde zu legen, so bilden diese hier die Hauptsache; er darf nicht weiter gehen, als die Briefe an Bunsen an die Hand geben. Bunsen stand nie in dem Mittelpunkt der Geschäfte. Nur zu dem einen oder zu dem andern, das dem König besonders am Herzen lag, wurde er herbeigezogen. Auch das ist jedoch bedeutend genug, um die Aufmerksamkeit zu fesseln. Zur Erläuterung wird es hinreichen, die Standpunkte, die der König unter den allgemeinen Bewegungen der Zeit ergreift, objectiv hervorzuheben. Seine subjective Gesinnung in jedem Momente tritt in den Briefen von selbst in wahrheitsvoller Energie zu Tage.

Einen Beweis hohen Vertrauens erhielt Bunsen von ihm noch vor dem Regierungsantritt durch eine Anfrage über die Besetzung des soeben durch Altensteins Tod erledigten Mini-

steriums der geistlichen Angelegenheiten. Man hat wohl damals gesagt und wie oft wiederholt, er habe diesen Verlust wenig bedauert; er habe Altenstein selbst für untauglich zu seinem hohen Amte gehalten. Ganz anders aber lauten seine Worte [1]).

„Heut früh um 1 Uhr ist Minister Altenstein verschieden. Der Verlust geht mir sehr nahe. Ich war nie blind über seine Fehler und habe ihm redlich widerstanden, wo ich glaubte, es thun zu müssen. Er war aber ein sehr edler Mensch und kenntnißreich, wie Wenige. Sein Verlust ist unersetzlich. Denn Sie, theuerster Freund, sind eine Unmöglichkeit, und sonst giebt's Niemand, der wie der Seelige in allen Fächern seines zusammengesetzten Amtes zu Hause ist! Kennen Sie einen Möglichen? Hier nennt man Bodelschwingh, Anton Stolberg, Ladenberg II., Bischof Neander, Eichhorn. Bodelschwingh würde die Kirche mit dem Kantschu, das Uebrige tüchtig und strenge führen, unter Stolberg würde die Kirche herrlich erblühen, das Uebrige von Anderen geleitet werden. Ladenberg würde Alles gleich mittelmäßig, aber ordentlich führen. Neander ist unmöglich für die römische Kirche, Eichhorn würde für die Hochschulen glänzend sein, die römische Kirche aber mit Nadeln zur Verzweiflung kitzeln. Unter den Unzureichenden ist mir am Ende Anton noch der liebste, aber er nimmt es nicht an. Eben fällt mir Savigny ein? Was halten Sie davon? Sagen Sie mir Ihre Meinung — ich bitte!"

In seiner Antwort entscheidet sich Bunsen nach vielem Hin- und Hererwägen für den Grafen Anton. Denn auch zu

1) Postscriptum zu dem bereits mitgetheilten Briefe, Potsdam, 12. Mai 1840.

Eichhorn oder Savigny könne er nicht rathen. Den ersteren stellt er unendlich hoch; er will ihn aus seinem Wirkungskreis in dem auswärtigen Amte nicht entfernt wissen, vielmehr solle ihm daselbst nur eine unabhängigere Stellung geschaffen werden. Savigny würde als Präsident einer Gesetzcommission, namentlich in der Ehescheidungsfrage, an seinem Platze sein. Er spricht sich mit Einsicht über die Mannigfaltigkeit der Geschäfte aus, die in dem geistlichen Ministerium vereinigt sind; doch dringt er nicht geradezu auf eine Trennung der Unterrichtsangelegenheiten von den übrigen.

Bunsen verweilte, in seine besonderen Arbeiten vertieft, auf seinem Hubel bei Bern, als ihn plötzlich im April 1841 die Aufforderung erreichte, demnächst nach Berlin zu kommen, um eine außerordentliche Mission zu übernehmen. Erst unterwegs wurde seine Ahnung, daß sich sein Auftrag auf die Angelegenheiten der Christen im Orient beziehen werde, anfangs indirect, dann auch direct bestätigt. —

Die Sache hing mit der großen orientalischen Krisis, die den Sommer vorher die Welt beschäftigt hatte, zusammen und war eine Folge derselben. An und für sich könnte man zweifeln, ob es nicht das Rathsamste gewesen wäre, den Kampf zwischen Constantinopel und Aegypten ohne fremde Einmischung vor sich gehen zu lassen. Syrien wenigstens und Vorderasien würden in den Händen Mehemed Alis mit einer geordneten Regierung versorgt worden sein. Allein die Verwickelung der europäischen Angelegenheiten bewirkte, daß die großen Mächte Partei für den Sultan gegen Mehemed nahmen, anfangs selbst mit Einschluß Frankreichs, wiewohl dies Mehemed als seinen Schützling ansah. Im Juli 1840 war man in Constantinopel bereits dahin gebracht, dem Pascha die Zugeständnisse zu machen, die

er forderte, als die Collectivnote der großen Mächte eintraf, welche dem Sultan den Schutz derselben versprach und ihn zum Widerstande ermuthigte. Friedrich Wilhelm IV. war sehr thätig dafür, daß die von England in Vorschlag gebrachte Convention von Rußland und Oesterreich angenommen wurde. Er sah darin die Erneuerung der großen Allianz, welcher die Macht des revolutionären und imperialistischen Frankreichs erlegen war, — eine Macht, die durch die Revolution des Jahres 1830 wieder belebt, durch die Erfolge des Pascha von Aegypten, mit dem sie einverstanden war, ein allgemeines Uebergewicht erlangen konnte. Noch ein anderer Gedanke aber schwebte dem König dabei vor. In der Entscheidung der abendländischen Mächte in einer inneren orientalischen Frage erblickte er den Ausdruck des Uebergewichts, das die Christenheit über den Islam davongetragen habe; und einen günstigen Moment, in welchem nun auch in Bezug auf die durch die irdische Erscheinung des Erlösers geheiligten Stätten, die nach den großen Kämpfen des Mittelalters in den Händen der Muhamedaner geblieben waren, ein Vortheil für die Christen erreicht werden könne. An der Oberherrschaft der Türken sollte nicht gerüttelt werden, aber sie sollten dem christlichen Europa den Besitz der heiligen Stätten auf immer einräumen, ohne irgend eine factische Autorität darüber auszuüben. Diese Concession betrachtete er als den Preis der Unterstützung, durch welche der Sultan noch einmal gerettet worden war. Der ursprüngliche Entwurf hierzu umfaßte alle christlichen Bekenntnisse. Drei verschiedene Residenten sollten die Angelegenheiten der großen Confessionen, der griechischen, der römisch-katholischen und der protestantischen wahrnehmen. Eine kleine Garnison, von jeder der fünf

großen Mächte gemeinschaftlich aufgestellt, sollte die Obhut über die heiligen Stätten, die Residenten und die christlichen Bevölkerungen überhaupt übernehmen und ihnen Schutz verleihen.

Der König säumte nicht, seine Idee den Mächten vorzulegen und sie zur Annahme derselben aufzufordern. Bei dem ersten Schritte aber zeigte sich, daß er sie nicht durchführen würde.

Denn mit der Herrschaft des Islam war auch der Hader der griechischen und lateinischen Christen, durch welchen jene zum großen Theil herbeigeführt worden war, auf die späteren Zeiten vererbt. Es ließ sich nimmermehr hoffen, daß zwischen den griechischen und lateinischen Mönchen ein Einverständniß getroffen werden könne. Aber die Idee des Königs hatte noch eine andere Seite, die hiervon nicht berührt wurde. Er hielt es für eine Schmach der evangelischen Christen, daß sie im Orient mit den beiden anderen großen Confessionen nicht als ebenbürtig betrachtet wurden; eine Gleichstellung derselben gehöre zu einer Vertretung der gesammten Christenheit. Es war gleichsam ein confessioneller Ehrgeiz, wenn er eine solche in diesem Augenblick durchzuführen suchte. Das Princip selbst brachte es so mit sich, daß er dabei seine Augen auf die Verbindung mit England richtete. Bei den englischen Staatsmännern fand er anfangs wenig Anklang: sie würden sich mit dem der christlichen Bevölkerung ihre Rechte sichernden Hattischerif begnügt haben. Allein in dem Parlament erhoben sich Stimmen im Sinne des Königs von Preußen, was eine gute Aufnahme seiner Vorschläge erwarten ließ. Der Gedanke wurde gefaßt, trotz der Verschiedenheiten der anglikanischen Kirchenform von der deutschen ein preußisch-englisches Bisthum in Jerusalem zu begründen: denn eine Repräsentation

in den gewohnten kirchlichen Formen gehöre dazu, um bei den Türken die erforderliche Aufmerksamkeit und Achtung zu erwirken. Die Verschiedenartigkeit werde dabei vor der Gleichartigkeit in den Hintergrund treten.

Um das Werk durchzuführen, wurde Bunsen berufen. Es erhellt nicht, daß er an dem Gedanken selbst ursprünglich Antheil gehabt habe; aber es war einer von denen, in welchen er ganz mit dem König zusammentraf. Er war der einzig geeignete Mann, um seine Ausführung zu unternehmen; und unverzüglich machte er sich hierzu auf. Sein Auftrag war, die englische Regierung zu einer mit der preußischen gemeinschaftlichen Unterhandlung zu bewegen, um den protestantischen Genossenschaften eine anerkannte Existenz im türkischen Reiche zu verschaffen; und sodann die Häupter der englischen Kirche zur Stiftung eines Bisthums Jerusalem zu vermögen, an welche sich andere Protestanten anschließen könnten [1]). Die Unterhandlung wurde ihm leichter, als man hätte denken sollen. Lord Palmerston war überrascht, bot aber die Hand dazu, weil ihm selbst an einer engeren Verbindung mit einer großen Continentalmacht gelegen war. Bei der anglikanischen Kirche hätte man Schwierigkeiten erwarten sollen. Aber auf das Leichteste fügten sich sowohl der Erzbischof von Canterbury, als der Bischof von London in den Antrag einer Verbindung, die dadurch etwas Auffallendes, für Viele selbst Anstößiges hatte, daß sie zwischen dem anglikanischen Klerus und den Bekennern der Augsburgischen Confession getroffen werden mußte [2]). Sie willigten in die Gründung

---

1) Brief Bunsens an Perthes. 12. October 1841 in Bunsens Leben II. S. 263.

2) Daß die angesehensten protestantischen Theologen damit ein-

eines Bisthums Jerusalem, das wesentlich anglikanisch, doch auch die Protestanten der Augsburgischen Confession in sich begreifen sollte. Bei dem Parlament fand die Sache bereitwillige Theilnahme. Ein Gelehrter israelitischer Herkunft, geboren in Breslau, wurde gefunden, der das allgemeine Vertrauen besaß, und den die Regierung auf ihre Kosten nach dem gelobten Lande überführen ließ.

Es war ein Moment in dem religiösen Leben Englands, das hierdurch berührt wurde. Bunsen führte die Sache mit Eifer und Geschicklichkeit. Seine Briefe aus dieser Zeit athmen einen dem Unternehmen homogenen religiösen Geist. Eigentlichen Widerspruch fand er nur an der Partei Pusey und Newman; gerade dieser Widerspruch aber kam ihm wieder zu Statten. Denn da Pusey und Newman mit der Absicht umgingen, den Anglikanismus zu Rom zurückzuführen, so fühlten sich die englischen Prälaten vielmehr bewogen, dem continentalen Protestantismus die Hand zu reichen [1]). Eben das entsprach der Intention des Königs,

---

verstanden waren, sieht man aus dem folgenden Briefe Bunsen's (24. August 1841):

„Erlauben mir Ew. Majestät zu erwähnen, daß Nitzsch die bischöfliche Verfassung als die rechte, wahre, wünschenswerthe anerkennt; daß er das Bedürfniß fühlt, das Missionswerk müsse kirchlich werden und in Verbrüderung geführt; daß er die Anerkennung deutscher Bischöfe von den englischen für nothwendig erachtet; daß ich ihn aber nicht dahin bringen konnte, einzusehen, daß diese Anerkennung Das ist, was man Consecration nennt; daß späterhin Bischöfe nur von Bischöfen gewählt werden können, sah er ein. Für die schwesterliche Stellung mit der englischen Kirche im Missionslande hielt er Ordination von dieser ganz zulässig, ja nothwendig, aber so, daß dabei die Augsburger Confession und die Königliche oder altlutherische Liturgie anerkannt würde vom Bischofe."

1) Die Verhandlungen Bunsen's sind in dem Buche „Das evangelische Bisthum in Jerusalem" gleich damals ausführlich und urkundlich

welche dahin ging, die protestantischen Kirchen einander zu nähern, dem deutschen Protestantismus die Anerkennung des englischen zu verschaffen.

Durch den glücklichen und raschen Erfolg Bunsens wurde der König in seiner tiefsten Seele erfreut. Wenn schon sonst der religiöse Gesichtspunkt bei ihm vorzuwalten pflegte, um so mehr mußte das in dieser Angelegenheit der Fall sein. Doch ist die Stimmung, die sich in den Briefen an Bunsen kund giebt, nicht allein eine freudig aufgeregte. Der König hatte bereits den Widerstand kennen gelernt, den die öffentliche Meinung in Deutschland auch in religiösen Angelegenheiten ihm entgegensetzte. Indem er an der Sache festhielt, wünschte er doch Alles zu vermeiden, was das Mißverständniß und die Antipathien vermehren könne.

Sanssouci, 12. August 1841.

Indem ich Ihnen auf das Allerinnigste für Ihren unsäglich merkwürdigen und erfreulichen Brief danke, mein lieber Bunsen, umarme ich Sie wie Einen, dessen Worte und Aufträge Gott seegnet.

Aber lassen Sie uns jetzt behutsam gehen und vermeiden wir sorgfältig Alles, was einen Staub von Mißgunst und

dargelegt worden. Die zweite Urkunde enthält die Dotation mit einem Capital von 15,000 Pfund Sterling oder vielmehr der Zinsen dieses Capitals von 600 Pfund Sterling jährlich, zu welcher sich der König verpflichtete. Durch Parlamentsacte vom 5. October 1841 wird der Erzbischof von Canterbury ermächtigt, Unterthanen oder Bürger fremder Staaten zu Bischöfen zu machen, und zwar ohne daß dieselben den Suprematseid leisten.

des Mißverständnisses aufrühren könnte. In Ihrer Note an Lord Palmerston hätte ich gern die vielleicht einst zu stiftende Kirche von Bethlehem unerwähnt gesehen. Sie ist eher unwahrscheinlich, als wahrscheinlich, um menschlich zu reden. Sie kann nur dann zu Stande kommen, wenn eine Masse von deutschen Protestanten sich in jener Gegend sammelt, oder eine christliche Judengemeinde auch dort entstehen sollte. Verhindern Sie um Gottes Willen jede Veröffentlichung dieses so vagen Projectes, welches sonst ein Haken werden wird, an welchem der böse Wille (und der wird mächtig arbeiten) die heilige Sache selbst angreift, um sie vor dem entkirchlichten teutschen Publicum als eine Narrenspoſſe im Dreck herumzuziehen. Sprechen Sie sich so gegen die Bischöfe und Lord Palmerston aus. — Ein zweites großes Bedenken habe ich gegen die Bekanntmachung und Aufforderung zu Beyträgen für die Kirche zu Jerusalem, ehe der günstige Ausgang Englands und meiner Verhandlungen zu Constantinopel bekannt ist. Wägen Sie das recht. — Ist aber Alles geglückt und die Aufforderung kann erfolgen, dann darf die Kirche von Jerusalem nicht als Vereinigung der englischen und preußischen Kirche im heiligen Lande bezeichnet werden. Wir müssen in der Wahrheit bleiben. Die englische Kirche stiftet wirklich; denn sie tritt in Person auf. Die **preußische Kirche** weiß aber kein Wort davon und verhält sich ganz neutral. Nur meine Wenigkeit trägt zu den Spesen bey und nimmt dankbar an, daß dieselbe deßhalb in Ernennung des Bischofs alternirt mit England. Das ist allein Wahrheit und Weiteres darf nicht gesagt werden. Ueberhaupt, bester Bunsen, effaciren wir **uns** so viel als es geht in dieser Sache. Ich will ganz und gar bescheiden auftreten und auch vor der

Welt nur so weit dabey genannt werden, als es unumgänglich nothwendig ist. Unser Magen erträgt noch nicht starke Speise. Um Gottes Willen, um des Heyles, der heiligen Schrift Willen: gently!

Gott seegne Ihre Schritte und Ihre Worte, wie er seegnet mit dem Seegen des Gelingens für die Gegenwart und für die Zukunft. Amen. F. W.

Sanssouci, 26. August 1841.

Doch nun noch ein Wort über die Denkschrift. Aus den ersten Worten der Denkschrift könnte man schließen, ich bezwecke durch die vorgeschlagene Gründung der Kirche auf Zion 1) die Wiederherstellung des jüdischen Volkes, 2) die Vereinigung der Kirche im katholischen Apostolicat. Gott im Himmel weiß, daß solche Hoffnungen in tiefinnerster Seele mir vorschwebten; nachdem ich mich aber gewissenhaft geprüft und mich vor Gott gefragt: „Hast du wirklich die Zwecke gehabt, die Bunsen von dir schreibt"? hab' ich „Nein" antworten müssen. Das ist nicht Bescheidenheit, das ist Drang, die Wahrheit zu sagen. Wenigstens verbiethet mir mein Gewissen, das so auszusprechen.

Meine Absicht war die: 1) durch Errichtung des Bisthums in Jerusalem die diplomatisch-politischen Bemühungen (um den Evangelischen im Orient eine anerkannte Existenz zu schaffen) zu krönen, indem der neu anerkannten Kirche das für die Türken unumgänglich sichtbare Oberhaupt derselben innerhalb der Reichs-Grenzen gegeben wird und sie so in den Augen der Türken gleichebenbürtig unter die alten Schwestern des Orients gestellt werden könne; 2) durch Aglomeration einer teutsch-evangelischen Zunge, so viel an mir

war, das gräßliche Aergerniß von Türken, Juden und Christen des Orients zu vermeiden, welches das gleichzeitige Auftreten vieler getrennten protestantischen Kirchen oder Sekten den genannten geben mußte; 3) aber und gewiß hauptsächlich, um mir sagen zu können, ich hätte nichts versäumt, zur Stiftung einer Kirche beizutragen, die so liegen wird, daß sie wohl einst das Centrum der Juden-Christen und einer größeren Vereinigung der evangelischen Bekenntnisse werden dürfte, wenn das im Willen des HErrn liegen sollte, das aber in Geduld und Demuth abzuwarten. Die Absicht muß Gottes sein, nicht der Menschen. Die Könige müssen aber trachten, die rechte Zeit zu treffen für die Einrichtungen, die sie dann vor dem HErrn hinstellen und warten, ob er sich dazu bekennen wolle und sie brauchen, wie es uns ahndet. Was mir nur dunkel vorschwebte, haben Sie und die erleuchteten Prälaten mit Meisterschaft aufgefaßt und Letztere legen die Hand an's Werk, um dem lieben Gott das Werkzeug so gut als menschenmöglich zu übergeben. In seeligem Erstaunen hab' ich ja erst gesehen, wie der Gedanke für Israel aufgefaßt und in dem Plan als Grund und Zweck verwebt ist. Ja ich sage Ihnen, manchmal beim Lesen Ihrer Briefe war ich versucht, mich in den Staub zu werfen vor Gott, so providenziell und ungeahndet schien mir sich alles zu fügen. Das giebt große Freudigkeit und Zerknirschung zugleich und aus beyden entsteht mir unaufhörlich der Ruf: Stille! Keine Worte! — Es ist schlechte Zeit in Teutschland. Die Feinde aller Ordnung haben ein Schiboleth im Zeughaus, um Vornehme und Pöbel gegen das heilige, herrliche Werk aufzuhetzen, nämlich die Lüge; Sie intriguirten für mich in England, um die englische Kirchen-Verfassung in Preußen einzuführen!!! — Die

Gefahr ist groß, denn die Lüge trachtet danach, mein Ansehen im Lande zu untergraben; und wir haben grausam viel Narren, die eine jede Lüge, wenn sie auch dreist und schamlos ist, anbeißen. —

Auf das Vorhaben mit Alexander glaub' ich nicht eingehen zu können. Solche Stiftung muß (um nicht verderblich auf das Vaterland zurückzuwirken) von der Kirche gekannt seyn und anerkannt werden. Wo ist aber die Kirche? Mit Bethlehem, wenn das ja zu Stande kommen sollte, steht es ganz anders. Das ist im weiten Felde und ist je daran zu denken, so ist es gewiß nicht vor sieben Jahren. Bis dahin wächst hoffentlich das Verständniß der Landeskirche und soll nun einmal Hand an's Werk gelegt werden, so convocire ich eine Generalsynode, lege ihr den Plan vor, lasse ihn prüfen und bestätigen und führe ihn so aus. Denn da wird die Rückwirkung wahrscheinlich eine sehr seegensreiche seyn.

Schloß Domanze bei Schweidnitz, 7. September 1841.

... Ich denke, daß die Urkunde wegen der Hälfte der Ausstattung der Zion-Kirche alle Formalität enthält, die noch erwartet wird. Ich habe angeordnet, daß darin die neue Kirche als von der Krone und Kirche von England gegründet genannt wird. Darin ist doch nichts Bedenkliches?

Ich meine, es entspricht ganz der Wahrheit. Eine officielle Zustimmung halte ich nicht für räthlich von meiner Seite, zu dem Unaussprechlichen, was sich von Old England aus bereitet. Mein ganzes Wesen jauchzt dem Beyfall. Dankt dem HErren! — —! Drücken Sie diese Zustimmung zu Allem da aus, wo es von Nöthen seyn sollte.

F. W.

Sanssouci, 29. November 1841.

... Ich habe sehr wenig Zeit und fasse Alles, was ich zu sagen habe, in die Form eines Auftrages, den ich, wär' ich Lord Aberdeen, an Lord Stratford Canning geben würde. Dieser Diplomat würde also damit anfangen, der Pforte recht schön und blumenreich zu danken, daß sie uns die gewisse Aussicht gegeben, die evangelische Confession in ihren Ländern, wie die anderen behandelt zu sehen. Bei den Unterhandlungen Lord Ponsonby's habe ein Mißverständniß obgewaltet, dessen Lösung leicht und nothwendig sei. Es solle und könne für die evangelische Kirche von keiner neuen Concession die Rede seyn. Nur völlige Gleichstellung mit der Lateinischen Kirche sey die Forderung und selbstredend eine Forderung, welche die Pforte ohne Ungerechtigkeit und ohne Intention, England und Preußen beleidigen zu wollen, nicht werde abschlagen können, die das englische Cabinet also im Voraus als genehmigt ansehe. — Diese Gleichstellung besteht aber in Folgendem: 1) Ein geistliches Haupt der Confession wird der brittischen Ambassade attachirt. In Parenthese ist das vorläufig der Bischof Alexander, der sich unterwegs als solches Haupt in Byzanz zu zeigen hat, alle 15 — 24 Monate einmal wieder hingehen kann, sonst aber seinen Sitz auf dem Zion nicht verläßt. — 2) wird die Pforte ersucht, ein weltliches Haupt der Confession, wie sie es mit den Lateinern thut, auch für die Evangelischen zu ernennen, vollkommen in demselben Verhältniß, wie jenes. — 3) sagt die Pforte dem schon erstandenen und seit Jahren mit einem kleinen Bethaus besetzten Raum auf Zion ganz dieselben Privilegien zu, oder spricht ihm denselben

Schutz zu, wie dem Raum der Franciscaner zu Jerusalem. — Wenn diese drei Punkte geschickt und warm und als Lohn für die Dienste von 1840 verlangt werden, **können** sie nicht abgeschlagen werden. Wer künftig von den evangelischen Franken ist, bleibt es; wer Radja ist, bleibt es. Das muß deutlich articulirt werden. Sagen Sie nun selbst, ist da ein Bedenken dabei oder nicht. In letzterem Falle bringen Sie die Sache geschickt bei Lord Aberdeen vor." —

Bunsen träumte sich oft als Professor, etwa in Bonn, alle seine Kräfte der Wissenschaft des Alterthums und der Kirche zu widmen. Aber dann hätte er nie nach England zurückkommen müssen, wo er einen diplomatischen Erfolg von hoher Bedeutung an sich und von der höchsten für den König erreichte. Er selbst konnte dann die Besorgniß nicht bergen, ein neu eintretender Gesandte — denn der damalige, Bülow, rüstete sich zu seinem Abgang — möchte das von ihm Begründete nicht recht pflegen. Der König urtheilte, daß sein Freund Bunsen, der doch schon ein paar diplomatische Posten bekleidet hatte, sich vortrefflich eigne, die Stellung eines Gesandten in England auszufüllen. Doch trug er noch Bedenken, ihn ohne Weiteres zu ernennen. Ueberhaupt beflissen, mit den Engländern, sowohl dem Hofe wie dem Ministerium gut zu stehen, nannte er dort neben Bunsen noch zwei andere Persönlichkeiten für den preußischen Gesandtschaftsposten, zwischen denen er die Wahl frei ließ [1]). Bunsen meint wohl,

1) Aus Stockmars Denkwürdigkeiten I. S. 385 ersehen wir, daß gegen die beiden Anderen, die der König genannt hatte, Einwendungen wegen

der König habe das auch deshalb gethan, um ihn, wenn ein anderer vorgezogen würde, nach Berlin nehmen zu können. Sei dem wie ihm wolle, — König Friedrich Wilhelm war sehr zufrieden damit, daß die Engländer Bunsen wählten, der nun in London blieb und sich mit seiner Familie in Carlton-Terrace ansiedelte. Kein Anderer hätte so vollkommen wie Bunsen das Vertrauen der Königin und ihres Gemahls erwerben und ein freundschaftliches Verhältniß zwischen ihnen und dem König vermitteln können. Wie sehr der König ein solches wünschte, beweist die Bereitwilligkeit, mit der er sich entschloß, nach England zu kommen, um die Pathenstelle bei dem Prinzen von Wales persönlich einzunehmen. Bei seiner Einladung und bei der Annahme derselben war auf beiden Seiten der Wunsch einer politischen Annäherung wirksam, vor welchem die kleinen Schwierigkeiten, die sich auf beiden Seiten fanden, leicht in den Hintergrund traten [1]). Charakteristisch ist, wie Friedrich Wilhelm IV. die Fälle bezeichnet, die ihn von der Reise abhalten könnten, — eigene Erkrankung oder eine Krankheit seiner Gemahlin oder eine von den Franzosen drohende Gefahr an den Grenzen.

Charlottenburg, 3. December 1841.

„Lebe ich, bin ich nicht krank, erfordert meiner lieben Elise Gesundheit nicht meine Gegenwart, kommt Thiers nicht wieder an's Regiment oder sammelt sich kein feindliches Corps

---

früherer Vorgänge erhoben wurden; man wollte zugleich dem Könige etwas Angenehmes erzeigen, wovon man für sich selbst wenigstens keinen Nachtheil besorgte.

1) Auch hierfür sind die Aufzeichnungen von Stockmar (S. 376) erwünscht und zuverlässig.

an unseren Grenzen, mit einem Wort, kommt nicht Etwas dazwischen, was mich wirklich abhalten muß, — so komm' ich Mitte Januar — vorausgesetzt, daß man in Windsor nicht Scrupel bekommt und daß ich, sey's officiell oder unter der Hand, aber direct, eine Einladung erhalte."

Durch die Reise des Königs wurde Bunsen viel beschäftigt. Allerlei persönliche Beziehungen zu der Königin-Wittwe, der Königin selbst und dem Prinzen Albert bewirkten, daß es ihm an kleinen Aufträgen niemals fehlte.

Neben diesen erscheint in den folgenden Briefen, die nicht sehr zahlreich sind, besonders auch die Sache des neuen Bisthums in Jerusalem, wo denn doch die Unterordnung der Geistlichen augsburgischer Confession unter den anglikanischen Bischof dann und wann Schwierigkeiten hervorrief.

Sehr lebhaft beschäftigte den König die Absicht, als Sitz des Bisthums eine Basilika zu errichten. Denn die von England an ihn gelangenden Vorschläge hatten seinen Beifall mit Nichten. Selbst mit dem Namen Jacobus war er nicht zufrieden; er hätte den „schwunghafteren" Messias oder Trost Israels gewünscht. Der englische Bauplan erschien ihm zu klein und doch zu anspruchsvoll; der seinige sollte Bescheidenheit und Alterthümlichkeit vereinigen.

„Mein Plan durch Stüler, der sehr modificationsfähig ist, trägt nach meinem Gefühl das Gepräge christlich evangelischer Demuth und hat die Form der urchristlichen, ich möchte sagen, der fast apostolischen Baue; will nichts verstecken, zeigt nichts in die Landschaft hinaus, gewährt aber herrlichen

Raum im Vergleich zum englischen Plan" [1]). — Ein ander Mal [2]) trägt er nach: „Der Hof kann, ja muß, so wie ich das Klima kenne, enger und schattiger seyn, mit tiefen Hallen. So wird viel Platz für Gegenwart und Zukunft gewonnen. Ist es nicht möglich, aus der gothischen Kirche eine einfache Basilika (mit Apsis, sonst von gleicher Länge, nur breiter, die Säulen auf dem jetzigen Wandfundament) zu machen, so empfehle ich dringend, doch eine gothische Apsis zu machen, so daß der Bau statt so ✝, so ✝ aussehe. Am allerbesten wäre zwar die Form = ✝, aber das ganz Gute geschieht nun einmal nicht. — Klären Sie mir doch auf, wo das Hospital anbringbar ist? Wie herrlich wär's, wenn die alte koptische Kirche auch in den Kreis des evangelischen Quartiers (denn das muß es werden) aufgenommen werden könnte. Lord Canning muß nur die Stimme so laut erheben, als der Franzos, der seinem ehrlosen [3]) Banner Satisfaction geschafft hat."

Die Sache ging nicht so glatt und glücklich, wie man hätte erwarten können. Der Besitz des Platzes selbst bot einige Schwierigkeiten, da doch die ganze Anlage ursprünglich als ein Erwerb der Judenmissionsgesellschaft erscheint. Der König spricht den Wunsch aus, daß derselbe durch eine Transaction mit den Türken englischer Consulatsboden werde;

---

1) Undatirtes Schreiben v. J. 1842.

2) Schreiben vom 24. October 1843.

3) Der König meint das durch die Revolution entehrte; von militärischer Ehre ist hier nicht die Rede.

dann möge die brittische Flagge aufgezogen werden, und sagt er: „der Bau ginge unter dieser mächtigen Aegide getrost fort." Und keineswegs genügte die Wirksamkeit des Bischofs. Man schrieb ihm „unbegreifliche Mißgriffe" zu. „Des Bischofs Reise", sagt der König unter Anderem, „tadle ich. Er mußte bei seiner Hauscapelle ruhig und seine herrliche Wirksamkeit freudig fortsetzend bleiben und das Rennen, Schaffen und Helfen in dieser Noth allein den weltlichen Behörden überlassen. Möchte er bald zur heiligen Stadt zurückkehren. — Die steinerne Kirche muß für ihn reine Nebensache seyn, Christi Kirche das All- und Alleinige" [1]). —

Einen anderen Gegenstand der Correspondenz bildet die an das Frühere anknüpfende Entwickelung der kirchenhistorischen Auffassung. Mit größerer Ausführlichkeit oder doch Bestimmtheit spricht sich der König im September 1845 über den Ursprung des Episcopats aus, von dem er bemerkt, daß Bunsen darüber nicht mit ihm übereinstimme; er will versuchen, seine Ansicht noch einmal und deutlicher zu geben.

„Zuvörderst versteht sich, daß ich weiß und anerkenne, wie die Ausdrücke Episcopos und Presbyter in den apostolischen Briefen stets eins und dasselbe bezeichnen; ferner aber ebenfalls, daß lange vor dem Ende des apostolischen Jahrhunderts beyde Ausdrücke etwas Verschiedenes bezeichnen. Sie, bester Bunsen, scheinen mir nun anzunehmen, daß die Bischofs-Idee die jüngere in der Kirche gewesen sey, so daß (will man eine Mücke zerlegen) danach die Presbyter-Ordnung nach dem

1) Schreiben vom 4. März 1843.

späthteren Begriff, eigentlich die ältere, ursprüngliche sey; oder etwas anders gesagt, daß die Apostel und ihre Bevollmächtigten, wenn sie die Gemeinden mit Aeltesten besetzten, eher die Absicht hatten, Presbyter einzusetzen, als Bischöfe. —

„Ich hingegen habe die Ueberzeugung (um beim Beispiel zu bleiben), daß die Apostel und ihre Bevollmächtigten (Titus, Barnabas, Timotheus, Philemon 2c. 2c.), mit einem Wort, daß Alle die, welche das Evangelium der Welt verkündigten und nicht **einer** Gemeinde gesetzt waren, wann dieselben nun besondere Gemeinden mit Aeltesten besetzten, jederzeit und immer allein im Sinne hatten, dieser Gemeinde einen Bischof zu geben. Ich nehme also an, daß im Großen und Ganzen alle Männer, welche zur apostolischen Zeit die Handauflegung als Aelteste erhalten haben, Bischöfe waren, weil sie es seyn sollten, und daß ferner die Einrichtung, kraft welcher diese „Bischöfe" sich ihres Gleichen gesellten, mit denen sie alle Kirchen-Pflichten theilten, mit Ausnahme des Oberhirten-Amtes und der Vertretung bei etwaigen Concilien; daß, sage ich, diese Einrichtung und folglich die Einsetzung der Gesellen der Bischöfe, der Presbyter im späteren Sinne eine jüngere Einsetzung als die (apostolische) der Bischöfe ist."

Besonders waren es liturgische Fragen, die der König brieflich anregte, zunächst auf die deutsche Liturgie für Zion bezüglich.

„Ich höre, daß Bedenken gegen das Opfer der Gemeinde obwalten; die theile ich an sich nicht. Wohl aber

habe auch ich ein Bedenken wegen Zeit und Ort des Opfer-Amtes, da nach **meiner** (miserablen) Doctrin dasselbe **nothwendig** in's Offertorium gehört, unter Darreichung auf dem heiligen Tisch von Almosen, Brod und Wein. Vertheidigen Sie sich. Gott befohlen! F. W." 1)

Bunsen hat, wie man sieht, eine entgegengesetzte Meinung. Weder hier, noch auch sonst war der König recht mit ihm einverstanden.

„Ueber Ihre Kirche der Zukunft möchte ich so gern mit Ihnen zanken, aber ich habe keine Zeit. Vale" 2).

Vielen Eindruck hatte dem König der Cherubimische Hymnus der griechischen Messe in Rußland gemacht, welcher unter dem Offertorium erschallt, wenn die Elemente zur Consecration in das Heiligthum getragen werden. Man sagte ihm: die Worte seien unübersetzbar; sie klingen wie ein Stammeln und seien ganz dunkel und mystisch, den Priestern unklar, was die ahnenden Russen entzückt und entzündet; der Hymnus werde auch bei Hof in Rußland mit einer zur Anbetung hinreißenden Melodie gesungen. Er war geneigt, ihn in den Abendmahlsritus aufzunehmen, wenn er nichts Unevangelisches enthalte. Aber die Uebersetzung, die man ihm gab, war ungenügend. Bunsen wurde ersucht, eine gründliche Erklärung einzusenden, und gab sich viel Mühe

1) Schreiben vom 19. November 1843.

2) Schreiben vom 6. December 1845.

damit; doch scheint es nicht, als ob seine Erläuterungen befriedigend ausgefallen seien.

Fragen von viel größerer Bedeutung begannen in dieser Epoche die öffentliche Aufmerksamkeit zu beschäftigen und griffen in das Verhältniß zwischen Bunsen und dem König ein. Bunsen wurde aufgefordert, seine Meinung in den preußischen Angelegenheiten abzugeben, namentlich in der Verfassungsfrage, auf welche wir nunmehr zunächst kommen.

V.

Begründung einer ständischen Central-Verfassung.

Es ist ein unvermeidlicher Mangel dieser Mittheilungen, daß sie wichtige Fragen, auf welche der Briefwechsel führt, doch nur berühren, nicht erschöpfen können. Wie viel würde sonst hier über die preußische Verfassungsfrage zu sagen sein! Man müßte ausgehen von den Ständen der verschiedenen Landschaften, ihren Formen und ihrer Wirksamkeit, bis die Idee des Staates und die fürstliche Macht, in der sich diese repräsentirte, die Oberhand erlangten. Aber auch dann behielten die Stände immer einen anerkannten Wirkungskreis, namentlich in der Mark Brandenburg, Ostpreußen, der Grafschaft Mark. Sie nährten ein provinzielles Selbstbewußtsein, welches doch von allgemeinem Patriotismus durchdrungen war. Nach den großen schicksalsvollen Umwandlungen aber, die zwischen 1807 und 1813 fallen und zuletzt Alles erneuerten und umschufen: ließ sich an eine Wiederbelebung des alten Systems nicht denken. Es wurde einmal dadurch unmöglich, daß die neue Gesetzgebung über die Freiheit des Eigenthums die Aufnahme neuer Elemente in die provinzialständischen Institutionen nothwendig machte; noch mehr aber dadurch, daß der Staat durch die Verpflichtungen, die er eingegangen, und die Bedürfnisse des Credits veranlaßt wurde, auf umfassendere Institutionen, als die provinzialständischen waren, Bedacht zu

nehmen. Die Absicht wurde gefaßt, wie es bereits in dem Edict von 1810 heißt, „der Nation eine zweckmäßige Repräsentation, sowohl in den Provinzen, wie für das Ganze zu geben.“ In diesem Sinne wurden unter heftigen inneren Conflicten zuerst Landesdeputirte, dann eine interimistische Nationalrepräsentation berufen, in welcher nunmehr auch der Bauernstand seine Vertreter hatte. Wie viel mehr Bedeutung aber gewannen diese Absichten und Versuche, nachdem der große Kampf siegreich bestanden war, und der Staat, durch neue Provinzen verstärkt, unter den europäischen Mächten eine der ersten Stellen einnahm. Auch diese neuen Provinzen besaßen ihre landständischen Verfassungen, die bei der Besitznahme anerkannt wurden; von denen sich aber Niemand verbarg, daß sie einer Regeneration bedurften. Vor Allem erschien ein ständisches Institut, welches den ganzen Staat umfaßte, höchst wünschenswürdig; es wurde von den Tendenzen des Jahrhunderts gefordert. Aus beiden Rücksichten ist die Verordnung vom 22. Mai 1815 entsprungen. Sie stellt zugleich die Neubildung der provinzialständischen Institutionen und die Einrichtung einer den ganzen Staat begreifenden Verfassung in Aussicht. Es war die Zeit, in der über all den Trümmern der vorangegangenen Bildungen, der älteren sowohl, wie der neueren, sich die constitutionelle Idee mit unwiderstehlicher Macht erhob: man sah in ihr die Rettung des Daseins und der Freiheit. In dem Edict vom 22. Mai erscheint dieselbe unzweifelhaft, aber nicht unbedingt, sondern unter beschränkenden Bestimmungen. Denn, wenn darin die Zusage gegeben wird, eine Repräsentation des Volkes zu bilden, so wird dieselbe dadurch limitirt, daß die Landesrepräsentanten aus den wiederhergestellten oder neueinzurichtenden Provinzialständen gewählt werden sollen.

In dem Entwurf der Verordnung, welcher von Stein herrührt, ist mehr von Reichsständen, in der Verordnung selbst mehr von einer Landesrepräsentation die Rede, ohne daß man auf den Unterschied einen besonderen Werth gelegt hätte. Nicht ohne Absicht wird in dem Artikel der Verordnung über die Organisation der Provinzialstände die Bestimmung des Entwurfes, daß sie nach Landschaften geschehen solle, weggelassen. Bemerken wir noch eine andere Differenz zwischen dem Entwurf und der Verordnung. Beiden ist der Gedanke gemeinschaftlich, daß die Grundsätze der bisherigen Regierung, durch welche der wohlthätige Zustand bürgerlicher Freiheit herbeigeführt worden sei, auf diesem Wege erhalten und den Nachkommen überliefert werden sollen. Man erwartete von dem ständischen Element eine Verstärkung der höchsten Gewalt und der Regierung: der Staatskanzler Hardenberg, der das Edict zuletzt formulirte, ging hierin noch einen Schritt weiter, als der Freiherr von Stein. Dieser hatte nur von der Ueberlieferung und dauernden Bewahrung der Grundsätze der Regierung gesprochen: der Staatskanzler sprach zugleich von einer festeren Begründung derselben, die ein Pfand des Vertrauens für das Volk sein werde [1]).

Es liegt auf der Hand, auf welche Schwierigkeiten die Ausführung eines so umfassenden und mit den inneren Kämpfen des Zeitgeistes zusammentreffenden Vorhabens stoßen mußte. Die vornehmste lag in der Verbindung der provinzialständischen Verfassung mit einer reichsständischen Organisation. Denn offenbar waren die Gesichtspunkte, von denen man bei der

1) Der Entwurf ist von Pertz mit der Verordnung zusammengestellt im Leben Stein's, B. IV S. 428 ff.

einen und der anderen dieser Institutionen ausging, verschiedener Natur. Bei der einen schloß man sich an das Gegebene an, bei der andern faßte man ein neues Ziel ins Auge. In den Berathungen, die dann folgten, erschien auf der einen Seite der Antrag, zuerst nur die Provinzialstände einzurichten und dann zur Bildung der Reichsstände aus denselben fortzuschreiten. Da das aber zu viel landschaftlich-particulare Elemente, zu viel Corporationsgeist in die Reichsstände zu bringen drohte, so wurde auf der andern Seite der Vorschlag gemacht, die beiden Institutionen überhaupt von einander zu sondern und die Reichsstände ohne besondere Rücksicht auf die Provinzialstände ins Leben zu rufen. Der Staatskanzler verwarf das Eine und das Andere: er blieb bei dem Vorhaben einer organischen Verbindung der beiden Institutionen. Der Gedanke, Reichsstände zu schaffen, wurde unverrückt festgehalten. In voller Stärke erscheint er in dem Edict vom 17. Januar 1820, welches die Staatsschuld schloß und die Contrahirung neuer Anleihen an die Mitgarantie und Zustimmung der Reichsstände knüpfte. Dadurch eigentlich ist eine reichsständische Verfassung für Preußen begründet worden. Die Zusage hat für die finanzielle Ordnung und Erstarkung die wichtigsten und heilsamsten Folgen gehabt. Aber wie viel fehlte daran, daß man sich über die Art und Weise der Ausführung geeinigt hätte! Der Verfassungsentwurf Hardenbergs umfaßte Communen und Kreise, wobei er dem freien Eigenthum die ihm gebührende Stellung zu verschaffen suchte. Aus den Deputirten der einen sollten die der andern und aus diesen wieder die Provinzialstände hervorgehen, aus denen dann die Reichsstände gewählt werden sollten. Noch lieber

wäre es ihm gewesen, wenn die Reichsstände von den Provinzialständen, als daß sie nur aus denselben gewählt würden; denn in Folge dieser Bestimmung würde ihnen eine größere Selbständigkeit und freiere Bewegung zu Theil werden. Doch war noch Alles unbestimmt, keine Form festgesetzt, über keine der zu erwartenden, constitutionellen Fragen Entscheidung getroffen; und als man dann zu der näheren Ausarbeitung des Entwurfes schritt, trat der lebhafteste Zwiespalt der Meinungen hervor. Die allgemeine Gährung der Geister in Europa, die wieder aufflammende Revolution und ihre Repression wirkten auf die preußischen Berathungen zurück. Man faßte endlich den Entschluß, zuerst nur die Provinzialstände ins Leben zu rufen. Schon dies war eine Arbeit, in der die Gegensätze der Meinungen Mühe hatten, sich auszugleichen. Doch kam es so weit, daß die vornehmsten Resultate der Hardenbergischen Verwaltung, die Einrichtung der Provinzen und die Theilnahme der freien Landeigenthümer an den ständischen Berathungen behauptet wurden; die Idee, Reichsstände auf dieser Grundlage zu erschaffen, blieb allezeit vorbehalten. Aber man stand davon ab, sie unverzüglich zu bilden, und trug selbst Bedenken, das Versprechen in einer feierlichen und ausführlichen Urkunde zu wiederholen; — auch ohne eine solche würde eine allgemeine landständische Versammlung berufen werden können; gewiß würde sich deren Formation und Competenz zweckmäßiger vom Könige bestimmen lassen, wenn die Provinzialstände schon ins Leben getreten wären, als im Voraus durch eine Urkunde.

Bei dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms IV., der als Kronprinz an der Einführung der Provinzialstände den lebendigsten Antheil genommen hatte, war es nun die vor-

nehmste aller Fragen, wie er sich zur Berufung allgemeiner Stände verhalten würde. Gleich bei der Huldigung in Königsberg wurde er gebeten, seinem Volke das fortdauernde Bestehen der Provinzialstände zu sichern, überdies aber die verheißene Bildung einer Versammlung von Landesrepräsentanten auszuführen. Auf die Bildung einer allgemeinen Versammlung war auch ohne Zweifel die Absicht des Königs gerichtet; aber die Beschlußnahme über die Form derselben war indessen noch schwieriger zugleich und bedeutsamer geworden, als früher. Denn in Folge der Juli-Revolution war die Idee der Constitution auf dem Grund von Volksrepräsentation näher bestimmt und in Literatur und Leben zu allgemeiner Geltung gelangt. Der neue König fühlte keine Anwandlung, dem beizutreten; er versicherte, daß sein Vater, auf dessen Zusage man sich bezog, den herrschenden Begriffen einer sogenannten allgemeinen Volksvertretung ferngeblieben sei, und zwar um des wahren Wohles seines Volkes willen. Indem Friedrich Wilhelm IV. keinen Zweifel darüber ließ, daß das auch seine Meinung sei, erklärte er sich doch bereit, die fernere Entwickelung des Ständewesens auf dem bereits angebahnten Wege zu fördern.

Er ergriff die Aufgabe, wie sie aus den vorangegangenen, aber schon lange abgebrochenen Verhandlungen auf ihn kam, und wie sie sich ihm in den Kämpfen und Gegensätzen der Epoche darstellte. Insofern unter Volksvertretung zugleich eine umfassende ständische Gliederung verstanden wurde, hatte er nichts dagegen. Allein dem Begriff einer eigentlichen Repräsentation des Volkes nach der Kopfzahl widerstrebte seine ganze Seele. Den größten Eindruck machte es auf ihn, daß die Juli-Regierung die Rechte des Volkes unaufhörlich im Munde

führte, und doch niemals zu einer Repräsentation desselben im vollen, dem Wortlaut entsprechenden Umfang zu schreiten wagte. Was für Folgen es haben würde, wenn dies jemals geschah, wer konnte es voraussehen! Nur so viel hielt man für gewiß, daß die königliche Gewalt, wie sie damals war, sich alsdann nicht behaupten würde. In eine ähnliche Gefahr wollte nun Friedrich Wilhelm IV. seinen Staat nicht gerathen lassen. In der Idee sah er einen Widerspruch gegen das Wesen desselben. Dagegen war er bereit, die provinzialständischen Institutionen, wie er sie überkommen hatte, in sich zu verstärken und alsdann zu einer gewissen Einheit zu concentriren.

Im Jahre 1841 stattete er die Provinzialstände mit neuen Rechten aus, wie er ihnen denn regelmäßige periodische Berufung (alle zwei Jahre) zusicherte; für die Zeit, in der sie nicht beisammen wären, sollten Ausschüsse aus allen Provinzen einberufen werden, wenn die Interessen des Landes es nöthig erscheinen ließen. In dem folgenden Jahre traten die Ausschüsse zusammen. Der König erkannte die Wichtigkeit ständischer Rathschläge an, warnte aber die Versammlung davor, sich von dem Winde der öffentlichen Meinung ergreifen zu lassen. Allein wer könnte die Meinung regieren. Die dem Könige widerwärtige Bewegung derselben wurde durch die Doctrinen, welche auf den Kathedern vorwalteten, noch besonders gefördert; sie griff alle Tage mehr um sich. Während die ersten Ständeversammlungen sich auf den ihnen angewiesenen Wirkungskreis beschränkt hatten, zeigten sich die späteren von den Gedanken ergriffen, welche die Zeit beherrschten; sie forderten laut eine allgemeine Verfassung, die Oeffentlichkeit ihrer Sitzungen, sowie Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege.

Das war im Allgemeinen die Lage, als Bunsen zur Theilnahme an den für die Verfassungsangelegenheit in Gang gesetzten Berathungen berufen wurde (1844). Er fand in Deutschland allenthalben eine Stimmung des Mißbehagens. Denn den Erwartungen gegenüber, die man hegte und die man für berechtigt hielt, glaubte man an der Stelle, auf die sich Aller Augen richteten, Nichts als Unentschiedenheit wahrzunehmen, eine Stimmung, der Arndt in einem wohlbekannten Gedicht, in dem er sich nach einem Retter aus der allgemeinen Verwirrung umsieht, Ausdruck gab. Bunsen hielt an den Hoffnungen fest, die er in dem Gedicht Asträa sieben Jahre früher ausgesprochen hatte, und die sich alle auf die Persönlichkeit des Königs und dessen große conservative, aber auf Entwickelung der wahren Freiheit gerichtete Gesinnungen gründeten; er schickte es dem Könige zugleich mit den Arndt'schen Strophen bei seiner Ankunft in Berlin wieder zu[1]). Er erfuhr damals wieder so viele Beweise von Gnade, daß man ihm sagte, das werde Mißgunst gegen ihn erwecken und ihm Feinde machen. Bunsen feierte das Datum jenes großen kirchlichen Briefes Friedrich Wilhelms mit einem Schreiben, das sich auf die Restauration des Schwanenordens, die eben im Gange war, bezieht[2]). Wir bemerken nur die überschwänglichen Hoffnungen, die er in seinem Gegensatz gegen Rom an die Institution der Wohlthätigkeit knüpfte, mit der der König umging: er sagt, man dürfe sich nicht verhehlen, daß es das erste Mal sei, daß Rom durch eine geistige Central-Gewalt entgegengetreten werde, die ihm den Tod drohe, ohne ihm feindlich zu sein. „Die Idee, eine

1) Schreiben vom Gründonnerstag, 14. April 1844, Berlin, Hotel de Russie.

2) Schreiben vom 11. Mai 1844.

innere Lebensgemeinschaft über den Bekenntnissen in einer großen Nation zu gründen, vernichtet Rom, wenn sie ins Leben der Gegenwart eintritt."

In demselben Sinne förderte Bunsen auch sein liturgisches Werk, das auf ächt historischer Basis den römischen Liturgien gegenüber treten sollte. In den Briefen ist zugleich von Pastoralconferenzen, der ägyptischen Unternehmung, der Aufführung einer äschyleischen Trilogie und dem Ritterschlage die Rede. Die Bemerkung drängt sich auf, daß man fast zu vielseitig war. Man verstand sich in dem, was sich auf Kirche und Alterthum bezog, jedoch nicht in dem, worauf das Meiste ankam, den ständischen Angelegenheiten.

Bunsen erklärte sich darin mit dem König einverstanden, daß man Alles, was auf eine eigentliche Repräsentation des Volkes hindeute, vermeiden müsse; auch aus diesem Grunde drang er auf Eile. Nachdem der Landschaftlichkeit in den Provinzialständen ihr Recht geschehen sei, so müsse man jetzt auf analoge Institutionen der Gesammtheit denken, und zwar ohne Zeit zu verlieren: würde man eine Krisis abwarten, so würde das Repräsentativsystem unfehlbar Geltung erlangen. Er bleibt dabei, daß man von dem historischen Rechte ausgehen müsse, — demselben, mit dem man Napoleon bekämpft und den Jacobinern widerstanden habe. Sein Sinn geht nicht auf sehr ausgedehnte Berechtigungen der Stände; er denkt sich dieselben vielmehr beschränkt und knapp; aber indem er das Princip des Königs anerkannte, genügte ihm die Form, die derselbe einzuführen gedachte, doch nicht. Ihm schwebte vielmehr die englische Verfassung vor Augen. Und es ist wohl der Mühe werth, die Vorschläge, die er damals machte, in Erinnerung zu bringen.

„Im monarchischen und conservativen Sinne", sagt er, „werden wir zu der Annahme zweier ständischer Häuser geführt. Von diesen würde das eine aus einem Stamme ebenbürtiger deutscher Herren bestehen, die aus der Gesammtheit des preußischen Adels sich Genossen für Lebenszeit bilbeten; das andere aus Abgeordneten der drei Stände, für welche jede Versammlung der Provinzialstände den Wahlkörper ausmachte" [1]).

Von dem Herrenstande in der einen und dem Ritterstande in der andern hoffte er, daß sie der „sich schrankenlos in Europa entwickelnden Demokratie" einen „Damm" entgegensetzen würden, und zwar einen „unzerstörbaren, weil auf Wirklichkeiten ruhenden". Durch gleichzeitige Verordnungen soll das Eigenthum der Krone, das von den Ständen unabhängige Recht der Kirche, das Verhältniß der Beamten festgesetzt und gesichert werden [2]). Er ergeht sich in Entwürfen

1) Schlußbetrachtungen über die ständische Frage. Frühjahr 1844.

2) In einem Sanssouci, 6. Juli 1844 datirten Schreiben Bunsens findet sich der nachfolgende Entwurf:

I. Es sollen Reichsstände einberufen werden, und zwar noch vor der nächsten Vereinigung der Provinzial-Landtage.

II. Die Reichsstände sollen ein Abschluß, die definitive Form der Verfassung jenseits der Provinzialstände sein.

III. Sie sollen durch die Provinzial-Landtage und zum großen Theile aus ihnen gebildet werden, mit gesichertem und würdigem Einflusse der Regierung, und dergestalt, daß man für ihre Berufung gar keine Volkswahlen nöthig hat.

IV. Die Bildung dieser Reichsstände soll als die einzig sich darbietende Gelegenheit benutzt werden, um die Stellung des königlichen Hauses hinsichtlich der Domänen besser und würdiger zu machen, und ebenso, um der Regierung, gegenüber dem höheren Beamtenstande eine freiere Stellung zu geben; endlich um das conservative Element zu verstärken, einmal durch Bildung eines besonderen Herrenhauses, dann aber durch die Befestigung des ritterschaftlichen Be-

über die Umgestaltung des Adels überhaupt, den er mit dem höheren Bürgerstand in eine Art Gentry zu verschmelzen nicht allein für wünschenswerth, sondern auch für möglich hält; — ebenfalls nach dem Muster von England. Er will sich mit dem Worte Landtag nicht begnügen; er verlangt Reichsstände, in zwei Häuser getheilt, ein Herrenhaus und ein Haus der Gemeinen. Noch eine andere Abweichung von den Plänen des Königs, bemerkenswerth, weil sie das Princip berührt, — sie erinnert an eine Idee Hardenbergs, — findet sich in den Vorschlägen Bunsens: er will, daß die Provinzialstände die Wahlkörper bilden, nicht allein jedoch um die Ausschüsse zu wählen, sondern auch noch andere Wahlen zu reichsständischer Thätigkeit zu vollziehen, bei denen sie nicht an ihre Körperschaft gebunden bleiben würden[1]).

---

sitzes in den Händen eines landsäßigen Adels. Alles dies wird im Einberufungs=Patente als Grundgesetz festgestellt, über welches keine Berathung oder spätere Beschwerde zulässig ist.

V. Die Geistlichkeit bleibt gänzlich von den Ständen ausgeschieden, und ebenso werden die Stände von allen kirchlichen Angelegenheiten fern gehalten.

VI. Die Mitwirkung der Reichsstände soll beschränkt bleiben auf die Bewilligung neuer Steuern und die Anerkennung neuer Schulden, sowie auf die Gesetze, welche Personen und Eigenthum betreffen, endlich soll ihnen das Beschwerderecht zustehen.

VII. Die Regierung behält sich die Initiative für Gesetzesvorschläge vor.

VIII. Dagegen wird den Ständen das Recht der Vota, nicht bloß bei jenen finanziellen Verfügungen, sondern auch bei den Gesetzen gegeben, für welche (nach VI) ihre Mitwirkung stattfindet.

IX. Die Stände werden zum ersten Male zum 1. Mai 1845 und dann alle vier Jahre berufen. Wenn sie sitzen, fallen die Provinzial-Landtage weg, die also ins Künftige immer zwischen zwei Sitzungen der Reichsstände zusammentreten.

1) In den „Schlußbetrachtungen" heißt es: „Der Landtag wählt 12 Mitglieder in die Ausschüsse, was 96 Mitglieder giebt. Wir nehmen

Für die Abgeordneten forderte er unmittelbare Wahlen, weil das Volk diese nun einmal wünsche, jedoch nicht nach der Kopfzahl, noch nach einem Census, sondern in ständischer Gliederung; er denkt ein aristokratisches und zugleich volksthümliches Wahlsystem einzurichten, so daß Alles zugleich an Festigkeit und Freiheit gewinne [1]).

Indem Bunsen die Idee des Königs acceptirte, drängte er doch, erfüllt von der Anschauung des parlamentarischen Lebens in England, aus dem Gedankenkreise, in dem sich derselbe bewegte, wieder hinaus. Mit diesen Entwürfen aber machte er in Berlin kein Glück. Die letzten Vorschläge sandte er durch den mit der Verfassungs-Angelegenheit vorzugsweise betrauten Minister Bodelschwingh ein; der aber fügte die Bemerkung hinzu, daß er dieselben unpraktisch finde.

Es war in den Tagen der brennenden Erwägung über die größte Frage, die dem preußischen Staate vorgelegt werden konnte, daß der König (26. Juli 1844), indem er das Schloß zu Berlin verlassen wollte, von einem Mordanfalle heimgesucht wurde, der mehr aus persönlichen als aus politischen Motiven hervorging. Der Thäter dachte, sich zugleich durch den Mord des Fürsten, der seine hohe Stellung noch in ihrem vollen Glanze einnahm, aber schon nicht mehr beliebt genannt werden konnte, einen herostratischen Ruf zu gründen.

---

an, daß diese Zahl für die Wahl aus dem eigenen Schooße gelte, nur so, daß die Ersatzmänner mitgewählt werden können. Diese Wahlen erfolgen von dem gesammten Landtage, nach dem verfassungsmäßigen Verhältnisse der Vertretung der drei Stände. Man lasse jeden Landtag außerdem noch sechs Abgeordnete wählen, frei aus der Provinz, ohne Rücksicht auf Besitz und Besteuerung, aber aus den Beamteten, dem Ritter- und Bürgerstande nach freieren Verhältnissen."

1) Die Zusammensetzung des ständischen Hauses der Abgeordneten. Nachtrag zu der Denkschrift vom Junius 1844, London, Januar 1845.

Man weiß, welche Wirkung einmal die Bomben Orsini's auf einen mächtigen Herrscher ausgeübt haben; an Friedrich Wilhelm glitt das Ereigniß ab, wie die Kugel selbst. Er sprach aus: Er werde nach wie vor seinen Kopf in den Schooß eines jeden seiner Unterthanen legen.

„Nun merke ich", schrieb ihm Bunsen, der indeß nach England zurückgekehrt war, mit den Worten des Psalters, „daß der HErr seinem Gesalbten hilft."

Der König antwortet:

Erdmannsdorf, 20. August 1844.

„Ueber das Attentat reden Sie wie ein Freund und ein Christ. Das lohne Ihnen Gott. Er wendet, so scheint es, was menschlicher Fluch erdacht, zu reichem himmlischen Seegen. Also sey es! — Die Rettung würde ich für ein Wunder halten, würdig, denen der heiligen Schrift an die Seite gestellt zu werden, wäre ich nicht der Gegenstand desselben. Die Kugel, auf kaum ein Fuß weit abgeschossen, zerriß alle Kleidungsstücke. Ich aber habe auch nicht das Allerleiseste gefühlt und die Kugel ist machtlos von dem Brustbein in den Wagen gerollt!!! Verstummen und anbeten ist meine Loosung."

Wie vertrauensvoll das Verhältniß zu Bunsen noch war, erkennt man aus den Worten, mit denen der König ihm in demselben Briefe empfiehlt, mit dem Prinzen von Preußen, der sich damals in England aufhielt, in innigen geistigen Verkehr zu treten.

„Tausend Liebes und Herzliches an Wilhelm. Sprechen Sie doch recht viel mit ihm. Politik, Kirche, Kunst — Jerusalem in Sonderheit. Ich habe ihn gebeten, auch seinerseits sich recht mit Ihnen auszusprechen. Es ist so gut und nothwendig“ [1]).

Bunsen war glücklich, daß der Prinz das alte Verhältniß von 1822 wieder erneuerte.

An seinen Ideen über die Verfassung hielt der König unerschütterlich fest, obwohl er wußte, daß sein Verfahren mit den allgemeinen Wünschen nicht im Einklang stand.

Bezeichnend in dieser Hinsicht ist ein Gespräch, das er im August 1845 im Brühl mit Lord Aberdeen hatte [2]). Er sprach von seinem Vorhaben, die Provinzialstände zu einer allgemeinen Versammlung zu vereinigen, ohne deren Genehmigung weder die Steuern erhöht, noch Anleihen gemacht werden sollten. Aberdeen fragte ihn, ob das Volk dadurch befriedigt werden würde. Der König sagte: gewiß nicht; aber das lasse sich in dieser Zeit überhaupt nicht erreichen. Er betonte den Gegensatz, in dem er zu den Ideen von 1789 sei und bleibe; äußerte aber die Hoffnung, daß sich auf der Grundlage, die er gebe, in Zukunft eine Verfassung ähnlich der englischen entwickeln werde.

Bunsen hat der damaligen Zusammenkunft beigewohnt. Bei dieser Gelegenheit ist er auf seinen Wunsch zum wirklichen Geheimrath ernannt worden. Der König behan-

---

1) Der Brief ist aus einer von Bunsen an seine Gemahlin geschickten Abschrift in dem Leben Bunsens von Nippold Bd. II. S. 272 bereits abgedruckt.

2) Die Aufzeichnung Bunsens, aus der wir es kennen, findet sich in der deutschen Ausgabe seines Lebens II, S. 387 ff.

delte ihn fortwährend mit der gewohnten Gnade; über die wichtigste Angelegenheit, die der Verfassung, hat er aber nicht mit ihm gesprochen. Auch in Sanssouci, wohin Bunsen beschieden worden war, redete man nur von kirchlichen Dingen, nicht von der Verfassung. In dem Briefwechsel findet sich darüber weniger, als man erwarten sollte, dann aber doch die eine oder die andere Aeußerung, in welcher die Idee des Königs deutlicher als sonstwo ausgesprochen ist. Als Bunsen in einem seiner Briefe der Verfassungs-Angelegenheit nochmals gedachte, nicht ohne einige Bedenken zu äußern, antwortete ihm der König:

„Ihre beredten Worte des Bedenkens in den ständischen Angelegenheiten sind einer doppelten Deutung fähig; und Sie müssen mir sagen, welche die richtige ist. Ich habe bei erster Lesung derselben sie so gedeutet, als warnten Sie mich davor, meinen Plan auszuführen, der da besteht 1) in der großen, **nicht periodischen** Versammlung der Landtage mit einem kräftigen Herrenstande, ausgestattet mit den wichtigsten Vorrechten **teutscher Stände**, namentlich **Bewilligung** der direkten Steuern (über den status quo hinaus) und neuer Anleihen zc., und 2) in der periodisch gewissen Einberufung der Ausschußtage mit berathender Stimme und so, daß der **Große Landtag** nur die wichtigsten Epochen des Staatslebens bezeichnen soll, während die **Ausschußtage** ruhig ihres Weges (alle zwei Jahre mit den Provinzial-Landtagen abwechselnd) gehen und sich mit den gewöhnlichen **allgemeinen Gegenständen** beschäftigen sollen, wozu

speciell vierjährige Budgets gehören. — Also warnen Sie mich davor, weil Sie meinen, dies würde keine Parthey befriedigen, während Sie mich, beredt schweigend, darauf aufmerksam machen, daß eine Verfassungs-Urkunde, zwei Kammern, periodische Sitzungen, Votum decisivum, mehr oder weniger alle Partheyen vereinigen werden. Das ist die erste und zwar meine Auslegung jener Stellen Ihres Briefes. Ein sehr sicherer und lieber Freund (Einer von dreien, die Ihren Brief sehen werden)[1]) versteht die Stelle anders. Er meint, Sie fürchten, Metternichs und Aberdeens Ansicht habe bey mir gesiegt, und ich wollte jetzt gar Nichts thun, und Sie finden das nun höchst beklagenswerth. Das wäre es wahrlich auch im höchsten Grade[2]). Wer hat Recht? Sagen Sie mir. Mit treuer Freundschaft F. W."

Um den Entschluß des Königs zu würdigen, muß man sich die verschiedenen Rücksichten vergegenwärtigen, die ihm seine Stellung auflegte. Er hielt daran fest, daß die Macht der Krone ungeschmälert bleiben müsse. So forderten seine Brüder, seine Minister. Und dennoch sollten die Institutionen, die er geben wollte, wahre ständische Rechte in's Leben zurückrufen. Die beiden nächsten continentalen Verbündeten waren mit seinem Vorhaben nicht einverstanden, — Oesterreich, weil auch dann, wenn die beabsichtigten Beschränkungen angeordnet würden, beinahe unmöglich sei, sie festzuhalten:

---

1) Wahrscheinlich sollten die beiden Anderen ihn erst zu Gesicht bekommen.

2) Dieser Satz ist nachträglich von dem Könige zugeschrieben worden.

Preußen würde sich doch zuletzt den constitutionellen Bewegungen anschließen. Noch entschiedener war der Kaiser von Rußland dagegen. Vollkommen in dem System der alten Allianz lebend, hätte Friedrich Wilhelm IV. der Besorgniß Raum geben können, sie selbst durch seine dem Zeitgeist, wie er wußte, gleichwohl nicht entsprechenden Institutionen zu erschüttern. Aber er rechnete darauf, daß Rußland in Kurzem und Oesterreich nach einiger Zeit sich beruhigen werde. Eben deshalb sprach er mit Lord Aberdeen, um ihn zu überzeugen, daß durch sein Vorhaben das alte System der Allianz nicht gefährdet werde, und um ihn von einer weiteren Annäherung an Frankreich abzuhalten. Europa beschäftigte sich bereits mit der Frage, was in Frankreich geschehen könne, wenn Louis Philipp nicht mehr sei. In England, wo man damals im Allgemeinen noch für diesen Fürsten war, meinte man die dann zu erwartende Regentschaft im voraus unterstützen zu müssen, und hätte auch Preußen dafür zu gewinnen gewünscht. Auch Bunsen hielt für Preußen eine Annäherung an das Haus Orleans für rathsam[1]). Der König war jedoch nicht dahin zu bringen; er wollte sich weder in seiner äußeren, noch in seiner inneren Politik dem Julikönigthum zugesellen. Es war dergestalt ein Akt politischer Selbständigkeit nach allen Seiten hin, als der König dazu schritt, seine Idee von einer ständischen Centralverfassung durch die Berufung eines allgemeinen Landtages zu realisiren. Dem definitiven Beschluß gingen noch mannigfaltige und specielle Erwägungen voran. Man erinnerte, wenn es jemals zu einer Auflösung des vereinigten Landtages kommen sollte, so würde dies eine allgemeine Zer-

---

1) Schreiben vom 28. Juli 1846.

rüttung der ständischen Verhältnisse zur Folge haben. Andere zweifelten, ob den Ständen ein Steuerbewilligungsrecht zuzuerkennen sei, da das die Sphäre der monarchischen Gewalt höchlich beeinträchtigen würde. Und sei es nicht sehr möglich, daß sich in den vereinigten Ständen ein Widerspruch gegen die preußische Wehrverfassung entwickele, auf der doch die Machtstellung des Staates beruhe? Könne nicht die Verfassung, die man ihnen gebe, auch von ihnen wieder zertrümmert werden? Wie solle das Verhältniß des Herrenstandes, der in einer besondern Kurie auftrat, zu der Gesammtheit der übrigen Stände sich gestalten? Alle dem trat die Ueberzeugung entgegen, daß etwas geschehen müsse, daß die gefaßten Entwürfe gesetzlich, natürlich und einer ferneren Entwickelung fähig seien. Vor der Autorität des Königs, der es wollte, verstummten allmälig alle Widersprüche. Das Patent vom 3. Februar 1847 wurde erlassen, und die Versammlung zwei Monate später mit jener Rede eröffnet, die als die letzte große Manifestation des mit dem Ständewesen verbundenen Königthums betrachtet werden kann. Friedrich Wilhelm IV. erklärt darin, daß er den Herren eine dem deutschen Begriffe von dem Herrenstande entsprechende Stellung zurückgebe; er fordert den Ritterstand auf, sich wie von jeher um das Banner der Hohenzollern zu schaaren; die Bürger, die Intelligenz, deren sie sich rühmen, in Verbindung mit Religion und Sittlichkeit zu entwickeln; die Landgemeinden, im Kriege wie im Frieden mit Gott für König und Vaterland zu streiten; ihre Rechte sollen sie wahrnehmen, aber keinen Schulmeinungen folgen; das natürliche Verhältniß zwischen Fürst und Volk will er herstellen, aber keine Constitution geben im Sinne der Zeit; denn wechselnden Majoritäten könne sich das preußische Königthum nicht unter=

werfen. Friedrich Wilhelm IV. meinte in der Mitte zwischen bureaukratischem Imperatorenthum und demokratischen Volksrepräsentationen den altgermanischen monarchisch-ständischen Staat wiederherzustellen, in welchem die wahre Freiheit sei — zur Ehre Gottes, dem allein Er und sein Haus diene: des Guten, das aus seinem Vorhaben entspringe, werde sich das gesammte Deutschland zu erfreuen haben. In der Rede erscheint die Summe der Ideen Friedrich Wilhelms IV. Man darf ihm vielleicht den Vorwurf machen, daß er den aus der Revolution entsprungenen Tendenzen, denen doch auch vermöge ihrer ungeheuren Wirksamkeit eine historische Geltung zukommt, zu wenig Rechnung trug; aber eben dieser Wirksamkeit und ihrem Fortschritt wollte er begegnen. Wenn einst die Verordnung von 1815 als ein Moment in dem Kriege gegen Napoleon I., dem man Constitutionen entgegensetzte, erschienen war, so hatte sich seitdem mit diesem Worte die vornehmste Feindseligkeit verbunden, welche die legitime Gewalt in den damals errungenen Stellungen bedrohte. An der Legitimität festhaltend, faßte Friedrich Wilhelm IV. doch den Entschluß, von der ihm zustehenden unbeschränkten Gewalt einen Theil aufzugeben, jedoch nicht im Sinne der revolutionären Tendenzen, die er von Grund seiner Seele haßte. Er wollte den Repräsentativ-Verfassungen eine andere von ständischer Natur zur Seite stellen, auf Grundlagen, die er als schon vorhanden betrachtete, so daß nur eine Zusammenfassung und Vollendung derselben erforderlich sei. In dem Königthum sah er eine göttliche Institution; von Gott trage er seine Krone zu Lehen; nur Dem sei er verantwortlich. Im Namen der göttlichen Ordnung forderte er Gehorsam und Unterordnung. Die ständischen Rechte wollte er herstellen,

jedoch nur insoweit, als sie die höchste Autorität nicht verletzten. Denn man möge nur um sich sehen in der Welt: von allen mächtigen Staaten sei der preußische derjenige, der am meisten auf die Führung durch Einen Willen angewiesen sei. Die höchste Gewalt ließ er auch in Beziehung auf die Kirche nicht fallen, denn durch die Ereignisse selbst seien die kirchlichen Rechte seiner Krone zugewachsen. Aber er dachte sie nach dem Vorbilde der ältesten Zeit zu organisiren; von den Ständen unabhängig sollte der kirchliche Organismus ihn umgeben, wie die ständische Verfassung selbst. Seine letzte Absicht war immer, Recht und Gerechtigkeit zu wahren und zugleich Christenthum und Religion zu fördern. Darauf beruhte sein Gedanke von dem christlich-germanischen Staat: denn auf die Religion und ihre die ganze Menschheit umfassenden Lehren seien alle Staaten gegründet, besonders die germanischen. Deren Einrichtungen wurden ihm vornehmlich dadurch werth, weil sie die Idee gegenseitiger Treue und Verpflichtung zwischen Fürst und Volk in sich trugen; er erblickte darin eine öffentliche Ordnung moralischen und religiösen Inhalts, in der Freiheit und Monarchie, Kirche und Staat vereinigt seien.

Mit diesen Ueberzeugungen, Gefühlen und Ansichten stand Friedrich Wilhelm IV. einer Welt gegenüber, in der eine ganz andere Sinnesweise in beiderlei Direction, der geistlichen wie der weltlichen, die Oberhand hatte.

Bunsen war mit dem Patent vom 3. Februar sehr einverstanden. In einem seiner Briefe [1]) heißt es darüber:

1) Schreiben London, 29. Februar 1847.

„Ew. Majestät haben durch die große That vom 3. Februar vieler treuen Diener und Unterthanen, auch vieler Verehrer in anderen Ländern heißes Gebet zur Erfüllung gebracht. Niemand aber gewiß dankt Gott inbrünstiger dafür, als ich, und schwerlich wünscht irgend Jemand aufrichtiger Ew. Majestät Glück zu dem großen Schritt. Ich freue mich der That an sich unbedingt, des Gethanen großentheils."

Vor Allem erschien Bunsen eine weitere Ausbildung der dem Herrenstande gegebenen Stellung zu einem förmlichen Oberhause wünschenswerth. Auch die Rede des Königs begrüßte er mit hoher Freude. Er sagt [1]), er habe sie nicht bloß gelesen, sondern auch gehört:

„Ich habe Friedrich Wilhelm den Vierten dabei gesehen, mit Bewunderung und mit Rührung. Welch ein Augenblick in der Geschichte, und welch eine Rede!"

Der König schrieb ihm über dieselbe:

„Ich habe den vereinigten Landtag eröffnet. Meine Rede wird im Auslande von Freund und Feind mißverstanden werden. Ich fühle das. Ich konnte aber nicht anders — denn ich weiß, daß die Sechshundert vor mir mich verstanden haben, und das ist die Hauptsache. Jetzt müssen sich Freund und Feind scheiden und nur so ist zu regieren. Sie werden bey Lesung der Rede es verstehen, daß ich Muth habe und daß ich Muth zeigen wollte und mußte

1) Schreiben London, 20. April 1847.

unter so exceptionellen Umständen, als die unsrigen. Ich freue mich im Voraus auf Punch. Denen, die mich etwa als Verfassungshasser antasten, sagen Sie die lautere Wahrheit"[1]).

Nicht eigentlich auf das, was diese Worte andeuten, bezogen sich die Einwendungen, die man in England machte; sie betrafen das Verhältniß, in das sich der bisher so gut wie absolute König zu einer großen deliberirenden Landesversammlung gesetzt hatte; er werde sich, sagte man, schwerlich den unausbleiblichen Folgen einer freien Verfassung unterwerfen, und namentlich es einmal bereuen, der Versammlung seine Minister nicht gleichsam als Schanzkörbe entgegengestellt zu haben. Man faßte dort den Uebergang von einer unumschränkten Monarchie zu einer parlamentarischen Verfassung ins Auge, ohne die besonderen Bestimmungen, unter denen das geschah, hoch anzuschlagen. Diese aber bildeten nun in dem vereinigten Landtag den nächsten Gegenstand der Erörterung. Die königliche Verordnung, auf deren Grund die Versammlung zusammentrat, erfuhr in derselben lebhafte Anfechtungen. Man wandte ein, daß sie mit dem Gesetz von 1820 doch nicht vollkommen übereinstimme. Man verlangte eine Declaration über das Verhältniß des Landtages zu den ständischen Ausschüssen und drang vor Allem auf die Zusage einer periodisch wiederkehrenden Einberufung. In der Discussion wurden Meinungen geäußert, die dem Grundbegriff, von dem der König ausgegangen war, zuwiderliefen. Der König bemerkte jedoch, daß das nur von einer Fraction geschehe, nicht von der Majorität. Er zeigte sich geneigt zu weite-

---

1) Schreiben vom 13. April 1847.

ren ergänzenden Declarationen: denn für abgeschlossen halte er die neue Einrichtung keineswegs; sie sei bildungsfähig, nur ihre Grundlagen unantastbar. Er hielt sich überzeugt, daß er dieselbe behaupten und sein Verfassungswerk auf dem von ihm eingeschlagenen Wege vollenden werde. Ob ihm dies so, wie er es meinte, gelungen sein würde, wird immer streitig bleiben. Er hatte dem öffentlichen Geiste in Preußen eine neue Arena eröffnet, in der der Liberalismus bereits zu Worte kam. Eine so zahlreiche Versammlung konnte es nicht geben, ohne daß die entgegengesetzten Tendenzen, welche die Welt beherrschten, darin auf einander getroffen wären. Alles aber hätte sich auf einer von der höchsten legitimen Gewalt durch freie Entschließung gegebenen Grundlage fortentwickelt. In diesem Augenblick wandte der König seine Aufmerksamkeit auch den allgemeinen deutschen Angelegenheiten zu. Wie in der Eröffnungsrede angedeutet wird, erwartete er, daß die große Neuerung, zu der er sich entschloß, auf dieselben eine vortheilhafte Rückwirkung ausüben werde.

Noch war Alles, was in dieser Richtung versucht worden war, ohne nachhaltigen Erfolg geblieben.

Unmittelbar nach seiner Thronbesteigung war Friedrich Wilhelm durch die drohende Stellung, welche Frankreich bei Gelegenheit des orientalischen Streites nahm, auf eine kräftigere Gestaltung der deutschen Wehrverfassung zu dringen veranlaßt worden. Die Verhandlung wurde verschoben; als die Gefahr vorüber war, blieb Alles bei dem Alten. Im Jahre 1845 wurde die Sache in Stolzenfels zwischen Metternich und dem König auf's Neue besprochen. Ein österreichischer Bevollmächtigter erschien in Berlin, aber die Berathungen hatten auch diesmal keinen Erfolg.

Einen anderen Gegenstand fortwährender Verhandlungen bildete die Emancipation der Presse. König Friedrich Wilhelm IV. war ganz dafür, in der Ueberzeugung, daß die öffentliche Stimme in der Presse gehört werde; und wenn man ihr freien Lauf lasse, sich seinen Tendenzen eher günstig erweisen dürfte, als feindselig. Ein ernster Schritt zu einer systematischen Behandlung des Gegenstandes wurde im Januar 1843 dadurch behindert, daß man Bedenken trug, sich mit der Bundesgesetzgebung in Widerspruch zu setzen. Da Oesterreich nicht zu bewegen war, dafür mitzuwirken, so fand sich Friedrich Wilhelm im Juli 1846 veranlaßt, auf eigene Hand, was hiebei zum ersten Male geschah, hervorzutreten. Der Entwurf, den er vorlegte, schwankte noch zwischen Repressivsystem und Censur; denn diese zurücknehmen zu wollen, würde zu viel Anstand bei den kleinen Regierungen gefunden haben. Auch in dieser Beschränkung aber konnte die Sache nicht durchgeführt werden. Die Absicht wurde gefaßt, die große Frage dem vereinigten Landtage zur Berathung vorzulegen, das Nothwendige zunächst für Preußen allein festzusetzen und dann die anderen deutschen Staaten herbeizuziehen, ein Schritt, der leicht zu einer Entzweiung mit Oesterreich hätte führen können.

Und was in einer Hinsicht geschehen wäre, würde auch für alles andere maßgebend geworden sein.

Im Spätjahr 1847 wurden dem Könige und zwar von England und durch Bunsens Vermittelung ein paar Entwürfe zugeschickt, die auf eine Umbildung der deutschen Verfassung unter der Führung Preußens zielten. Den Eindruck, den sie auf den König machten, die Schwierigkeit seiner Lage und seine Ansicht darüber erkennt man aus einem Schreiben vom 11. November 1847, das er an Bunsen richtete.

Mit dem einen der Entwürfe, dem von Prinz Albert stammenden, war der König nicht unzufrieden. Der Prinz ließ darin dem Bestreben, in gutem Vernehmen mit Oesterreich zu stehen, die Gerechtigkeit widerfahren, daß er es als ein gebotenes anerkannte. Er rieth nur dem Könige, sich darum nicht von selbständigem Handeln und Wirken abhalten zu lassen.

„Das hab' ich", sagt der König, „öfter im Kleinen und Großen bewiesen. Im Großen namentlich anno 40 und 47, und werde es, so Gott will, noch stärker anno 48. Seine Wünsche kommen im Wesentlichen ganz mit meinen Absichten überein. Nur nicht in zwei Dingen. Das Aufgeben von gewissen Souveränetäts-Rechten der teutschen Könige, Groß- und Klein-Herzoge, Fürsten und Fürstchen und Städten ist rein Erzeugniß des Sitzens am Tisch fern von Teutschland. Das thun nun die Herren einmal nicht. Für den Bund **sollten** *sie es allerdings*, für Preußen *sollen* sie es aber so wenig und noch weniger als für Oesterreich. Enfin c'est une Utopie inréalisable. Das andere Ding ist mein Anziehen des modernen Constitutionalismus. Als ächter Freund *teutscher Freyheit* und der *Freyheit Teutschlands* ist das aber unmöglich. In Preußen *muß* der König Feldhauptmann in Krieg und Frieden seyn, er wolle oder wolle nicht, oder er hört auf König von Preußen zu seyn."

Und wenn er in dem zweiten ihm mitgetheilten Rathschlag und Gutachten unter anderem aufgefordert wurde, sich an die Spitze des Fortschritts zu stellen, so ruft er aus: „Wahrlich, das will ich im Sinne Teutschlands, das Banner teutscher Unabhängigkeit, Ehre und Macht, das Banner der alten Rechts-Institutionen unseres teutschen Volkes, das

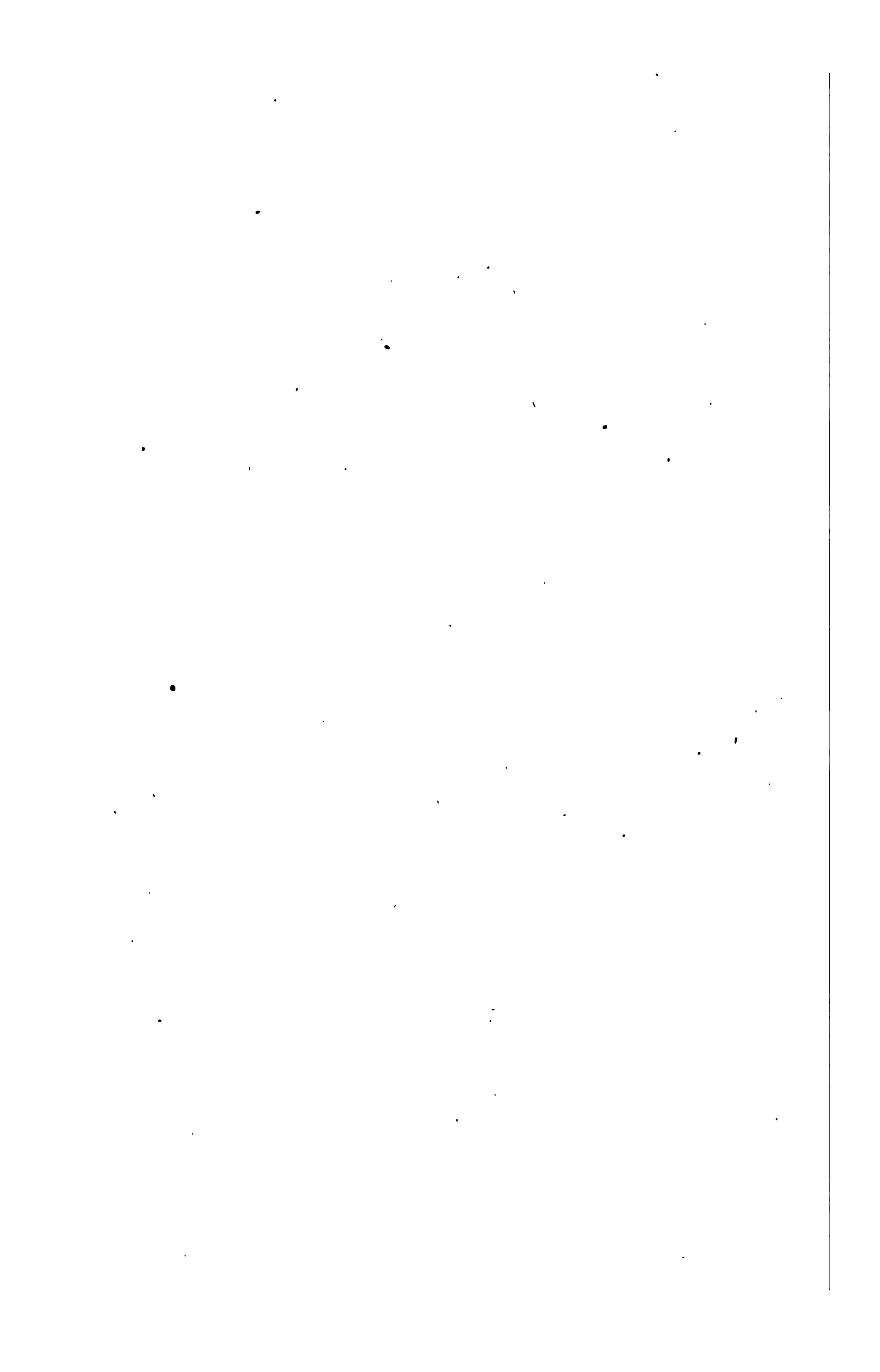
Banner teutscher Freyheit, aber nicht das der liberalen Dummheiten, die gar nichts, nichts und noch einmal **nichts** als ein kurzer Uebergangszustand in den Radicalismus sind."

Man sieht wohl, wie alles an einander schließt und mit einander innerlich zusammenhängt. Der König bietet zu den erforderlichen Umbildungen der Verfassung die Hand; aber er will sich dabei von der Vergangenheit und der Idee, die den preußischen Staat zu dem, was er war, gemacht hatte, nicht losreißen. So will er die alte Allianz mit den großen Mächten, namentlich mit Oesterreich, und das Bundesverhältniß mit den deutschen Staaten bewahren, aber doch aus dem alten einen neuen Zustand entwickeln. Er will dabei die conservative Idee, welche die Vergangenheit belebte, retten und den destructiven Tendenzen, welche Europa agitiren, nachhaltigen Widerstand entgegensetzen. Er ist zugleich in Opposition gegen das Verrottete im Alten und gegen die Neuerung, die sich gewaltsam und zerstörend durchzusetzen trachtet.

Da begegnete es ihm aber, daß die destructiven Elemente an einer Stelle, die ihn unmittelbar berührte, die Oberhand gewannen und selbst Unterstützung bei der großen Macht fanden, auf deren Bündniß er damals hauptsächlich zählte.

VI.

Neuenburger Verwickelung.



Es war an sich eine Anomalie in dem europäischen Gemeinwesen, daß das aus dem oranischen Erbe an Preußen gekommene und nach dem Sturz Napoleons ihm zurückgegebene Fürstenthum Neuenburg einen Canton der republikanischen Genossenschaft der Schweiz bildete. Das vornehmste Motiv für diese Festsetzung lag darin, daß Neuenburg, an sich eine wichtige militärische Position, durch eine enge Verbindung mit der Schweiz eine größere Sicherheit gegen einen Anfall von Frankreich her erlangen sollte: die Verbindung mit der Schweiz flößte keinerlei Besorgniß ein, da der Bundesvertrag von 1815, welcher im Gegensatz mit den von Napoleon als Mediator dictirten Verfassungen zu Stande kam, die Selbständigkeit der Cantone sorgfältig wahrte. Mit der Zeit aber stellte sich nun doch heraus, daß die allgemeinen Bewegungen in der republikanischen Schweiz auch auf den Canton, der ein Fürstenthum war, Einfluß gewannen. Die Juli-Revolution von 1830 brachte die inneren Gährungen in der Eidgenossenschaft zum Ausbruch. Die aristokratischen Regierungen wurden allenthalben gestürzt, bis die Umsturzbewegung auch Neuenburg erreichte; hier aber scheiterte sie. Die Veränderungen, die alsdann allerdings in der Bundesverfassung vorgenommen

wurden, waren doch nicht so bedeutend, daß sie das Verhältniß Neuenburgs wesentlich umgewandelt hätten. Neuenburg, wo die altherkömmlichen Verfassungszustände in eigenthümlicher Gestaltung conservirt waren, blieb auch fortan, was es war, ohne darum jedoch einen eigentlichen Gegensatz gegen den liberalen Geist zu bilden, der in der Schweiz vorwaltete. Als Friedrich Wilhelm IV. im Jahre 1842 Neuenburg besuchte, wurde er mit Enthusiasmus daselbst begrüßt. Obgleich das Land keine besondere Bedeutung für den preußischen Staat hatte, so freute sich doch der König dieses fernen Besitzes, der durch Erbe auf ihn gekommen war: er zeigte dem Lande die lebendigsten Sympathieen. In der Schweiz erregte sein Erscheinen kein Mißtrauen; es machte nicht einmal viel Aufsehen.

Nun aber waren in der Eidgenossenschaft neue Veränderungen im Gange, welche die Cantone noch einen Schritt weiter führten, als der Liberalismus, durch welchen die Aristokratieen gestürzt und ersetzt worden waren. Denn da man einmal die Volkssouveränetät auf die Fahne geschrieben hatte, unter der man die frühere Revolution durchführte; diese aber doch noch immer die Prärogativen der höheren Stände bestehen ließ, so folgte aus den Unzuständigkeiten der Verwaltungen, wie von selbst, daß sich eine Partei erhob, die den Begriff des Volkes als des Souveräns zur vollen Geltung zu bringen den Anlauf nahm. Der Radicalismus verdrängte den Liberalismus; er nahm aber durch die religiöse Entzweiung, die zu Tage kommen mußte, sobald man von dem Herkömmlichen und Gesetzlichen absah, in den verschiedenen Cantonen einen sehr abweichenden Charakter an. Im Wallis und in Luzern wurde, weil die Gesammtheit der Bevölkerung

eine katholische sei, die Sache des Katholicismus mit jenem Eifer ergriffen, der gewöhnlich dann entsteht, wenn das Gefühl des besonderen Selbst sich mit Glaubensmeinungen durchdringt. Die Jesuiten wurden berufen, die benachbarten katholischen Cantone schlossen sich an.

Dagegen gelangte eine dem entgegengesetzte Richtung im Aargau, wo die Katholiken zwar zahlreich, aber doch in der Minderheit waren, nach und nach zur Herrschaft. Man darf Anstand nehmen, sie protestantisch zu nennen, — nicht als ob der positive Protestantismus in der Schweiz bereits entwurzelt gewesen wäre: man weiß, daß er in Zürich bei der Berufung eines heterodoxen Professors zu ungewöhnlich starkem Ausdruck gekommen war; zugleich im Gegensatz gegen den Liberalismus, der als ungläubig galt. Allein die Bewegung konnte auch in Zürich ihre Farbe nicht behaupten. Im Aargau trat alles Andere hinter der Frage über das Bestehen der in dem Canton befindlichen klösterlichen Institute zurück: die Cantonalgewalt entschloß sich, zur Aufhebung derselben zu schreiten, ohne Rücksicht auf die entgegenstehenden, sehr ausdrücklichen Bestimmungen des zwölften Artikels der Bundesverfassung. Und bereits im Jahre 1843 kam es so weit, daß die Tagsatzung, statt diesem Verfahren mit Entschiedenheit entgegenzutreten, sich durch die Zugeständnisse befriedigen ließ, die Aargau, besonders in Bezug auf die Frauenklöster, bewilligte. Dem aber setzten sich Luzern und die mit ihm vereinigten katholischen Cantone eifrig entgegen. Sie bestritten der Tagsatzung die Befugniß, über eine so tiefgreifende, Recht und Religion betreffende Frage in Folge einer zufälligen und unbedeutenden Mehrheit entscheidende Beschlüsse zu fassen. Es blieb nicht lange bei dem Hader der

Flugschriften und Zeitungen, der hierüber entbrannte. Zweimal nach einander wurde die Regierung von Luzern durch offenen Aufstand und durch den Zuzug von Freischaaren aus anderen Cantonen angegriffen, jedoch ohne Erfolg: die katholischen Regierungen wußten sich in ihren Cantonen zu behaupten. Um so heftiger wogte dann von der andern Seite die Agitation gegen sie an. Zwei sehr verschiedene Fragen fielen dabei in einander: die confessionelle und die constitutionelle. Denn der Radicalismus, der aus den inneren Zerwürfnissen der Cantone hervorgegangen war, suchte, um seiner Gegner auch anderwärts Meister zu werden, die Bundesgewalt zum Einschreiten gegen dieselben fortzureißen. An sich gerieth Neuenburg durch den Streit in nicht geringe Verlegenheit, da es weder katholisch, noch auch radical war. Von Berlin aus wurde die dortige Regierung ermahnt, alle Parteinahme zu vermeiden, — weder die Katholiken, noch auch die Radicalen zu verletzen. Aber die Sache hatte jetzt noch eine andere Seite, an der man durch kein gemäßigtes Verhalten vorüber kommen konnte, — in wiefern sie das Verhältniß der Bundesgewalt zu den einzelnen Cantonen betraf. Ob ein Bund im Bunde gestattet sei, wie der Sonderbund, der sich um Luzern gruppirte, wurde nun die wichtigste Frage, um so mehr, da auf der Tagsatzung die radicale Partei beständig anwuchs. Jede in einem einzelnen Canton durchgeführte Revolution verstärkte sie; und schon war die Hälfte der Cantone, ihrer eilf, für den Radicalismus gewonnen, als eine Revolution, die in St. Gallen ausbrach, auch die zwölfte Stimme hinzufügte, so daß das Uebergewicht in der Tagsatzung der radicalen Partei zufiel. Ein durch energische Theilnahme an den bisherigen Bewegungen zu Ansehen gekommener Rechtsanwalt in Bern, Ochsenbein,

einer der Führer der zurückgeschlagenen Freischaaren, gelangte zur Stelle des Präsidenten der Regierung in Bern, die ihm, sobald diese Stadt der Vorort wurde, was im Sommer 1847 geschah, das Präsidium auch in der Tagsatzung verschaffte. Jedermann sah eine Umwandlung in der Schweiz voraus.

Schon geriethen die europäischen Mächte darüber in Bewegung. In Oesterreich hielt man selbst aus religiöser Sympathie an der Sache des Sonderbundes fest. Dahin neigte auch der protestantische Minister in Frankreich, Guizot. Er erinnerte daran, daß die Verfassung der Schweiz, welche die Cantonalsouveränetät zur Grundlage habe, von den großen Mächten garantirt worden sei: eine Veränderung derselben würde den allgemeinen Zustand von Europa alteriren und könne schon deshalb nicht ohne Weiteres angenommen werden. Eben dies war der Standpunkt des Königs von Preußen, welcher nur unter Voraussetzung der Cantonal-Souveränetät ein Mitglied des schweizerischen Bundes sein konnte. Aber der neue Präsident, der nur Rache gegen Luzern zu athmen schien, war nicht geneigt, Rücksicht auf die den Cantonen zugesicherte Souveränetät zu nehmen. Er sagte dies dem französischen Gesandten unumwunden: er bestand auf die Unabhängigkeit der Schweiz und ließ vernehmen, die Schweizer würden sie mit ihrem Herzblut vertheidigen[1]). Nur darauf kam es an, wie weit die radicale Mehrheit ihre Autorität über die Regierungen der einzelnen Cantone ausdehnen werde. Die Radicalen meinten: was die zwölf Stimmen, die ihnen gehörten, beschlössen, das sei Gesetz

1) Vergl. den Bericht des französischen Gesandten Monsieur de Boislecomte vom 4. Juli 1847 (Guizot Mém. VIII. S. 440).

in der Schweiz. Und nicht lange trugen sie Bedenken, diesen Grundsatz auf die vorliegende Angelegenheit anzuwenden. In einem ersten Beschlusse verlangte die Tagsatzung die Auflösung des Sonderbundes; im zweiten die Entfernung der Jesuiten, welche die Natter seien, die, an den Busen der Eidgenossenschaft gelegt, dieselbe zerstöre. Hierdurch ward den sieben Cantonen des Sonderbundes nur die Wahl zwischen Krieg und Unterwerfung gelassen. Vergeblich provocirten sie auf ihre cantonale Souveränetät und bezogen sich auf den Papst, der vielleicht bewogen werden könne, den Orden zurückzuziehen. Die Zwölfer-Majorität verwarf jede Auskunft. Noch mehr verwickelte sich hierdurch das Verhältniß von Neuenburg und der zwei Cantone Basel-Stadt und Inner-Rhoden, die sich ihm anschlossen, ohne Antheil an der religiösen Frage zu nehmen: wie denn Neuenburg seinen Protestantismus in den Vordergrund stellte; sie drangen darauf, daß die Cantonalsouveränetät aufrecht erhalten werden müsse. Da nun die sieben Cantone des Sonderbundes die Unterwerfung unter die Beschlüsse der Tagsatzung verweigerten, und der Krieg unvermeidlich schien, so wurde auch Neuenburg aufgefordert, an demselben Theil zu nehmen; aber dort meinte man das ablehnen zu müssen, denn es würde abenteuerlich sein, eine Meinung zu bekämpfen, von der man so oft und nachdrücklich erklärt habe, daß man sie theile. In die schwierigste Lage gerieth aber der König von Preußen als Fürst von Neuenburg. Man muthete dem Cantone Mitwirkung an einem Kriege an, den derselbe kraft seines eigensten territorialen Interesses mißbilligte. Die Autorität der Mehrheit, welche er nicht anerkannte, wurde gegen ihn geltend gemacht.

Von großer Bedeutung für die Sache erwies sich die so eben in dem Verhältniß der europäischen Mächte eintretende Abwandlung: das bisherige gute Vernehmen zwischen Frankreich und England, auf welchem das damalige politische System beruhte, löste sich um einer ganz anderen Sache willen, die wir aber doch berühren müssen, nach und nach auf.

Alle Jahrhunderte daher haben die Beziehungen zu Spanien auf das Verhältniß zwischen Frankreich und England entscheidend eingewirkt. Durch die Vereinigung beider Mächte war es zuletzt geschehen, daß das salische Gesetz, eine späte Introduction in Spanien, daselbst nicht zur Ausführung gelangte: die weibliche Erbfolge war nach dem älteren Gebrauch der Monarchie wiederhergestellt worden. Daraus entsprangen nun aber neue Schwierigkeiten. Denn wenn es darauf ankam, der jungen Königin Isabella II. einen Gemahl zu geben, so trat dabei wieder eine Differenz zwischen den beiden Mächten hervor. König Louis Philipp, zu dessen Grundsätzen es gehörte, keinen fremden Einfluß weder in Spanien, noch auch in der Schweiz zur Geltung kommen zu lassen, meinte doch auch nicht die Eifersucht Englands durch ein unzweifelhaftes Uebergewicht Frankreichs erregen zu dürfen. Er selbst war dagegen, einen seiner Söhne der jungen Königin zum Gemahl zu geben; aber noch weniger wäre es in seinem Sinne gewesen, wenn ein jüngerer Prinz aus dem Hause Coburg, wovon die Rede war, zum Gemahl Isabellas bestimmt worden wäre. Er hielt den Gedanken fest, daß ein Prinz aus dem Hause Bourbon, ein Nachkomme Philipps V., aus einer der Nebenlinien zum Gemahl der Königin bestimmt werden müsse. Bei einer Zusammenkunft zwischen der Königin von England und dem Könige von Frankreich in Eu im

Jahre 1845 ging die englische Regierung darauf ein. Sie wollte es selbst geschehen lassen, daß der jüngste Sohn des Königs von Frankreich mit der jüngeren Schwester Isabellas vermählt wurde, vorausgesetzt, daß es erst geschehe oder auch definitiv beschlossen werde, wenn aus der ersten Ehe Nachkommenschaft entsprungen sei. Nicht allein die dynastischen Verhältnisse, sondern auch die constitutionellen Gegensätze in Spanien, der Streit zwischen den Moderados und den Progressisten spielten hierbei eine Rolle. Die Königin-Mutter Maria Christine, auf die bei der Ausführung der Heirathspläne das Meiste ankam, führte die Regierung im Sinne der Moderados. Als nun aber im Sommer 1846 Lord Palmerston in das englische Ministerium trat, begann man in Spanien den Einfluß desselben zu Gunsten der Progressisten zu fürchten. Man hielt den Lord überdies für einen Gegner der Vermählungen und, da zugleich von der coburgischen Combination wiederholt die Rede war, so meinte man auch in Frankreich an die Verabredung von Eu nicht unbedingt gebunden zu sein. Durch ein Zusammentreffen der französischen Einwirkungen mit den eigenen, fast noch mehr politischen als dynastischen Besorgnissen wurde Maria Christine bewogen, von allem Verzug abzusehen und die simultane Verlobung der älteren ihrer Töchter, der Königin, mit dem französischen Candidaten, Don Francisco, Herzog von Cadix, und der jüngeren Infantin Luisa Ferdinanda mit dem jüngsten Sohne Louis Philipps, Herzog von Montpensier, auszusprechen. Die Vermählungen sind dann einige Wochen darauf zugleich vollzogen worden. Ein verhängnißvoller Act für Louis Philipp und ganz Europa. Der mächtige Lord, der den Scheinconstitutionalismus in Spanien, wie in aller

Welt zu verfolgen für seine eigenste Aufgabe hielt, und in der rücksichtslosen Hast, mit welcher die Beschlüsse gefaßt wurden, eine persönliche Beleidigung sah, betrachtete fortan Louis Philipp und seine Minister als principielle Gegner. Er hatte dabei seine Königin und ihren Gemahl, die über den Bruch der ihnen gegebenen Versprechungen entrüstet waren, vollkommen auf seiner Seite; das nationale Selbstgefühl von England wurde dadurch gegen Louis Philipp aufgeregt, dem man eine unzulässige Fürsorge für seine Familie zum Vorwurf machte. Der Gegensatz der beiden großen Mächte des Westens entzündete sich wieder durch die Eifersucht einer jeden auf den überwiegenden Einfluß der anderen in der pyrenäischen Halbinsel, wie früher so oft. Das soviel gerühmte herzliche Einverständniß zwischen Frankreich und England verwandelte sich in Erkaltung und politischen Gegensatz.

Allenthalben machte sich dieser Wechsel fühlbar; am meisten bekam man ihn aber zunächst in der Schweiz zu empfinden [1]). Palmerston erklärte sich entschieden für das Recht der Mehrheit der Tagsatzung, welches Frankreich mit ebenso großer Entschiedenheit verwarf. Die Gesinnung des englischen Ministers führte ihn dahin, daß er auch gegen Oesterreich, welches die Jesuiten schützte und jetzt mit Frankreich in gutem Vernehmen war, Partei nahm; er verfolgte die Einwirkungen der Metternichschen Politik mit einer Art von Ingrimm. Wohl wurde nun, indem sich in der Schweiz Alles zu einem offenen Kampf anließ, noch einmal daran gedacht, den Ausbruch desselben durch eine

---

1) Der achte Band der Memoiren von Guizot wird durch die darin mitgetheilten Auszüge aus der ministeriellen gesandtschaftlichen Correspondenz besonders werthvoll, namentlich für die Ereignisse in der Schweiz und in Spanien. Ueber die spanische Controverse vergl. Stockmar S. 412.

formelle Dazwischenkunft der großen Mächte zu verhindern. Man sprach viel von der Berufung eines Congresses zu diesem Zwecke. Sollten aber die Höfe, das war die vorläufige Frage, überhaupt interveniren? In England war man gegen alle Intervention, weil eine solche das Princip der der Schweiz zugestandenen Neutralität verletzen würde. So aber verstand König Friedrich Wilhelm die Verträge von 1815 mit Nichten; er wollte nicht zugeben, daß in der Schweiz vermöge der Neutralität das wohlerworbene Recht gebeugt werden dürfe. Er wollte Beschlüsse, die er ratificirt und durch sein Ansehen bestätigt hatte, in deren Gültigkeit er die Gewähr seines fortdauernden Ansehens sah, nicht durch den Sieg einer Partei, die er für grundverderblich hielt, außer Kraft setzen lassen. In der Hauptsache war er mit Guizot, der, wie er selbst, die in dem Aargau vorgegangenen Uebergriffe der Radicalen als Verletzungen des Eigenthums betrachtete und verwarf, einverstanden; aber er sträubte sich gegen eine Trennung von England; noch hoffte er, die Erklärung der Non-Intervention bei dieser Macht zu verhindern und durch die Autorität der großen Mächte eine friedliche Vermittelung der in der Schweiz streitenden Parteien mit Wahrung seines Rechtes hervorzurufen. Neuenburg schlug er zum Sitz des zu berufenden Congresses vor: denn dadurch werde der Canton gegen jede Gewaltthat gesichert sein; würde aber das Recht zu interveniren aufgegeben, so würde der Radicalismus der Schweiz vollkommen Herr und Meister werden.

Mit seinem natürlichen Feuer spricht er sich darüber in einem Schreiben an Bunsen aus, der die Unterhandlung zu führen hatte.

Dresden, 23. November 1847.

„Ich kann's Ihnen nicht schildern, theuerster Bunsen, welchen trüben Eindruck mir die letzten Englischen Anträge

wegen der Schweitz machen. Er entsteht aus dem Nachdenken über die zwei Punkte dieser Anträge:

1) Garantie der Non-Intervention.

2) Die Wahl von London zum Gesandten-Congreß.

Die völlige Nichtachtung meiner Lage zur und in der Schweitz durch mein heldenmüthiges, dem Gewissen, der Ehre und mir so treues Neuenburger Land ist vielleicht!?! natürlich. Tausendmal natürlicher ist es aber, daß ich das niemals vergesse. Ich darf es nicht vergessen. Neuenburg hat der Welt aus einem Sumpf von Schurkerey, Ehrlosigkeit, Feigheit und Terrorismus heraus eines der seltensten Schauspiele dargebothen. Wer Ehre im Leibe hat, athmet auf bei Neuenburgs Thun und Lassen, bei seiner Sprache auf der Tagsatzung, bei seinen hochherzigen Erklärungen. Ich habe meine Lage zu ihm reiflich und mit meinem Gewissen überlegt. Das Resultat davon war das Nachgeben an den einmüthigen Schrey des Landes. Ich habe meine unbestrittene und unbestreitbare Souveränetät wieder herausgekehrt als letztes Mittel, dem edlen Völkchen Schutz gegen die Gemeinschaft zu gewähren, zu der es leider!!! gehört. Fehlt mir aber die Hülfe der Großmächte, auf die ich und Neuenburg zählen, so ist mein feierlicher Bestätigungsakt der herrlichen Neuenburger Beschlüsse und Erklärungen, meine Neutralitäts- und Inviolabilitäts-Erklärung des Landes ein Stich ins Wasser und ich bin compromittirt. Sagen Sie das Lord Palmerston und Lord John Russel im Vertrauen und setzen Sie hinzu: ich werde mich dahin wenden, **wo ich Schutz für Neuenburg fände,** denn ich sei auf keine meiner Unterthanen so stolz, als auf meine allertheuersten Neuenburger. Stimmen Oesterreich und

10*

Frankreich in die betrübenden Englischen Vorschläge ein, so thu' ich's natürlich auch. Dann aber erbitt' ich mir als einen Beweis persönlicher Achtung des Gouvernements der Königin für mich, daß sogleich erklärt werde, die späthern Abmachungen (von denen in Ihrem Berichte die Rede ist) sollten in der Stadt Neuchatel Statt haben und zu dem Zweck werde schon jetzt meine Neutralitäts-Erklärung von Neuchatel von den Mächten bestätigt. Das fordere ich als Gerechtigkeit und als billige nothwendige Berücksichtigung meiner Lage. Oesterreich hat Neuchatel zum Congreßpunkt sehr zuvorkommend angenommen.

Erfahren die siegreichen Radicalen, daß die unbedingte Nonintervention beschlossen, so wären sie rechte Esel, wenn sie sich nicht auf das hohe Pferd gegen die Mächte setzten. Lord Palmerston wird die Satisfaction haben, sich ungestraft durch Ochsenbein insultiren zu lassen. Das Blut des Bürgerkrieges ist geflossen und man will in London??????! Conferenzen. Es erscheint mir als ein wirrer Traum. Dies ist der letzte Augenblick, den Radicalismus der Gottlosigkeit und Treulosigkeit zu behandeln, wie Gott und die Ehre es gebiethet. Kommt er jetzt siegreich durch in der Schweitz, so ergießt er sich langsam aber sicher über Teutschland. Das ist so gewiß, als ich hier schreibe!!!

Sehen Sie zu, theuerster Bunsen, was Sie thun können für die gute Sache. Ich weiche nicht von dem Wege der Ehre und der Treue, davon Neuenburg ein so hochherziges Beispiel giebt. Durch Freyburgs Fall und das Blutvergießen im Aargauer und Luzerner Lande stehen die Sachen so, daß ich nicht weiß, was ich denken soll, wenn England bei seinen Vorschlägen bleibt. Gott sei mit Ihren Worten und Ihrem Rath. Ich bin **tief betrübt**. Vale! F. W.

P. S. 23. Abends. Bellevue.

Hier, von Dresden zurückgekehrt, erfahre ich, daß Frankreich meinen Vorschlag wegen Neuchatel als Congreßpunkt genehmigt hat. Sie, bester Bunsen, wissen das natürlich auch schon in diesem Augenblick. Ich schreibe dieses Postscriptum nur, um Sie aufzufordern, dem Gouvernement der Königin Victoria begreiflich zu machen, daß ich diesen Augenblick als höchst wichtig und höchst erwünscht zugleich betrachte, um die Bande der Freundschaft und des herzlichsten Einverständnisses mit England fester zu knüpfen. Das ist keine Redensart, sondern volle Wahrheit. Ich will mich zum Garant aufstellen, daß alle Ideen von Territorial-Zerstückelung der Schweiz, wie sie in Downing-Street gefürchtet worden sind, nichts Anderes als Seifenblasen sind. Aber ich bin bereit, mit England, sollte dasselbe es fordern, eine Convention einzugehen, kraft welcher alle solche Projecte bekämpft und erstickt, ja besser gesagt, in ihrem Aussprechen unmöglich gemacht werden sollen. Mehr kann ich nicht thun. Ich glaube aber fest, daß es nicht Wenig ist, denn ich halte dafür, daß, wenn Großbritannien mit Preußen vereint, so etwas ausspricht, jede Furcht davor ein Unding sein muß."

Bei der Lage der europäischen Politik, die wir berührten, stand kaum zu erwarten, daß der König viel ausrichten würde. Dazu kam aber noch eine andere Differenz in den allgemeinen Ansichten. Palmerston, der allenthalben den Liberalismus in der ganzen Schärfe seiner Ansprüche unterstützte, hatte doch keinen Begriff davon, daß neben demselben der Radicalismus

auch eine Macht sei: die socialen Fragen, die emportauchten, hielt er für Annexe der politischen. Der König war von dem Gegentheil überzeugt; besonders machte ihm der bei den Socialisten und Radicalen herrschende Mangel an aller Religion, der sich sogar in positive Verwerfung derselben verwandelte, für die Zukunft der Welt bange, wenn sie irgendwo das Uebergewicht erlangen sollten. Es war nicht allein seine fürstliche und landesväterliche Beziehung zu Neuenburg, sondern die Besorgniß vor dem Ruin aller Ordnung, auf der die Welt beruhe, was seine Seele mit Schmerz erfüllte. Er sprach das gegen Bunsen auf das Beredteste aus. Man wird seine starken Ausdrücke nicht mißdeuten; sie entstammen dem Gedanken, daß es hier einen Kampf zwischen dem bösen und dem guten Princip gelte.

Charlottenburg, 4. December 1847.

Wenn auch durch lastende Geschäfte in die Enge getrieben, ergreife ich einige freie Minuten, um Ihnen in wenigen Worten den Kern dessen auszusprechen, was mich in der schweitzer Angelegenheit so zu handeln, so zu sprechen bewegt, wie ich jetzt gehandelt und gesprochen habe und es thun werde, bis ich es deutlich erkenne, daß Gott der HErr die Machthaber von Europa einmal wieder in ihrer Thorheit dahingiebt oder bis ich — was Gott geben wolle! — das Gegentheil erkenne. In der Schweitz handelt's sich für uns, für die Großmächte, ganz und gar nicht um Recht oder Unrecht in der Eidgenossenschaft, gar nicht um Jesuiten und Protestanten, gar nicht um die Frage, ob die Verfassung von 15 von Diesen und Jenen gefährdet oder falsch interpretirt wird, gar nicht um Verhütung des Bürgerkrieges an sich —, sondern allein darum: ob die Seuche des Radicalismus, das heißt einer Secte, welche

wissentlich vom Christenthum, von Gott, von jedem Rechte, das besteht, von göttlichen und menschlichen Gesetzen abgefallen, los und ledig ist, ob diese Secte die Herrschaft in der Schweiz durch Mord, Blut und Thränen erringen und **so ganz Europa gefährden soll** oder nicht. Dieser mein Gedanke muß der Ihrige, der „Aller meiner Organe bei den Großmächten" seyn, wenn Sie und diese wirksam sein sollen, für mich und nach meinem Willen handeln können [1]). Für mich ist es jedes Beweises entbehrlich, daß der Sieg der gott- und rechtlosen Secte, deren Anhang sich mit jedem Tage (wie der Koth auf der Gasse beim Regen) und namentlich in Teutschland und Teutschlands Städten mehrt, daß dieser Sieg — sag' ich — einen mächtigen Heerd des Verderbens für Teutschland, Italien, Frankreich abgeben wird, einen Heerd der Ansteckung, dessen Wirksamkeit unberechenbar und erschrecklich seyn wird; **darum** halte ich das feste Vorhaben und Bestehen auf der Nonintervention für eine Quatschheit, ja geradezu für dasselbe, was das Seegelstreichen vor dem Seetreffen, das Capituliren vor der Berennung ist. Es ist nichts Anderes als das Gefaßtseynwollen auf eine Ohrfeige bei einer Einmischung in einen Streit ist. Daß das Englische Cabinet die Lage der Dinge nicht von der Seite der Gefährdung des Rechts-Bestandes von Europa auffaßt, ist klar; — ob Sie, theuerster Bunsen, es auffassen, wie ich es auffasse, ist mir **nicht klar**. Darum schreibe ich Ihnen. Denn so wie ich müssen Sie es auffassen und demgemäß mit heiligem Feuer handeln, reden, rathen und nicht ruhen, so lang' es noch geht. Ich will die Rechenschaft des

1) Die Construction würde vor den Worten „für mich" erfordern: „vorausgesetzt, daß sie" oder eine ähnliche Wendung.

Verderbens, welches aus dem eingeschlagenen unklaren Wege entspringen muß, nicht auf **mein** Haupt laden. Von mir muß ich sagen können: **Dixi et salvavi animam meam!** Wie Eigennutz, Kleinherzigkeit, Blindheit die Mächte dahin trieb, vor sechzig Jahren die französische Revolution, vor fünfzig Jahren Napoleon wachsen zu lassen, so lassen sie jetzt die furchtbare Geburt Beider wieder wachsen. Alles, was ich thue und lasse in der Schweitzersache, hat seinen Ursprung aus dem Grund meiner Ueberzeugung, die ich Ihnen, wackerer Freund, jetzt aufgedeckt habe. Daß mein redliches Gefühl für mein geliebtes, heldenmüthig-treues und ehrenhaftes Neuenburg hier eine Rolle spielt, die in den Gang meiner Gedanken und Handlungen ganz vollkommen hineinpaßt und meine Stellung der schweitzer Frage gegenüber nicht um eines Haaresbreite verrücken, ja sie nur fördern kann, ist vollkommen klar. Die Verlegung der Conferenz in die Stadt Neuchâtel rettet Stadt und Land von dem, durch den terroristischen Radicalismus ihr geschworenen Umsturz, rettet es allein gewiß vor Mord, Profanation und Schreckensherrschaft, welche das Freyburger und Luzerner Land jetzt erfüllen, Gräuel, die zum Himmel schreien! — Sagen Sie Lord Palmerston, Lord John Russel, dem herrlichen Peel, dem Prinzen, ja der Königinn, wenn sich's irgend schicken will, daß ich nicht zum Spott und Spaß Fürst von Neuenburg sey, daß der Muth seines Volkes und seiner Behörden mich in meinem Gewissen verpflichtet, für dies tugendhafte, fromme und treue Ländchen auch muthig und als sein Fürst und Schutzherr aufzutreten, daß aber nur das Zusammenwirken der Mächte für die ehrliebenden Schweitzer und wider die ehrlosen **mich vor Compromittirung** und mein Neuenburger Land vor dem Verderben

der Gottlosigkeit retten können. Darum werde ich Alles was in diesem Sinne von Her Majesty's Government geschehen wird, als mit aus **persönlicher Rücksicht für mich**, den treusten Alliirten Großbrittanniens, geschehen, dankbar anerkennen. Sprechen Sie das mit der ganzen Wärme Ihres Gemüthes aus, theuerster Bunsen. Sie erwerben sich Gottes Lohn, und meine Bande mit England werden immer fester und inniger werden. Das ist gewiß, so gewiß, als Ihnen die Consequenzen des Gegentheils einleuchten.

Und nun Glück auf den Weg und Gott befohlen. Gott steht dem Muthigen bey. — Friedrich Wilhelm.

Indem der König dies schrieb, noch immer in der Hoffnung, daß die alte Ordnung der Dinge in der Schweiz aufrecht erhalten werden könne, war dort bereits Alles entschieden. Die an sich unbezweifelte Ueberlegenheit der Tagsatzung und ihrer Truppen wurde durch geschickte und umsichtige Führung verstärkt. In wenigen Wochen war der Sonderbund vollkommen niedergeworfen, ohne großen Aufwand von Kräften. Man hat die Schüsse gezählt, die aus den sieben Batterien, die zum Feuern gekommen, abgegangen waren; — es sind ihrer im Ganzen 378 gewesen. Aber die Regierungen der Cantone hatten selbst den Muth ihrer Sache nicht mehr. Sie unterwarfen die streitigen Fragen der Entscheidung der Tagsatzung. Weit über Alles hinaus, was durch Verhandlung hätte festgesetzt werden können, stieg nun die Macht der Tagsatzung durch die Thatsachen empor. Nicht allein wurden die Jesuiten verjagt, sondern allenthalben die Verfassungen geändert, und zwar im Sinne der siegreichen Mehrheit der Tagsatzung, mit Unterstützung der Militärgewalt, im Widerspruch mit den

Meinungen und den Wünschen des größten Theiles der Bevölkerung in den überwundenen Cantonen. Erst in dem Augenblicke, als die Hauptschläge gefallen waren, wurde die Neutralitätserklärung für Neuenburg durch den preußischen Gesandten bei der Tagsatzung überreicht. Sie war unter ganz anderen Umständen geschrieben, als die, unter denen sie ausgehändigt wurde; nothwendig betraf sie der Rückschlag, den vollendete Ereignisse ausüben, so daß sie einen ihrer Absicht entgegengesetzten Eindruck hervorbrachte. Die Tagsatzung hatte nun vollends keinen Zweifel daran, daß sie berechtigt gewesen sei, Neuenburg zur Theilnahme am Kriege gegen den Sonderbund aufzufordern, und legte dem Canton dafür eine ansehnliche Geldbuße auf.

Wie tief mußte dies den König verletzen und schmerzen. Er betrachtete sein Fürstenthum als ein ihm durch die gesammten europäischen Mächte garantirtes Erbtheil, dem die Souveränetät des Cantons erst Wesen und Wirklichkeit verleihe. Er fuhr fort, vor Allem den Beistand Englands gegen die Ungebühr, welche ihm durch die Tagsatzung zugefügt wurde, in Anspruch zu nehmen.

Bunsen hatte sich bemüht, die eigenthümliche Lage von Neuenburg den englischen Ministern zur Anschauung zu bringen und das Recht des Königs in dieser Sache betont; aber in dem allgemeinen Urtheil über die obwaltenden Schwierigkeiten schloß er sich doch mehr der englischen Ansicht an und war offenherzig genug, dies dem König nicht zu verhehlen. Friedrich Wilhelm IV. ließ sich darüber mit ihm in eine ausführliche Discussion ein, die, wie die Angelegenheit selbst, zwei verschiedene Seiten darbietet. Die eine ist die staatsrechtliche Beziehung des Landes zu der preußischen Krone und sein zu Recht bestehendes Verhältniß zu der schweizerischen

Bundesverfassung. Die zweite betrifft die unmittelbar vorliegende Erhebung der Zwölfer-Majorität in der Tagsatzung und die Bedeutung, die der in derselben erscheinende Radicalismus überhaupt habe. Es sei uns gestattet, die beiden Seiten, obwohl sie genau zusammenhängen, zu trennen. Wir theilen zuerst die auf die staatsrechtlichen Verhältnisse bezüglichen Stellen mit.

„Sie geben", schreibt der König an Bunsen [1]), „dem englischen Cabinet Recht, daß dasselbe unbedingt gegen jede bewaffnete Intervention in der Schweitz ist. Denn, sagen Sie, dies ist 1) der Schweitzer Eidgenossenschaft zugesichert, die Non-Intervention ist das droit acquis der Schweitz; 2) die Verletzung ihrer Jungferschaft (der neuen natürlich, die sich von den Besuchen der französischen Revolution, Napoleon's, Suwarof's ꝛc. erholt habenden Jungferschaft) würde zum Polonisiren der Schweitz führen; 3) Frankreich zu ihrem siegreichen Nothzüchtiger machen. — — — Jetzt von Neuenburg. Sie, theuerster Bunsen, haben Neuenburgs Lage zur Eidgenossenschaft, sein Recht, eine Kriegs-Erklärung Kraft der Bundes-Acte nur bey dreiviertel der Stimmen anerkennen zu müssen, meisterhaft aufgefaßt. Dafür sag' ich Ihnen Lob und für die geistreiche Vertheidigung, Lord Palmerston gegenüber meinen herzlichen Dank. Noch inniger aber für Sir Stratford Cannings Sendung über Neuchâtel. Gott gebe seinen Seegen dazu! Mein persönliches Verhältniß scheint mir aber aus Ihrem Memoire und Ihrem Gespräch mit dem Ersten Staatssecretär nicht so klar hervorzugehen, nicht so verbindlich, so verpflichtend, als es wirklich ist. Wohl mag es auf einen Liberalen,

1) Schreiben vom 8. December 1847.

einen Whig einen bestechenden Eindruck machen, wenn man erfährt, daß sich das Volk dieses Ländchens aus freyer Wahl an unser Haus gegeben hat. Die **Ursache** dieser Uebergabe aber möchte dem Whig nicht so wohlriechend seyn, als dem Tory und dem Manne des guten Rechtes. Neuenburg und Vallendis nahmen Friedrich I. zu ihrem Herren an, weil das Land ein Lehen von Orange war. Der Tod der letzten Fürstin Madame de Nemours-Longueville hatte das Lehen eröffnet. Durch die Erbschaft von König Wilhelm III. von England, des letzten legitimen Prinzen von Oranien aus dem alten Hause Nassau, war aber Friedrich I. legitimer Prinz von Oranien geworden, gleichviel ob Ludwig XIV. Orange gewaltthätig weggenommen oder nicht. Neuenburg gab sich also dem legitimen Prinzen von Oranien, an welchen das Land als eröffnetes Lehen heimgefallen war. Cela sent le moyen âge à quarante lieues. Dennoch goûtirt Sir Robert Peel die Geschichte vielleicht, weil er den Sinn eines Herzogs und das Herz eines Bürgers hat. Doch das Alles ist eine recht unnütze Digression. Reden wir von meinem Verhältniß. Als der hochseelige König sein Fürstenthum der Schweitz als Canton mit allen Rechten und Pflichten gesellte, als ich bey der Huldigung des Landes dies Verhältniß bestätigte, haben weder der König, noch ich damit gemeint, meinen können, ja meinen dürfen, unser Fürstenthum über das herrliche, treue Ländchen zu **abdiciren**, fortan uns zum Spaß, pro forma, pour rire „souverainer Fürst von Neuenburg und Vallendis" zu schreiben. Das durch die „Annahme unseres Hauses zu seinem Fürsten" gestiftete Verhältniß ist das ältere, das wahrere und tiefere im Lande, dem Rechte nach sowohl, als dem

Gefühl des Herzens seines Völkchens nach. Das ist ein Factum, das Sir Stratford Canning in einer Viertelstunde begründet finden wird. — Nun frag' ich Sie, frag' ich Lord John, Lord Palmerston, good old honest John Bull in Person, was wäre ich, wer wäre ich, wenn ich mein Verhältniß zum Land und Volk politisch vorsichtig bey Seite liegen ließe — in einem Augenblicke, wo alle Herzen und alle Organe des Ländchens in mir allein ihren Schutz und Schirm gegen grandiose Unterdrückung sehen, gegen eine Behandlung wie die Freyburgs, Luzerns ꝛc. ꝛc. ꝛc., wo die Geistlichen ermordet und höhnisch verstümmelt, die Kirchen entweiht, die Orte geplündert und verbrannt und neue Regierungen von Pöbelhaufen (im strengsten Sinn des Wortes) eingesetzt werden, von Pöbelhaufen, die von den anerkannt gottlosesten Häuptern der Radical-Sekte zusammen gejagt worden sind. — Für mich war die Antwort nicht zweifelhaft. Es galt **vor der Welt zu bekennen**, daß ich ein Herz für meine gebundene Fürstenpflicht, ein Herz für so viel Liebe, Vertrauen und Treue, ein Herz für den Angst- und Hülferuf der **Meinigen** habe. Ich habe meine **Pflicht gethan**. Gott leit' es wie Er will.

Was ich nun gethan (und was Ihnen bekannt ist), hab' ich mit voller Ueberlegung und Berechnung der Folgen gethan. Ich habe mir keineswegs verhehlt, wie ich durch die Bestätigung der Neuenburger Beschlüsse und der Neutralitäts-Erklärung mich einem Compromis aussetze, da ich nicht im Stande bin, auf den „Friedensbruch" so zu antworten, als jene Nichtswürdigen es verdienen. Das hat mich nicht abgehalten. Ich mußte für meine Getreuen das thun, **was**

ich vermochte, um sie zu schützen. Eine Chance lag nun gewiß in meiner Maßregel, wenn man nicht annehmen wollte, daß die Radicalen, **Alle** in hundswüthigem Siegestaumel, kein Ohr für sehr ernste Mahnung haben. Ich fürchte zwar sehr, daß dem so ist. Dann aber spricht mich, das weiß ich, mein geliebtes Neuenburg von jeder Schuld an seinem Unglück frey und so auch mein Gewissen, und das ist in jeder Zeit sehr viel, nie aber mehr als heutzutage, wo man risquirt, durch Ansteckung sachte, sachte zum Schelm zu werden. Aber noch ein anderes Motiv hat mich den eingeschlagenen Weg getrost betreten lassen: die Hoffnung auf meine Bundesgenossen, vor Allem auf England. Ich konnt' es mir nicht denken und kann und will es heut noch nicht, daß England, wenn überhaupt eine Wahl existirt, zwischen Ochsenbein und mir lange wählen und sich besinnen könnte, ob der — — Radicale oder Englands Allertreuester und Allersicherster Alliirter zu beleidigen wäre. Das sagen Sie getrost wem Sie wollen. Ich habe einen Coup de tête gethan, nach reifer Ueberlegung und kalter Berechnung aller Folgen: 1) aus fürstlicher Gewissenhaftigkeit, 2) in der Voraussicht oder Ahndung, daß die Neuenburger Angelegenheit in ihrer nunmehrigen Stellung beym Einstürzen des Sonderbundes vielleicht der einzige Henkel werden könnte, an welchem die Großmächte die Schweitzer Frage (zum Heyl Europas) noch heben möchten. Lassen mich und mein treues Ländchen das mächtige Großbrittannien, das listige Frankreich, das alte Oesterreich, das ferne Rußland, das Werdeluftathmende Teutschland fallen, so weiß ich, daß die Schmach der Geschichte **nicht mich und mein Neuen-**

burg trifft. 2) Daß **meine Compromittirung** meine Glorie seyn wird.“

In den Nachrichten über das Leben Bunsens [1]) findet sich eine Notiz, die ein sonderbares Mißverständniß verräth. Bunsen war beauftragt, der Königin Victoria ein Schreiben des Königs zu überreichen, von welchem er annahm, angeblich nach einem Briefe des Königs an ihn selber, daß es ein politisches sei. Er traf dann mancherlei Anstalten, um die Ueberreichung eines politischen Schreibens an die Königin durch die Anwesenheit des ersten Staatssecretärs Lord Palmerston mit den Gewohnheiten und der Constitution von England zu vereinbaren. Der König spricht sich sehr erstaunt darüber aus, daß sein Brief als ein politischer angesehen werde.

„Eben lese ich Ihre dépêche vom 3., bester Bunsen, mit der Nachricht von der so huldvoll ertheilten Erlaubniß der Königin, ihr in Osborne meinen Brief zu überreichen. Die ganze Transaction darüber, die ich im Waggon heut früh gelesen, hat mich ungemein bestürzt. Sollte ich jenen Brief etwa in meinem Anschreiben an Sie einen politischen Brief genannt haben? Ich traue mir selbst alle Dummheiten zu, zumal wenn ich Abends spät, nach langem Schreiben, noch flüchtige Zeilen an den Uebergeber oder „Uebermacher“ richte. Wie ich diesen Brief, der ein Dank-Brief für das deliciöse Bild des kleinen Prinzen ist, habe „politischen Inhalts“ nennen können, ist mir aber, trotz aller Bescheidenheit

1) Deutsche Ausgabe II. S. 410.

und Selbstkenntniß, doch ganz unbegreiflich, und doch muß ich es entweder Ihnen oder dem Minister v. Canitz geschrieben oder gesagt haben. Das wegen des Brieftitels. Daß der Hof auf der Insel war, habe ich total ignorirt. Ich glaubte ihn zu Windsor und meinte, es würde Ihnen leicht sein, den Prinzen dort zu sehen und durch ihn vielleicht die Königinn. Mein Dank für das vortreffliche Bild ist sehr lebhaft; und es schien mir schön, wenn Sie das auch mündlich sagen konnten. Die oberflächliche Erwähnung und Empfehlung Neuenburgs und meiner (jetzt **Gottlob in Wien geglückten**) Idee, den teutschen Bund in die schweitzer Transactionen eintreten zu lassen, konnten diesen Brief eben so wenig zu einem politischen machen, als die Anspielung auf ähnliche Gegenstände im Brief der Königinn, mit welchem sie mir das Meisterstück Winterhalters übersendet hat. Ich wünsche sehnlich, daß die Königinn erfahre, **wie sehr** mich die Ungelegenheit schmerzt, die ich ihr, ohne es zu ahnden und zu wollen, gemacht; wie ich sie zu Windsor geglaubt und wie tief ich die Huld empfinde, Sie gegen alle Regeln in Osborne empfangen zu haben. Ich erwarte über Ihre Reise über's Meer und über die Lösung des Mißverständnisses bald einen Brief von Ihnen.

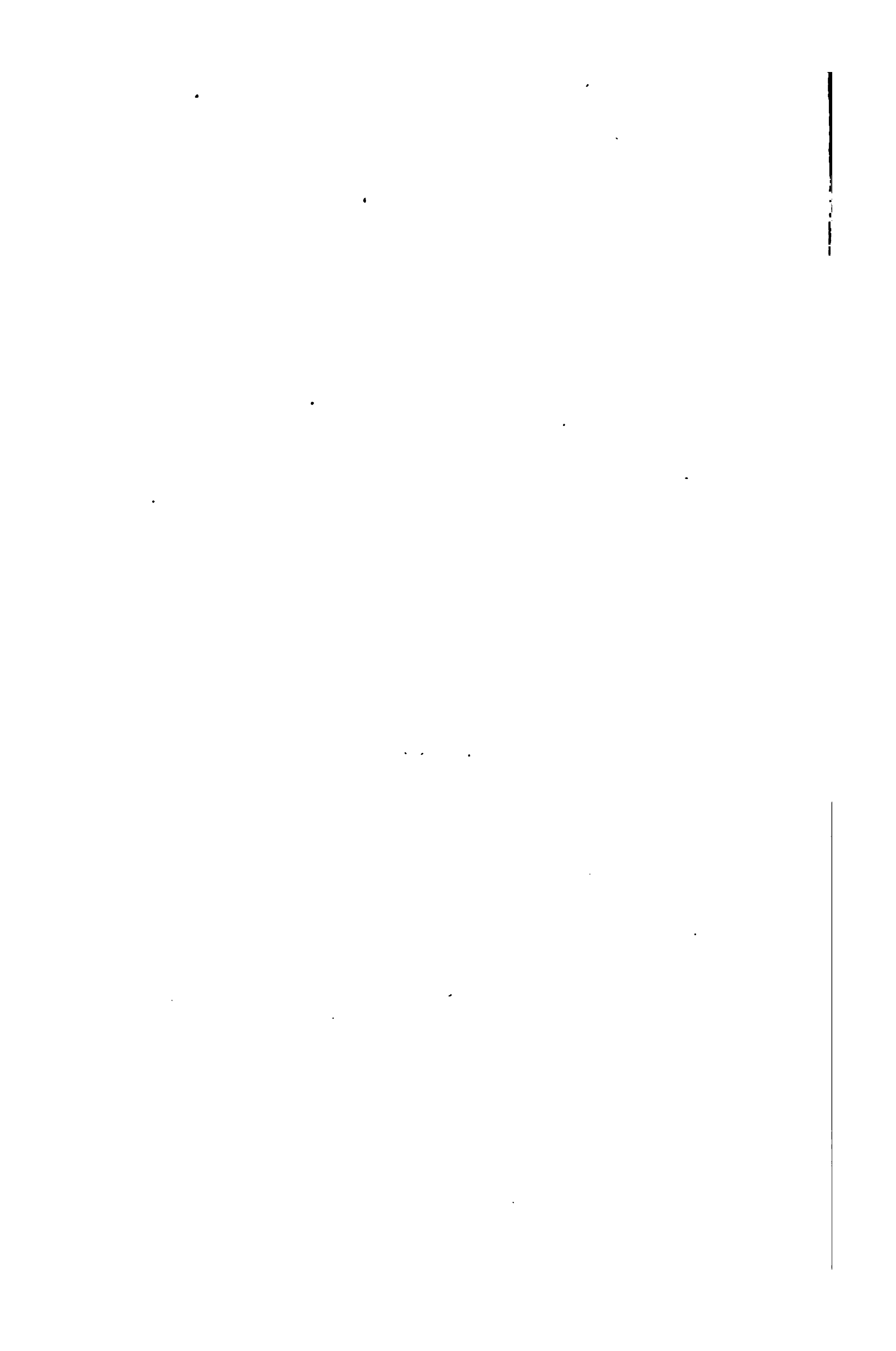
Gott mit Ihnen, alter Freund.

Friedrich Wilhelm.

Nichts Neues aus Jerusalem?"

VII.

Radicalismus und Liberalismus.
Ereignisse des Februar und März 1848.



In der Geschichte des Jahrhunderts nimmt das schweizerische Ereigniß, das hier freilich nur in leichtem Umriß an unseren Augen vorübergegangen ist, eine sehr bedeutende Stelle ein: vor allem, wie sich versteht, für die Schweiz selbst.

Die alte Eidgenossenschaft, eine Geburt des späteren Mittelalters, war in dem ersten Conflict mit den revolutionären Mächten im Jahre 1798 zu Grunde gegangen; ihre Wiederherstellung im Zusammenhang mit der Restauration war eine sehr unvollkommene, unhaltbar ohne die Unterstützung der großen Mächte; es bedurfte nur eines Rückschlages, wie er aus der Juli-Revolution hervorging, um sie in ihren tiefsten Grundlagen zu erschüttern. Dann kamen auch die Mediationsakte wieder zu Ehren. Eine starke Centralgewalt wurde gegründet; nicht jedoch, wie einst, in Abhängigkeit von Frankreich, vielmehr im Widerspruch mit dieser Macht und unter der Einwirkung und Aegide von England. Insofern hatte das Ereigniß eine universale Bedeutung: es bildet ein Moment in den Differenzen der großen Mächte und der Auflösung der Politik der Restauration. Wohl ward auch jetzt die allgemeine Bestimmung des Wiener Congresses über die Neutralität der Schweiz festgehalten; aber den damals zur

Herrschaft gelangten Ideen widersprach es doch, wenn nunmehr die Selbständigkeit der Cantone, auf der bisher Alles beruhte, so gut wie beseitigt wurde; es war seit der Losreißung Belgiens von Holland wieder die erste große Contravention gegen die Tractate von 1815, jedoch von einer ganz anderen Richtung: wie jene dem Katholicismus ihren vornehmsten Impuls verdankte, so diese dem Gegensatze gegen denselben.

Darin bestand der eigenthümliche Charakter des Ereignisses; in sich selbst gründete es sich auf die Erhebung des radicalen Elementes in dem Kampfe zwischen Aristokratie und Liberalismus, durch welches die Idee, auf die sich der letzte nur stützte, — von dem unmittelbaren und unveräußerlichen Rechte des Volkes —, rücksichtslos zur Anwendung gebracht wurde, und zwar im Widerspruch mit dem Wesen aller bestehenden kirchlichen und politischen Autorität. Es war der erste Triumph des Radicalismus, welcher dadurch die weiteste Aussicht auf fernere Erfolge in dem Innern der europäischen Staaten bekam.

Unter diesem Gesichtspunkt nun sah Friedrich Wilhelm IV. das Ereigniß an. Er war durch die Ansprüche der Tagsatzung persönlich verletzt; aber fast noch tiefer regte ihn das Emporkommen eines Elementes auf, in welchem er die eigentliche Gefährdung der europäischen Gesellschaft und Cultur, vor Allem auch der Religion erblickte. Es ist dies die zweite Seite der Discussion, welche in dem Briefwechsel über die Neuenburger Angelegenheit noch bedeutungsvoller als die erste hervortritt. Die Erörterung dehnt sich über das Bereich der politischen Ideen überhaupt aus und sie verdient besonders der Vergessenheit nicht überlassen zu werden.

Auch Bunsen hob einen religiösen Gesichtspunkt hervor, der jedoch von dem des Königs wieder sehr verschieden war; er bezog sich hauptsächlich auf den Streit der Bekenntnisse. Bunsen wies darauf hin, daß die große Masse der Liberalen keine Radicalen, daß sie in der Schweiz erst durch die jesuitische Reaction in die Hände der Radicalen gerathen seien. Diese jesuitische Partei habe 1837 durch den Erzbischof Droste an die Krone des Königs gegriffen und die Unterdrückung des Protestantismus versucht. Was jetzt in der Schweiz geschehen sei, werde auch in zehn bis zwanzig Jahren unfehlbar in Oesterreich eintreten. So habe er schon in Rom gedacht, und so denke er jetzt.

„Ich schulde England und dem, was ich in England erlebt, eine noch festere Ueberzeugung, als ich vorher hatte, wenigstens eine besondere Erkenntniß, daß die auf einem Holzwege wandeln und unnützerweise sich den Kopf an der Mauer der Wirklichkeit zerschellen, welche von einer Definition des Staates ausgehen, bei der sie nie zum Principe der Freiheit, sowie des göttlichen Rechtes des Staates gelangen, und welche an die Erklärung der Weltgeschichte und der Gegenwart eine welthistorische Formel legen, wonach sie (von der alten Geschichte nicht zu reden) die Reformation nur als eine Einmal für immer stattgehabte mächtige Unordnung begreifen, Englands Verfassung als eine insularische Ausnahme ansehen, und dem Mittelstande keine Stelle in der Entwickelung beilegen, d. h. die die größten und positivsten Erscheinungen der neueren Geschichte zu erklären sich für unfähig geben und deren Princip negiren müssen."

Von dem ersten Satze dieser Behauptung nahm nun der König Anlaß, immer in Bezug auf die vorliegende Frage seine allgemeinen Ansichten mit einer gewissen Ausführlichkeit zu entwickeln. In dem schon zum Theil mitgetheilten Briefe vom 8. December 1847 heißt es:

„Sie, mein theuerster Bunsen, sehen nur übertriebenen Liberalismus und Katholizismus in den Schweitzerhändeln. Die evidente Wahrheit, daß beides sehr schwer in den Schweitzer Schicksalen seit 30 wiegt, deren Entwickelung den jetzigen Bürger- und Gräuel-Krieg herbeigeführt hat, werd' ich natürlich nicht einen Moment bestreiten. Sie müssen mir aber zugeben, daß es für die Nachbarn ein ander Ding um die Unreinlichkeit eines Ortes ist, wenn diese Unreinlichkeit in den Grenzen der Schweinerei bleibt, oder wenn die Gattung derselben so wird, daß Jedermann weiß, das Dulden des qualificirten Schmutzes müsse **nothwendiger** Weise die Pest erzeugen. Bei Ihrem Raisonnement, bester Bunsen, ist Ihnen ein Factum entgangen, schlimm entgangen, nämlich das Factum, daß, seitdem sich der kahle Radicalismus des Ganges der Dinge in der Schweitz bemächtigt hat, die Liberalen des vorigen Jahrzehnts, fast ohne alle Ausnahme, Conservative und Feinde der Zwölfer-Mehrheit geworden sind. Ein grandioses Beispiel ist mein geliebtes Neuenburger Land. Es stand jederzeit auf der liberalen Seite in der Schweitz, wie alle Ehrenmänner und sein Widerstand gegen die katholischen Usurpationen, namentlich in Wallis, war fest und stark, wenn auch vergeblich. Denn dem heranwachsenden Radicalismus war die Cultus-Freyheit der Kirchen weit mehr wie gleichgiltig und er beweist wohl jetzt in der Waadt seit mehr als

drei Jahren, was er unter Cultus-Freyheit versteht. Lesen Sie Monod's Erklärung darüber nach und reden Sie, wenn Sie 'mal wieder zu uns kommen, mit den bey uns angestellten waadtländischen Auswanderern, die alle liberale Schweitzer sind; was allerdings etwas anderes als liberale Teutsche heißt, da Erstere freysinnige Ehrenmänner, Letztere meistens ohne Ausnahme Constitutions- und Majoritäts-Anbetende Schöpse oder Intriguants sind. Sie werden nicht im Stande seyn, mir eine liberale Notabilität in der Schweitz zu nennen, die allmählig in den Radicalismus eingeschlagen ist. Diese Wahrnehmung aber ist ungeheuer wichtig, denn „mir" beweist sie überflüssig die Richtigkeit meiner Ansicht, nehmlich der, daß die Radicalen eine eigene Schule oder Sekte sind und daß sie nicht allmälig (wie Sie meinen) aus der Uebertreibung liberaler und katholischer Extreme, sondern selbstständig entstanden ist, wie bey Milton die Sünde, im Augenblick von Lucifers Abfall gewaffnet und mit dem Tode schwanger gebohren wurde. Ihre Ansicht über die Entstehung des Radicalismus entspricht der Ansicht, welche die überwiegende Masse der Schriftsteller über die französische Revolution (aus einer Art Sentimentalität) über den Ursprung der Gräuel und Gräulichen jener Revolution hegen oder zu hegen vorgeben. Daß jene Ungeheuer aber Alle bereits im Schooß des Friedens Gott und Christum verläugnet hatten und daß ihre Geschichte nichts als die Entwickelung dieses Factums ist, davon thun sie alle als wüßten sie kein Wort. Und das ist der Ursprung des schweitzer, deutschen, französischen und italienischen Radicalismus allein. Während die „Guten", geschwächt durch ihren Zank als Liberale und Conservative, blind darauf losleben und faseln, wächst das arge, von

beyden völlig unabhängige, keineswegs verwandte Gräuel-Kind und ist's erstarkt, so wirft's beyde Partheyen zu Boden und setzt den eisernen Fuß auf ihren Nacken. Diese furchtbare Operation ist in der Schweitz vollendet und in Teutschland bereiten sich Tausende, sie zu wiederholen. — Und ich sag' es Ihnen heut auf's Neue und provozire auf die Erfahrung, daß es in Teutschland gelingen wird, wenn wir den Heerd des Abgrund-Verderbens, des zum Selbstbewußtsein gekommenen Abfalls von Gott und Recht nicht zerstören. Ob es jetzt vielleicht schon zu spät dazu ist, weiß ich nicht. Gott weiß es. Soviel aber weiß ich, daß das Verderben aus seinem Heerde mit nicht geahndeter Schnelligkeit um sich greifen wird, wenn es dem englischen Cabinet gelingt, seine Schweitzer Majoritäts-Anbetung den anderen Mächten aufzudrängen. Dieses Cabinetes Führer sind moderne Liberale, nicht im schweitzer, sondern im übrigen europäischen Sinn (Italien allerdings ausgenommen), d. h. mit anderen Worten Männer, die unter keiner Bedingung an **Verschwörungen** in Europa glauben **wollen** oder **können** — das wahre und eigenthümliche Criterion der Liberalen!!! — Diesen Guten zum Trotz ist aber das radicale Wesen, von einem Ende Europas bis zum anderen und ganz speziell von der Schweitz und Frankreich aus durch ganz Teutschland und Italien bis tief in Polen und Rußland hinein verbündelt und verschworen. Der Umsturz aller legitimen Regierungen in der Schweitz mit einiger Ausnahme Neuenburgs (Gott erhalt' es so) ist das lang vorher prämeditirte und vorbereitete Werk der großen gott- und rechtlosen Sekte. Als ihr Sieg in der Schweitz wuchs und die Zwölfer-Majorität durchgesetzt war, wurde den Anhängern in Südteutschland das mot d'ordre ge-

geben und die auf dem besten Wege begriffenen Wahlen in Baden und Darmstadt „schlugen um zum Nachtheil der Regierungen.“ Dies nur als Eines unter 100 Exempeln von der Macht dieser Sekte, welche durch Robespierres en herbes, wie Hecker, die Heppenheimer und Mannheimer Demagogen, wie unser Reichenbach, Schlöffel, die 13 Juden aus Königsberg, ein Netz bildet, das mit fast telegraphengleicher Geschwindigkeit nach den empfangenen mots d'ordre operirt. Es versteht sich nun ganz und gar von selbst, daß die „Conferenz“ (wenn sie noch zusammenkommt) es, so lang' es nur irgend geht, ohne hostile Absichten versuchen muß, mit Höflichkeit und strenger diplomatischer Haltung zu Werke zu gehen die Verpflichtung hat. Aber sie darf sich nichts bieten lassen von jenen elenden Buben. Darum wiederhol' ich, was ich in meinem letzten Briefe sagte: es ist Thorheit und Frevel, in die Conferenz einzugehen, wenn man im Voraus entschlossen ist, unter keiner Bedingung bewaffnet zu interveniren, oder mit anderen deutlichen Worten sich ungestraft beleidigen lassen zu wollen. Mögen Andere so etwas dulden; als preußischer Offizier (und das bin ich durch und durch) kann ich so etwas weder rathen noch dulden. Lieber bleib' ich ganz heraus. — Gehen wir jetzt schleunig durch den zweiten Punkt hindurch, nemlich durch die Furcht, daß die entjungferte Schweitz von 1815 polonisirt (soll wohl heißen crakowisirt) werden könnte. Dieser Witz Ihres whigistischen Freundes schmeckt nach Uebergenuß von Austern und Champagner, d. h. er ist ein schlechter, weil er jeder Conviction ermangelt und weil der Witzreißer weiß, daß dem nicht also ist. Er ist das Kind des Guizot-Metternich-Hasses, das heißt der schlechtesten Erscheinung an dem diplomatischen Horizonte seit den Julitagen. Genug

davon. Ich müßte sonst ein Buch über Spanien, Hellas und Bern schreiben.

Also zum dritten Punkt, daß das violirte Helvetien die Franzosen kriegen könnten. Ja, die Furcht ist gerechtfertigt, sobald sich England sperrt gegen das, was der Selbsterhaltungs-Trieb, das Gesetz des gesunden Menschenverstandes, Frankreich, Teutschland und Oesterreich zu thun gebietet. Die Furcht ist aber ebenso gewiß ungerechtfertigt, als die Jungfrau höher wie der Tempelhofer Berg ist, wenn England einmal wieder old England seyn will, and fairly proceeds auf dem Wege des höchsten Rechtes, des Edelmuthes und der gerechten Sachen. Wenn England, St. Georgs Schild (die Sonne zurückstrahlend) in der Hand, jedem guten Recht, jeder rechten Ordnung vorleuchtend, Europas Schutz und Seegen, dem alternden Oesterreich und dem Fuchs von Frankreich es zuvorthut, wenn England in der Schweiz die Rolle übernimmt, die Oesterreich in Italien hätte spielen sollen (**mit** und nicht gegen Pius IX.), wenn England das, was die Nachbarn fordern **müssen**, als bester Freund der Schweitz von ihr **vor** Beginn der Conferenz erringt oder zu erringen trachtet, indem es der Schweitz ins Gesicht die Nothwendigkeit dieser Forderungen und „ihrer Consequenzen" anerkennt, dann wird die Schweitz **nicht** des Fuchsen Beute, sondern Englands treue Freundin, die Schweitz gehorche nun gleich dem Freundes-Rathe oder fühle mit schwerer Erfahrung, daß der Rath treu und ehrlich und befolgungswürdig war. Das ist der Weg, auf dem England seine Freunde und seine Macht in Europa vermehren wird. Auf dem des crassen Guizot-Metternich-Hasses verringert sich Englands Einfluß und Freundschaft in Europa gewiß um ein Bedeutendes. Doch

Sie werden mich fragen, theuerster Bunsen, was denn die gerechten und notorischen Forderungen der „Nachbaren" sind. Das will ich Ihnen sagen. Es sind zwei — Räumung der eroberten und unterworfenen Cantone und freye Wahl der Obrigkeiten derselben durch das Volk ohne radical-terroristischen Einfluß, versteht sich mit der Conditio sine qua non des Weggejagtbleibens der Jesuiten und der wirklichen Cultusfreyheit.

Resumiren wir das Gewäsch. Die Väter der jungfräulichen Schweitz von 1815 haben das Recht zu fordern, daß sie sich auf den Basen ihrer Creation reconstituire, d. h. auf der völlig umgestürzten der Cantonal-Freyheit, welche durch die Radicalen-Sekte in Pöbelfreyheit und Volks-Unterdrückung verwandelt worden ist, und die Mächte haben aus Selbsterhaltungs-Pflicht das Recht, die Schweitz dazu im Nothfall zu zwingen. Es gibt kein droit acquis, wenn es himmelschreyend gemißbraucht, wenn die Freyheit „Deckel der Bosheit und des Pest-Gräuels wird."

Man bemerkt den Unterschied der Ansichten: der König erklärt die Radikalen für eine Sekte, die auf den Ruin des Staates und der Religion hinarbeite; Bunsen sah in dem Radicalismus ein bei der Trägheit der Liberalen unentbehrliches Correctiv gegen die Uebergriffe des äußersten Katholicismus und der Jesuiten. Dabei trägt er jedoch kein Bedenken, den Radicalismus als die „moralische Cholera" der Zeit zu bezeichnen. Für contagios durch Ansteckung von Außen will er denselben nicht halten, wohl aber für epidemisch. Die Besorgniß vor radicalen Verschwörungen theilte er nicht.

Von einer Verschwörung könne hier nicht die Rede sein, sondern nur von einer Luft-Verderbung. Er habe einst mit Niebuhr an die Verschwörungen geglaubt, von denen Fürst Metternich geredet habe; aber diese Angaben nicht bewährt gefunden, sobald man den Thatsachen nachgegangen sei.

„Nicht daß es in Europa nicht eine Menge verkörperter Miasmen gäbe; der Streitpunkt liegt nicht darin, sondern, daß Jakobiner (wie Wucher-Juden) in der Masse des Volkes neue Macht gewinnen durch die Schuld der Gegenparthey, wobei allerdings Verdächtigungen und Argwohn eine große Rolle spielen. Diese Ueberzeugung nun ist hier (in England) allgemein."

Auf die Neuenburger Verwickelungen und die Schwierigkeit ihrer Lösung übergehend, hält Bunsen den Versuch einer Repression für höchst gefährlich. Er erinnert an den Feldzug von 1792 und die Expedition nach Spanien 1822.

„Ew. Majestät und Deutschland", sagt er, „würden nach Sir Robert Peels Meinung nichts verlieren, zu warten, aber viel auf's Spiel setzen, wenn Sie einschreiten, d. h. einen politischen Religionskrieg machen. Ehe die Conferenz nur zusammenkommen kann, ist die Schweiz reconstituirt, und die Besetzung der sieben Cantone hat aufgehört. Formell ist dann die Ordnung hergestellt, und ist sie es mit Unterdrückung des wahren Volkswillens, so wird sie sich selbst den Hals brechen, gerade wie es die untergegangene Reaction gethan hat." — — — —

„Ew. Majestät haben die Fahne des Hauses Hohenzollern in das Schloß von Neuenburg geworfen; dem Diener

geziemt, Alles aufzubieten, damit sie nicht in die Hände der Feinde gerathen möge."

Bunsen führt weiter aus, daß Neuenburg nie von der Eidgenossenschaft getrennt werden dürfe. General Pfuel habe ihn gefragt, ob das nicht das Rathsamste wäre: „Um Gottes Willen nicht", habe er ausgerufen, „man müsse nur dafür sorgen, daß es weder in die Hände Frankreichs, noch in den Rachen der Radicalen falle." Im Namen der englischen Staatsmänner bat er den König, sich die Belastung gefallen zu lassen, der Neuenburg augenblicklich unterliege: wie sich denn Neuenburg dazu verstand, die ihm auferlegte Geldbuße zu zahlen. Von dem militärischen Widerstand der Eidgenossen würde man allerdings nicht viel zu fürchten haben, wohl aber von Thiers und dem in Frankreich wuthschnaubend sein Haupt erhebenden socialistischen Jakobinismus. Nicht in der Schweiz werde ein Sturm ausbrechen, wohl aber in Frankreich.

„Gegen Frankreich aber hilft nichts, als Deutschlands innere Kräftigung durch aufrichtige Fortschritte in der gesetzlichen politischen Freiheit und absolute Freiheit im kirchlichen Gebiet. Das deutsche Volk ist, meiner heiligen Ueberzeugung nach, auch jetzt noch in seinem Kern unverdorben und das arbeitsamste der Welt. Für das Uebrige wird Gott sorgen, und wer sonst könnte es?" [1])

In diesen gegenseitigen Mittheilungen nimmt man nun doch eine tiefgreifende Meinungsverschiedenheit des Königs und

---

1) Schreiben vom 15. December 1847.

seines bis dahin so vertrauten Dieners wahr. Der König hätte in der Neuenburger Sache das, was er just für sein Recht hielt, unbedingt festzuhalten gewünscht. Er vermeinte die gefährlichste Sekte der Welt, von der er selbst angegriffen war, an dieser Stelle überwinden zu können. Aber die englischen Minister, an deren Mitwirkung ihm Alles lag, stimmten ihm hierin nicht bei: nicht als ob sie an dem Radicalismus an sich Gefallen gefunden hätten, aber sie verdammten denselben nicht, zumal da er den Weg dazu bahnte, was sie vor allem wünschten, eine starke Centralgewalt in der Schweiz aufzurichten. An die Gefahren der gesellschaftlichen Ordnung, die der König voraussah, glaubten sie nicht. Ausgehend von der dort allgemein angenommenen Theorie John Locke's, nach welcher der Staat auf Gewährleistung des Eigenthums beruht, hielten sie den definitiven Sieg der antisocialen Doctrinen für unmöglich: denn das seien Träumereien, anstrebend gegen alle Grundsätze der Gesellschaft, welche dieselben nothwendig zurückweisen müsse.

Wenn nun Bunsen die Politik Englands in der Schweizer Angelegenheit im Allgemeinen billigte und sie gegen den König in Schutz nahm, so lag sein vornehmstes Motiv darin, daß dem vorschreitenden Katholicismus ein starkes Bollwerk damit entgegengesetzt werde. Ueberdies fühlte er sich in immer wachsendem Gegensatz gegen die, wie er glaubte, in der Umgebung Friedrich Wilhelms vorwaltenden Doctrinen. Er bemerkt dem König, für einen Herrscher sei es nicht wünschenswerth, nur das Echo seiner eigenen Ansichten zu hören. Die Sinnesweise Bunsens entsprach bei weitem mehr den allenthalben in Europa zur Geltung kommenden Ideen. Ob aber der König nicht guten Grund hatte, die Zustimmung der großen Mächte für die Behauptung

seines dynastischen Rechtes in Anspruch zu nehmen; ob England nicht dadurch, daß es ihn fallen ließ und die Tendenzen der Tagsatzung unterstützte, ohne es zu beabsichtigen, dennoch dazu beitrug, dem Radicalismus ein bedrohliches Uebergewicht auf dem Continent zu verschaffen? Vielleicht war das überhaupt nicht zu vermeiden; vielleicht stand es in den Sternen geschrieben, daß die organisirte Welt noch einmal den Kampf mit den destructiven Kräften bestehen sollte. Soviel ich sehe, hat dies Niemand deutlicher vorausgesehen, als Friedrich Wilhelm IV. Für seinen Geist ist es charakteristisch, daß er bei den eintretenden Thatsachen gleich ihre letzten Consequenzen für die höchsten Interessen der Welt, die er immer im Auge hatte, wahrnahm. Der Widerstand, den das Papstthum in der Schweiz fand, mochte ihm willkommen sein; aber nicht, daß der Radicalismus einen solchen leistete. In demselben sah er eine Negation der Religion überhaupt und einen systematischen Gegensatz gegen die gesetzlich bestehenden Gewalten und alle legitime Ordnung. Und schon hatten die Elemente, welche in der Schweiz zum Uebergewicht gekommen waren, einen noch bei weitem größeren Erfolg in Frankreich.

Unleugbar ist es doch, daß das Zerwürfniß der großen Mächte, welches in der schweizerischen Angelegenheit zu Tage gekommen war, auch auf Frankreich zurückwirkte. Wie hätte das anders sein können, da die Partei erlag, welche Louis Philipp unterstützte, und die, welche er bekämpfte, die Oberhand behielt. Und an sich war es ein Verlust für das Julikönigthum, daß es sich den Nachbar, der ihm in Europa allein einen Rückhalt gewährt hatte, entfremdete. Unter diesen Umständen wurden die inneren Gährungen, die sich wieder erneuerten, doppelt gefährlich. Sie waren in erster

Linie constitutioneller Natur. Eine Opposition hatte sich gebildet, die, indem sie die Monarchie von 1830 acceptirte, doch auf eine Erweiterung der constitutionellen Rechte nach der popularen Seite hin drang, indem sie sich dabei in dem Kreise der Charte hielt, welche eine solche keineswegs ausschloß. Die Regierung zögerte darauf einzugehen, weil sie ihre Autorität, die auf dem Einverständniß der großen Staatsgewalten beruhte, nicht erschüttern lassen wollte. In diesem Widerstreit aber gewannen die zurückgedrängten Elemente republikanischer und socialistischer Natur, von den schweizerischen zwar verschieden, aber ihnen doch verwandt, neuen Boden. Die monarchische und die republikanische Opposition unterstützten einander eine Zeit lang. In jenen tumultuarischen Demonstrationen, welche als die Campagne der Banquets bezeichnet werden, waren sie häufig vereinigt. Zugleich aber trat ihre Differenz alle Tage stärker hervor. Die Republikaner vermieden in den Toast auf den König einzustimmen; ihr Sinn war auf die Durchführung nicht sowohl einer electoralen Reform, als auf die des allgemeinen Stimmrechtes gerichtet, welches dem Begriffe der Nationalsouveränetät gemäß die einzig legitime Grundlage der Wahlen bilde. Wenn in dem steigenden Widerstreite die Rede davon war, im Gegensatz gegen die Kammer auf die Wahlcollegien zurückzugreifen, was die monarchische Opposition wünschte, so verweigerte das die republikanische. Es wirkte auf die allgemeine Stimmung, daß es einem Autor von glänzender Darstellungsgabe gelang, für die Republikaner von 1793 sogar wieder einmal Sympathie zu erwecken. Die Frage nahm dann einen populären Charakter an. Endlich wurde aus Besorgniß hierüber die monarchische Opposition dahin gebracht, Vorkehrungen zu genehmigen, welche von Seiten der Regierung gegen eine bevorstehende

große Demonstration getroffen wurden; sie bot die Hand dazu, denselben die volle Legalität, die noch zweifelhaft war, zu verschaffen. Aber eben dieselbe Abkunft war das Zeichen, welches die Radicalen veranlaßte, ihre republikanische Fahne zu entfalten. In dem Conflict, der dann erfolgte, erlag die Regierung, die weder die Anfänge der Bewegung unterdrückt, noch Concessionen, wie sie die Charte möglich machte, bewilligt hatte: sie erinnerte sich wohl nicht, daß sie selbst revolutionären Ursprungs war. Die großen parlamentarischen Gewalten, auf deren Uebereinstimmung man gezählt hatte: Königthum, Ministerium und Kammer, gingen im Februar 1848 mit einem Schlage zu Grunde.

In dem Umsturz der französischen Regierung erschien die ganze Macht des revolutionären Elementes auf's neue. Mag man es Radicalismus oder jakobinischen Socialismus nennen: es waren dieselben Kräfte der Destruction, welche Friedrich Wilhelm haßte und verabscheute.

Weit entfernt war Bunsen, wie damals doch so viele andere bedeutende Männer, das Ereigniß zu billigen. Er bezeichnet den Zustand in Paris irgendwo als ein Pandämonium. An den König selbst hat er darüber nicht geschrieben. Auch wurde Friedrich Wilhelm zunächst von einer anderen Seite des Ereignisses betroffen und in seiner politischen Direction bestimmt. Die große Macht, welche schon einmal in Folge der revolutionären Impulse Europa eine Zeitlang beherrscht hatte und durch die Coalition des Jahres 1813 besiegt worden war, lenkte wieder und zwar in verdoppelter Energie in die revolutionären Bahnen ein. Der König meinte, daß ein neuer Angriff auf das System der europäischen Staaten bevorstehe; daß nur durch eine Verbindung Aller diesem

Unheil vorgebeugt und die Verträge, auf denen der allgemeine Friede beruhe, erhalten und geschützt werden könnten. Friedrich Wilhelm IV. wandte in dieser Gefahr seine Augen auf's neue nach England. Er schlug vor, eine vorläufige Uebereinkunft zu treffen, um jeden Versuch Frankreichs, seine Grenzen zu überschreiten, was Viele fürchteten, durch das Gewicht der Erklärungen der vier anderen Großmächte zurückzuweisen. Es liegt in der Sache, daß er sich darüber an Bunsen wendete. In einem Briefe an ihn, vierzehn Tage nach dem Ereigniß, führt er seine Ideen näher aus.

Berlin, 9. März 1848.

Mein Gebet zu Gott, mein Sehnen und Wünschen geht nach Frieden in Europa. Dennoch fürcht' ich den Krieg nicht. Ich kenne ihn aber und das ist genug, alles Erlaubte zu thun, um ihn unnöthig zu machen. Ich habe aber eine Ueberzeugung, eine Gewißheit (menschlich zu reden), wie's nur in Menschen Ueberzeugung und Gewißheit geben kann, daß die Aufrechterhaltung des Friedens lediglich in die Hände der Großmächte und unter diesen ganz eminent in Englands Hände gegeben ist.

Englands Wanken in diesem Punkt macht wahrhaftig den Frieden wanken, Englands Festigkeit macht den Frieden gewiß. Von diesem Gesichtspunkt aus hab' ich auf einen „Centre d'Entente" zu London für die Großmächte angetragen. Oesterreich ist günstig der Idee, Kaiser Nicolas wird sie gewiß sogleich eifrig ergreifen. Bin ich besonders lebendig darin, so zeigen Sie Lord John und Lord Palmerston die Karte von Teutschland und Frankreich, wenn es ihn wundern sollte. Meinen Brief an die Königinn Victoria kennen Sie.

Das ist mein Glaubensbekenntniß. In Sonderheit gilt das von der Stelle, die Lord Palmerston selbst angeht. Es ist der reinsten Wahrheit gemäß, daß ich — wenn auch leider in der letzten Hälfte von 47 in gewisser Ansichts-Dissidenz mit ihm — jetzt die Schickung segne, die ihn grade an die Spitze des britischen Aeußeren gestellt hat. Warum? weil es keinen energischeren Minister dermalen in England geben kann als ihn, und weil nur Energie und Verständniß der Lage, von England ausgehend, Europa, ja die gesellschaftliche Ordnung vor dem Umsturz bewahren kann. Und stürzt die zusammen — wird England allein über den Trümmern stehen bleiben? Mit der Blutschuld von Unterlassungssünden beladen, gewiß nicht.

Grüßen Sie Lord Palmerston, sowie Sie wissen, daß ich die grüße, zu denen ich Vertrauen habe, und sagen Sie ihm: ich bäte ihn, sich dem Centre d'Entente günstig zu zeigen und ihn so zu führen, wie es dem arbitress of Europe zusteht von Rechtswegen: stark, mächtig, kühn und vom allerernstlichsten Streben nach Frieden beseelt. Wer aber Frieden **will**, muß die Mittel dazu anwenden. Dem rasenden Frankreich gegenüber sey aber nur eine Sprache vorhanden, die es zu verstehen im Stande sey. Diese Sprache müsse von einem solchen Verein physischer und moralischer Macht ausgehen, welche auch einem Rasenden imponirt. Wenn nun aus dem Munde der enormen vereinigten Macht von England, Rußland, Oesterreich, Preußen und Teutschlands Bund ein Wort des Friedens und des Wohlwollens einerseits, andererseits aber ein Wort des festesten Entschlusses hervorgeht, jedem Traktaten-Bruch und Gebieths-Verletzung die **vereinigte Macht** zu Land und Meer entgegen-

zusetzen wie gegen Napoleon, dann haben die Großmächte (und unter ihnen England obenan) wahrlich das gethan, was der Lenker der Weltgeschicke in ihre Verantwortlichkeit gelegt hat. Bricht dann das wüthende Thier dennoch aus, so haben wir sein Maaß und den hohen Waidmännern kann, menschlich zu reden, das Erlegen desselben nicht zweifelhaft seyn. Lord Palmerston aber ist der Mann, der diese ernsten Friedensworte über den Canal senden muß. Sagen Sie ihm das in meinem Namen, theuerster Bunsen.

Ich hoffe, bester Bunsen, Sie werden wie ich selbst von dem Gesagten durchdrungen seyn. Gebe nur Gott, daß dieser Centre d'Entente so schleunig wie möglich zusammenkomme. Dann muß, so scheint mir's weise, kein Tag verloren werden, um diese Sprache zunächst als Bekenntniß der Großmächte Angesichts Europa's zu halten, nemlich früher noch, als die National-Versammlung im April sich ein Gouvernement giebt, welches wir förmlich anerkennen können. Zum zweitenmal muß dann dasselbe Wort bey der vereinten Anerkennung jenes Gouvernements erschallen. Ihrer Tüchtigkeit, Klugheit und Liebe zum Frieden, zu Preußen und zu mir vertraue ich diese hochwichtige Sache an.

Ferner in ruhigen Augenblicken bringen Sie mein unglückliches Neuenburg bey Lord Palmerston an. Es wird jetzt von wahrhaft Infamen gemißhandelt.

Ich habe aber uralte und wirkliche Verpflichtungen gegen das liebe, herrliche, treue Land und England hat meinem Hause seinen Besitz mit garantirt. Ich werde aus der Neuenburger Frage nie einen cas de guerre machen, darüber beruhigen Sie sich und Lord Palmerston. Aber es ist meine Pflicht, alle erlaubten Mittel anzurufen, um es von

einem offenbaren Verderben zu retten und seine väterlichen und ganz eigentlichsten Obrigkeiten ihm wiederzuverschaffen. Möge England ein ernstes Wort darüber zur Tagsatzung reden und im Namen des Rechts und der Pflicht die Nichtanerkennung der Pöbelherrschaft und die gesetzliche Ordnung fordern. Ich will dann gleichzeitig meine Schritte thun. Nun leben Sie wohl, theuerster Bunsen, und der HErr segne Ihrer Hände Werk und den Stern von Englands Ehre.

Friedrich Wilhelm.

P. S. Die allertiefste, wahrste und ernsteste Friedensliebe darf uns in Teutschland nicht abhalten, uns schlagfertig zu machen. Ich verstärke die Linien, die Landwehr wird natürlich nicht angerührt. Aber der Zustand Teutschlands macht es uns zur Pflicht, kräftig aufzutreten; und nichts thun wäre eine Pflichtvergessenheit. Wir müssen dem Recht, Ordnung im eigenen Hause zu machen, die Macht zugesellen, die es möglich macht. Daß also Lord Palmerston davon das richtige Verständniß habe, das ist Ihre Sache. Es ist damit so wenig, ja, die Hand auf's Herz, weniger Feindseligkeit gegen Frankreich gemeint, als jüngst in England mit dem Rüsten auf der Flotte in den Hafen-Schlössern."

Wiewohl zunächst die Ereignisse diesen Gang nicht nahmen, so war es doch kein Mißverständniß des Königs, wenn er aus der Februar-Revolution Gefahren für den europäischen Frieden heraufsteigen sah. Denn daß Louis Philipp an den durch die Verträge von 1815 geschaffenen Zuständen festzuhalten entschlossen war, so gut wie die älteren Bourbonen und noch mehr als diese, unterliegt keinem Zweifel. Der Umsturz des Julikönigthums bildete ein neues Stadium in dem Wieder-

aufleben der revolutionären Tendenzen, von welchem auch die auswärtigen Verhältnisse betroffen wurden. Man fürchtete sofort einen directen Bruch derselben, Gefährdung Belgiens und einen Angriff auf die Rheinlande. Und ist nicht einige Jahre später, nachdem die inneren Stürme der neuen Revolution einigermaßen abgetobt hatten, aus dem Grunde derselben dies Bestreben wirklich emporgestiegen? Friedrich Wilhelm nahm die Tragweite des Ereignisses in dieser Richtung im ersten Augenblicke wahr. Am wenigsten aber konnte Lord Palmerston dasselbe unter diesem Gesichtspunkte ansehen. Er lebte nur in der Behandlung der vorliegenden Schwierigkeiten, seinen constitutionellen Sympathieen und Antipathieen, dem politischen Interesse von England gemäß. Seit den spanischen Heirathen war zwischen ihm und Louis Philipp ein Verständniß nicht mehr möglich. In den schweizerischen und italienischen Angelegenheiten standen sie in unmittelbarem Gegensatz gegeneinander; Umstände, unter denen der Sturz der französischen Regierung dem englischen Minister nicht unwillkommen sein konnte: eine Gefahr für England oder den europäischen Frieden darin zu sehen, lag ihm fern. Er antwortete auf die Erinnerungen des Königs: man höre von keinen Rüstungen in Frankreich. Er lehnte jede Conferenz ab; denn in einer solchen würden die Franzosen schon den Anfang einer Coalition wahrzunehmen glauben; in diesem Worte liege der Krieg, zu dem England sich nicht verpflichten könne. Dabei legte jedoch Palmerston, indem er sich über die Haltung Oesterreichs in Italien beschwerte, den größten Werth auf einen fortgesetzten Austausch der Ideen mit Preußen.

Ganz in einer anderen Richtung entwickelten sich die Gefahren der französischen Revolution nach Außen. Eine ihrer

nächsten Wirkungen war der Sieg des Radicalismus in Neuenburg, wo die conservativen Elemente der revolutionären Bewegung nicht mehr widerstehen konnten. Friedrich Wilhelm IV. wurde von dem Nothschrei seiner Getreuen auf das schmerzlichste berührt, aber noch bei weitem näher sollte die in Gang gesetzte Bewegung ihn treffen. Der König hatte ihr durch seine ständische Staatsverfassung Stillstand zu gebieten gemeint: unerwartet und ohne daß er ihr hätte vorbeugen können, überraschte sie ihn selbst. Wie durch Naturnothwendigkeit kam die Gährung aller Elemente, die in Deutschland unverstanden durcheinander wogten, zum Ausbruch. Man konnte eine zweifache Direction unterscheiden: die eine unter den französischen Impulsen gegen die bestehenden Regierungen, die andere, eigenthümlich deutscher Art, für eine allgemeine nationale Vereinigung. Der ersteren erlag die österreichische Regierung. In Berlin berührten sich beide auf die seltsamste Weise, einander widersprechend und doch zusammenwirkend. Der König hatte, dem allgemeinen Verlangen nachgebend, die Periodicität des vereinigten Landtages ausgesprochen; er war auch im Begriff, für Deutschland Forderungen aufzustellen, die den allgemeinen Wünschen entsprachen; er ließ sich selbst das Wort, das er haßte: constitutionelle Verfassungen für Deutschland, abgewinnen. Die Stadt schickte sich an, ihm dafür ihren Dank darzubringen. In diesem Augenblick fand aber die radicale Strömung, die eine allgemeine europäische war, in der preußischen Hauptstadt ihre Organe. Eine Bewegung griff um sich, bei der es darauf abgesehen war, dem Könige noch weitere Concessionen und zwar solche, die das Wesen des Staates betrafen, indem sie sich hauptsächlich gegen das Militair richteten, das in der Hauptstadt

durch eine Bürgerwehr ersetzt werden sollte, abzuzwingen. Da kam es nun zu einem Conflict, der in der Nacht vom 18. zum 19. März an den Hauptpunkten der Berliner Straßen ausgefochten wurde. Der König siegte; aber die Bewegung in ihrem Laufe einzuhalten, ihrer Meister zu werden, blieb er weit entfernt. In seinen Briefen an Bunsen findet sich Nichts über diese Ereignisse; nur indirect berührt er sie, indem er die Discussion fortsetzt, die auf Anlaß der schweizerischen Ereignisse begonnen war. Einige Wochen später nimmt der König die Frage auf, inwiefern Verschwörungen des Radicalismus, wie in den übrigen europäischen Revolutionen, so auch an den Ereignissen in Berlin mitgewirkt haben [1]).

Potsdam, den 13. May 1848.

Ich habe etwas auf dem Herzen gegen Sie, mein theurer, treuer Bunsen und das muß herunter, denn ich bin Ihr wahrer Freund. — Als wir noch glückseelig in den scheußlichen Schweitzerhändeln schwelgten, schrieben Sie mir in einer Ihrer Antworten: „Sie wären zu der festen Ueberzeugung gekommen, daß der Glaube an Verschwörungen ein Gespenst sey, daß es wirklich keine gäbe und gegeben habe, sondern daß nur der Consensus der Geister und des Geistes der Zeit die Erscheinungen hervorbrächten, welche Metternichs Schule so deutete und ausbeutete." Das waren dem Sinne nach Ihre Worte. Mir fielen die Hände über diesen Köhlerglauben schlaff am Leibe herab. Ich ahndete nicht, daß der Beweis dagegen uns so blutig an die Häuser von Berlin geschrieben werden sollte — denn wissen Sie, zu Berlin war

1) Schreiben aus Potsdam vom 13. Mai 1848.

seit mehr denn 14 Tagen Alles systematisch zur infamsten **Revolte**, die jemals eine Stadt entehrt hat, vorbereitet. Es waren Steine zum Steinigen meiner treuen Soldaten in allen Häusern vom eigentlichen Berlin, von Cöln, von der Neu- und Friedrichsstadt xc. gesammelt. Man hat dieselben lange anfahren sehen, wie auch Rasenstücke, um als Brustwehr gegen das Feuer der Truppen zu dienen, und hatte sich dies sonderbare Bedürfniß nach Stein und Rasen gar nicht erklären können. Ferner waren in den Hauptstraßen alle Böden in Verbindung gesetzt, um von den Dachfenstern aus die Vor- oder Rückbewegungen der Truppen mit Schüssen und Steinwürfen verfolgen zu können. Es war nachgewiesen über 10,000 Mann und nicht nachgewiesen wohl das Doppelte des allergräßlichsten Gesindels seit Wochen in die Stadt geströhmt und — verborgen worden, so daß die Polizei mit ihren schwachen Mitteln sie nicht auffinden konnte, darunter der Abschaum von Franzosen (galériens), Polen und Süddeutschen, namentlich Mannheimern, aber auch sehr truppirte Leute, angeblich Milaneser Grafen, Kaufherren xc. xc. xc. Ein reicher Mannheimer Kaufherr hat seinen Tod in der Königsstraße gefunden, nachdem ihm Mannschaft von meinem göttlichen 1. Garde-Bataillon das Leben geschenkt und er sie rücklings mit einer Axt wieder anfiel. Unter den zu bestattenden Verbrechern der „großen Tage" waren 30—50, von denen kein Mensch ein Wort, nicht Vaterland, nicht Namen xc. wußte. Aus Paris, Carlsruhe, Mannheim, Bern weiß ich von den Tagen selbst officiell, daß die Häupter der Bewegung am 18. März laut sagten: „heut fällt Berlin!!!" Namentlich Hecker, Herwegh und viele Andere von der Schuftenschaft.

Darum also die Frage an Sie, lieber Freund: bleiben Sie noch immer bei Ihrer Abrede mit Niebuhr, nie an eine Verschwörung zu glauben? Gebe Gott: Nein. Und doch vermag ich nicht die Garantie für dieses Nein zu übernehmen. Das hab' ich auf dem Herzen gegen Sie. Das muß ich Ihnen sagen. — Warum kann ich die Garantie aber nicht übernehmen? — Antwort: Weil sichere Symptome da sind, daß Sie vom Liberalismus gefangen sind.

Der Liberalismus aber ist eine Krankheit, gerade wie die Rückenmarksdürre. Die bekannten Symptome der letzteren aber sind z. B., daß der stark convex zu Daumen und Zeigefinger hervorragende Muskel concav wird bey der Pression; 2) daß ein Abführungsmittel verstopft; 3) daß ein Stopfmittel abführt und in einem späteren Stadium 4) daß sich die Beine hochheben, ohne gehen zu können. Und dabei kann solch ein Kranker vor Anderen und sich selbst lange Zeit als gesund gelten.

So wirkt der Liberalismus auf die Seele. Der Augenschein wird geläugnet, die Erfüllung von Consequenzen aus längst klar vorliegenden Ursachen wird als Aberglaube abgewiesen. Schön glaubt heute noch nicht, daß Napoleon in Moskau war. Der Geist der Zeit wird als grandiose Apologie dahin gestellt, wo der HErr nicht empfiehlt, sondern befiehlt, die **Sünde** zu erkennen. Man glaubt, ehrlich dem Fortschritt zu huldigen, ihn mitzumachen und — es geht ventre à terre rückwärts in's Verderben. Die scheußlichsten Ausgeburten vollendeter Gottlosigkeit sind das Ringen des gesammten Menschengefühls zum Edeln, zum Licht. Schwarz wird weiß, Finsterniß Licht genannt und die Opfer, die dem sündigen, Gott verfluchten Wahnsinn fallen,

werden fast oder ganz vergöttert. Denn der Geist in ihnen (Zuchthäuslern, galériens, Sodomiten 2c. 2c.) rang heldenmüthig sich zum Aether auf. — Doch genug der Gotteslästerung. — Ich habe, wie bei der physischen Krankheit, auch bei der geistigen die letzten Stadien miterwähnt. Fern sey der Gedanke, Sie, meinen Freund, für schwer erkrankt auf dem Wege zu halten. Aber krank scheinen Sie mir, denn der Unglaube an Verschwörungen ist das erste untrügliche Symptom des seelenaustrocknenden Liberalismus. Und davon haben Sie selbst Zeugniß gegen sich abgelegt. Niebuhr starb an der Bekehrung vom Liberalismus und vom Verschwörungs-Unglauben. Sie müssen sich bekehren und leben, für mich, für Ihre Zeit, für die Kirche Gottes leben. Aber zu scherzen ist mit der Krankheit nicht. Ich weiß nur Eine Medicin dagegen, „das Zeichen des heiligen Kreuzes an Brust und Stirn."

Uebersetzen Sie das in's Evangelische, in's ewig Wahre, so haben Sie das Heilmittel und das liegt Ihnen, Gott sei Dank! ganz nahe. Das segne Ihnen Gott der HErr.

Friedrich Wilhelm.

Man wird sehr begierig, wie sich Bunsen auf diese starke Invective äußerte. Indem er an seine frühere Theorie von Contagion und Epidemie anknüpft, hebt er besonders den Unterschied hervor, der in dem Siege einiger tausend Wühler in Berlin und dem leichten Zurückdrängen der großen Chartisten-Demonstration in England hervortrete, so daß seine Theorie dadurch bestätigt werde. Besonders hatte ihn verwundet, daß der König auch Niebuhr als Liberalen bezeichnet und den Tod desselben der Widerlegung seiner liberalen An-

schauungen durch die Juli-Revolution zugeschrieben hatte. „Niebuhr“, sagt Bunsen, „war, wie ich, sein ganzes Leben hindurch ein Mann der äußersten Rechten“. Die Rückenmarksdürre, die der König dem Liberalismus zugeschrieben hatte, findet er in Frankreich, wo es keine Kraft des Widerstandes gegeben habe. Dem stehe der Starrkrampf gegenüber, wie er in Oesterreich geherrscht habe.

„Man gelangt eben so wenig von dem ausschließlichen Rechte der Regierung ausgehend mit Haller, zur Freiheit, als von dem ausschließlichen Rechte des freien Individuums ausgehend mit Rousseau und den droits de l'homme, zur Regierung und gesetzlicher Ordnung. Beide Rechte sind göttlich, weil der Mensch Gottes Ebenbild und zum Staate geschaffen ist. Alle menschliche Weisheit liegt in der gleichmäßigen Anerkennung beider, oder vielmehr in der Anerkennung der über beiden Gegensätzen stehenden, über alle menschliche Willkühr erhabenen göttlichen Weltordnung. Diese kannte und ehrte und verehrte Niebuhr, als die hallerschen Jünger noch nicht geboren waren, und ich hatte sie von ihm und mit ihm aus Bibel, Sophokles, Plato und Kant gelernt anzubeten, als jene Hof-Philosophen noch nicht buchstabiren konnten, oder sich mühsam aus dem Jacobinismus hervorarbeiteten, und sich nach Hosen umsahen, die weder Niebuhr noch ich jemals abgelegt. Aber allerdings wir wollten nicht belehrt werden von der neuen brandenburger Junkerweisheit! wir wollten uns nicht den Ruf guter Grundsätze verdienen, mit welchen jene Herren mehr der Monarchie geschadet, als mit den schlechten alle Liberalen! Wir wollten uns nicht zu ihnen stellen, sondern riefen mit treuer Warnungsstimme Ach und Wehe! als wir sie an den Stufen und zur Seite des Thrones

stehen sahen! wir konnten das Schiff nicht dem Abgrunde zufahren sehen, ohne daß uns Schreie des Jammers entfahren wären. Gott hat uns beide vor Verzweiflung bewahrt. Das ist des Herren Ruhm, nicht unserer. Non nobis, domine! — Ich habe Niebuhrs Briefe an mich nicht zum Drucke gegeben, weil sie damals mehr Uebles als Gutes gethan haben würden. Aber das heilige Vermächtniß und das Gelübde des Capitols sind nicht vergessen.

Auch Ew. Majestät werden zu unserer Ansicht zurückkommen, sobald der Druck der wahnsinnigen Revolution der letzten 100 Tage nachläßt, und die Stimme der Vernunft und Rechtlichkeit sich wieder hören lassen kann vor dem Straßenlärm und Gassenbuben-Unfug. Sie werden dann fühlen, wie leicht man die Zeit regieren kann, wenn man die Sprache der Gegenwart spricht, wie sie aus der Anerkennung der Zustände gottgegebener Wirklichkeit hervorgeht. Niebuhr und meine geringe Person werden Ihnen alsdann, allergnädigster Herr, nicht allein als Männer erscheinen, die Sie Ihrer Liebe und Freundschaft würdigten, sondern die auf der Rechten stehen, als Männer der Regierung, obwohl der Freiheit."

Der politischen Rechtfertigung ging auch eine religiöse zur Seite, die insofern fast eine Anklage wurde, als Bunsen dem König zum Vorwurf machte, daß er sich gegen seinen richtigen Instinkt von der Reichssynode abgewendet, deren Rathschläge nicht befolgt und die Kirche mit Männern der „allerbeschränktesten Kirchlichkeit" und mit längst „unhaltbar gewordenen Formen und Formeln" regieren wolle; ihm dagegen werfe man vor, daß er auf dem Standpunkte der Lichtfreunde stehe; er bewege sich vielmehr auf Schleiermachers Grund und Boden. Er verweist

unter Anderem auf den Abschnitt über die Person Christi in seinem Buche Ignatius. Doch wendet er sich ab von den theologischen Formeln, welche nur ererbte geworden seien, und dem gesammten speculativen und sittlichen Bewußtsein nicht mehr genügen. Alles dies trug er kein Bedenken, dem König mit unumwundener Freimüthigkeit zu schreiben. Friedrich Wilhelm IV. hatte so viel Gefühl für persönliche Freiheit, daß er ihm das nicht übel nahm, ohne jedoch von seinen Einreden überzeugt zu werden. Bald nachher, als die Zustände in Berlin einer neuen Krisis entgegen zu gehen schienen, bringt er den Streitpunkt aufs Neue zur Sprache [1]).

„In Berlin wird ein neuer 18. März organisirt. Ungeheuer viel Polnisches und Französisches Gesindel ist in Kneipen, Kellern und Höfen verborgen. Die Lügenbrut ist furchtbar thätig, französisches Geld coursirt, namentlich in Frankenstücken, **wie in den Märztagen** (hear! hear!), kurz, wenn der montirte Coup nicht an der Feigheit des Gesindels und den Bajonnetten der Bürgerwehr scheitert, so haben Sie große Begebenheiten zu erwarten. Ist es Ihnen gar nicht aufgefallen, daß die versuchten oder ausgeführten Umwälzungen in Berlin, Paris, Wien, Neapel, alle an demselben Tag Statt gefunden haben? Das ist Wasser auf meine Mühle.

Ein wahres Unglück ist es, daß wir hier und in der Umgegend so gut wie gar keine disponible Truppen haben! In Potsdam u. A. sind weniger, als in den ruhigsten Zeiten. Diese Truppen sind eben dadurch von Wachtdienst

1) Schreiben vom 30. Mai 1848.

fast erdrückt. Wenn nun die wohlgesinnte Berliner Bürgerwehr nach militairischer Hülfe verlangt, so kann ich ihr kaum Nothdürftiges bieten!!! at spes non fracta! Vale!

F. W."

Auch auf Bunsen machten diese Andeutungen und die Nachrichten von den allenthalben zu Tage kommenden socialistischen Bewegungen einen großen Eindruck. „Das sei", sagt er, „das neue Ungeheuer des Arbeiter-Socialismus, welches von keiner Regierung der Welt anders als durch die thätige Mitwirkung der ganzen Nation besiegt werden könne. Der Instinkt der Selbsterhaltung werde auch in der Bürgerschaft Berlins mächtiger werden. Der König möge sich an ihre Spitze stellen und, wenn es nöthig sei, sich hierzu selbst nach Berlin begeben. Ein bewaffneter Arbeiter arbeitet eben nicht und will ohne Arbeit essen und als Staatspensionarius leben; mit ihm kann kein Friede sein. Auch in London", setzt er hinzu, „spukt es schon wieder". Bunsen schrieb das am 6. Juni, dem Tage des großen Kampfes in Paris. Was würde wohl in Deutschland und selbst in England erfolgt sein, wenn die Radicalen und Socialisten dort gesiegt hätten?

Einige Wochen später finden wir Bunsen in Berlin, wo doch die in der Sing-Akademie tagende constituirende Versammlung, ihre Tendenzen und die Zustände, die sich daran knüpften, ihn peinlich berührten. Auf wessen Antrieb er damals berufen ist, wird nicht ganz klar. Der König wenigstens sagt: auf seine Veranlassung sei es nicht geschehen. Er trat mit Bunsen aufs Neue in den gewohnten Verkehr, der jedoch nicht so innig und ununterbrochen sein konnte, wie

früher. Ueber eine und die andere vorliegende Frage verhandelten sie mit einander. Sehr merkwürdig ist, wie Bunsen die Stellung des Königs überhaupt auffaßt [1]).

„Ew. Majestät waren und sind noch zum Vermittler der alten und neuen Zeit berufen. Maß und Form bestimmt aber die göttliche Vorsehung. Das Vergangene gehört uns nicht mehr, das Zukünftige ist uns verborgen, an das Gegenwärtige sind wir Alle gewiesen, am meisten die Könige dieser Zeit, vor Allem Ew. Majestät.

Das Alte ist untergegangen, weil manchen Formen die Wirklichkeit fehlte, und mancher Wirklichkeit die Form, nach welcher sie naturgemäß strebte. Keine Thränen und Klagen bringen es zurück.

Eine Regierung muß sich in solchen Augenblicken der Krise an die Wirklichkeit halten. Wirklichkeit ist, wo politische Kraft lebt. Neuer Wein fordert neue Schläuche. Das Gute im Alten wird ausleben in neuer Form, weil das Gute in der göttlichen Weltordnung gegründet ist. Das halte ich für einen Theil des wahren fürstlichen Glaubens."

Eine für Bunsens Sinnesweise sehr bezeichnende Aeußerung, über deren allgemeine Gültigkeit man aber versucht ist mit ihm zu streiten. Denn danach sollte es scheinen, als ob sich die Gegenwart von der Vergangenheit ablösen ließe, von der sie ja doch jeden Augenblick als Bestandtheil zurückbleibt, und als ob die Verborgenheit der Zukunft verhindern könnte, an dem Realen der Gegenwart, das aus der Vergangenheit stammt, festzuhalten, während sie doch alle drei

1) Schreiben vom 11. August 1848.

nur ein einziges Ganze bilden, wie von Jahr zu Jahr, so von einer Epoche zur andern. Die Formel, die Bunsen zuweilen braucht, z. B. von der Monarchie Friedrichs II., sie sei verstorben und begraben, kann man unmöglich gelten lassen. Diese Monarchie lebte damals und lebt noch heute, nur nicht in jeder Zufälligkeit, aber in dem, was ihr Wesen ausmachte, namentlich in dem vorwiegend militärischen Charakter des Staates. Ewig ist allerdings Nichts auf Erden, und Alles hat seine Bedingungen. Aber indem die Umstände wechseln, mehr oder minder gewaltsam, wird doch das Lebensfähige sich behaupten. Zu der Vermittelung des Alten und des Neuen, zu dem Uebergang von einer Epoche auf die andere wird also das Festhalten an dem Wesentlichen gehören: denn nur dann kann eine Continuität zwischen dem Vergangenen, Gegenwärtigen und Nachfolgenden sich bilden. Doch genug der posthumen Widerrede.

Die Worte Bunsens waren ohne Zweifel darauf berechnet, den König vor aller Reaction zu warnen und ihn bei den zeitgemäßeren Bestrebungen, denen er Raum gegeben hatte, festzuhalten. Wenn Friedrich Wilhelm auf eine ruhige Entwickelung der Ideen und Formen des germanisch-christlichen Staates, zu der er demselben eine unbeschränkte Fähigkeit zutraute, gerechnet hatte: so war er durch die elementaren Bewegungen, die ihn bestürmten, genöthigt worden, andere Bahnen einzuschlagen. Er hatte den vereinigten Landtag, der seinen ursprünglichen Intentionen entsprach, fallen lassen und die Berufung einer neuen Versammlung auf breitester Grundlage zur Vereinbarung einer preußischen Verfassung bewilligen müssen. In derselben aber stellten sich nun alle die Elemente, die er principiell verabscheute, ihm gegenüber. Was einer momen-

tanen Erhebung der radicalen und republikanischen Tendenz, die von der Schweiz und Frankreich her unterstützt wurde, im westlichen Deutschland nicht gelungen war, schien sich hier vor seinen Augen vollziehen zu wollen. Die rothe Fahne wurde entfaltet und das Zeughaus gestürmt. Die Liberalen, die in dem vereinigten Landtage so energisch hervorgetreten waren, sahen sich so gut mit Vernichtung bedroht, wie die Anhänger der ständischen Verfassung und die Monarchie selbst.

In diesem Alles gefährdenden Conflict war es, daß Friedrich Wilhelm seine Antipathieen gegen Constitutionen überwand und den Entschluß faßte, ein constitutioneller König zu sein. Indem er das Bunsen mit Nachdruck sagte, fügte er hinzu, „aber nie werde er sein Haupt vor der Demokratie beugen" [1]), — ein Wort, in welchem die Wendung der preußischen Geschicke liegt. Denn darauf kam es nun an, ob die constitutionelle Richtung, die man ergriff, gleichsam eine Abkunft mit dem Liberalismus, dahin führen werde, das Selbst des Staates zu behaupten und die Elemente zurückzuweisen, die ihn zu vernichten drohten. Solche Zeiten müssen kommen: das historisch Gebildete muß seine innere Lebenskraft im allgemeinen Sturme bewähren, und selbst von dem neu Emporkommenden so viel in sich aufnehmen können, daß die Lebenskraft dadurch verstärkt wird, weit entfernt davon zerstört zu werden. Dadurch wird alle Umbildung bedingt sein.

Für den preußischen Staat war nun das die große Aufgabe, mit den Anforderungen der Zeit und den gährenden Elementen sich auseinanderzusetzen. Nicht durch Vermittelung aber konnte dies geschehen, sondern nur durch das Ergreifen

1) Gespräch des Königs mit Bunsen in: Leben Bunsens, deutsche Ausg. II. S. 458.

einer festen Stellung und entschiedenen Widerstand gegen das Vordringen von Kräften, welche die Destruction herbeigeführt haben würden. Auf diesen Kampf näher einzugehen, bietet der Briefwechsel mit Bunsen keine Veranlassung dar. Nur das eine und das andere darauf Bezügliche kommt darin vor, das der Erwähnung doch auch sehr würdig ist.

Der Prinz von Preußen war nach England gegangen. Von dem König findet sich ein Billet, worin des dortigen Aufenthaltes desselben gedacht wird:

„Theuerster Bunsen! — Ist mein lieber Wilhelm noch in England, so sorgen Sie **ja** dafür, **daß er seinen Weg über den** Haag nehme, wo er einen Courier mit Brief von mir finden wird, mit bestem Rath. — Sein mit allen Mächten abgemachtes General-Commando in Schleswig stößt in Berlin!!! auf Schwierigkeiten. Sollte man's für möglich halten!!!!!!

Potsdam, den 14. April 1848. F. W."

In einem Briefe, der sich mit diesem Billet kreuzte, giebt Bunsen dem König Nachricht, daß die Stellung des Prinzen in London vortrefflich sei.

„Er macht allenthalben den besten Eindruck durch seine edle Haltung und klare Verständlichkeit. Er selbst lernt viel durch die Gespräche mit den ersten Staatsmännern Englands und ihre Fragen, namentlich Peels, und er steht im Begriff, täglich Stunden zu nehmen bei einem gebildeten Engländer in Sprache, Literatur und Verfassung."

Für die Absicht, dem Prinzen ein Commando in Holstein zu geben, war Bunsen nicht, da es noch nicht zu einem dänischen Kriege zu kommen schien.

„Würden", sagt er, „Ew. Majestät königlicher und brüderlicher Gedanke nicht am besten ausgeführt, wenn der Prinz noch hier bliebe, ja hier bliebe, bis die volle Rehabilitation in Berlin stattfinden kann. Gott regiert ja noch die Welt, und Er wird den Ausgang finden."

Im Haag, bemerkt er, würde der Prinz wie ein Flüchtling erscheinen, in England falle er Niemandem zur Last, und könne die einmal gewonnene Stellung noch Wochen und Monate fortbehaupten vor England, wie vor Deutschland.

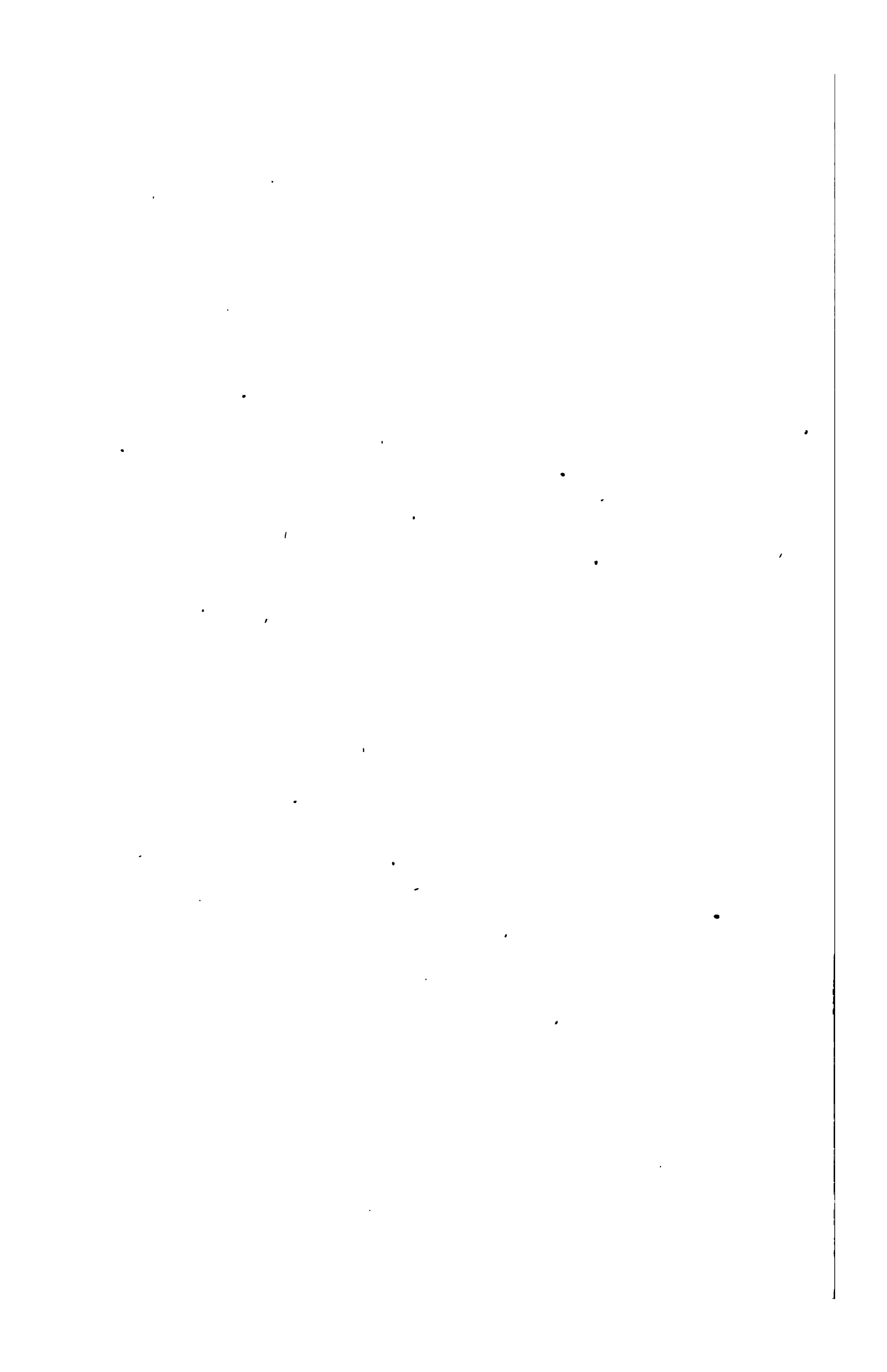
Noch ein anderes Schreiben des Königs (vom 30. Mai) finden wir, in welchem sich seine Lage spiegelt. Auf die wichtigste aller einem König von Preußen vorliegenden Fragen bezieht es sich, wenn er über das Verhältniß des Souveräns zum Kriegsminister, wie es in England gestaltet sei, Auskunft fordert: sei der Minister nur Verwalter der Geldangelegenheiten oder könne derselbe, oder könne das Gesammt-Ministerium überhaupt dem Oberbefehlshaber der Armee Befehle zugehen lassen: das heißt doch, inwiefern der Souverän oder das parlamentarische Ministerium, das ist, das Parlament die oberste Autorität in Angelegenheiten der Armee bilde. Unter Anderem fragt er, ob die Regierung aus der verweigerten Anstellung oder Absetzung eines Generals eine Cabinetsfrage machen könne.

Der König ging von der Idee aus, daß in England die wesentlichen Rechte des Fürstenthumes auch bei der parla-

mentarischen Verfassung gewahrt seien. Wenn er aber die unbedingte Autorität des Souveräns über die Armee im preußischen Sinne unter diesen Rechten begriffen hatte, so wurde er eines Anderen belehrt. Bunsen gab sich viel Mühe, um eine authentische Beantwortung der Fragen des Königs einsenden zu können. Prinz Albert und Wellington, der die Oberbefehlshaberstelle in der englischen Armee bekleidete, haben sich darüber geäußert. Wellington führte aus, daß er unbedingt auf ein gutes Verhältniß mit dem secretary of war angewiesen sei. Prinz Albert entwickelte: wie hoch auch immer die königliche Prärogative in Militärsachen angeschlagen werde, so gelte doch auch hier „das allgemeine constitutionelle Princip, daß der Souverän allein befiehlt; daß aber für jeden Befehlsact Jemand verantwortlich sein muß".

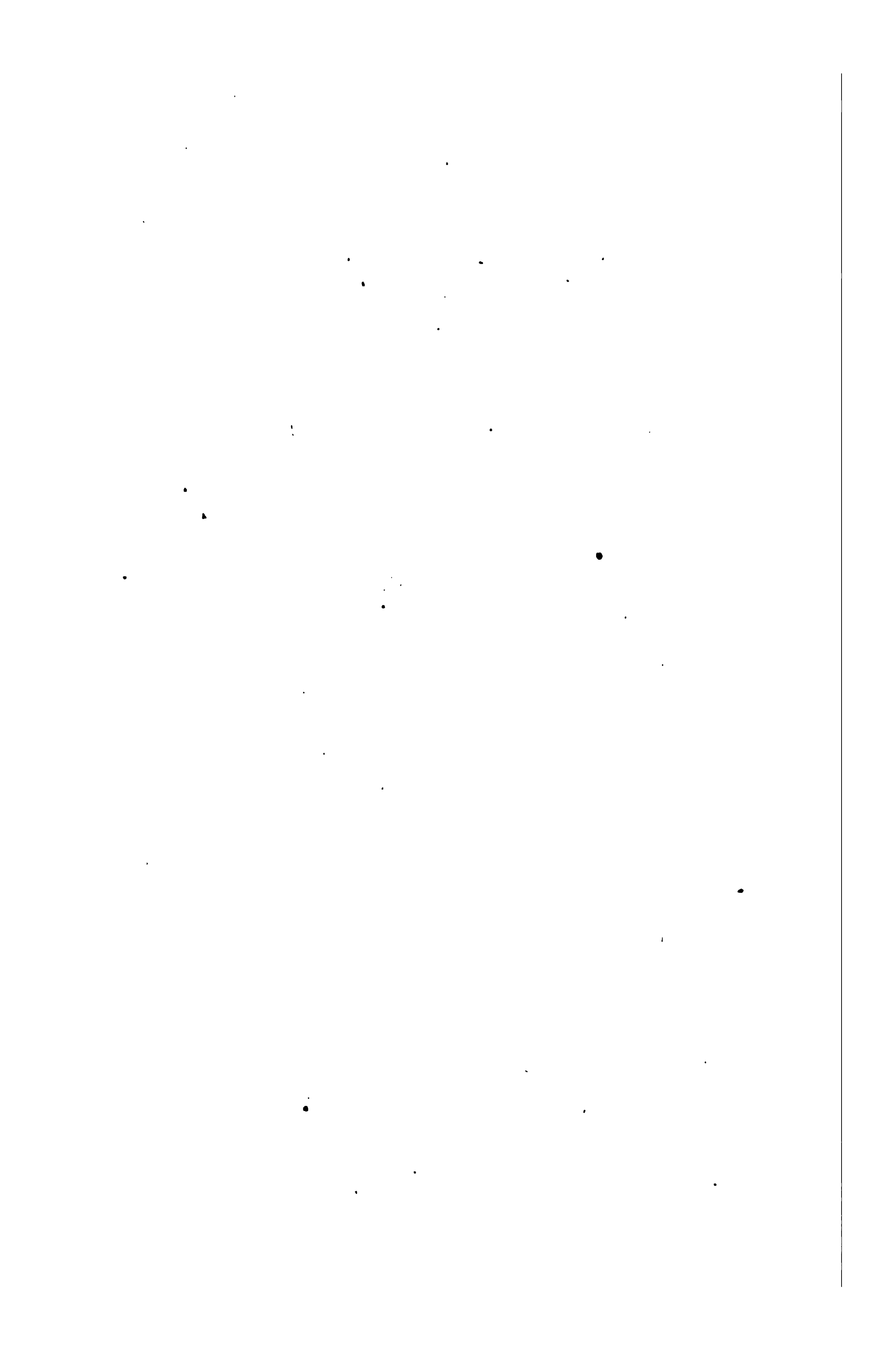
Man sieht, wie tief das Wesen des preußischen Staates von dieser Auskunft betroffen wurde. Für den seiner Natur nach militärischen Staat ist es eine der wichtigsten Fragen, inwiefern die Oberleitung der die Armee betreffenden Angelegenheiten von dem Parlament abhängig ist.

Friedrich Wilhelm IV. hat diesem Anspruch niemals nachgegeben.



VIII.

Reichsverfassung.



Die eigentlich preußischen Vorgänge werden von Bunsen nur soweit berührt, als seine Theilnahme für den König es forderte. Vom ersten Augenblick an beschäftigte er sich dagegen auf das eingehendste mit den deutschen Angelegenheiten. Sehr auffallend ist es doch, daß er am 19. März, ehe er noch von den in Berlin eingetretenen Ereignissen eine Ahnung haben konnte, sich des Wortes bedient: Preußen müsse im frei gewordenen Deutschland aufgehen, oder aber es werde untergehen. „Die dynastische Basis", sagt er, „in ihrer Unbedingtheit ist eine Unmöglichkeit geworden. Die nationale Basis allein bringt Heil, aber nur wenn sie als etwas Gutes und Edles, nicht als ein nothwendiges Uebel betrachtet wird." Das sei, fügt er hinzu, auch in England der Fall, und darum gehe es gut daselbst.

Bei den ersten Nachrichten von dem Geschehenen ist Bunsen betroffen, schreibt demselben aber keine besondere Bedeutung zu. Seine Aufmerksamkeit ist auf die deutsche Bewegung gerichtet, welche die größte sei seit Karl dem Großen. Den Fall Oesterreichs und Metternichs erwähnt er eher mit Befrie-

digung, denn dadurch werde die Schranke gehoben, welche Oesterreich von Deutschland trenne: der Vereinigung von 42 Millionen stehe jetzt nichts mehr entgegen. Der Versuch eines deutschen Parlamentes, wie man ihn eben mache, werde unfehlbar zu einem süddeutschen republikanischen Sonderbunde führen, wenn der König von Preußen sich nicht an die Spitze stelle.

Mit diesen Ideen steht es in Einklang, wenn der König bei jenem Umzug am 21. erklärte, daß er die Leitung Deutschlands in den Tagen der Gefahr übernehme, und daß Preußen fortan in Deutschland aufgehe, — Worte, die, in der stürmischen Aufregung des Momentes geäußert und nicht ganz identischen Sinnes, dennoch die große Aufgabe bezeichnen, welche die preußische Politik in Bezug auf Deutschland auf die eine oder die andere Weise zu lösen hatte. In Folge der Februarrevolution war die Unhaltbarkeit der deutschen Verfassungszustände zu Tage gekommen, sowohl den weitverbreiteten Sympathieen gegenüber, welche sie erweckte, als Angesichts der Gefahr, die man von dem Aufflammen der alten Eroberungsgelüste in Frankreich befürchtete. Wenn man sich nach einer Macht umsah, welche für den inneren und äußeren Schutz sorgen könne, so wandten sich Aller Augen auf Preußen, nicht jedoch ohne die Voraussetzung, daß es den populären Wünschen und Erwartungen auch in seinem eigenen Staatsleben Rechnung tragen werde. Was Bunsen andeutete, daß der König von Preußen an die Spitze von Deutschland treten solle, wurde von den verschiedensten Seiten unter mannigfaltigen Modificationen ausgesprochen. Die Märztage machten darin keinen wesentlichen Unterschied, da der König in Patenten und Reden eine entgegenkommende Gesinnung kundgegeben hatte. In

den oberdeutschen Gebieten, die einst vorzugsweise als das Reich bezeichnet worden waren, sah die große Mehrheit die Rettung Deutschlands in einer mit Preußen zu treffenden Vereinbarung.

Man darf diesen Moment trotz seiner Stürme und tumultuarischen Fluctuationen als einen der bedeutsamsten in der Geschichte dieses Staates betrachten. Obgleich dem Reiche immer verbunden, hat derselbe doch allezeit eine eigenartige, selbständige Richtung befolgt; unter allem Wechsel von Glück und Unglück, den er bestand, war er durch seine stetige Machtentwickelung so weit gekommen, daß das Reich, d. h. die nach dem Aufgeben der deutschen Krone von Seiten des Hauses Oesterreich auf sich selbst und den Bund angewiesenen Länder und Fürsten, ihre Erhaltung und Weiterbildung inmitten der Unruhen, von denen sie betroffen waren, sowie ihren Schutz gegen den äußeren Feind hauptsächlich von der Führung und dem Vorgange des Königs von Preußen erwarteten.

Der Augenblick mit seinen Schwankungen und Gefahren schien doch den Ehrgeiz des Königs von Preußen herauszufordern. In der engsten Verbindung der deutschen und preußischen Geschicke breitete sich eine neue Zukunft vor Friedrich Wilhelm aus. Man stellte ihm mit beredten und von historischer Einsicht eingegebenen Worten vor: dahin führe die ganze Geschichte seines Staates; er möge das Walten der göttlichen Vorsehung darin erkennen. In dem König schlug ein Herz für Deutschland; er leitete seine Gefühle selbst von seiner Mutter her, die er als die schmerzensreiche bezeichnete. Dennoch, als es so weit kam, wo er sich definitiv aussprechen sollte, hielt er an sich. Er faßte die allgemeine Lage

des Augenblicks unter umfassenderen Gesichtspunkten, als die meisten Anderen. Er fürchtete, in der Mitte zwischen dem revolutionären Frankreich und dem von einem unbedingt despotischen Willen geleiteten Rußland könne Deutschland in die größten Gefahren gerathen, wenn es sich in sich selbst entzweie und unfähig werde, die ihm gebührende centraleuropäische Position zu behaupten. Ueberdies war seine Seele mit den lebendigsten Anschauungen der alten glorreichen Vergangenheit erfüllt. Er hielt es für möglich, nicht allein das innere Deutschland neu zu gestalten, sondern auch die Würde des römischen Kaiserthums, welche immer als die erste der Welt gegolten hatte, wieder zu erneuern und zwar im Hause Oesterreich, welches, dadurch befriedigt, von weiteren Einmischungen in die eigentlich deutschen Angelegenheiten abstehen werde In seinen Gedanken mischen sich Reminiscenzen der Vorzeit mit dem Wunsche, dem Bedürfnisse des Augenblickes zu genügen. Sein Ehrgeiz wäre gewesen, diesem Kaiserthum als deutscher König zur Seite zu stehen. Es hätte ihn glücklich gemacht, in der alterthümlichen Form in der Bartholomäuskirche zu Frankfurt dazu erkoren zu werden, von den Königen als Kurfürsten im Conclave, von den Fürsten im Chor; mit Genehmigung des römischen Kaisers, unter Acclamation des hereinströmenden Volkes.

Auf eine ähnliche Weise an das Alte anknüpfend, dachte Friedrich Wilhelm sich auch den künftigen Reichstag. Ein Oberhaus, wie eh dem der Reichstag in verschiedene Collegien gegliedert, Könige, Großherzoge, Herzoge, Fürsten, nicht ohne die mediatisirten; das alte städtische Collegium würde sich in ein Unterhaus verwandeln, verstärkt durch die Reichsritterschaft mit Assessoren aus dem übrigen Adel auf der einen Seite und auf der andern durch Abgeordnete der Landgemeinden,

wie denn auch die städtischen selbst aus freien Wahlen hervorgehen sollten. Friedrich Wilhelm erscheint beinahe wie ein Baumeister, der ein verfallenes Schloß seinem ursprünglichen Charakter gemäß wieder herzustellen aber es zugleich brauchbar und wohnlich zu machen gedenkt. Wie sein Unterhaus den modernen Ideen einigermaßen entsprochen haben würde, so fügt er sich auch in die Forderung, die höchste Gewalt durch ein verantwortliches Ministerium zu beschränken; mit der Maßgabe jedoch, daß einem König, wie er ihn sich denkt, freiere Hand gelassen werden müsse. Auch seines protestantischen Ehrgeizes vergißt er hierbei nicht. Er will den deutschen König durch den Erzbischof von Magdeburg, den er zu schaffen im Sinne hatte, als Primas Germaniae krönen lassen[1]).

Ueberhaupt läßt sich, was er hier vom Reiche sagt, mit dem vergleichen, was er vor Jahren in Bezug auf die Kirche vorzuhaben schien. Es ist mehr Phantasie und Ideal als Programm, wiewohl doch darin zugleich eine dem Augenblick angehörige Absicht erkennbar ist.

Dahlmann, der damals als Vertrauensmann der preußischen Regierung in dem Rathe der Siebzehner mit dem künftigen Entwurf der Reichsverfassung beschäftigt war und daran festhielt, daß das künftige Oberhaupt den Titel Kaiser führen und erblich sein müsse, stellte dem Könige, der ihm seine Be-

1) Bemerkungen des Königs zu dem Entwurf des Prinzen Albert in einem Briefe an Dahlmann vom 24. April 1848, abgedruckt in der Schrift: Zum Verständniß der deutschen Frage (Stuttgart 1867) S. 29 und im Leben Dahlmanns von Springer II. S. 225. Wenn der König sich nicht nennt, so ist es doch außer Zweifel, daß er sich selbst im Auge hat.

merkungen hatte zugehen lassen, auf das Ehrerbietigste vor, wie viel sich gegen dieselben einwenden lasse. Er machte den König besonders auf zwei Punkte aufmerksam, einmal daß Oesterreich mit der ihm zugedachten äußeren Würde sich nicht begnügen, und sodann, daß ein gewählter König sich doch niemals fest genug fühlen werde, um nicht vor Allem seine Hausmacht im Auge zu behalten. Er schloß daraus, daß der künftige Kaiser — denn des Titels könne er nicht entbehren — zugleich erblich sein müsse: einleuchtende Argumente, die auch den König wirklich überzeugten. Aber die Folgerung, die er daraus zog, war eine ganz andere, als man erwartete; diese ging dahin, daß die erbliche Kaiserwürde auf Oesterreich übertragen werden müsse. Auch unter dieser Voraussetzung blieb Friedrich Wilhelm bei seinen Ansichten über den Reichstag, ungefähr wie er sie schon angegeben hatte, stehen. Er nahm das verantwortliche Ministerium im vollen Umfange an, mit der ironischen Bemerkung, bei einem solchen könne Kaiser Ferdinand ebenso gut regieren, wie Karl der Große. Die Frage entsteht, was er dann für Preußen in Anspruch nahm, ob er wirklich gesonnen war, sich einem erblichen Kaiser aus dem Hause Oesterreich ganz und gar zu unterwerfen? Davon war er doch weit entfernt. Der Vorschlag, den er in Bezug auf die Militärverfassung macht, hat vielmehr eine ganz entgegengesetzte Tragweite. Er will vierzehn Militärdistricte, die er Herzogthümer nennt, eingerichtet wissen, vier derselben aus den österreichischen, vier andere aus den preußischen Gebieten, die übrigen dergestalt eingerichtet, daß die kleineren Contingente in den herzoglichen verschwinden. Und da war der Gedanke Friedrich Wilhelms, daß, wie die österreichischen Herzogthümer dem Kaiser angewiesen, so die preußischen aus-

schließend dem Könige von Preußen unterworfen bleiben sollen: denn seiner Armee könne er nicht anmuthen, sich unter einem deutschen Reichsheere auflösen zu lassen: er dürfe das weder der Armee noch dem Volke vorschlagen. Mit dieser Unabhängigkeit aber war er noch nicht zufrieden, wie denn auch damit der beabsichtigten Reichseinheit und der vielfach geforderten preußischen Führung nicht entsprochen gewesen sein würde. Friedrich Wilhelm nahm vielmehr unter dem Vorbehalt, er werde daraus keine unerläßliche Bedingung machen, jedoch in sehr ausdrücklichen Worten, die Stellung eines Reichserzfeldherrn in Anspruch: sie sollte sich mit Ausnahme der österreichischen über alle Reichsherzogthümer erstrecken. Ueberträgt man die an die Historie anlautenden Ausdrücke in gewöhnliche Worte, so ist es die militärische Führung, welche Friedrich Wilhelm für alle deutschen Gebiete, mit Ausnahme der österreichischen, in Anspruch nimmt, und zwar erblich für Preußen[1]). Wohin aber hätte das führen können. Die Erblichkeit des Kaiserthums in dem Hause Oesterreich würde ein erblicher Erzfeldherr aus dem Hause Brandenburg nicht zu fürchten gehabt haben.

In diesem Gegensatz der beiden Mächte, der im ersten Augenblick erschien, lag bei weitem die größte Schwierigkeit der deutschen Frage: sie gab den Anlaß zu den idealen Entwürfen des Königs. Er war davon durchdrungen, daß Oesterreich nicht ausgeschlossen werden könne. Der Anerkennung dieser Macht in ihrer historischen Bedeutung wollte er eine ähnliche seines eigenen Staates zur Seite stellen. Der deutsche

1) Schreiben des Königs an Dahlmann vom 3. Mai 1848 bei Springer Bd. II. S. 242.

König und der Reichserzfeldherr sind wesentlich Eins und Dasselbe; nur fehlt es dem Letzteren an dem Schimmer und poetischen Glanz der höchsten Würde. Was Friedrich Wilhelm im Auge hat, ist eine über das gesammte außerösterreichische Deutschland sich erstreckende oberhauptliche Autorität Preußens. Nur erschien das Alles in Formen, an denen Reminiscenz und Phantasie so vielen Antheil haben, daß die Idee selbst unverständlich für die Mitlebenden blieb. In Oesterreich scheint man sie am besten gefaßt zu haben, ohne sie jedoch irgendwie zu billigen. In der übrigen Welt, vor allem in Berlin, sah man darin nur eine formelle Unterordnung unter Oesterreich, für welche das damalige Ministerium oder gar die constituirende Versammlung nimmermehr gewonnen werden konnte. Eingeengt zwischen den entgegengesetzten Ansprüchen der alten reichsoberhauptlichen Autorität von Oesterreich und der aufstrebenden Macht des eigenen Staates, hat der König wohl gesagt: er wolle sich auf seine Rolle als König von Preußen beschränken. Aber war das in der That seine Absicht, konnte sie es sein? Er hatte schon immer angedeutet, daß es Fälle gebe, in denen er die Führung der deutschen Angelegenheiten übernehmen könne; er wiederholte das auch jetzt unumwunden, wenn die von Metternich eingeleitete Politik Oesterreich auch ferner den deutschen Dingen entfremde, oder dies die deutsche Krone zurückweise, dann werde er sie annehmen: er werde es sogar für seine Pflicht halten, danach zu greifen. In seiner Seele hatte die preußisch-deutsche Idee doch immer die Oberhand über die Anerkennung des alten Vorranges von Oesterreich.

Fürs erste aber waren alle diese Discussionen sehr eventueller Natur: denn die Herstellung des Kaiserthums ließ sich

von den Fürsten, auf die sich der König allezeit bezog, überhaupt nicht, am wenigsten in der Form der Erblichkeit, erwarten. Er selbst rieth, die Frage noch zu vertagen. Dazu aber führte der Fortgang der Dinge in Frankfurt ohnehin. Ganz andere Elemente als diejenigen, mit denen der König rechnete, waren hier zu Ansehen und Bedeutung gekommen, obwohl in unaufhörlichem Kampfe mit einander. Gleichsam von selbst unter dem Brausen des allgemeinen Sturmes, ein Theil desselben — war der Gedanke eines deutschen Parlaments in's Leben getreten. Radicalismus und Liberalismus hatten dabei auf das eigenste zusammengewirkt. Denn aus ausgesprochenen Radicalen und unzweifelhaften Altliberalen bestand jenes Vorparlament, das ohne Autorisation, nur durch den Drang der Ereignisse veranlaßt, an dem Orte der Bundesversammlung zusammentrat und diese durch ihr erstes Erscheinen selbst dazu brachte, in die Berufung einer deutschen Nationalversammlung zu willigen. Als Grundlage derselben wurde das allgemeine Wahlrecht angenommen und in's Werk gesetzt. Bei der ersten Zusammenkunft der Versammlung, 18. Mai 1848, stellte es sich heraus, daß sie beide Elemente in sich enthielt. Es bildete die umfassendste Aussicht für die Umgestaltung aller deutschen Zustände, daß diese Versammlung, deren Befugnisse unbestimmt waren und nicht bestimmt werden konnten, die Anhänger der bisherigen Oppositionen verschiedenster Färbung zu diesem großen Beruf vereinigte. Zwischen ihnen aber stellte sich sogleich ein starker Widerstreit heraus, der nicht anders als durch Compromisse geschlichtet werden konnte. Denn wenn die Liberalen an Zahl die Stärkeren sein mochten, so waren doch auch die Radicalen sehr zahlreich und durch ihren Eifer von dem größten Einfluß auf die Verhandlungen.

In den grundlegenden Reden wurde die National-Souveränetät anerkannt; aber um diese Idee nicht im Sinne des Radicalismus zu einem allgemeinen Umsturz ausbeuten zu lassen, fügte man den beschränkenden Beschluß hinzu: die Staatsregierungen anzuerkennen und auf ihre Theilnahme Bezug zu nehmen. Wenn dann bei der Erörterung über die Wahl zu den verschiedenen Landesrepräsentationen und zu der allgemeinen Nationalversammlung die Meinung der Radicalen gewesen wäre, die ersten ganz verschwinden zu machen und nur eine einzige Versammlung mit dem constituirenden Rechte zu betrauen, so wurde das zwar beseitigt, aber nicht ohne die Erklärung, daß die Beschlüsse der Landesrepräsentationen nur nach Maßgabe dessen, was die allgemeine Versammlung vereinbare, zu verstehen, jene also dieser untergeordnet sein sollten.

Die nächste und allerwichtigste Angelegenheit nun war die Bildung einer provisorischen vollziehenden Gewalt. Die Radicalen wollten dieselbe aus der constituirenden Versammlung selbst aufsteigen lassen, wodurch man factisch zur Republik gelangt wäre. Die Liberalen hielten an den Analogieen des constitutionellen Systems fest; sie forderten für die zu bildende Gewalt eine Unabhängigkeit ihres Ursprungs nach den Grundsätzen parlamentarischer Regierungen. Die ersten wünschten einen Präsidenten aufzustellen, die anderen zogen den Titel Reichsverweser vor. Diese behielten hiebei die Oberhand; und sehr ernstlich ging man zu Rathe, wie nun durch die Regierungen das Reichsverweseramt zu bestellen sein werde: ob man eine Trias oder eine Monas einrichten wolle. Bunsen wäre, wie man aus seinen Briefen sieht, für die Abwechselung zwischen einem preußischen und einem österreichischen

Prinzen in dieser Würde gewesen. Auf den Antagonismus der beiden Hauptmächte oder auf ihre Ausgleichung kam es aber in diesem Augenblick nicht eigentlich an, sondern vielmehr darauf, ob der Gesammtheit der Fürsten und der Regierungen die Wahl des provisorischen Reichsverwesers zugestanden oder abgesprochen werden sollte. Die Frage hat eine allgemein constitutionelle Bedeutung; denn für die Bildung einer executiven Gewalt ist es der entscheidende Moment, ob dieselbe durch die legislative Versammlung geschieht, oder ob ihr eine, von dieser wesentlich unabhängige, aus dem Begriff des Fürstenthumes stammende Autorität zukommt. Das Erste entspricht dem Begriffe der Nationalsouveränetät an sich, aber es unterwirft zugleich die Regierung der legislativen Versammlung und regt die populären Leidenschaften an. In Bezug auf Deutschland war das insofern von doppeltem Gewicht, weil die Berathung der Fürsten über den Reichsverweser an alle bestehenden Zustände angeknüpft hätte; die Verwerfung derselben eine von ihnen gleichsam losgerissene Autorität constituirte [1]). Der Ausschuß, welcher die Frage berieth, war der Ansicht, daß man sich an das Gegebene halten und den Fürsten die Bestellung der Reichsverweserschaft überlassen solle. In dem Conflict der Parteien hielt es der Präsident der Versammlung, indem er die Tribüne bestieg, für rathsam, die andere Meinung zu ergreifen: wie er die Rechte der Versammlung überhaupt von dem Begriff der Volkssouveränetät herleitete, schrieb er ihr

---

1) In diesem Sinne bemerkte Carl Mathy: „Ich kann nicht sagen, daß wir zu Allem berechtigt sind, da uns doch der Kreis unserer Rechte vorgezeichnet ist, und da außer uns in Deutschland noch Staaten bestehen, welche auch ihre Rechtssphäre haben."

auch die Befugniß zu, die provisorische Centralgewalt zu schaffen. Er verfuhr dabei jedoch nicht ohne Umsicht: denn die Persönlichkeit, auf welche er die Blicke richtete, gehörte dem Hause Oesterreich an, welches früher das Kaiserthum von Generation zu Generation verwaltet hatte. Es ließ sich voraussetzen, daß dem keine Regierung widersprechen würde, auch nicht die preußische. Der Erwählte sollte dann der persönlichen Unverantwortlichkeit gesichert sein; aber ein der Versammlung verantwortliches Ministerium sollte ihm zur Seite stehen. Das constitutionelle Princip wurde dadurch gewahrt, nicht jedoch, wie es in England und selbst in der französischen Constitution von 1791, der dann so viele andere gefolgt sind, ausgesprochen war, sondern mehr in dem Sinne der Julitage und der neueren Constitutionen, die an diese anknüpften. Auf diese Weise meinte man die radicalen Tendenzen, indem man sie befriedigte, im Zaum zu halten und zugleich die republikanischen Impulse zurückzudrängen. Es erschien als ein Compromiß nach den entgegengesetzten Seiten hin. Aber unleugbar ist doch, daß der Begriff der Nationalsouveränetät dadurch sanctionirt und der Versammlung, welche dieselbe repräsentirte, da ihr die Minister verantwortlich sein sollten, eine selbständige Stellung mit neuen und weitaussehenden Ansprüchen verliehen wurde. Der Beschluß imponirte durch die Kühnheit und Energie, mit der er gefaßt und durchgeführt wurde. Der erwählte Reichsverweser, Erzherzog Johann, nahm die Wahl an; die noch immer tagende Bundesversammlung übertrug ihm ihre verfassungsmäßigen Befugnisse und trat vor ihm zurück. Aber welch ein Unterschied war zwischen dieser, die eben nur auf dem Begriff eines Staatenbundes beruhte, und der Reichsverweserschaft, welche zur Vorbereitung einer definitiven

Einheit bestimmt war und sich hauptsächlich auf die Doctrin von der Nationalsouveränetät stützte. Der Reichsverweser ernannte Minister für die einzelnen Zweige der Verwaltung und Gesandte an den auswärtigen Höfen. Plötzlich sah man in Deutschland eine Centralgewalt erscheinen, freilich nur provisorisch, aber auf das Princip, welches allenthalben in Europa Geltung gewann, gegründet, allen Beirath verschmähend; und isolirt, wenigstens nach dem Anschein mit einer großen Bestimmung für die Gegenwart und Zukunft. Als es soweit gekommen war, trat nun die für die Wirksamkeit der neuen Institution bedeutendste Frage hervor: welches konnte und sollte das Verhältniß der Centralgewalt zu den einzelnen Landesregierungen sein?

Gleichsam als ob es dem Reichsministerium darauf ankomme, die Sache mit Einem Schlage zur Entscheidung zu bringen, griff es bei dem wesentlichsten Moment der öffentlichen Gewalt in das Machtgebiet der einzelnen Staaten ein; es ordnete an, daß die sämmtlichen deutschen Truppen dem Reichsverweser huldigen und die deutschen Farben tragen sollten. Die Verfügung rief in den meisten Staaten Erstaunen, Unmuth und Widerstreben hervor; wieviel mehr aber als allenthalben sonst mußte das in Preußen, dessen Ansehen auf seiner Militärmacht beruht, der Fall sein. Die Errichtung der Reichsverweserschaft hatte in Berlin selbst bei der constituirenden Nationalversammlung, weil sie ohne Rücksprache mit ihr vollzogen worden war, Widerspruch erweckt; sie fürchtete beinahe, dadurch mediatisirt zu werden. Was aber mußte bei dem Huldigungsdecret das Heer, das Volk und vor Allem der König selbst empfinden! Er war stolz auf das Heer — wie er sagt, das erste der Welt, die Schöpfung seines Hauses —

und hatte erklärt, es in ein Reichsheer, selbst unter römisch-kaiserlicher Majestät, nicht aufgehen lassen zu wollen. Jetzt muthete man ihm an, es der so eben entstehenden, auf dem Begriff der Nationalsouveränetät beruhenden Reichsverweserschaft zu überlassen. Entrüstet hierüber sagte er Bunsen, der damals in Berlin war, er werde sich einem provisorischen Reichsministerium niemals unterwerfen. Bunsen selbst, der hiebei seine Ansichten modificirte, sprach seine Mißbilligung darüber aus, daß man das organisch Gewachsene, welches den Hort gegen die Pöbelherrschaft bilde, zu zerstören den Anlauf nehme, indem man es einem Fremden unterordne. Allgemeine Indignation erregte es, daß die preußischen Truppen einem Erzherzoge aus einem Hause, im Kampfe gegen welches sie ihren Ruhm begründet hatten, huldigen sollten. Der zur Huldigung bestimmte Tag ging vorüber, ohne daß man sie leistete. Wenn die Truppen die deutschen Cocarden trugen, so beruhte das auf einer Anordnung, die schon in den Märztagen erlassen worden war, jedoch auch damals nicht ohne Wahrung des Vorzugs der preußischen Abzeichen. Zu einem offenen Mißverständniß aber ist es hierüber nicht gekommen.

Bei dem Domfeste in Cöln im August 1848 traf der König mit dem Erzherzoge, dem Präsidenten und einer Deputation des Frankfurter Parlamentes zusammen, wobei, von Außen angesehen, Bezeugungen gegenseitigen Wohlwollens und allgemeinen Einverständnisses vorwalteten. Dabei ließen sich doch auch entgegengesetzte Regungen und starke Differenzen bemerken. Selbst bei den Festlichkeiten eines großen Gastmahles, welches der König im Gürzenich gab, kam das zu Tage. Wer neben dem König, außer dem Erzherzoge, den Sitz einnehmen sollte, der als der vornehmste erschien, wurde ein Gegenstand

ernstlicher Verhandlung. Der Präsident des Parlamentes verlangte denselben: zwischen ihm, dem Repräsentanten der Nationalsouveränetät, und dem Reichsverweser sollte der König gleichsam eingeschlossen sein. Der König ließ sich das nicht abgewinnen: den Erzherzog betrachtete er als seinen Gast; aber auch sein Oheim, Prinz Wilhelm, und sein Bruder, Prinz Carl, waren zugegen. Der König war entfernt davon, dem Präsidenten der Versammlung den Rang vor den Prinzen seines Hauses zu geben. Prinz Wilhelm saß bei Tafel neben ihm. Und sehr ausdrücklich brachte der König den Abgeordneten in eindringenden Worten in Erinnerung, daß es noch Fürsten in Deutschland gebe, und er einer von denselben sei. In jenem Huldigungsdecret sah er eine Usurpation unzweifelhafter Rechte des deutschen Fürstenthums. Man trug sich damals viel mit dem Gedanken, den König dadurch für Frankfurt zu gewinnen, daß man das Heerwesen und die diplomatische Vertretung in seine Hände gäbe. Auch Bunsens Meinungen und Wünsche gingen dahin. Obwohl er sich nicht verbarg, daß der Vorschlag schwerlich bei den Reichsministern durchzuführen sei, denen er selbst einen Souveränetätsschwindel beimißt, so hat er doch die Gelegenheit, die sich ihm noch einmal darbot, ergriffen, dem König den Vorschlag nahe zu legen. Friedrich Wilhelm antwortete, daß er hierauf nicht eingehen könne, wenn der Antrag nicht von den Fürsten komme. In welcher Form? fragte Bunsen: ob einzeln oder collectiv. Der König legte keinen Werth auf die Form, aber darauf bestand er, daß es geschehe, denn er könne — so sind seine Worte — eine Usurpation, gegen die er protestire, soweit

Preußen betheiligt sei, nicht gutheißen, da sie gegen die Anderen laufe [1]).

Man konnte den Gegensatz der obwaltenden Directionen im Großen wie im Kleinen wahrnehmen. Wo der König die deutschen und die preußischen Farben neben einander erblickte, wendete er seine Augen mit Vorliebe den letzteren zu. Wie man ihm jetzt anmuthete, so hatte er weder das Aufgehen in Deutschland, noch auch die Leitung der deutschen Angelegenheiten, von welcher früher die Rede war, verstanden.

Es dauerte nicht lange, so trat der Zwiespalt in einer großen Angelegenheit weiter hervor. Es war die nationale Controverse Deutschlands mit Dänemark, die hiezu den Anlaß gab. Denn indem die Dänen den Versuch machten, angesichts einer bevorstehenden dynastischen Trennung von Holstein Schleswig, das mit Deutschland seit Jahrhunderten auf das engste verbunden war, ganz auf die dänische Seite zu ziehen und dem dänischen Verfassungsstaate einzuverleiben, faßte man in Deutschland die entgegengesetzte Absicht, die Verbindung Schleswigs mit Holstein aufrecht zu erhalten und die beiden Länder aufs engste mit Deutschland zu vereinigen. Hierüber war ein Krieg ausgebrochen, den Preußen im Namen von Deutschland im Sinne des deutschen Interesses in einem Augenblicke unternahm, wo die beiden Richtungen ganz in einander aufgehen zu müssen schienen. Darin lag nun nicht gerade, daß es den Krieg ausschließend auf seine eigenen Kosten führen wolle, wie das doch geschehen mußte. Die Waffenerfolge waren im Ganzen zufriedenstellend, doch nicht entscheidend. Am schwersten empfanden die nordöstlichen Provinzen Preußens die

1) Bericht Bunsens an Stockmar in: Leben Bunsens II. S. 471.

Rückwirkung des dänischen Krieges in ihrem Handel und an ihren Küsten, überdieß aber, es stand noch sehr dahin, auf welche Seite sich die großen benachbarten Mächte, England und Rußland, schlagen würden. Unter diesen Umständen fühlte sich Friedrich Wilhelm IV. bewogen, gegen Ende August den Waffenstillstand zu Malmö einzugehen, der die Fortsetzung des Krieges auf sieben Monate vertagte, ohne den deutschen Ansprüchen etwas zu vergeben. Mit großer Ungunst ward der Stillstand in Dänemark aufgenommen; eine nicht geringere erweckte er in der Frankfurter Versammlung. Besonders fühlten sich alle Die gekränkt, die persönlich mit Holstein in näherem Zusammenhang standen. Dahlmann, der in der Geschichte und der Politik der cimbrischen Halbinsel lebte und webte, ein Mann, in welchem sittlicher Adel und theoretische Kälte sich doch mit tiefer innerer Leidenschaft für die Sache, die er einmal ergriffen hatte, verband, nahm das Wort dagegen. Im Widerspruch mit dem Reichsministerium setzte er den Beschluß durch, daß die zur Ausführung des Stillstandes zu treffenden Maßregeln sistirt werden sollten, was einer Verwerfung desselben gleich kam. Das hatte nun aber Folgen, die er schwerlich voraussah. Das Reichsministerium dankte ab. Dahlmann wurde es unmöglich, ein anderes zu bilden, und das frühere mußte die Geschäfte einstweilen wieder übernehmen. Die Majorität entzweite sich in sich selbst; mit der großen norddeutschen Macht, deren Unterstützung in dieser, sowie in jeder anderen Sache unentbehrlich war, zerfiel man; und vor Allem jene radicale Minderheit, welche die Republik einzuführen dachte, faßte den Muth, ihre Absicht auf eine oder die andere Weise durchzuführen. In Besorgniß hierüber nahm die Versammlung ihren früheren Beschluß zurück und

gab die Beanstandung des Stillstandes auf. Allein es geschah unter heftigen Schwankungen der Meinungen, mit geringer Mehrheit und insofern unvollständig, als der Vorschlag, der auf die Schlichtung der Streitigkeiten mit Preußen zielte, auch jetzt noch verworfen wurde. Daß es aber dennoch geschah, setzte die Radicalen in die heftigste Aufregung. Schon in den Debatten war das Wort ausgesprochen worden, daß ein „Convent", wie der französische im Jahre 1793, dazu gehören würde, um Deutschland groß und einig zu machen; und auf der Stelle schritt man nunmehr dazu, die Durchführung dieser Absicht vorzubereiten. Am 16. September war jener Beschluß gefaßt worden. Am 18. brach der Aufruhr in und um Frankfurt aus; man machte einen Anlauf, die Versammlung auseinander zu sprengen und eine provisorische Regierung im Sinne der Minderheit einzusetzen. Nur durch die noch zur rechten Zeit aus Mainz herbeigekommenen Truppen, vornehmlich durch die preußischen Bajonnette, wurde die Versammlung gerettet. Das zweite Bataillon des 38. Infanterieregiments stürmte die stärkste der aufgerichteten Barrikaden. Die frühere Ordnung der Dinge trat wieder ein; auch das alte Ministerium wurde hierauf definitiv hergestellt.

Nicht so sehr der zuletzt doch sehr erwünschte Ausgang des Ereignisses, als dieses selbst und der gräuelhafte Frevel, mit dem es verbunden war, wirkten auf König Friedrich Wilhelm ein. Er wurde dadurch in seiner allgemeinen Auffassung der Bewegungen der Zeit über allen Zweifel hinaus bestärkt. Er versprach sich eine große Rückwirkung auf die öffentliche Meinung in der Nation davon, wenn der Zustand, wie er sei, derselben vorgestellt werde. Dies auszuführen,

hielt er Niemand für fähiger, als Bunsen, der soeben damit beschäftigt war, seiner ersten Denkschrift an das Parlament in Frankfurt eine zweite folgen zu lassen. Auf die Meldung von diesem Vorhaben spricht ihm der König in einem Schreiben vom 21. September (1848) die Erwartung aus, daß das neue Sendschreiben weniger zu Mißverständnissen Anlaß geben werde, als das erste; er sei sehr ungeduldig darauf, doch müsse er wünschen, daß Bunsen es noch nicht vollendet haben möge, ehe er die Nachrichten von den letzten Gräueln der Frankfurter Schlacht erhalten habe.

„Dies ist eines von den Wettern, bei dessen Blitzen man die Wahrheit der Situation weit besser begreift, als bei hellem Sonnenschein des teutschen Tages, über dessen Fahlheit ich Sie hier oft habe seufzen hören. . . . . Halten Sie dem Dinge in Frankfurt die Fackel vor's Antlitz und schaudern Sie nicht zusammen vor dem beleuchteten cadaverosen Anblick. Reden Sie aber also, daß Ihre Leser bei der beleuchteten Verwesung zusammenschaudern. — Um so etwas zu enthüllen, bedarf es eines starken Armes, eines reich begabten Kopfes, und die sind Ihre. Ich glaube ein großes Wort gesprochen zu haben, denn meine Absicht ist unverholen, einem selten ausgestatteten Manne den Beruf gezeigt zu haben, den der Alte Gott, der durch die Propheten sprach, den also Privilegirten mit einer furchtbaren Verantwortlichkeit aufgelegt hat. — Zeigen Sie der Welt, schreien Sie's Teutschland in die Ohren, daß Alle gleichmäßig eine längst gerichtete Sünde hegen, die Sünde der Treulosigkeit, der Eidbrüchigkeit, der allerunteutschesten Unteutschheit — dann können Sie heuer nicht Reichsminister werden, wohl aber dermaleinst;

und zwar einer wie es vor Ihnen und nach Ihnen keinen zweiten geben wird. Ich schreibe das in warmem Strome der Gefühle und bin mir doch klar selbst bewußt, daß das, was ich sage, eiskalte und gewisse Wahrheit sei."

In diesem Augenblick waren auch die eigenen preußischen Zustände in eine ernste Krisis getreten. Die Nationalversammlung in Berlin war zu einem Beschluß geschritten, der dahin zielte, den Geist der Armee dem constitutionell-demokratischen Princip zu unterwerfen, — sie berührte damit den empfindlichsten Punkt des preußischen Staatswesens. Friedrich Wilhelm wollte die Armee so wenig der in Berlin tagenden Versammlung, als dem Erzherzoge in Frankfurt unterwerfen lassen. Es war zugleich ein Akt der Entrüstung und des dynastischen Pflichtgefühles, wenn er sich entschloß, ein neues Ministerium der Versammlung gegenüberzustellen, von dem er erwartete, es werde ihn und die Krone mit entschiedenem Nachdruck vertreten. Er that es in dem Bewußtsein der Gefahr, die in dem Widerstande gegen die übermächtigen populären Gewalten für ihn und die Sache ohne Zweifel lag. Sein Muth stärkte sich an seinen religiösen Ueberzeugungen [1]).

„Wir stehen hier auf der Grenzscheide von Leben und Tod. Wolle der HErr in Gnaden, „der Fürst des Lebens", für das Leben entscheiden. Beten Sie für uns in diesen entscheidenden Tagen, theuerster, lieber Bunsen — wenn der „Standpunkt Schleiermachers" es Ihnen gestattet, für so Etwas zu beten. Ich denke aber und will es zuversichtlich annehmen, daß die

1) Schreiben vom 21. September 1848.

große „entsetzliche Noth", die „betenlehrende", bei Ihnen das „Johanneische" Dreykönigslicht des vortrefflichen Schleiermacher in den hellen und gewissen „Aufgang aus der Höhe" verklären und Sie zum Gebete reitzen, treiben, stoßen wird.

Das wünscht Ihr wärmster, wahrster und treuester Freund F. W."

Für einen Andern war es wohl kaum möglich, die Anschauungen und Gefühle des Königs, die immer aus dem besonderen Conflict zu den allgemeinsten und höchsten Beziehungen aufsteigen, zu theilen. Auch Bunsen wäre nicht fähig gewesen, die prophetische Mission zu übernehmen, die ihm der König zudachte. Wäre er es gewesen, so hätte es der Aufforderung des Königs dazu nicht bedurft. Aber dieser selbst fühlte ja, daß der Freund in dem Alles entscheidenden Hauptmomente, der Religion, nicht mehr vollkommen mit ihm übereinstimme, wie die ironische Apostrophe über den Standpunkt Schleiermachers andeutet. Die in Frankfurt begangenen Gräuel verabscheute Bunsen so gut, wie irgend ein Anderer. Aber den Gegensatz des Radicalismus gegen die Zustände in Kirche und Staat hielt er nicht für so gefährlich, wie der König, dem römischen Stuhle gegenüber sogar für nützlich: in Bezug auf die gefährliche Lage in Berlin dagegen schloß er sich den Ansichten des Königs vollkommen an, — er bittet ihn, ja nicht zu zweifeln, daß er inbrünstig für ihn bete.

In diesen Tagen hat Friedrich Wilhelm den Gedanken gehabt, dem Parlamente in Frankfurt dadurch näher zu treten, daß er eines der angesehensten Mitglieder desselben in das Ministerium ziehe, mit dessen Bildung er eben umging. Es war Hermann von Beckerath, der sich in Crefeld ein an-

gesehenes Bankhaus zu gründen gewußt hatte, mit dieser Thätigkeit aber tiefere religiöse Gesinnung verband; er war von den liberalen Tendenzen der Zeit durchdrungen, fühlte sich aber dabei als guter Preuße. Durch seine persönlichen Eigenschaften hatte er das Vertrauen des Königs in hohem Grade gewonnen. Beckerath erschien in Sanssouci mit einem sehr umfassenden Programm, an dessen Annahme er seinen Eintritt in das Ministerium knüpfte. Der König sollte versprechen, die Rechtsgültigkeit der von der Frankfurter Nationalversammlung festzusetzenden Verfassung mit gewissen Beschränkungen anzuerkennen, die Beschlüsse derselben überhaupt in Berlin als Gesetze verkünden zu lassen, wogegen dann über die Dynastie, aus welcher das Reichsoberhaupt zu nehmen sei, mit ihm Vereinbarung getroffen werden solle. Schon hiedurch wäre der König von der einmal ergriffenen Stellung hinweggedrängt worden. Aber überdies wurde eine bindende Habeas-Corpus-Acte, die Abschaffung der Todesstrafe und eine sehr durchgreifende Reform des Heerwesens verlangt: kürzere Dienstzeit, Modification des Avancements und was dem mehr ist. Die Armee sollte zur Achtung des Geistes politischer Fortentwickelung angewiesen, für die in Posen begangenen Verbrechen sollte Amnestie bewilligt werden. Man erkennt, wie weit die Gedankenkreise von Berlin und Frankfurt auseinandergingen. Eine Vereinigung des einen mit dem anderen war unmöglich. So leid es dem König that, — seine Antwort auf diese Vorschläge athmet die ganze Wärme seines Herzens[1]), — so war er doch nicht im Stande, darauf einzugehen. Auch Beckerath empfand es schmerzlich, daß seine

1) Der Brief des Königs ist von Oncken in der Cölner Zeitung vom 6. Januar 1873 publicirt.

Vorschläge verworfen wurden. Der König entließ ihn auf das huldvollste.

In Frankfurt gerieth, nachdem die Ruhe wieder hergestellt war, die radicale Minderheit in Nachtheil gegen die liberale Majorität, die sich wieder zusammennahm und als Vorfechterin der gesetzlichen Ordnung erschien. Zugleich wurde man inne, daß der Gesammtzustand, in welchem man sich befand, unhaltbar sei, und drängte nach einer definitiven Verfassung. Obwohl entfernt, war doch auch Bunsen lebhaft damit beschäftigt; sein Gedanke war damals, das ganze Gebiet der Nation in Herzogthümer, deren zwölf sein sollten, zu theilen: aus denen sollte ein Reichsrath hervorgehen, in geringer Zahl der Mitglieder erkoren; dem Reichsrathe sollte sich ein Staatsrath beigesellen, der, zur Hälfte aus den Ständen des Gebietes und zur Hälfte von den Regierungen gesetzt, das provinziale Element vertreten werde. Der König, in dem die Idee der Herzogthümer, freilich unter anderen Beziehungen, entsprungen war, ging lebhaft auf den Vorschlag ein; er blieb nur bei seinem eigenen Gedanken stehen, daß deren vierzehn sein sollten. Er wünscht nichts mehr, als daß der Zeitpunkt kommen möge, wo er darüber mit Bunsen streiten könne. Die Erörterung wird schriftlich zwischen ihnen geführt.

„Wir leben", sagt Bunsen, „in einer Zeit des Guerilla-Krieges, wir, die treue und tüchtige Diener unseres gnädigsten Königs und Herrn sind: jeder steht an seiner Stelle, wie die Gelegenheit sich darbietet, immer die Augen zum theueren Herrscher gerichtet und seinem Urtheil uns unterwerfend, aber sonst ganz auf eigenem Fuß und mit den Mitteln, welche wir haben.

— — Die Herzogthümer habe ich von Ihnen gestohlen, wenn das stehlen heißt, des Feldherrn Schießvorrath zu gebrauchen. Ew. Majestät gehen in der Ausführung von einer definitiven idealen Einrichtung aus, ich von einer bloßen Benutzung der Wirklichkeit. — — — Kommen wir erst zu einer neuen definitiven Reichs-Eintheilung, so werde ich mir erlauben, Ew. Majestät daran zu erinnern, daß in 1848 und 1850 eine Einrichtung der Gegenwart empfohlen und eingepflanzt werden muß, nicht parceque, sondern malgré in Beziehung auf das Mittelalter. Namentlich haben sich Ew. Majestät zu hüten, nicht als ein Alterthums-Künstler angesehen zu werden, statt als König und Gesetzgeber des Jahres 1848 oder 1850 aufzutreten und die Sprache des Jahrhunderts zu sprechen. Was uns Beiden in Beziehung auf die Vorzeit im Herzen lebt, muß eben die Schatzkammer sein, aus welcher wir das Gold holen; allein ausprägen müssen wir es für den Umlauf nach Zeit und Sitte. Auch kann das wohl geschehen, ohne daß man es macht, wie, nach Göthe, Bahrdt mit dem Evangelium.

„Und mischt ein tücht'ges Kupfer drein" u. s. w. Dergleichen Zusatz findet sich auch und die schwere Menge im Mittelalter, und den muß man eben ausscheiden, wenn auch dabei schönes Gepräge (und der Prägschatz) in die Brüche geht. Die alten Schlacken müssen heraus und die Münzfirma der „historischen Schule" muß aufgegeben werden, denn sie ist dem neuen Geschlechte (mit welchem man zu thun hat) nur als Metternich und Comp. bekannt."

Doch wohl mit Beziehung auf die obenerwähnten, an das alte Reich anknüpfenden Entwürfe des Königs, ließ sich Bunsen

angelegen sein, die Reminiscenzen aus dem deutschen Mittelalter zu bekämpfen; in der Sache selbst bekannte er aber, daß einige Bestimmungen des Königs historisch besser begründet seien, als die seinen; er gab endlich vier Reichskreise für Oesterreich nach; doch müsse dann auch die adriatische Flotte und Pola zum Reiche gehören.

In der Lebensbeschreibung ist viel von einer ausführlichen Arbeit Bunsens über die deutsche Geschichte die Rede, die nahezu vollendet worden zu sein scheint. Der Grundgedanke derselben war seine Idee von Provinzialismus und Föderalismus, — denn er meinte, nur danach habe man in allen Jahrhunderten in Deutschland gestrebt, einen Bundesstaat hervorzubringen: er urtheilt, daß diese Form selbst vollkommener sei, als die eines Einheitsstaates. Eben darauf zielten nun auch seine damaligen Entwürfe; aber so wohl sie auch gemeint sein mochten, so konnten sie doch so wenig als andere, die in ähnlichem Sinne aufgestellt wurden, zum Ziele führen, so lange die realen Zustände ihnen nicht entsprachen. In denen aber traten noch immer wachsende Hindernisse hervor. Für die Neubildung Deutschlands gab es keine größere Schwierigkeit, als das Verhältniß zu Oesterreich, schon dann, wenn nur von einem Staatenbunde, der über den Bundestag hinausging, wieviel mehr aber, wenn von Errichtung eines Bundesstaates die Rede war. Nun aber entwickelten sich beide Theile in Richtungen, die, an sich homogen, doch in dem Punkt, auf den es ankam, einander entgegenliefen. In Frankfurt gewann die Idee der deutschen Einheit immermehr Grund und Boden. In Oesterreich strebte man mehr als je nach einer in sich selbst gegliederten Concentration des eigenen Staatswesens. Wollte man mit einem Worte bezeichnen, was

damals in Oesterreich vorging, so bestand es in dem Versuch, die einheitliche Entwickelung eines Gesammtstaates, an welcher Joseph II. mit den Mitteln der absoluten Monarchie gescheitert war, jetzt auf constitutionellem Wege herbeizuführen. Man sah sich in der Nothwendigkeit, den liberalen Tendenzen des Jahrhunderts endlich einmal gerecht zu werden. Und wie sich nun in diesem Sinne die verschiedenen Nationalitäten erhoben, die Alles zu zersetzen drohten, so faßte man den Gedanken, durch eine constitutionelle Verfassung sie nicht allein zu befriedigen, sondern sie zugleich enger als je zu vereinigen und dadurch die Machtfülle des Staates, statt sie zu schwächen, vielmehr zu verstärken. Da trat nun aber die Frage ein, inwiefern Oesterreich, in diesem Vorhaben begriffen, zugleich an der Neugestaltung von Deutschland überhaupt Theil nehmen könne. Es war schon für Preußen, in welchem doch die fremden Elemente nur einen sehr untergeordneten Bestandtheil ausmachten, nicht eben leicht, für Oesterreich, zu dem so viele andere Nationen gehörten, beinahe unmöglich. In den beiden Staaten kam soeben die legitime Gewalt wieder zu Ansehen: in Preußen sehr allmälig durch eine innere Umwandelung der Gesinnung, welche die radicalen Elemente ausstieß, in Oesterreich durch Krieg, Belagerung, Waffen überhaupt. Das Ministerium, welches dann in Oesterreich eintrat, machte den in Kremsier tagenden Ständen die Eröffnung, daß es vor Allem an der Herstellung der inneren Einheit und Kraft von Oesterreich arbeiten wolle, um es zu verjüngen. Die österreichischen Minister wußten recht wohl, welche Tragweite diese Erklärung habe. In Frankfurt war man bei Berathung der deutschen Verfassung zu dem Beschluß gekommen, daß kein deutscher Staat mit einem fremden in einem

anderen Verhältniß, als in dem der Personal-Union stehen dürfe. Das Programm des österreichischen Ministeriums konnte als die Antwort darauf gelten; denn es drang auf die innigste Vereinigung der verschiedenartigsten Elemente, des deutschen so gut wie aller anderen, im österreichischen Gesammtstaat, — ein directer Widerspruch gegen die Idee einer Personal-Union. War es nicht einleuchtend, daß alle Festsetzungen, zu denen man sich in Frankfurt vereinigen würde, nur unter dem Vorbehalt in Oesterreich angenommen werden könnten, insofern sie der Verfassung desselben adäquat ausfielen, was doch unmöglich war. Im Grunde der alte Standpunkt der österreichischen Macht, welche das Reich beherrschen und doch von demselben eximirt sein wollte. Dabei konnte es jedoch sein Verbleiben nicht länger haben; man stellte in Aussicht, daß das verjüngte Oesterreich mit dem verjüngten Deutschland, wenn sie zu festen Formen gelangt seien, in ein neues Verhältniß treten werde. Man sagte nicht etwa, daß man von Deutschland ausscheiden wolle; aber man drückte sich doch so aus, daß es Deutschland freigestellt wurde, seine innere Verfassung, den engeren Bund selbständig auszubilden. Oesterreich konnte einem Deutschland nicht angehören wollen, von dem es sich Gesetze hätte vorschreiben lassen müssen: der Mittelpunkt seiner Politik würde dadurch ein anderer geworden sein. Unter mancherlei Schwankungen wählte es die Auskunft, mit Deutschland verbunden zu bleiben, aber in einer freieren Vereinigung. Auch in Deutschland hatte die Frage eine doppelte Seite. Sollte man Stämme, welche von jeher zu dem deutschen Reiche gehört hatten, davon trennen lassen; oder sollte man, sie festhaltend, die innere Regeneration aufgeben, auf die Gefahr hin, den Bundesstaat, den die Bewegung

vor Allem angestrebt hatte, nicht zu Stande zu bringen? Da ist nun wohl der Entwurf aufgetaucht, daß das gesammte regenerirte Oesterreich mit Deutschland verbunden sein und beide eine einzige mitteleuropäische Macht bilden sollten. Offenbar aber wäre dadurch das Gleichgewicht der Mächte verrückt worden. In England nahm man besonderen Anstoß daran. In großen Conflicten bilden sich Ueberzeugungen aus, denen Niemand zu widerstreben vermag; sie hängen nicht von Velleitäten ab; sie entspringen aus den Ereignissen und sind selbst ein Ereigniß. Der Ausbau eines neuen Oesterreichs erschien überall als unvereinbar mit der Reconstruction von Deutschland. Es wurde zweifelhaft, ob die Oesterreicher an den Berathungen, durch deren Endergebnisse sie nicht mehr verpflichtet sein konnten, noch Antheil nehmen dürften. Ihrer Sache selbst nicht mehr sicher und von wachsendem Mißtrauen bedrängt, gaben ihre Führer die hochwichtigen Stellungen auf, die sie in Frankfurt inne hatten. Die Männer, welche dann als Reichsminister eintraten, ergriffen mit verdoppeltem Eifer den Plan, die deutsche Verfassung, ohne Rücksicht auf Oesterreich, unter Führung von Preußen zu Stande zu bringen. Sie hatten dabei den Beifall der englischen Minister, die das wohl für den ersten politisch nennenswerthen Gedanken erklärt haben, der bei der deutschen Bewegung zum Vorschein gekommen sei. Und für die Versammlung selbst war dies nothwendig, wenn sie ihr Ansehen behaupten und das unternommene Werk zu Ende zu führen die Hoffnung behalten sollte. Denn einen starken Rückhalt mußte sie haben.

Schon war, ehe Alles soweit kam, von Frankfurt aus eine Annäherung an den König Friedrich Wilhelm versucht worden. Der Präsident der Versammlung war deshalb selbst

nach Berlin gegangen, um sich mit dem König über die Verfassung zu besprechen und ihn zur Annahme der reichsoberhauptlichen Stellung, die man ihm zudachte, zu bewegen. Der König hatte soeben starke Acte der Autorität in Berlin ausgeübt und befand sich wohl dabei. Doch schien es noch ein Interesse für ihn zu haben, sich mit der von populären Sympathieen getragenen Frankfurter Versammlung zu verständigen; davon jedoch, auf die Vorschläge, die man ihm machte, einzugehen, blieb er weit entfernt: er erwiederte, soviel man erfahren hat, sie würden sich nicht ausführen lassen, wenn Oesterreich im Bunde bleibe; aber auch, wenn dies nicht der Fall sei, werde man bei den Königen nicht damit durchdringen; im besten Falle würde er doch mit der Opposition der Katholiken, der Widerwilligkeit der mittleren Staaten und der Eifersucht der großen Mächte zu kämpfen haben. Er wollte keinen Theil nehmen an der Usurpation fürstlicher Gewalt, die er der Versammlung Schuld gab.

Das war nun aber bereits die große Frage, welche alle Geister beschäftigte. Bunsen nahm sich des Vorhabens mit feuriger Lebhaftigkeit an, in der Meinung, daß das alte Kaiserthum auf diesem Wege in Preußen erneuert werden könne und müsse. Am 6. December stellte er dem Könige vor, was aus der Erklärung von Oesterreich folge, und wie man nicht zweifeln könne, daß die deutschen Fürsten sich nunmehr an Preußen anschließen würden. Hören wir ihn selbst reden:

„Bin ich recht unterrichtet, so haben Ew. Majestät sich Gagern gegenüber auf den allein richtigen Standpunkt gestellt: „nicht ohne die Fürsten!“, wie Ew. Majestät mir auf

das prophetisch gewordene Programm am Scheidemorgen in Brühl sagten.

Das ist die königliche und christliche Genugthuung für alle über den 21. März erduldeten Unbilden! Das Parlament kommt in der Person seines edlen (in Berlin leider verkannten und auch von Camphausen beargwohnten) Führers, um die Reichskrone zu bieten — und die Fürsten werden nicht ausbleiben! Stockmar sagt mir, nicht allein Prinz Albert und sein Bruder, der Herzog von Coburg, und der Vetter von Leiningen, sondern auch der König von Würtemberg, welcher Hügel zu ihnen sandte, um einen eigenhändigen Brief des Königs in diesem Sinne zu zeigen [mit einem kleinen Schwabenwinke nach der Würde des Reichs-Oberfeldherrn für den gezeigten guten Willen], haben gegen ihn die Erklärung gemacht (vor wenigen Wochen):

daß Deutschland nur bestehen könne, wenn Preußen an die Spitze trete, und daß die deutschen Fürsten in der Persönlichkeit Ew. Majestät eine Bürgschaft haben, welche sie weder entbehren, noch anderwärts finden könnten. —

Wollte also Baiern (dem Hannover sich anschließen zu wollen scheint) Einspruch machen, so fängt der zweite Akt der deutschen Revolution an, in welchem Deutschland für lange Zeit untergehen kann, aber in welchem die Fürsten sicher untergehen — denn die Nation ist nun einmal entschlossen, sich nicht wieder von ihnen verrathen und verkaufen zu lassen. Und da müssen die Fürsten nicht zu sehr auf den Rechtsboden pochen. Denn wenn sie das thun, führt die Nation sie nach 1806 und sagt: „Hier ist unser Rechts-

boden: Oesterreich hat die Reichskrone zu den Füßen Napoleons gelegt. Napoleon ward besiegt. Unser Recht, das Recht, nicht von gestern, sondern von einem Jahrtausend her, war und ist, daß das Reich hergestellt werde: das wollte Preußen 1815; aber Oesterreich wollte die Krone nicht aufnehmen, und Baiern und Würtemberg die napoleonische Gabe voller Oberherrlichkeit und Abgesondertheit nicht aufgeben. Napoleon kam wieder von Elba: da ward eine Nothhütte gezimmert, die von den Fürsten selbst, am 26. Junius 1848, für niedergerissen erklärt ist. Nun ist die Revolution gekommen: das Volk hat, als solches, als Nation, seine Vertretung erhalten — dieses hat eine unabweisliche Frage an Oesterreich gestellt — Oesterreich hat erklärt, daß es dem engeren Vereine nicht beitreten kann und will. Wir nun wollen Preußen an die Spitze eines kräftigen Bundes stellen; der König will die Krone annehmen, wenn die Fürsten sich einverstanden erklären. Thun Sie es nun nicht, so bleibt uns nichts übrig, als zu agitiren. Und dann gute Nacht, Rheinpfalz! Gute Nacht, Anspach und Baireuth! Beide folgen der deutschen Fahne, und Baiern ist vernichtet."

Ew. Majestät mögen diese Sprache noch so revolutionär finden; aber erstlich sind wir in einer Revolution, welche thatsächlich nicht anerkennen ebenso schlimm ist, als ihr Princip anerkennen; und zweitens war das Verfahren von 1805 und 1815 eine eben so große Rechtsverletzung durch die Fürsten, als die von 1848 durch das Volk nur je werden kann, wenn nur die Idee des deutschen Reiches festgehalten wird.

Aber ich hoffe fest Besseres! Jene vier Stimmen sind schon bedeutend. König Maximilian hat deutschen Sinn. Er

sowohl als König Ernst August werden sehen, daß der einzig richtige Weg ist, Ew. Majestät zum Schiedsrichter zu machen in den Punkten der Reichsverfassung, wodurch sie sich verletzt fühlen könnten, wenn über sie zum erstenmale in Frankfurt abgestimmt sein wird. Aber die Erblichkeit halte ich jetzt, nach gründlicher Untersuchung, für nothwendig."

Unter den politischen Sendschreiben Bunsens ist dies vielleicht das außerordentlichste und entschiedenste. Auf dem Boden, auf dem man steht, ergreift er unbedenklich die Idee des an Preußen zu übertragenden deutschen Kaiserthums. Daß die kaiserliche Gewalt wiederhergestellt werde, betrachtet er als eine der berechtigtesten Forderungen des Volkes, welcher die Fürsten nicht wagen würden, zu widerstreben. Hatte er Grund, dessen so sicher zu sein, wie er meint? Konnte er darauf rechnen, daß Oesterreich es sich gefallen lassen würde? Aber es liegt in seiner Natur, über die Schwierigkeiten hinwegzusehen, um das Real-Ideale, das ihm vorschwebt, zu ergreifen.

Er nahm keinen Anstand, die revolutionäre Idee für seinen Zweck anzurufen: denn die Furcht vor Volkserhebungen sollte doch zuletzt der vornehmste Hebel sein, die Fürsten zur Nachgiebigkeit zu drängen. Auf dieser Combination beruht die Summe seiner Gedanken. - Durch die Krone meinte er zugleich den König von seinen feudalen Ideen abwendig zu machen und zu den Bestrebungen des Jahrhunderts herüberzuziehen. Höchst charakteristisch ist die Antwort des Königs [1]:

---

1) Schreiben Potsdam, 13. December 1848.

„Mein theuerster Bunsen! Ihre letzten Briefe bestätigen mir, was ich schon zu Brühl merkte und möglichst bekämpfte, daß wir uns in Germaniana nicht verstehen oder vielmehr, daß Sie mich nicht begreifen können. Es ist dies ein schweres Wort, ich fühl' es, aber der Freund muß sich's vom Freunde gefallen lassen. Ich verstehe Sie und Ihre Raisonnements; Sie aber nicht die meinigen, sonst hätten Sie nicht so schreiben können, das heißt, Sie hätten dann nicht (was Sie gethan haben) den absoluten Hindernissen, die zwischen mir und **der!!!** Kaiserkrone stehen, einen leichten und leicht zu beseitigenden Namen gegeben. Sie sagen (wörtlich wie Herr v. Gagern mir sagte am 26. und 27. v. Mts.): „Sie wollen die Zustimmung der Fürsten; gut und recht, die sollen Sie haben."

Aber, mein theuerster Freund, da liegt der Hund begraben: ich will weder der Fürsten Zustimmung zu **der** Wahl, noch **die** Krone. Verstehen Sie die markirten Worte?

Ich will Ihnen das Licht darüber so kurz und hell als möglich schaffen. **Die** Krone ist erstlich keine Krone. Die Krone, die ein Hohenzoller nehmen dürfte, **wenn** die Umstände es möglich machen **könnten**, ist keine, die eine, wenn auch mit fürstlicher Zustimmung eingesetzte, aber in die revolutionäre Saat geschossene Versammlung **macht** (dans le genre de la couronne des pavés de Louis Philippe), sondern eine, die den Stempel Gottes trägt, die den, dem sie aufgesetzt wird nach der heiligen Oelung, „von Gottes Gnaden" macht, weil und wie sie mehr denn 34 Fürsten zu Königen der Deutschen von Gottes Gnaden gemacht und den Letzten immer der alten Reihe gesellt. Die Krone, die

die Ottonen, die Hohenstaufen, die Habsburger getragen, kann natürlich ein Hohenzollern tragen, sie ehrt ihn überschwänglich mit tausendjährigem Glanze. Die aber, die Sie — leider meinen, verunehrt überschwänglich mit ihrem Ludergeruch der Revolution von 1848, der albernsten, dümmsten, schlechtesten —, wenn auch, Gottlob, nicht bösesten dieses Jahrhunderts. Einen solchen imaginären Reif, aus Dreck und Letten gebacken, soll ein legitimer König von Gottes Gnaden und nun gar der König von Preußen sich geben lassen, der den Seegen hat, wenn auch nicht die älteste, doch die edelste Krone, die Niemand gestohlen worden ist, zu tragen?

Greifen Sie in Ihren Busen, liebster Bunsen; was würden Sie, altes Glied der preußischen Diplomatie und mein wirklicher Geheimer Rath, also mit dem Range des Hochadels bekleidet, sagen und thun, wenn Sie etwa in Corbach zurückgezogen lebend, von der Waldeckischen souverainen Landes-Versammlung zur Excellenz erhoben werden sollten? Da haben Sie das treue Bild von meiner Lage vis à vis Gagern und seiner Fraction. Sie würden der souverainen Waldecke höflichst schreiben: „Was Ihr mir geben wollt, habt Ihr nicht zu vergeben, ich aber hab' es aus gutem Schrot und Korn.“ Und gerade so werde auch ich antworten.

..... Ich sage es Ihnen rund heraus: Soll die tausendjährige Krone deutscher Nation, die 42 Jahr geruht hat, wieder einmal vergeben werden, so bin ich es und meines Gleichen, die sie vergeben werden. Und wehe dem, der sich anmaßt, was ihm nicht zukommt!“

Mit nicht minderer Heftigkeit bekämpft der König die Idee, Oesterreich aus Deutschland auszuschließen, namentlich seitdem Oesterreich wieder, von seinem Sturz erholt, fest und siegreich dastehe. Er hält das fast für einen Hochmuthswahnsinn der Paulskirche. Für ihn, den dicken Preußenkönig, halte man die übrig bleibenden 29 Millionen für hinreichend und fürchte ihn nicht, da er sie der Paulskirche zu danken habe.

„Nun zu etwas Besserem. Heute Morgen habe ich Ihre Glückwünsche und des britischen Cabinets wegen der Thaten (Octroyirung der Verfassung) vom 5 erhalten. So etwas thut wohl. Von allen Enden des Landes bekomme ich ja fast mehr, wie unaufgefordert Glückwünsche, daß ich das Land von der Schmach der National-Versammlung erlöst und die Verfassung gegeben habe. Die Verfassung giebt mir ein wenig Bauch-Weh, weil sie eigentlich schlecht ist. Nun bitten Sie Gott aber ernstlich, mit und aus dem 5. December die zweite Schlacht von Leuthen zu machen, die an demselben Tage geschlagen wurde. Dann bekommen wir gute Winterquartiere und vieles kann gut werden. Ich bleibe mit catonischem blockhead dabei, das Reichs-Provisorium muß **organisirt** werden! Das Ding ist total unorganisch. Eine Versammlung von Sechshundert, die als Souverain sich eine ausübende Gewalt geschaffen hat, die bei der Verfassung, der absoluten Hauptsache, der wahren Lebensfrage Deutschlands, Kraft Creazions-Akte mäuschenstill bleiben muß, — c'est trop fort. Wir Könige sammt dem Kaiser müssen uns enge verbünden und mit der Höflichkeit und Herzlichkeit der Wahrheit und des Rechts und des guten Willens für den einzig

vorhandenen Einheitspunkt des Vaterlandes der Paulskirche wissen lassen: „Wir hätten uns als Königs-Collegium constituirt, um bei der Verfassungsfrage die Rolle und das heilige Amt des legalen Souverains von Deutschland zu üben. Wir rathen aber dringend, sich nicht zu zieren und uns ohne Drein-Rede zu gestatten, nun auch der Paulskirche ihre zweite Instanz im Staatenhause zu geben, denn bis auf Weiteres würden wir Könige und Fürsten allein das Staatenhaus mit Deputirten besetzen" — dann kann etwas Vernünftiges aus der Sache werden. Die Wahl des Hauptes verbitten wir uns aber gleich alles Ernstes, als **uns** allein zustehend. Wie glauben Sie, theuerster Bunsen, daß bei wirklich würdigem und freundlichem Auftreten der Könige und Fürsten mit der Rede, die Paulskirche das aufnehmen würde? Ich glaube: Sie, Josias Bunsen, können von London aus noch besser in Frankfurt vieles zum guten Gelingen solches Planes wirken. Nun, Gott befohlen, mein lieber, werther Freund. F. W."

Man würde diesen Brief mißverstehen, wenn man darin eine definitive Ablehnung der deutschen Krone für alle Fälle sehen wollte; vielmehr zeigt jedes Wort, daß es der höchste Ehrgeiz des Königs gewesen sein würde, die tausendjährige Krone der Deutschen auf seinem Haupte zu tragen; aber auch das war sein Ehrgeiz, auf legitimem, altherkömmlichem Wege dazu zu gelangen. Die auffallend starken Worte, mit denen er sich ausdrückt, finden ihre Erklärung in dem Vorschlag, auf revolutionäre Mittel und Wege einzugehen, von dem ihm Bunsen so unumwunden gesprochen hatte. Es lag weit ab von dem Kreise seiner Gedanken; es hätte seinen tiefsten Ueberzeugungen

widersprochen, die Krone von dem Parlamente anzunehmen, das viele Bestandtheile in sich schloß, die ihm die widerwärtigsten auf Erden waren, und dem er nicht das mindeste Recht beimaß, sie anzubieten.

Indem er davon absah, faßte er um so lebhafter die Umbildung des Provisoriums, dem selbst Bunsen Formlosigkeit und Tyrannei zuschrieb, in einen geordneten und haltbaren Zustand ins Auge. Er kehrte auf den Standpunkt zurück, welcher der Ernennung des Reichsverwesers vorangegangen war. Wenn man damals daran gedacht hatte, der executiven Gewalt einen von der Nationalversammlung unabhängigen Charakter oder vielmehr Ursprung zu verleihen, so meinte der König, daß die Gesammtheit der Fürsten auf die eine oder die andere Weise an die Stelle des Verwesers eintreten solle: von denen würde dann ein Staatenhaus eingesetzt werden, das ist eine Art von Oberhaus, so daß die Paulskirche eben nur noch ein Unterhaus gebildet hätte. Das Zusammenwirken dieser drei Factoren würde dann die Einheit von Deutschland repräsentirt und jedenfalls ein ganz anderes, constitutionell organisirtes Centrum gebildet haben, als der alte Bundestag gewesen war. Von einer solchen Institution war er weit entfernt, Oesterreich ausschließen zu wollen: was seinem Begriffe vom Gesammtvaterlande widersprochen hätte. Von dem Entwurf, Oesterreich und Deutschland zu einer mitteleuropäischen Großmacht zu vereinigen, wurde er wenig berührt; er glaubte nicht daran. Was ihn beschäftigte, war eben die bessere Einrichtung des Provisoriums durch den Zusatz fürstlicher Autorität und durch ein Staatenhaus, während jetzt das Volkshaus die gesammte Gewalt in sich schloß. Auf diesem Boden bewegen sich die nächsten Discussionen. Bunsen, der immer die definitive Gestaltung

des Reiches im Auge hatte, suchte damals die Frage zu lösen, wie sich die Reichsgewalt zum künftigen Staatenhause zu verhalten, und wie sie es einzurichten habe, um nicht von dieser in ihrer Autorität über die gesammte Bevölkerung beeinträchtigt zu werden. Er hatte darüber bereits einen Brief an den König aufgesetzt, in welchem er sich auf die Institutionen der vereinigten Staaten von Nordamerika bezog, als er das soeben mitgetheilte Schreiben erhielt. Welch ein Unterschied — das Reich nach historischem Recht, wie es sich der König dachte, und nach den liberalen Begriffen, die in Amerika zu Grunde lagen. Aber Bunsen ließ sich dadurch nicht aus der Fassung bringen [1]).

„Nein, mein allergnädigster König und Herr ist kein Absolutist, und Sein treuer Rath und Diener kein Vertheidiger der Revolution. — Ich erinnere mich noch sehr gut des alten, tiefen Gleichnisses des ehelichen Verhältnisses in Beziehung auf das lebenschaffende Wechselverhältniß von Regierung und Volk, welches Ew. Majestät im Jahre 1834 zum Ausdruck Ihrer Ansichten gebrauchten."

Bunsen betont noch einmal das Recht des deutschen Volkes auf ein Kaiserthum, geht aber mit Eifer auf den Gedanken ein, welchen der König über Königscollegium und Staatenhaus geäußert hatte, den er seinen Entwürfen analog findet, jedoch nicht ohne in Beziehung auf das letztere eine populare Ansicht auszusprechen.

---

1) Schreiben vom 23. December 1848.

„Ew. Majestät wollen, daß die Fürsten sich als ein Fürsten- oder Königs-Collegium constituiren, dies der Frankfurter Versammlung ankündigen und ihr zugleich eröffnen, daß die Fürsten ein Staatenhaus neben dem Volkshause bilden und dazu Abgeordnete schicken wollen.

Das Fürsten-Collegium ist der Reichsrath, den ich mit dem Vorschlage der Reichskreise im Anfange September in meinem Sendschreiben vorgeschlagen: hinsichtlich des Staatenhauses bin ich der Meinung gewesen, es sollte aus Abgeordneten der Regierungen und der Stände gebildet werden; und dieser Meinung bin ich noch.

Ein nur von den Regierungen gebildetes Staatenhaus würde deßwegen doch nicht ein Haus fürstlicher „Bevollmächtigter", sondern die Mitglieder müßten nach ihrem Gewissen stimmen. Der Fürsten Bevollmächtigte bilden den Reichsrath.

Aber ein solches nur von den Fürsten gebildetes Staatenhaus würde ein viel geringeres Ansehen und viel geringeren Einfluß haben, als ein (wie es allgemein als das Richtige anerkannt wird) von Regierungen und Ständen beschicktes.

Endlich aber wäre es grade für Preußen die allerschlechteste Politik. Die separatistischen Gelüste fließen größtentheils, wo nicht ausschließlich aus dynastischen Vortheilen. Das ständische Element in diesem Staatenhause würde allein sie neutralisiren, oder wenigstens mildern können. — — —
— — — — — — — — — — — — — — — — —

Es giebt fünf Könige im neuen deutschen Reiche. Der Mächtigste von ihnen wird Kaiser, der alten Cäsaren Nachfolger; jeder der anderen vier hat im Reichsrathe eine Stimme,

der König von Baiern zwei (die eine alternirend); Würtemberg alternirt mit Baden, hat aber den Oberbefehl des Heerestheiles im Kreise; jeder dieser vier führt die Stimme derjenigen Fürsten, die zu demselben Kreise gehören, nach seiner obersten Entscheidung. Der Kaiser hat vier Kreise, also vier Stimmen: zusammen 9 Stimmen. Die Bestätigung im Reichsrath mit 6 (oder $^2/_3$) Stimmen wird erfordert für

Kriegs-Erklärung,
Verträge,
Ernennungen
im Heere,
in der Vertretung des Reichs im Auslande.

Dieser Reichsrath würde (oder sollte) die Fürsten und Könige mehr als entschädigen; und zugleich würde er die Reichsregierung viel eher stärken als schwächen.

Ich sage dieß nicht bloß, weil es mir einzig mit der Theorie des freien Bundesstaates zu stimmen scheint, sondern auch aus praktischen Gründen, und nicht allein der Nothwendigkeit (um der vier Könige willen), sondern auch um der constitutionellen Vortheile und Erleichterungen willen. Das wollte ich mir getrauen, selbst in einer noch so demokratischen oder unitarischen Versammlung durchzusetzen, denn es ist jedermanns Vortheil. Dieß, und was ich Ew. Majestät das Kopernikanische Princip des Bundesstaates genannt habe, nämlich daß die Reichs-Regierung in ihrer Sphäre sich nicht an die Staaten-Regierungen wendet, sondern an die Individuen, als Bürger der deutschen Nation, unterthan der Reichsgewalt —

sind die beiden Hauptpunkte. — — — — — — — — — —"

Während Bunsen meinte oder sich überredete, noch immer mit dem Könige auf demselben Grund und Boden zu stehen, fühlte dieser bei jedem Worte die Differenz, die ihn von dem alten Freunde trennte, wachsen. Auffallend, daß er dennoch dem Wunsche Raum gab, Bunsen in diesem Moment noch einmal zu sprechen [1]).

„Ich habe Ihre Antwort auf mein „starkes Schreiben" und sehe mit Trauer, daß die Haupt- und Staatsidee dieses meines Schreibens von Ihnen übersehen worden. Diese Haupt- und Staatsidee ist aber keine andere, als die Organisation des **Provisoriums** in den Frankfurter Centren — warum? darum, daß „wir" Fürsten i. e. Kayser, 5 Könige, Zeit gewinnen, um gründlich zu berathen, welche Gestaltung Teutschlands wir zulassen können, wollen, dürfen und werden. Darum das nur aus fürstlichen Wahlen zusammengesetzte Oberhaus in und **für** das **Provisorium**, darum das Königs-Collegium über und **gegenüber** dem also organisirten **Provisorio** der zwei Häuser.

Die Organisation des Provisorii, um für uns Berathungszeit zu gewinnen, und um dem Verfassungswerke zu Frankfurt den ihm völlig mangelnden Anstand und Halt zu geben, **das** ist der nervus rerum gerendarum meiner Gedanken, die jenen Brief erzeugt haben. In Ihrer vortrefflichen geistreichen Antwort ist davon keine Spur vorhanden, daß Sie diesen leitenden Gedanken aufgefaßt haben, und das kränkt mich. — Noch mehr aber Ihr Vergessen der Schuld der Völker Teutschlands, über der Schuld der Fürsten. Letztere war Kurzsichtigkeit zu $^{29}/_{30}$, Erstere ist

1) Schreiben vom 27. December 1848.

der Bruch der tausendjährigen teutschen Treue, der heiligsten Eide, ist Hochverrath.

Jetzt kommen die Völker sachte zu sich. Jetzt muß gehandelt werden. Wie gegen Demokraten nur Soldaten helfen, so gegen Revolution nur handelnde Fürsten-Macht von Gottes Gnaden. Nennen Sie das Absolutismus (trotz meines sehnlichen Verlangens, Frankfurt zu stützen, schirmen und auf die Beine zu bringen, trotz meiner Pfänder für den Constitutionalismus), so in Gottes Namen. Und den darf ich hier nennen, denn ich habe wahr und wahrhaftig das Werk der Umkehr aus der Revolution in die —[1]) der göttlichen Ordnungen und Rechte im Namen des HErren begonnen.

Doch zu Alledem wollte ich nicht hin. Etwas Näheres und Directeres treibt mich zu diesem flüchtigen Schreiben.

Sie müssen je eher, je lieber hierher kommen, theuerster Bunsen! Ich habe das schon mit den Ministern abgemacht. Sie sind hier unentbehrlich: die dänische Sache, die deutsche Zukunft erfordern beyde Ihre Anwesenheit.

Machen Sie sich also so bald als möglich auf, ohne weitere Befehle abzuwarten, und nichts halte Sie ab, es sey denn eine etwa in demselben Augenblick pendante wichtige diplomatische Frage.

Darum schließe ich und sage in Hoffnung: Freund! Auf Wiedersehen. F. W."

Bunsen nahm mit gewohnter Freudigkeit die Einladung an, wenngleich er sich damals nicht gerade wohl befand, und fragte nur, ob er sich sofort in Potsdam melden oder erst

1) Wahrscheinlich ausgefallen „Wege".

nach Berlin gehen solle. Der König, auf den eine Andeutung Bunsens in einem seiner letzten Briefe, als werde er sich von ihm trennen müssen, einigen Eindruck gemacht hatte, und der doch jetzt wieder Streit mit dem alten Freunde voraussah, schrieb ihm am 9. Januar 1849:

„Ich erwarte Sie mit Sehnsucht, theuerster Bunsen, obgleich ich mir nicht verberge, daß wir harte Kämpfe mit einander bestehen werden und müssen. — Ja, eine Aeußerung in Ihrem letzten Briefe macht mich ernstlich bange, daß Sie meinen, dem, der aus — nennen Sie es Stolz, Gewissenhaftigkeit, Beschränktheit, falsches oder ächtes Christenthum — der aus tiefinnerster Ueberzeugung von der Revolution von 1848 keine Krone annehmen kann und wird, nicht länger oder mit Widerstreben dienen werden. — Gott der HErr hat manches wunderbar gewendet und so verzweifle ich nicht, daß er unsere Unterredungen zum Seegen macht.

Wir wohnen jetzt hier in Charlottenburg. Von Potsdam geht Ihr Weg über Berlin. So rath' ich Ihnen, daß Sie zuvörderst in Berlin ansprechen, um so mehr, da Sie daselbst wahrscheinlich spät eintreffen werden morgen (Mittwoch) Abend. Ich erwarte Sie aber am Donnerstag zum Essen hier. Dann reden wir zusammen. Gott mit uns.

F. W."

Bunsen wurde mit alter Huld empfangen; da ihn ein fortdauerndes Unwohlsein an das Hotel fesselte, so fand er um so mehr Zeit, die ihm mitgegebenen Papiere und Entwürfe durchzusehen und zu beleuchten. Sie betrafen die Organisation des Provisoriums nach den Vorschlägen des

Königs, denen Oesterreich andere entgegengesetzt hatte. Schon in jenen fand Bunsen Manches zu bestreiten; die anderen aber erfüllten ihn mit heftigem Widerwillen: er sah darin Hinterlist und eine Gewaltsamkeit, wie sie sich Napoleon I. bei Stiftung des Rheinbundes nicht erlaubt habe. Der König theilte diese Auffassung nicht: seine Impressionen waren vielmehr entgegengesetzter Natur. Was in ihm vorging, sieht man aus einem Billet, womit er Bunsens Eingabe vorläufig beantwortet [1]).

„.... Es verlangt mich nach dem Reden mit Ihnen. Bis jetzt hab' ich nur Ihren Brief gelesen. Die Warner sind gut und nothwendig. Die Lage der Dinge im Großen und Ganzen kann aber kein Warnen, kein Demonstriren ändern. Sie ist genau dieselbe wie im Februar 1813. Mit **Napoleon** war die Möglichkeit, Curland und Livland und ein hübsch Stück Polen zu bekommen oder unterzugehen: mit **Rußland** der Untergang oder die Rettung Europas. Die muß zum zweiten Mal errungen werden, mit Oesterreich. Sauf les bêtises après la victoire.“

Man hat dem König fast allgemein Unentschlossenheit und unzuträgliches Schwanken zum Vorwurf gemacht. Niemals scheint dasselbe greller hervorzutreten, als in dem damaligen Augenblick. Denn ein offener Widerspruch liegt doch darin, daß er Bunsens Ideen mit Nachdruck verwirft und denselben dennoch einladet und sein Verlangen kund giebt, mit ihm zu reden. Daß er ihn zu sich herüber ziehen werde,

1) Schreiben vom 16. Januar 1849.

ließ sich doch kaum erwarten: wozu dann ihn herbeibescheiden und ihn in die tiefste Berathung ziehen? Aber bei aller Rücksichtnahme auf Oesterreich lebte in dem König doch auch eine abweichende Gesinnung. Wenn er die erste so stark wie möglich ausdrückt, — denn sie entsprach seiner Idee, in dem Kampfe gegen die Revolution zu stehen und dabei an Oesterreich den besten Verbündeten zu haben —, so nährte er in seiner Seele zugleich ein lebendiges Gefühl für Deutschland, seine einheitliche Gestaltung und die innere Verbindung der preußischen Macht mit der deutschen Regeneration. Er sagte Bunsen selbst, er wolle der Revolution widerstehen und zugleich der Nation genügen: ein Wort, das die Summe seiner Gedanken enthält, aber auch die Schwierigkeit ihrer Ausführung vor Augen legt. Der Moment ist einer der bedeutendsten für die Fortbildung von Deutschland. Wir wissen ja, daß der König von Anfang an nicht gemeint war, Deutschland jemals unter die Autorität von Oesterreich zurückfallen zu lassen. Aber von den im Anfange geäußerten, an die Gestaltungen des alten Reiches erinnernden Entwürfen, von einem dem römischen Kaiserthum Oesterreichs zur Seite stehenden deutschen Königthum Preußens konnte jetzt nicht mehr die Rede sein. Die Sache lag einfacher, planer, prosaischer. Nach den Erklärungen von Kremsier hatte man in Berlin die Ansicht gefaßt, daß für Oesterreich nur ein dem alten Bunde analoges Verhältniß zu Deutschland möglich sei; dieses aber dadurch nicht gehindert werden könne, sich zu einem engeren Verbande zusammenzuschließen. Wie das Eine und das Andere zu erreichen sei, war das große Problem: es trat zunächst nicht in voller Schärfe, sondern in einer den Verhandlungen jenes Augenblickes entsprechenden Form hervor. Nachdem man in Frankfurt in den Berathungen über die Ver-

fassung bis zu den entscheidenden Artikeln gelangt war ohne Einwirkung der Regierungen, so schien es unumgänglich, nunmehr eine solche eintreten zu lassen: der König verlangte das als eine Anerkennung des Rechtes der Obrigkeiten. Er war auf die Idee eingegangen, den Königen in einem besonderen Collegium die vornehmste Mitwirkung zu sichern, nicht jedoch, ohne zugleich ein Staatenhaus zu beantragen, durch welches er den minder mächtigen Fürsten gerecht zu werden gedachte. Die Vorschläge Oesterreichs waren ausschließlich zu Gunsten der vier Könige, die ein jeder an der Spitze eines Kreises von ziemlich eng geschlossener Verfassung, neben Preußen und Oesterreich ein sehr selbständiges Ansehen erlangen sollten, zum Nachtheil für die übrigen Fürsten. Es war nun das eifrigste Bemühen Bunsens, den König zu überzeugen, daß es für ihn verderblich sein würde, auf diesen Plan einzugehen, der nur dahin ziele, Oesterreich zu stärken und Preußen herabzuwürdigen: denn wiewohl es den Anschein habe, als wolle man dem König in den eigentlich deutschen Angelegenheiten die leitende Stellung einräumen, so könne es doch nur schädlich sein, da es unter der Autorisation Oesterreichs geschehe und unter den übrigen Fürsten die Opposition gegen Preußen nähren würde.

Ueberaus lebhaft waren nun die Besprechungen zwischen dem König und Bunsen. Jener stellte mit aller Beredsamkeit und allem Feuer, die ihm eigen waren, die Motive seiner Hinneigung zu Oesterreich und seinen Abscheu gegen alles revolutionäre Wesen dar. Bunsen wiederholte, daß man, mitten in einer Revolution begriffen, diesen Gesichtspunkt nicht strenge festhalten könne und daß das deutsche Volk ein Recht habe, auf eine Herstellung seiner Einheit zu dringen. Er stimmte

einem von dem damaligen Ministerium entworfenen Circularschreiben bei, in welchem die deutschen Regierungen insgesammt, größere wie kleinere, ohne Rücksicht auf die österreichischen Vorschläge aufgefordert wurden, der Versammlung zu Frankfurt ihre Ansichten über den Verfassungsentwurf vorzulegen. Lange sträubte sich der König. In einer ministeriellen Conferenz (20. Januar 1849) hielt er an der entgegengesetzten Meinung fest. Nachdem Bunsen die seinige wiederholt hatte, schlug der König auf einmal um: er genehmigte die Circularnote und bewilligte ihre Absendung. Jedermann war über diesen plötzlichen Uebergang von der einen zur anderen Meinung erstaunt. Doch läßt er sich, denke ich, wohl erklären. Die Berathungen, die der König pflog, waren nicht ohne innere Deliberation darüber, was er thun, was er aussprechen könne. Da seine alten Verbündeten bereits an seiner Hinneigung zu Frankfurt Anstoß nahmen, mußte er mit größter Vorsicht verfahren. Nach langem Erwägen war er endlich zu einem Entschluß gekommen, den er unerwartet und unvermittelt aussprach. Daß er später noch einmal in der Hauptsache geschwankt habe, wie man behauptet hat, ist durch Nichts erwiesen Die nächsten Erklärungen von Oesterreich zeigen wenigstens soviel, daß es seine bisherigen Verhandlungen als gescheitert betrachtete. Aber es würde der Lage und Natur des Königs widersprochen haben, wenn er nicht zugleich ein gutes Verhältniß zu Oesterreich möglichst aufrecht zu erhalten gesucht hätte. Auch mit diesem Vorbehalt darf man in dem Erlaß dieser Note den ersten Schritt in einer Richtung sehen, die eine unendliche Tragweite in sich schloß. In dem Circularschreiben wird noch einmal der Wunsch ausgesprochen, daß Oesterreich in dem Bunde bleiben

möge. Mache es ihm aber, so heißt es darin weiter, seine innere Lage unmöglich, die für das übrige Deutschland erforderlichen Beschlüsse auch für sich selbst anzunehmen: dann möge das übrige Deutschland in einem engeren Bunde eine besondere Vereinbarung treffen. So schien das Beispiel des Zollvereins, von dem Oesterreich ebenfalls ausgeschlossen war, an die Hand zu geben. Der König erklärt, daß er dabei keine Machtvergrößerung noch Würde anstrebe; er bemerkt ausdrücklich, zur Erreichung des großen Zweckes erscheine ihm die Errichtung eines neuen Kaiserthums nicht erforderlich; es lasse sich wohl eine andere Form dafür finden. Als ein großer Moment im Leben Bunsens muß es betrachtet werden, daß er, besonders von Camphausen unterstützt, bei diesem vielleicht noch zaghaft erscheinenden, jedoch entscheidenden Schritt mitgewirkt hat. Aber trotz seiner übrigens willkommenen Mitwirkung zollte ihm doch das constitutionelle Ministerium die Anerkennung nicht, die er erwartete. In Berlin blieb er immer fremd: dagegen in Frankfurt, wohin er die Circularnote überbrachte, fühlte er sich wie zu Hause. Hier besaßen die Ideen, mit denen er sich trug, das Uebergewicht; er konnte sie durch seine Beistimmung verstärken. Er fand einen Boden für seine weiteren Entwürfe. Auch er war dort höchst willkommen und trat daher mit Vergnügen in eine geschäftliche Stellung ein, die, anfangs in Berlin gutgeheißen, ihn doch nach einiger Zeit in ernste Mißverständnisse mit der Regierung verwickelte.

Wir verweilen zunächst bei diesem Incidenzpunkt, bei welchem auch der König das Wort ergriff.

Auf den Wunsch und Antrag der Frankfurter Versammlung übernahm Bunsen die Führung der Verhandlungen mit

Dänemark. Das preußische Ministerium gab dazu seine Einwilligung, unter der Voraussetzung jedoch, daß die Centralgewalt in Frankfurt ihm solche Instructionen geben würde, die den Intentionen des preußischen Hofes und der Lage von Norddeutschland entsprächen, und zwar im Einverständniß mit dem Ministerium. Die Stellung Bunsens war insofern von besonderer Wichtigkeit, als der englische Hof, bei dem er stand, die Vermittelung in der dänisch-deutschen Frage übernommen hatte. Der Reichsverweser gab ihm in seinem Namen Vollmacht dafür. Das preußische Ministerium rieth ihm, dieselbe anzunehmen: es schien die Annahme gleichsam als einen Beweis seiner alten Treue anzusehen. Auch der König war nicht dagegen, hatte aber doch wegen der Form von Anfang an Bedenken [1]).

„Ihre offiziöse Bevollmächtigung ist mir ganz recht, nicht aber Ihre Accreditirung als Reichs-Gesandter, wie ich es Ihnen an demselben Tisch sagte. Ihre Remuneration für die nothwendig damit verknüpften Ausgaben ist ganz natürlich, ja ich erwarte dieselbe als sich von sich selbst verstehend. Grade aber, wie ich das Creditiv nicht erlaube, setz' ich mich gegen die Form des Gehaltes und muß die Form der Liquidation für Spesen gewählt werden.

Nur frisch und gutes Muthes und voll Gott-Vertrauen wie Ihr Freund in Charlottenburg."

Die Sache nahm bald eine Wendung, die man anfangs nicht erwartet zu haben scheint. In Berlin wünschte man den

1) Postscriptum vom 14. März 1849.

Frieden und war zur Unterzeichnung eines von Palmerston entworfenen Protokolls bereit. In Frankfurt war man dagegen: man hatte dort Nichts gegen den Ausbruch des Krieges; die vornehmsten Führer schienen ihn zu wünschen. Nicht mit Unrecht sagt der König, sein Freund gerathe in die unangenehme Lage, zweien Herren dienen zu sollen. Er hoffte noch, Bunsen werde nach seinem (des Königs) Willen verfahren und das andere Verhältniß lösen.

Charlottenburg, 27. März 1849.

„Ihr Verhältniß zu London der dänischen Sache gegenüber, zwischen meinen und der Frankfurter Behörden Instructionen eingeklemmt und gezerrt, scheint mir auf dem Punkt der völligen Unhaltbarkeit angelangt zu seyn. Ich schreibe Ihnen jetzt, mein theuerster Bunsen, ohne eines Menschen Vorwissen, avertire Sie aber, daß dieser Brief zuvor dem Minister Graf Arnim confidenziell von mir mitgetheilt werden wird. Kommt er in Ihre Hände, so ist das ein sicheres Zeichen, daß der Minister, der mein Vertrauen im allerhöchsten Grade besitzt, mit dem Inhalt einverstanden ist.

Der Zweck dieser Zeilen ist der, Sie, theuerster Freund, zu bestimmen, selbst Schritte zu Frankfurt zu thun, um dieses Verhältniß, welches anfängt, gewaltig gegen das Gebot anzustürmen: „Du sollst nicht zweien Herren dienen", zu lösen. Daß Sie **schuldlos** an dieser Wendung sind, weiß Niemand besser, als ich; dies schöne Selbstbewußtsein reicht aber nicht aus, um ein allso verschobenes Verhältniß zu bewältigen. Was ich aus Achtung gegen Gagern nicht voraussetzte, ist dennoch geschehen. Für Preußen ist das erste

Geboth in dieser Sache, um meiner angeborenen Pflichten willen: Waffen-Ruhe zu erhalten, Frieden zu schließen und Pommern wie Preußen und das arme Mecklenburg vor einer Verarmung nach dem Fuße von 1805—7 zu bewahren. Der Herr Reichs- (!) Minister, daß sich Gott erbarm! hat die Gloriole eines, noch gar nicht existirenden Reiches (!!!) vermeintlich zu vertreten. Das Leiden meiner baltischen Lande est le caduc de ses soucis. Mag er das mit einem Anderen, als meinem Organ durchsetzen. Mein Freund und „wirklicher" Geheimer Rath **kann** nicht kalt und warm aus einem Munde blasen.

Ich denke, Sie fühlen das Gesagte mit mir. Wenn nicht, so werd' ich Ihre Erwiederung mit großem Interesse vernehmen. Sind Sie aber meiner Ansicht, so handeln Sie schnell. Gott leitt Sie!

Friedrich Wilhelm."

Indessen aber ergriff Bunsen eher den entgegengesetzten Entschluß. Er sah sich zu entscheidenden Schritten gedrängt und erklärte im Namen der Reichsgewalt das Protokoll für unannehmbar. Der Zwiespalt, in den er sich gesetzt hatte, trat bei den entgegengesetzten Weisungen, die er erhielt, klaffend hervor. Der König selbst sah sich veranlaßt, die Antwort, die er gegeben hatte, ihm zur Rechtfertigung mitzutheilen, wie er sagt, mit der „ganzen ängstlichen Hoffnung eines treuen Freundes, daß es ihm gelingen werde, sich zu rechtfertigen; nur der Fluch Gottes auf 1848 könne solche Monstrositäten gebären"[1]).

1) Schreiben des Königs vom 6. April.

Schon durch einige vorläufige Aeußerungen des Königs wurde Bunsen bewogen, dem Reichsministerium zu erklären, daß er bei der Unvereinbarkeit der Ansichten über die dänischen Vorschläge die Unterhandlungen im Namen der Bundesgewalt nicht weiter fortsetzen könne. Er bat nur, ihm nicht einen besonderen Bevollmächtigten von preußischer Seite für dieses Geschäft zur Seite zu stellen: denn dann würde seine Stellung als Gesandter unhaltbar werden. Trotz Allem, was in Charlottenburg vorgegangen war, gab er doch wieder die tiefste Verstimmung kund. „Geht", sagt er, „die deutsche Sache unter, so habe ich mir gelobt, für immer aus dem öffentlichen Leben, wo nicht vom Vaterlande zu scheiden." So schrieb er am 31. März, — an demselben Tage, an welchem die Nachricht von der so eben in Frankfurt eingetretenen Entscheidung über die deutschen Angelegenheiten bei ihm eintraf.

IX.

Ablehnung der Kaiserkrone.

Die Frankfurter Versammlung ist dadurch einzig in ihrer Art, daß in ihrer Mitte alle Fragen über das Gesammtleben der Nation in freier Discussion erörtert wurden, und die verschiedensten Standpunkte wie in einer an einander schließenden Kette ihre Vertreter fanden. Sie war gleichsam eine Akademie der politischen Wissenschaften in Bezug auf die nationalen Anliegen in der Form einer Staatsgewalt, thatsächlich ohne alle Macht, aber inwiefern sie ihren Beruf auf das Princip der Nationalsouveränetät begründete, von Alles umfassendem Anspruch. Neben dem Streite der Meinungen machten sich, wie wir schon gesehen haben, factische Verhältnisse geltend, die auf den Ausschlag der Berathungen entscheidenden Einfluß ausübten. Ein solches war jene Erhebung der Radicalen, durch welche die Nationalversammlung, in ihrer Existenz bedroht, genöthigt wurde, sich den Mächten, deren Truppen sie ihre Rettung verdankte, anzuschließen. Die größte Rückwirkung auf die Versammlung entsprang aus der Ermannung dieser beiden Mächte selbst und ihrer siegreichen Haltung den destructiven Tendenzen gegenüber, welche sie bisher zersetzt hatten. Die Versammlung wurde inne, daß sie nicht mehr das entscheidende Wort zu sprechen hatte. Alles beruhte auf dem

Verhältniß, in das sie sich zu der einen oder der anderen setzen würde. In unmittelbaren Contact gerieth sie mit den Ereignissen in Berlin, die eine Seite hatten, durch die sie ihr willkommen waren. Sie hatte zuletzt nichts dagegen, daß eine auf dem königlichen Willen einseitig beruhende Verfassung octroyirt und angenommen wurde. Denn diese war doch erfüllt von den Ideen der Zeit und stellte ein constitutionelles Regiment in Aussicht. Die in Frankfurt vorwaltende, mehr conservative Partei bekam dadurch neuen Rückhalt.

Zu dieser inneren Verbindung mit Berlin kam nun der oben berührte Gegensatz gegen Oesterreich. Die Erklärung von Kremsier schnitt jede Hoffnung ab, die Frankfurter Beschlüsse in Oesterreich zur Geltung zu bringen. Die Entfernung der Oesterreicher aus dem Ministerium, die dann folgte, erweiterte die Trennung, so daß die umgebildete Centralgewalt den schon angeregten Gedanken, zwischen Oesterreich und den übrigen deutschen Mächten zu unterscheiden und das erstere bei den ferneren Berathungen nicht zu berücksichtigen, mit Entschiedenheit ergriff. Der Gedanke eines weiteren Bundes, zu dem Oesterreich gehören, und neben ihm eines engeren, von dem es ausgeschlossen sein sollte, wurde gefaßt und von der Mehrheit der Versammlung unter mancherlei Schwankungen doch zuletzt genehmigt. Da war es nun von doppelter Bedeutung, daß eine verwandte Ansicht in Preußen sich Bahn brach, und zwar wie im Staate, so auch bei König Friedrich Wilhelm IV. An sich durch die Erinnerungen an den letzten großen Krieg und im gemeinschaftlichen Gegensatz gegen die Revolution an Oesterreich gefesselt, gab doch der König der Ueberzeugung Raum, daß eine Regeneration von Deutschland, wie auch er sie billigte, in Verbindung mit

Oesterreich unmöglich sein würde. Bei aller Rücksicht, mit der die Circularnote abgefaßt ist, enthält sie doch eine Abwendung von der österreichischen Idee zu der deutschen. Wenn nun dergestalt Berlin und Frankfurt sich in einem und demselben Gedanken begegneten, so waren sie doch darum bei weitem nicht einverstanden. Der König wollte vor Allem das Recht des Fürstenthums, als dessen Sachwalter er sich ansah, und sein eigenes anerkannt wissen, die Versammlung in Frankfurt dagegen, d. h. das damalige Reichsministerium und die Majorität, vor Allem die Verfassung zu Stande bringen, mit der sie schon so lange beschäftigt war. Deren Consequenzen schlossen Oesterreich aus. Von geistvollen mitbetheiligten Männern ist zwar bedauert worden, daß man nicht auch ferner solche Beschlüsse faßte, denen Oesterreich beitreten konnte. Aber das lag außerhalb der Folgerichtigkeit der Thatsachen. Für Oesterreich erschien es sogar unter den damaligen Umständen als eine Nothwendigkeit, auf die Vereinigung seiner deutschen Landschaften mit Deutschland Verzicht zu leisten, um dieselben für seine eigene innere Consolidation und Macht ungeirrt verwenden zu können. In Oesterreich wollte man das nicht Wort haben: man glaubte noch, mit der eigenen Reconstruction eine vorwaltende Macht in Deutschland verbinden zu können. Es gab, wie schon angedeutet, eine mächtige Stimme in Europa, die dem widersprach. In England meinte man ein entschiedenes Uebergewicht Oesterreichs auf dem Continente nicht dulden zu können und von dem fortwährenden Conflict in Deutschland die widerwärtigsten Folgen fürchten zu müssen. Denn wie leicht, daß Frankreich sich einmal wieder erhebe und in Süddeutschland Meister werde; selbst ein russisch-französisches Supremat lasse sich besorgen. Als das Wünschens-

wertheste betrachtete man auch dort, daß sich Oesterreich für sich selbst reconstruire mit Einschluß seiner deutschen Provinzen, das übrige Deutschland aber sich um Preußen her zu einem engeren Bunde vereinige; — Ideen von universalhistorischer Bedeutung, die aber damals bei dem Gleichgewicht der Kräfte und in der allgemeinen Gährung noch nicht die Aussicht hatten, realisirt zu werden. Wenn man sogar zweifeln mußte, daß der König von Preußen mit der erforderlichen Entschiedenheit dazu die Hand bieten werde, so wurde durch den vertrauten Vermittler zwischen den englischen Ministern und dem Reichsministerium diesem der Rath gegeben, sich nicht darum zu kümmern, sondern auf den Grund der Machtvollkommenheit des Parlamentes einen Beschluß über die Stellung herbeizuführen, welche Preußen in dem zu errichtenden Bundesstaate einzunehmen habe [1]). Bei dem Gegensatz der Parteien und den steten Einwirkungen Oesterreichs auf dieselben hatte das die größten Schwierigkeiten; aber der Fortgang der inneren österreichischen Angelegenheiten selbst, die Anfang März 1849 zu einer noch stärkeren Erklärung über den zu bildenden „untheilbaren und unauflöslichen" Gesammtstaat Oesterreich führten, als

1) Stockmar an Gagern, London den 3. December, in Stockmars Denkwürdigkeiten S. 555: „Müßten Sie diese Frage verneinen, vorzüglich weil Preußen abermals geneigt wäre, sich selbst und Deutschland untreu zu werden, dann sehe ich die letzte Hülfe nur noch in dem entschlossenen Handeln des Frankfurter Parlaments. Dieses gehe dann ohne allen Zeitverlust und weitere Verhandlungen mit Preußen aus eigener Machtvollkommenheit vor und decretire, unbekümmert, wie es gegenwärtig in Berlin und Wien stehe, die Stellung Preußens im neuen deutschen Bunde, wie es dieselbe zum Wohl des Ganzen für zweckmäßig halten mag." In der Antwort (18. December 1848), welche Max von Gagern im Namen seines Bruders Heinrich hierauf gab, heißt es: „Er hofft, daß Sie den Inhalt jenes politischen Briefes in seinen nächsten Handlungen als Minister wieder erkennen werden" (S. 562).

die früheren gewesen waren, überzeugte am Ende auch die wärmsten Anhänger dieser Macht, daß man das begonnene Verfassungswerk aufgeben müsse, wenn man sich nicht von derselben sondere. Auch sie richteten jetzt ihre Augen auf Preußen. Es muß dieser Versammlung, die sich als den Ausdruck der Nationalsouveränetät betrachtete, immer hoch angerechnet werden, daß sie in ihrem methodischen Gange an den Grundlagen eines geordneten Staatswesens festhielt, die Republik ausschloß, die monarchischen Gewalten anerkannte und der kräftigsten derselben, der preußischen, die Centralgewalt anzuvertrauen die Absicht faßte. Die Gesichtspunkte, die hiefür in der Verhandlung entscheidend waren, erscheinen in einer Rede Soirons, worin ausgeführt wird, daß nur der mächtigste Fürst zum Oberhaupt tauge, weil nur er im Stande sei, das Widerstreben der an ihre Souveränetät gewöhnten ehemaligen Reichsstände niederzuhalten. „Unsere provisorische Centralgewalt hatte Alles für sich: den populärsten Fürsten, die öffentliche Meinung, die Erschütterung der Throne durch die Revolution, die National-Versammlung selbst; aber sie hatte keine materielle Macht, — darum war und blieb sie ohnmächtig. Damit aber die Macht eine dauernde werde, muß sie erblich sein; nur unter dieser Voraussetzung ist es möglich, daß Preußen in Deutschland aufgehe: — würde der König von Preußen erst zeitweiliges Oberhaupt, so würde Preußen sich als constitutioneller Staat consolidiren und den Bundesstaat unmöglich machen; — werde aber der König erblicher Kaiser von Deutschland, so werde der preußische Particularismus aufhören. Es lasse sich erwarten, daß einzelne Provinzen ihren Einheitspunkt nicht in Berlin, sondern im Sitze des Reiches finden würden." — Man sieht aus diesen

Worten, wie so ganz es das eigene Interesse der verfassunggebenden Versammlung war, wenn sie den König von Preußen zum erblichen deutschen Kaiser zu erheben beschloß. Sie vollendete damit ihr ganzes System. Wie sie den Reichsverweser durch eine mit den constitutionellen Principien nicht conforme Selbstwahl aufgestellt hatte, so würde nun der König von Preußen als Reichs-Erbverweser — denn dieser Titel kam wirklich in Vorschlag, und selbst Bunsen hätte ihn angenommen; nichts weiter bedeute der Titel „deutscher Kaiser" — seine Macht im Bundesstaate der Versammlung verdankt und ihr die Stärke seines Armes geliehen haben. In den immer steigenden Zerwürfnissen der Versammlung erschien die einzige Rettung in der unverzüglichen Wahl des Königs von Preußen. Um diese zu bewirken, gingen die Altliberalen den Radicalen gegenüber noch einen Schritt weiter, als es ihrem Systeme entsprach. Um der Mehrheit sicher zu sein, gaben sie ihren Gegnern das radicale Wahlgesetz nach, auf welchem diese bestanden, und fügten sich darin, dem künftigen Oberhaupt nur ein suspensives Veto zu bewilligen. Sie erschraken, aber gaben nochmals nach, als diese Beschränkung der höchsten Autorität auch auf Fragen der Verfassung ausgedehnt wurde, so daß deren Bestand nur eine sehr zweifelhafte Gewähr behielt. Die Versammlung, deren erste Beschlüsse auf Compromissen der Liberalen mit den Radicalen beruht hatten, kehrte zu dieser eine Zeit lang unterbrochenen Verständigung zurück, und zwar zum Vortheil der Radicalen. Um das Princip, die monarchische Gestaltung des Bundesstaates zu behaupten, willigte man in eine an sich unwillkommene Beschränkung der obersten Gewalt in demselben, wenn diese dann nur dem mächtigsten Fürsten, dem König von Preußen, zufiel. Wohl wußte

man, daß sich Friedrich Wilhelm diese Würde verbeten hatte; aber man hielt ihn für beugsam und rechnete auf seine Beistimmung im letzten Augenblick; hatte er sich doch nach langem Schwanken zuletzt entschlossen, im Widerspruch mit Oesterreich den engeren Bund auch seinerseits anzubahnen.

Auf's Neue wurde dergestalt dem preußischen Staate die Frage vorgelegt, inwiefern er nunmehr die Verbindung mit den deutschen Reform-Ideen, wie sie sich im Parlament manifestirten, eingehen wolle oder nicht. Eine neue große Aussicht wurde ihm geboten, eben die, eine dominirende Stellung in Deutschland zu erlangen. Und mußte nicht auch dem König daran liegen, den Verwirrungen ein Ende zu machen, die Macht in die Hand zu nehmen? Ein starkes politisches Interesse sprach dafür. Ueber die anstößigen Einzelheiten hätte sich später hinwegkommen lassen: die Ueberzeugung der Meisten war, daß es dazu nur eines festen Willens bedürfe.

An und für sich wäre nun auch König Friedrich Wilhelm IV. fähig und selbst geneigt gewesen, die höchste deutsche Würde anzunehmen. Es entsprach einem tiefen und berechtigten Ehrgeiz seines Herzens. Aus allem, was er dagegen sagt, leuchtet doch dieser Zug hervor: die Krone der Salier und Hohenstaufen an die Hohenzollern zu bringen, wäre ihm als der Gipfel persönlichen und dynastischen Glückes erschienen. In seiner Seele theilte er alle die Gefühle für die Herstellung deutscher Einheit, welche seine Zeitgenossen seit dem Jahre 1806 erfüllten. Aber auf der anderen Seite zeigten sich doch die gewichtigsten Gegengründe. Einmal konnte sich der König des Gedankens nicht erwehren, der aus seiner historischen Anschauung entsprang, daß dem Hause Oesterreich die erste Stelle in Deutsch-

land gebühre. Nicht als ob es nicht Fälle hätte geben können, in denen er die obere Leitung übernommen hätte. Wir berührten schon eine Andeutung dieser Möglichkeit und werden darauf zurückkommen. Allein in diesem Augenblick, in welchem Oesterreich zu erneuter Macht gelangt war und die revolutionären Elemente siegreich bekämpfte, lag ein für ihn gültiger Anlaß dazu nicht vor. Alles, was er über sich gewinnen konnte, war jener Versuch, den engeren Bund zu Stande zu bringen. Das sollte jedoch mit möglichster Schonung Oesterreichs geschehen. Bei den Verhandlungen hierüber ist man dem Könige zuweilen schon zu weit gegangen. In seinem Unmuthe hat er einmal an Bunsen geschrieben, er habe die preußische Politik in die Hände des Staatsministeriums gelegt; sie sei hinfort nicht mehr die seine [1]). Dazu kam eine wachsende Verstimmung des Königs über das Verhalten des Frankfurter Parlaments in der dänischen Angelegenheit, das dem besonderen preußischen Staatsinteresse entgegenlaufe. Aber die Hauptsache war doch der Widerspruch, in welchem sich Friedrich Wilhelm mit den liberalen und radicalen Tendenzen der Versammlung befand. Seine ganze Gesinnung widerstrebte der Annahme der Krone, die ihm geboten wurde; denn dies Anerbieten trat ihm aus der Mitte der revolutionären Bewegung entgegen. Es hätte ihn sogar zur Theilnahme an derselben und zur Vertheidigung der in Frankfurt auf Grundlagen, die er verabscheute, aufgebauten Beschlüsse verpflichtet. Ueberdies: er war viel zu sehr ein geborener Fürst und von dem ausschließenden Rechte des deutschen

1) Schreiben vom 11. Februar 1849. Das Datum stammt nicht von der Hand des Königs; es ist von Bunsen später zugefügt, aber ganz unzweifelhaft.

Fürstenthums über das Kaiserthum, d. h. die höchste Würde auf Erden, zu verfügen durchdrungen, als daß er nicht den Versuch der Versammlung, aus eigenmächtiger Erhebung diese Würde zu übertragen, als eine Usurpation und gleichsam als Standesbeleidigung betrachtet hätte.

In dem angeführten Briefe an Bunsen heißt es weiter:

„Wenn die persönliche Frage kommt, dann werd' ich reden, würdig als Siebenzehnter der herrschenden Hohenzollern — dazu. Wie? — das wissen Sie — Nicht wie Sie wünschen und hoffen. Ich setze meine Krone und mein Leben daran: ein ehrlicher Mann und Fürst zu bleiben. Vale!

F. W."

„Wir stehen", schreibt er am 14. März, „auf schicksalsschwerer Entscheidung. In Frankfurt wächst mit dem Gefühl der Schwäche der Entschluß zu kühnen, unsinnigen, frevelhaften Griffen. Gagern will den Krieg mit Dänemark. Welcker will mich morgen oder übermorgen zum Kaiser ausrufen lassen. Ich mache Dänemark **nicht** den Krieg. Ich nehme jene Krone **nicht** an. Beyde wissen beydes — und thun es doch. Sie halten mich für einen Pinsel —. Sie irren sich, das müssen Sie wissen, lieber, treuer Freund, und danach handeln und sprechen. Darum sag' ich's Ihnen.

Gott seegne in Gnaden Ihr und mein Thun und Lassen, Dichten und Trachten, Wollen und Vollbringen. Und kommt's zum Bruch, so ist Teutschland dennoch nicht verlohren, — denn Gott der HErr ist mit uns!"

Der König hatte in diesen Tagen noch einige andere Correspondenzen; sie sind alle von gleichem Geiste durchdrungen. Ernst Moritz Arndt, der bereits in seinem achtzigsten Jahre stand, aber an der Versammlung von Frankfurt mit der Fülle eines von Patriotismus durchdrungenen Herzens Antheil nahm, richtete eine Zuschrift an den König, in der er ihn beschwor, den Bundesstaat, für den er sich erklärt habe, durchzuführen und sich dem Sinne der Nationalversammlung gemäß an die Spitze von Deutschland zu stellen. Sein vornehmstes Argument war, daß Oesterreich, wenn auch widerstrebend, sich radicalen und communistischen Elementen verbinden und die Weigerung des Königs zur rothen Republik führen könne. Der Brief ist auch in seiner Fassung sehr außerordentlich. Es ist darin eine Mischung von kindlichem Drängen und dem Respect des getreuen Unterthans. Man sieht, wenn ich so sagen darf, in dem silbernen Haar die blonden Locken der Jugend. — Auf den König machte das Schreiben den Eindruck, daß hier ein in patriotisch deutschem Gefühl ebenbürtiger Mann von reiner Gesinnung mit ihm rede. Er antwortete ihm, wie er sagt, als sein „wohlgeneigter König und guter Freund". Den Communisten und rothen Demokraten stand er noch ferner, als Arndt; er bezeichnet sie als Menschen der Hölle und des Todes. Aber nicht in ihnen sah er die eigentliche Gefahr, denn nur auf dem lebendigen Boden der Revolution seien sie gewachsen, sondern in dieser selbst. Revolution bezeichnet er als das Aufheben der göttlichen, der rechten Ordnung. Mit dem Strome derselben treibe aber die Nationalversammlung, da sie den deutschen Obrigkeiten keine Beachtung widme. Ihr Beruf sei, eine Verfassung zu entwerfen und darüber mit den regierenden Herren und Städten

Deutschlands zu vertragen. Wer aber habe ihr das Recht gegeben, den rechtmäßigen Obrigkeiten einen Kaiser zu setzen. Sie habe weder eine Krone zu geben, noch zu bieten; die Krone, die sie ihm biete, sei das eiserne Halsband, durch welches er, das Haupt von sechszehn Millionen, zum Leibeigenen der Revolution gemacht werden solle. Es sei ferne von ihm, sie anzunehmen. Würde aber der ächt und recht vereinte Rath der Kurfürsten und des Volkes ihm die alte, wahre, rechtmäßige, tausendjährige Krone deutscher Nation anbieten, dann würde er antworten, wie ein Mann antworten muß, wenn ihm die höchste Ehre dieser Welt geboten wird.

Auch Beckerath, der durch die religiöse Gesinnung, die er an den Tag legte, dem König besonders werth geworden war, hat damals an ihn geschrieben. Er hob die sittliche Bedeutung der monarchischen Gewalt hervor, d. h. ihren Beruf, die sittliche Grundlage des Staates mit dem Schilde ihrer unantastbaren Macht zu decken, wie das der König schon in Preußen gethan habe. Dasselbe aber müsse auch in Deutschland geschehen. Es bedürfe der Errichtung eines Thrones, in welchem das deutsche Volk zugleich eine dauernde Bürgschaft seiner Einheit und seiner Freiheit erblicke. Er wisse, der König strebe nach keiner Machterweiterung; die christliche Demuth, d. h. hingebende Gesinnung gegen die Vorsehung verpflichte ihn, den Beruf, den diese seinem Preußen auferlege, zu übernehmen. Er erinnert an Friedrich Wilhelm III., der, in drohenden Gefahren den Nothschrei des Volkes erhörend, den schwersten Entschluß ergriffen habe, durch den das Vaterland errettet worden sei. — In seiner Antwort verweist der König Beckerath auf den vorangegangenen Brief an Arndt,

den ihm dieser gern mittheilen werde, indem er die brennende Vaterlandsliebe, die in beiden athme, anerkannte, aber eine gleiche für sich selber in Anspruch nahm. Auf's Bestimmteste kehrt er seinen Beruf, die destructiven Elemente zu bekämpfen, hervor: er habe mitten in den Stürmen sein Haupt aufrecht erhalten. Im November sei daran nichts geändert; ebenso wenig solle es jetzt geschehen. Er stehe hoch genug, um in dem Strome der Revolution die reinen, wie die gräuelhaften Bestandtheile zu unterscheiden. Aber wer nur aufschaue und Gott verehre und liebe, werde den rothen Bodensatz in dem Strome wahrnehmen: der müsse versiegen, wenn Deutschland gerettet werden solle [1]).

Es springt in die Augen, welch eine geistige Kluft die Paulskirche und das Schloß von Charlottenburg von einander trennte. Sollten wir den Moment des Gegensatzes bezeichnen, der als der historisch bedeutendste angesehen werden muß, so wäre es der folgende. In Friedrich Wilhelm lebte der Begriff der legitimen Gewalt, in Verbindung jedoch mit der freien Entwickelung, die sie gestatte. Der König ging nicht so weit, die Nationalversammlung von Frankfurt schlechthin zu verdammen; als Volkshaus oder als zweite Kammer hätte er sie anerkannt; aber er bestritt ihr die Machtvollkommenheit und konnte eine Krone nicht annehmen, in deren Uebertragung der Begriff der Nationalsouveränetät zur Erscheinung kam.

Wir erwägen hier nicht die Berechtigung der entgegengesetzten politischen Systeme; aber vielleicht ist es dem Könige

---

1) Der Brief Beckeraths ist vom 18., der des Königs vom 20. März 1849 datirt, beide veröffentlicht von Oncken in der Cölnischen Zeitung vom 14. Januar 1873.

zuzuschreiben, wenn die Idee der Nationalsouveränetät in Deutschland niemals festen Grund und Boden gefunden hat. Darauf beruht noch heute der Unterschied zwischen Frankreich und Deutschland. Noch ein anderes Moment aber bestärkte den König in seiner Haltung. Er sah die radicalen Elemente vor sich, welche er von ganzer Seele haßte und verabscheute. In ihrem Treiben sah er gleichsam ein satanisches Beginnen gegen Religion und Staat, dem er nicht Raum zu geben, sondern selbst mit dem Schwerte Gideons zu widerstehen die heilige Pflicht habe.

Am 27. März wurde in Frankfurt die Kaiserwahl definitiv und feierlich vollzogen. Bunsen, der die Nachricht davon am 31. März erhielt, hat noch an demselben Tage dem König ausführlich darüber geschrieben, um ihm die Annahme der Wahl auf das dringendste anzurathen. Und nicht ohne Gewicht sind die Argumente, die er dafür anführt. Die Ablehnung würde, so sagt er, für die Person und das Haus des Königs, für die preußische Monarchie und die Zukunft von Deutschland gefährlich werden. Die Manifestation von Oesterreich, nach der dieses bei seinem Eintritt mit der gesammten Macht in den deutschen Bund 38 Stimmen für sich habe, während den Deutschen nur 32 Stimmen zufallen sollten, mache jedes weitere Wort unnütz. „Deutschland kann in Zukunft nur bestehen als freies Bundesreich neben dem österreichischen Gesammtstaate, dazu nur in Form eines Reiches mit einem erblichen Oberhaupte. Preußen hat zwischen dieser hohen Stellung und einer kümmerlichen Abhängigkeit von Oesterreich und Rußland zu wählen. Ew. Majestät können das, was geschehen muß, vielleicht auf Ihre Lebenszeit verhindern. Geschehen wird es aber; denn das Gefühl Deutsch-

lands, eine Nation zu sein und als solche dem Auslande gegenüberzustehen in Krieg und Frieden, ist unvertilgbar." Damit biete sich jetzt die friedliche Ueberleitung der revolutionären Bewegung in ein parlamentarisch-monarchisches Geleise. Der König würde, wenn er ablehne, zugleich mit seiner Vergangenheit und seiner Zukunft brechen. Er drückt sich hierüber so stark wie möglich aus. Der König, ein constitutioneller Fürst, werde dieser Nothwendigkeit nicht entgehen ohne eine Contrerevolution oder eine Abdication. Die Einwendungen, die man von dem Wahlgesetze oder dem nur suspensiven Veto hernimmt, schlägt er nur gering an: denn das Erste sei ja das preußische System, das Zweite habe in einem Bundesstaate nicht soviel zu bedeuten, wie in einem Einzelstaate. Für eine unbedingte Annahme war Bunsen selber nicht. Das Verhältniß zu Oesterreich sollte doch auf den Grund der Bundesacte aufrecht erhalten, die Abänderung der Reichsverfassung durch einfache Majorität vorbehalten werden. Nur die Ablehnung bestritt er mit all seiner dringenden Lebhaftigkeit. Gewiß war es ihm Ernst mit der Verwandlung der demokratischen Bewegung in eine constitutionelle. Das aber war es eben, wovon der König niemals zu überzeugen war. Er glaubte nicht anders, als daß die demokratische Bewegung sich seiner Macht bedienen wolle, um die revolutionären Ideen in Deutschland zur Geltung zu bringen.

Ehe dieser Brief eintraf, hatte der König den entgegengesetzten Entschluß — nicht etwa gefaßt, denn das war längst geschehen [1]) —, aber feierlich ausgesprochen. Der Deputa-

1) In Varnhagens Tagebüchern VI, S. 111 wird angegeben, der

tion, die ihm meldete, „daß ihn das Vaterland als den Schirm und Schutz seiner Einheit, Freiheit und Macht zum Oberhaupte des Reiches erkoren habe", antwortete er: in ihrer Botschaft erkenne er die Stimme der Vertreter des deutschen Volkes; sein Blick werde dadurch auf den König der Könige gelenkt und auf die Pflicht, die ihm als dem Könige von Preußen und als einem der mächtigsten deutschen Fürsten obliege; er danke für das Vertrauen, das man ihm beweise; aber er würde heilige Rechte verletzen und mit sich selbst in Widerspruch gerathen, wenn er ohne das freie Einverständniß der gekrönten Häupter, der Fürsten und der freien Städte Deutschlands einen für Alle, Fürsten und Stämme, entscheidenden Entschluß fassen wolle; von denen müsse erst geprüft werden, ob die Verfassung dem Einzelnen und dem Ganzen fromme; ob er durch die ihm zugedachten Rechte in Stand gesetzt sein würde, die Geschicke des großen deutschen Vaterlandes mit starker Hand zu leiten. Eine Ablehnung für immer liegt darin nicht; aber dem Sinne gemäß, in dem er sich schon immer erklärt hat, fordert der König eine vorläufige Uebereinkunft der Regierungen und der Versammlung, wie in Bezug auf das Anerbieten selbst, so auch auf den Umfang der ihm zu übertragenden Gewalt. Zugleich spricht er seine Hingebung für die Sache und das Wohl Deutschlands auf das nachdrücklichste aus; in allen Gauen möge man verkündigen, daß Preußen in inneren und äußeren Gefahren der Schirm und Schild Deutschlands sein werde.

Indem aber der König die Krone, wie sie ihm von der

König sei in Neustadt=Eberswalde umgestimmt worden; „man sieht in der Fahrt dahin eine besondere Intrigue." — Und noch immer werden diese leeren Gerüchte wiederholt.

Deputation angeboten wurde, nicht annahm, hielt er doch an dem durch die Circularnote ergriffenen Standpunkt fest. In einem besondern Erlaß erklärt er sich bereit, wenn es ihm von den deutschen Regierungen angetragen werde, unter Zustimmung der Nationalversammlung die provisorische Leitung der deutschen Angelegenheiten zu übernehmen und an die Spitze eines Bundesstaates zu treten, der aus den Staaten sich bilde, welche sich demselben freiwillig anschließen würden. — Eines der für die Geschichte bedeutendsten Schreiben, die je aus Friedrich Wilhelms Feder geflossen sind, ist das, worin er Bunsen von der Richtigkeit und Nothwendigkeit seines Entschlusses zu überzeugen sucht; er hat es „unter dem Geläute der Glocken, die das Osterfest ankündigten", begonnen [1]).

Einen halben Tag, sagt er darin, habe er über die Bunsenschen Briefe nachgedacht; dabei sei er zu dem traurigen Schlusse gelangt, daß er sich mit dem alten Freunde nicht mehr verständigen werde. Zwischen ihnen sei ein Kampf, wie zwischen Fisch und Vogel.

„Sie sind von den Eindrücken der Revolution von 1848 überwältigt. Sie haben dem scheußlichen Bastard von Mensch und Teufel einen ehrlichen Namen „Teutschland" gegeben. — Ich hingegen habe vom 18 – 19. März 48 bis heut Nichts darin erkannt, als den Abfall von Gott. [Oh, lieber Freund, nehmen Sie dies nicht mit Hohn auf!!!] Ich habe dem Gräuel Bastard, ohne zu zucken und zu wanken, seinen Namen gegeben. — Sehen Sie, lieber Bunsen, da ist der Umstand, der unser Verständniß, menschlich zu reden, unmöglich macht. —

---

1) Schreiben Charlottenburg 7. Mai 1849.

Nächst der Zerstörung des frommen Baues teutscher Sitten, Gliederungen und Rechte hat **das** vor Allem mein Herz zerrissen, daß die heilige Losung „Teutschland" vielleicht für immer der Verachtung, der Verleugnung, der Entrüstung aller edlen Menschen der künftigen Tage Preis gegeben worden ist, daß das Wort, welches mein Gemüth seit 50 Jahren mit den Schauern der Begeisterung durchbohrte, das Stich-Wort, ja der Vorwand aller Treulosigkeit, jeglichen Eidbruches, jeder Infamie geworden ist. — Und dem Namen Teutschland klebt **nicht** die Heiligkeit vom Namen des HErrn an, der auch durch die Gräuel der Jesuiten nicht angetastet werden konnte. Und doch lieb' ich Teutschland, seine Ehre und Ruhm und **Geltung** mit **der** Liebe, mit der man am Namen einer unvergleichlichen Mutter hängt. [Und ich weiß, was **das** sagen will.]"

Am Ostersonntag schrieb der König an diesem Briefe weiter. Die cassandrischen Sprüche Bunsens machten ihm keinen großen Eindruck; denn es werde sich bald zeigen, wer das Labarum führe, ob die Revolution oder er, der König. Er hatte von der Abkunft zwischen der Rechten und der Linken in Frankfurt gehört, in Folge deren diese für den König von Preußen als Kaiser stimmen, jene aber das unverbrüchliche Festhalten der Constitution versprochen haben sollte. „Ich sage", fährt er fort: „Wäre es der Paulskirchlichen Majorität wirklich um die Sache zu thun gewesen, so gebot der gesunde Menschen-Verstand so gut als **ein Quentchen Rechtsgefühl und ein Löthchen Glauben an die Ehrlichkeit meiner officiellen Aeußerungen** diesen Patrioten, **zuvor die Zustimmung der rechtmäßigen**

Obrigkeiten (en parenthèse der Obrigkeiten, denen sie selbst durch heilige Eide verpflichtet sind) einzuholen. Ich frage warum nicht? haben sie sich denn das nicht gefragt? Alles Ding hat eine Ursach. Also auch dies Ding. — Warum nicht? Die Antwort ist mir (und Gottlob! allen Gesunden) nicht zweifelhaft. — Weil diese Patrioten (!) die Revolution, die Souverainetät teutscher Nation unwiderruflich dadurch befestigen wollten, daß sie dem Narren, dem Preußenkönig ein Hundehalsband umschnallten, das ihn unauflöslich an die Volkssouverainetät fesselte, der Revolution von 48 leibeigen macht! Das, theuerster Freund, ist des Pudels Kern; dieses **schnöden** Pudels einzige Entschuldigung. Grâces à Dieu! c'était une finesse, cousue de fil d'archal. Ich und mein Ministerium brauchten so groben Machinationen gegenüber keinen Aufwand von Geist zu machen, um ihren Kern zu entdecken. Daher rührt mein Bescheid an die, gradezu inqualifiable Deputation der Paulskirche. Des Bescheides Sinn ist: „Ich kann Euch weder ja, noch nein antworten. Man nimmt nur an und schlägt nur aus eine Sache, die gebothen werden **kann**, — und Ihr da, habt gar nichts zu biethen: das mach' ich mit meines Gleichen ab; jedoch zum Abschied die Wahrheit: Gegen Demokraten helfen nur Soldaten; Adieu!"

Ich hoffe, daß dieser durch meine Ehre und meinen Namen, meine Stellung „als Fürst von Gottes Gnaden" nothwendig gebothene Bescheid das erforderliche Hof-Kleid angezogen hat. Was hinter Rock und Hemd steckt, wissen Sie so gut wie ich. Das konnt' und durft' ich nicht ändern. Und nun gehe die Sache unter Gottes Führung! Amen.

Noch eins, lieber Bunsen. Gesandte an den Mittel-

punkten, an welchen die Welthändel gemacht werden, haben das mit den Königen, die Europäischen Großmächten vorstehen, gemein, daß sie die Dinge à vue d'oiseau sehen. In dieser Lage sind Sie und zwar bon gré mal gré. Was die Könige da voraus haben, ist die Möglichkeit, über die Weitsicht nicht den Blick in nächster Nähe und das Wissen um die Stimmung und Ansicht der Bevölkerung des eigenen Landes zu verlieren. Darüber hab' ich nun Data und eigne Anschauungen, die, von Anderen geglaubt oder verworfen, doch das bleiben, was sie eben sind. So kann ich Ihnen die tröstliche oder trostlose Versicherung geben, daß die 48ger Teutschthümelei im Großen und Ganzen bei uns, namentlich in der größeren östlichen Abtheilung der Monarchie, gar keine Wurzel geschlagen hat, sondern daß mein Preußen diesseits der Weser, sowie jenseits meine Markaner, Ravensberger, Mindner, Clever, Mörser und Geldrer in der überwiegendsten Masse Schwarzweiß sind und Teutschland höchstens als Acquisition, aber keines Weges als Gegenstand gelten lassen, in welchem sie aufgehen sollten. Darauf können Sie Häuser bauen!

Nun bitt' ich schließlich noch um Einen kritischen Blick auf die Abstimmung in Frankfurt. Ich gehe soweit in der Nachgiebigkeit (und es ist in Wahrheit wohl zu weit gegangen), daß ich hier von dem Hochverrath der maskopy mit der Linken abstrahire. Die hochgerühmte Majorität! für die Kaiser-Wahl war, unter 538 Mitgliedern, 43!!! Bekanntlich eine Majorität, vor welcher Englische Minister oft und mit Recht ihren Rücktritt erklären. — Ferner seien Sie so gut und zählen Sie einmal, d. h. was man unter gens

d'esprit zählen heißt, die Macht der 28 Fürsten zusammen, die mir ebenfalls ihre Stimmen gegeben haben. Die Revolution nennt das, versteht sich, eine Majorität. Schiller, das Evangelium Vieler, die der „frohen Botschaft" nicht mehr glauben, sagt im Demetrius von solchen Stimmen: „Nicht zählen, wägen sollt Ihr sie." Das habe **ich** nun, ohne Schiller, schon gelernt, die Weisheit unserer Altvorderen im heiligen Reich bewundernd.

Doch bleiben wir strikte bei der modernen Gemeinheit —. Danach sind 28 Stimmen von 38 die Majorität. Zählen Sie nun, was kein Kaiser je verbiethen dürfte, die Macht der Stimmen zusammen, so repräsentirt die Majorität etwas über 6,000,000 Menschen und die Minorität etwas über 23,000,000!!! Dasselbe Verhältniß ist bei nur oberflächlicher Betrachtung der Stimmgebung und Stimm-Versagung in der Paulskirche bei der Wahl (wohl zu verstehen — den durch jene 80 gemachten Handel abgerechnet)[1]) leicht zu erkennen. — !!! — ! — !!!

Wer nur Teutschlands Ehre und Geltung liebt wie ich, wem der heilige Name des „Vaterlandes der Treue" kein leerer Schall ist, wem seine eigene Geltung in der Weltgeschichte nicht gleichgültig ist — Was soll **der**, ich frage Sie, die Hand aufs Herz, zu solcher Wirthschaft sagen?

Ich schweige — und handle, wie meine und Hohenzollerns Ehre, wie der teutsche Name und der gewissenhafte Blick

1) Vergl. hierüber Haym, die deutsche Nationalversammlung IV. S. 32, und Jürgens, Zur Geschichte des deutschen Verfassungswerkes Bd. II. S. 263.

in die Geschichte es gebiethen. — Und die, welche mit mir gehen wollen — (denn „ohne Selbstlob" — das kommt nicht alle Tage vor) — die können besorgt für ihre Existenz, aber gewiß nicht für ihren guten Namen in der Historie sein. — Wählen Sie, lieber Bunsen.

Von den dänischen Dingen hab' ich weder Lust noch Zeit, heut ordentlich zu reden. Sie sind mir ein Gräuel, wie jenes Handschreiben von daher — Mumienfarbe und Aas-geruch! —

An dem russisch-türkischen Kriege, an den französisch-algierischen Kämpfen hab' und hatt' ich immer die seltne Befriedigung, beiden Theilen zu gleichem Maße Recht zu geben. Beider Theile Niederlage, beider Siege freuten mich. Hier ist's grade das Gegentheil. Beide Theile sind in gleich hundswüthiger Thorheit an einander gerathen. Beider Theile Niederlage und Siege schmerzen mich unsäglich.

P. S. Ich habe jetzt nur zwei Ambitionen: 1) die, jetzt wenn irgend möglich und sobald als irgend möglich, durch die Könige und Fürsten gewählt an Erzherzog Johanns Stelle provisorischer Statthalter von Teutschland zu werden, und Ordnung zu machen; 2) dann aber Erzfeldherr Teutschlands zu werden, um Ordnung zu erhalten."

Bunsen lebte in einer so festen Ueberzeugung von der Richtigkeit seiner Anschauungen, daß er sie auch diesen ausdrücklichen Erklärungen gegenüber nicht fallen ließ. In seiner Antwort bringt er eine nicht ungegründete Einwendung gegen die Erzfeldherren-Idee des Königs vor, nämlich die, daß ein solcher entweder einem Ministerium unter-

worfen oder ein Dictator sein müsse, was doch beides der Gedanke des Königs nicht sein könne. Zugleich bleibt er noch immer dabei, daß der König die Verfassung annehmen und mit den Fürsten, die sich ihm anschließen würden, ein nach den Bestimmungen der Verfassung ergänztes Parlament berufen müsse, um das constitutionelle Erbkaiserthum zu realisiren.

„Dem Politiker bleibt volle Freiheit, und zwar dem geistlichen, frommen, welcher der allein weise ist:

zu beurtheilen, ob es einen anderen Weg giebt, das Schiff in den Hafen zu führen und vor dem Untergang zu retten, als auf die Verfassung hin, wie sie steht, mit denjenigen Fürsten, welche wollen, das volle Parlament zu berufen, zur Revision und definitiven Sanction, die alsdann verfassungsmäßig in den Händen des erblichen Oberhauptes ist."

Bunsen konnte diesem Schreiben einen an ihn selbst gerichteten Brief von Sir Robert Peel beilegen, der sich in den mildesten Formen doch auch für die Annahme erklärte, welche weniger Gefahr haben dürfte, als die Verweigerung. Dadurch wurde der König veranlaßt, sich noch einmal ausführlicher auszusprechen [1]). Man sage ihm, er stehe zwischen zwei Gefahren: der einen, sein Reich und seine Krone in ein revolutionäres Imperium aufgelöst zu sehen, dessen Haupt er selber zur Entschädigung für seine Verluste werden solle; und

1) Schreiben vom 1. Mai 1849.

der anderen: in einen Conflict mit dem durch anerkannte Repräsentanten dargestellten deutschen Volkswillen zu gerathen. Die erste halte man für die geringere, da der revolutionäre Ursprung der Kaiserstellung durch weisen, vorsichtigen und doch energischen Gebrauch der verliehenen Gewalt beseitigt werden könne. Man rathe ihm, sich dem Volkswillen zu beugen, der sonst unversöhnlich sein würde. Darauf entgegnet er: es sei wohl der größte Irrthum, den Sir Robert Peel jemals begangen habe, wenn er den Volkswillen in Deutschland dem gleichstelle, der seit ein paar hundert Jahren in England zu einem rationellen und legitimen Begriff geworden sei. Er erzählt dann: auch Beckerath habe ihm die Gewißheit der glücklichen Kur des revolutionskranken Imperium anlockend vorgestellt; er habe ihm geantwortet: das sei ein Rath, wie der dem Propheten Daniel gegebene, getrost in die Löwengrube hinabzusteigen, in der Zuversicht, daß Gott ihm dabei helfen werde; aber er, der König, sei nicht der Prophet Daniel; er würde glauben, Gott zu versuchen. Unmöglich könne Sir Robert Peel die Consequenz verkennen, welche in den Schritten des preußischen Cabinets herrsche, seitdem man sich von dem nach Krieg mit Rußland dürstenden Baron Arnim frei gemacht habe.

„Der Kern dieser Consequenz ist: die Meinung der Besseren und Edeln in Teutschland, nicht den Volkswillen, der nicht existirt, das gerechte und erhebende National-Gefühl, „Teutschland eine Geltung als Teutschland zu verschaffen“, mit unseren Bundes-Pflichten gegen gleichberechtigte Souveräne in Einklang zu bringen. Ich frage Sir Robert also ferner, ob er mir räth, inconsequent zu werden.

Ein anderes Capitel ist meine Abwägung der beiden inevitablen Gefahren. Ich halte die Gefahr, mich wohlfeil zu entehren, indem ich die herrliche Schöpfung Gottes durch die Geschichte „Preußen" unwiederbringlich auflöse aus Gehorsam gegen eine Versammlung, welche die angestammten höchsten Obrigkeiten des Vaterlandes für Nichts achtet und sich dadurch, sowie durch die maskopy mit Gottlosen Bluthunden, als der Revolution verfallen bewährt hat, für moralisch weit größer, als die Gefahr, „einen Kampf auf Tod und Leben mit der Revolution von 1848 einzugehen".

Meine feste Ueberzeugung, daß auch das Materielle **dieser** Gefahr geringer, als das **jener** Gefahr ist, wiegt auch nicht eines Quentchens Schwere in der Waage meiner Entschlüsse. Da müssen Sie und Sir Robert mir schon auf mein Wort glauben, daß ich zu **solchem** Abwägen zu sehr Preußischer Offizier und Hohenzoller bin."

Man erkennt, daß außer den religiösen und socialen Antipathieen den König auch noch historisch-politische Gründe objectiver Art zu seiner Weigerung bewogen haben. Er war König von Preußen, Oberhaupt dieses von Anfang an auf Unterordnung unter eine legitime höchste Gewalt beruhenden Staates, der auf dieser Grundlage nach und nach zu seiner Macht und Bedeutung erwachsen war. Königlicher und zugleich religiöser konnte er sein Gefühl für Natur und Wesen des preußischen Staates nicht ausdrücken, als indem er denselben als die herrliche Schöpfung Gottes in der Geschichte bezeichnet. Dies sein Preußen will er nicht mit einer Ordnung der Dinge in Verbindung bringen, die auf einem ganz

anderen Princip beruht; so daß er, wenn er ihr beiträte, den gesetzlichen und ethischen Boden, auf dem er steht, erschüttern oder selbst zerstören würde. Durch das Imperium, das man ihm anbot, meint er seinen königlichen Thron in Gefahr zu bringen, was für ihn ein Ungedanke ist. Wie weit beide vereinigt werden könnten, war, wie berührt, die Frage der Epoche an Preußen. Friedrich Wilhelm IV. hatte nie gemeint, an die Spitze eines anderen, als eines seinem Staate analog gebildeten Deutschlands zu treten. Unmöglich konnte er das Kaiserthum annehmen, welches bei seiner Neubegründung Preußen in sich begriffen und demselben einen ganz anderen staatsrechtlichen Charakter, als den es trug, mitgetheilt haben würde. Dagegen hatte Bunsen keine Sympathie mit dem schwarz-weißen altpreußischen Wesen. Für den König wußte er nichts Besseres, als daß er die Leitung eines neuen deutschen Reiches übernehme und zugleich Preußen den aus der Verfassung desselben hervorgehenden Bedingungen gemäß umgestalte. Die Gefahr, daß es sonst doch noch von Oesterreich unterdrückt oder wieder zu einem Anhängsel dieser Macht herabgewürdigt werden könne, wog ihm mehr, als alle die Bedenklichkeiten seines königlichen Freundes. Und wer wollte verkennen, daß eine solche Besorgniß wirklich gehegt werden konnte. Wenn der preußische Staat dem revolutionären Elemente seiner Bildung nach widerstrebte, so hätte es doch seiner Natur und Geschichte ebenso sehr widersprochen, sich der Autorität von Oesterreich zu unterwerfen oder auch nur sich zu fügen, zumal wenn diese Macht aus ihren inneren Wirren neu gekräftigt hervorging. In dem Könige lebte, wie wir öfters bemerkten, bei aller Rücksichtnahme auf Oesterreich, die auf dem gemeinschaftlichen Kampfe

gegen die Revolution beruhte, doch auch eine Antipathie gegen das Uebergewicht desselben, durch welches Deutschland seinen Absichten dienstbar und die eigene preußische Macht beschränkt und herabgedrückt würde. Dies war der innere Antagonismus, der ihn unaufhörlich beschäftigte. Wir können hinzufügen, daß er darüber bei sich selbst einen Entschluß gefaßt hatte. Auf eine Aufforderung, an die Spitze Deutschlands zu treten, die ihm, wie er sich ausdrückt, im Jahre vor Satans Losbruch zukam, hat er geantwortet und diese Antwort, wie er später sagt[1]), unter den Stürmen der Revolution bis zum Kremsierer Reichstag mehr als einmal wiederholt: er könne, wolle, werde der Thatsache, daß Oesterreich der mächtigste Staat Deutschlands sei und bei jeder Veränderung in der Verfassung des deutschen Bundes ein Recht auf den ersten Platz habe, nimmermehr zuwiderhandeln. „Aber", fügte er hinzu, „mein Recht als zweitmächtigster Staat kenne ich wohl; es würde von selbst erwachen und durch mich wachend geführt werden, sobald Oesterreich durch nie vorherzusehende, höchst unwahrscheinliche Umstände aufhört, der erste Staat Teutschlands zu seyn. — Mit Oesterreichs Fall vor dem unseren (13. März 1848) wurde Preußens Rolle angebahnt und durch die Kremsierer Constitution vollendet." Authentische Aeußerungen, die ein bedeutungsvolles Streiflicht auf die Haltung des Königs werfen. Man wird sie nicht übersehen dürfen, wenn man sein Verhalten beurtheilen will, wiewohl wir uns bescheiden, daß sie nicht alle Räthsel lösen. Wohl möglich, daß schon bei den Erklärungen des Königs vom 18. März, noch mehr bei der Manifestation am 21. März nach

1) Schreiben vom 11. Januar 1852.

den Wiener Ereignissen diese Gesichtspunkte mitgewirkt haben. Unzweifelhaft hängen jene an die alte Reichsverfassung anknüpfenden phantasiereichen Entwürfe über das deutsche Königthum oder ein nur nicht erbliches deutsches Kaiserthum vom April 1848 damit zusammen; sie werden durch diesen Grundgedanken erst verständlich.

Seitdem aber waren andere Verhältnisse eingetreten. Nicht die Machtlosigkeit, sondern die Reconstruction von Oesterreich als europäischer Gesammtstaat verhinderte dessen gleichmäßige Theilnahme an den eigentlich deutschen Angelegenheiten. Ohne mit sich in Widerspruch zu gerathen, konnte der König daran denken, in der Reorganisation Deutschlands die leitende Rolle zu übernehmen. Wenn er den engeren Bund zu Stande brachte, so gründete er um sich her, ohne mit Oesterreich zu brechen, doch gleichsam eine neue Macht. Diesen Gedanken ergriff der König, als er die Krone ablehnte, entschieden und bewußt als die einzige Rettung der Idee der deutschen Selbständigkeit und Einheit gegen die Uebermacht und den auf anderen, als den deutschen Gesichtspunkten beruhenden Einfluß von Oesterreich. Diese Absicht sprach der König auf's Neue in einer Circularnote vom 28. April und in einem Manifest vom 15. Mai 1849 aus; er hat Bunsen bereits damals darauf aufmerksam gemacht, daß er daran festhalte, Oesterreich zum Trotz.

Alle seine politischen Handlungen in den Jahren 1849 und 1850 beruhen darauf. Und schon kennen wir die europäische Tragweite dieses Vorhabens. Eine innere Consolidation Deutschlands unter der Führung Preußens war besonders den englischen Ministern in hohem Grade genehm.

Sie sahen darin eine Befestigung des durch die alten Verträge begründeten Gleichgewichts der Mächte: denn den kleineren Staaten würde es unmöglich sein, sich inmitten des demokratischen Gährens und Wühlens in einer Stellung zu behaupten, in der sie die Uebermacht von Frankreich abwehren könnten. Es war zugleich eine conservative und antifranzösische Tendenz, was die englischen Minister bewog, sich zu Gunsten eines engeren Bundes der deutschen Staaten unter der Hegemonie von Preußen zu erklären. Sie wünschten ein mächtiges Deutschland in der Mitte zwischen Frankreich und Rußland, das, auf seinen eigenen Füßen stehend, eine unabhängige Politik ergreifen und befolgen könne. Wie viel aber gehörte dazu, um diesen Plan auszuführen. Wenn man nach Verlauf eines Vierteljahrhunderts sich in die Politik des damaligen Augenblicks zurückversetzt: so entsprang die vornehmste Schwierigkeit aus der Vermischung zweier, doch in der That weit auseinander liegender Gedanken. Der eine war die Erneuerung der alten deutschen Kaiserwürde mit einer sehr nach der Demokratie hinneigenden Verfassung; der andere das Zustandebringen des engeren Bundes. Man könnte meinen, für die Nationalversammlung wäre der richtige Weg gewesen, sich auf das letzte zu beschränken und all ihr Ansehen auf die Durchführung desselben zu verwenden. Das mag kaum möglich gewesen sein; wir streiten nicht darüber. Aber die Uebertragung eines erblichen Kaiserthums an die Krone Preußen, unschätzbar als Manifestation, hatte als politische Handlung von vornherein die schwersten Bedenken gegen sich. Denn in der That mußte man doch befürchten, wenn es auch nicht mit Bestimmtheit vorausgesehen wurde, daß der König die Krone ablehnen würde. Dann mußte die Folge sein, wie sie es denn auch

war, daß die constitutionelle Partei, die jenen Beschluß herbeigeführt hatte, ihr leitendes Ansehen nicht behaupten konnte. Man erlebte sofort, daß die radicale Richtung in Frankfurt das Uebergewicht erhielt; die Versammlung, in offenem Widerstreit mit der bestehenden Ordnung der Dinge, zerfiel in sich selbst und löste sich auf.

Sei es uns gestattet, dieser Reflection, die freilich bestritten werden kann, noch eine andere von ebenso unmaßgeblichem Charakter über die folgenden Ereignisse hinzuzufügen. Ohne den Rückhalt, welchen die Versammlung für die nationalen Ideen bot, war es unmöglich, den engeren Bund in einer dem Bedürfniß entsprechenden Weise zu Stande zu bringen. Der Dreikönigsbund, die Union, die Erfurter Versammlung bilden bedeutende Momente in diesen Bestrebungen; der König nahm daran persönlich den lebendigsten Antheil; aber Erfolg konnten sie nicht haben. Die Beredsamkeit, das Talent und die Energie von Radowitz, der dem König ebenso nahe stand, wie Bunsen, und als der Vorfechter der Unionspolitik auftrat, vermochten nicht zum Ziele zu führen. In den deutschen Fürsten, die durch die Union einen Theil ihrer Souveränetät verloren haben würden, fand diese Politik, die auf eine freiwillige Beistimmung derselben berechnet war, einen immer wachsenden Widerstand. Der österreichische Gedanke, den alten Bund wiederherzustellen, war nothwendigerweise auch der ihre.

Und höchst ungünstig gestalteten sich die europäischen Verhältnisse in allen anderen Beziehungen, namentlich auch in der dänisch-deutschen Frage. Friedrich Wilhelm IV. wollte nicht eigentlich Krieg gegen Dänemark, aber die eventuelle Losreißung Schleswig-Holsteins von dem Sundkönig, die Ver-

bindung dieses Landes mit Deutschland. Hiebei aber stieß er auf den Gegensatz der Macht, auf deren Theilnahme und Unterstützung er sonst rechnete. England wollte Dänemark unter allen Umständen als Gesammtstaat erhalten wissen. Besonders verwundete den König, daß Palmerston hiebei auf die Seite von Oesterreich trat, welches durch die Niederwerfung Ungarns und den Bund mit Rußland, der zu derselben geführt hatte, wieder erstarkt war und seinen alten Einfluß in Deutschland als Stützpunkt seiner Macht erneuerte.

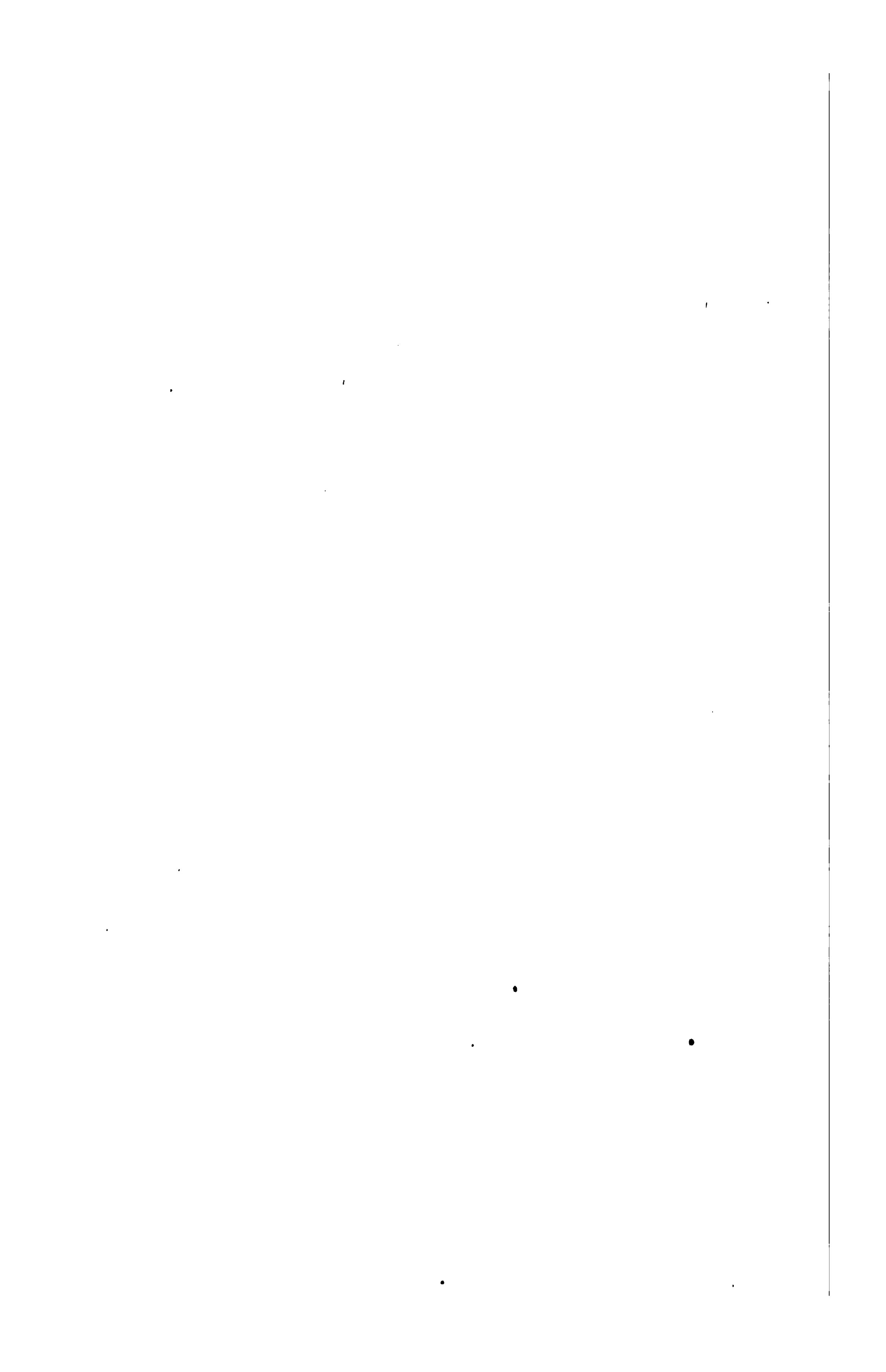
Alle diese Umstände brachten den Conflict hervor, der im Herbst des Jahres 1850 zu offenem Krieg zu führen drohte. Preußen hatte die drei Mächte, die es als seine Verbündeten betrachtete, sämmtlich gegen sich. Diese waren selbst mit Frankreich einverstanden. Man hat oft erzählt, Friedrich Wilhelm IV. habe den Aufforderungen zu schärferem Auftreten entgegnet, er sei kein Friedrich II. Aber Friedrich hatte bei seiner gefahrvollsten Waffenerhebung doch eine vortheilhaftere Stellung, als Friedrich Wilhelm IV.: er hatte wenigstens eine von den großen Mächten auf seiner Seite. Und wie unendlich weit war die schlagfertige Kriegsmacht Friedrichs im Verhältniß zu seinen Nachbarn dem Heere überlegen, welches Friedrich Wilhelm IV. damals in's Feld stellen konnte. Bei den ersten Vorbereitungen zu einem Kampfe, der Mobilmachung, zeigten sich die Mängel des militärischen Systems stärker, als man irgend erwartet hatte. Indem man dann den Versuch machte, zu einem haltbaren Austrage zu gelangen, kam der Nachtheil der Lage Preußens in der Uebereinkunft, die es zu Olmütz eingehen mußte, zu Tage, noch mehr fast in den Consequenzen, die aus derselben gezogen wurden. Unleugbar ist, daß diese Wendung der Dinge eine politische Niederlage in sich schloß.

Doch lag darin keineswegs eine definitive Entscheidung der großen Frage. Die Momente, die wir berührten, haben wie mit dem Vorangegangenen, so auch mit dem Folgenden einen engen Zusammenhang. Seit diesem Mißerfolg traten die militärischen Interessen des Staates wieder in den Vordergrund; die Bedürfnisse der Armee fanden ausgiebigere Berücksichtigung: der Gedanke der Militärreorganisation konnte mit Entschiedenheit ergriffen werden.

Die neuen Differenzen mit Oesterreich, welche eben in den Bundesangelegenheiten zu dem empfindlichsten Ausdruck kamen, riefen noch bei Friedrich Wilhelm IV. Entfremdung und Widerwillen gegen die Staatsmänner in Wien hervor und führten zu der Ueberzeugung, daß es für Preußen unmöglich sei, sich mit der zweiten Rolle in Deutschland zu begnügen. Der Gedanke des engeren Bundes trat nach einigen Jahren unter dem Nachfolger Friedrich Wilhelms IV. mit innerer Nothwendigkeit wieder hervor und hat die Ereignisse herbeigeführt, welche Deutschland und Europa eine neue Gestalt gegeben haben. Dann konnte auch die Kaiserkrone unter Bedingungen, wie sie Friedrich Wilhelm IV. aufgestellt hatte, angenommen werden: allerdings nicht ohne daß das Machtverhältniß geändert worden wäre. Die Waffenthaten, die dazu führten, gehören zu den glorreichsten, welche die Weltgeschichte kennt.

X.

Herrenhaus. Napoleon III.



Wenn wir uns so rasch von jenem Moment im April 1849 abgewendet und über die damit zusammenhängenden folgenden Ereignisse nur kurze, allgemein gehaltene Bemerkungen gemacht haben, so liegt der Grund hiervon darin, daß die Briefe des Königs an Bunsen nichts darüber enthalten. Auch über den Gang der inneren preußischen Angelegenheiten und die Haltung, welche Friedrich Wilhelm IV. dabei einnahm, bietet der Briefwechsel Nichts, was zum Verständniß derselben beitrüge. Nur einmal bei der Creation des Herrenhauses läßt sich der König gegen den alten Freund, der diesem Vorhaben von Anfang an nahe stand, zu eingehenden Aeußerungen herbei. Es war ihm gelungen, in der preußischen Verfassung einige Paragraphen zu Gunsten der monarchischen Gewalt, durch welche sie sich von allen anderen Constitutionen unterscheidet, durchzusetzen. Aber noch immer hielt er es für schwer, in der neuen Staatsform das dem Monarchen zukommende Ansehen zu behaupten. Man fing sogar an, an seiner Verfassungstreue zu zweifeln. Daß diese Meinung sich auch in England verbreitete, veranlaßte ihn zu einem Schreiben an Bunsen, in welchem er ihm zugleich den Gedanken entwickelte, den er dann zur Ausführung

brachte, der Monarchie durch die Errichtung des Herrenhauses eine neue Stütze zu verschaffen [1]).

„Wäre vor meinem Gewissen eine Deutung meiner gelobten Verfassungstreue möglich, so würde diese Treue seit dem August und dem Dezember nur größer geworden seyn. Der Umstand allein, daß ich hinfort mehr denn je „auf England angewiesen bin", würde mich bestimmen, wenn ich durch etwas anderes als mein Gewissen zu bestimmen wäre. Das aber müssen Sie, als mein alter, treuer Freund, wissen, daß mein Gewissen **allein** mich bestimmt; dieses läßt keine Deutung meines Gelöbnisses zu. Dessenungeachtet und meine Treue **nicht antastend**, steht in mir die **volle** und **feste** Ueberzeugung, daß der Ausdruck des modernen Constitutionalismus in der Verfassungsurkunde **Preußens Tod werden muß** [2]). Man hüte sich also im Auslande meine Gelöbnißtreue über den Inhalt der Verfassungsurkunde hinaus zu deuten. Was ich im Gegentheil irgend vermag, um auf constitutionellem Wege mit Consens beider Kammern die Verfassung zum Besseren zu ändern und zu wandeln, werde ich redlich und con amore, ja mit gewaltigstem Ernste, als ein König von Gottes Gnaden versuchen und thun. So ringe ich jetzt mit meinem Ministerium, um die Bestimmungen der Verfassung über die I. Kammer zu ändern; die Zusammensetzung halb durch Königliche Gunst, halb durch Volkswahl und in Sonderheit die unübersteigliche **Grenze der Königlichen Verleihungen** sind wahre, durch Nichts in der Welt, nur durch Revolutions-

---

1) Schreiben des Königs Charlottenburg, 11. Januar 1852.

2) Der König wollte vielleicht sagen „müßte".

Principe zu rechfertigende Monstruositäten. Ich bin es meiner Krone und meinen Nachfolgern rein schuldig, das Meine redlich zu thun, damit der König von Preußen nicht weniger Macht in diesem Bereiche habe, als die drei schwächsten Kronen Europas: Spanien, Portugal und Griechenland, und als die constitutionelle Musterkrone Großbritanniens. Setz' ich meine Absicht bei meinen höchsten Räthen durch, so fürcht' ich, werden sich „meine Freunde" von der Rechten beider Kammern mit Schmach bedecken. Die „Rechte der I. Kammer" wenigstens speit Feuer und Flamme dagegen!!!!!! Dieselbe fürchtet, obenein mit Unrecht, daß die „Junker" zu kurz kommen, wenn ich like my most gracious sister Victoria, die alleinige Anordnung der I. Kammer (oder „Gott gebe bald" des Herrenhauses des Preußischen Landtags) habe."

Wer sollte nicht eine ausführlichere Erörterung des Königs über seine Gesichtspunkte wünschen? Willkommen aber ist auch diese, wenn gleich nur fragmentarische Aeußerung.

Bei weitem dringender und häufiger wurden die Communicationen des Königs mit Bunsen in Folge der großen Ereignisse, die damals in Frankreich eintraten, und auf das Verhältniß zu England, welches den besonderen Geschäftskreis Bunsens bildete, zurückwirkten. Ein offener Widerspruch gegen die Festsetzungen von 1815 lag darin, daß der Repräsentant der Dynastie, die damals ausdrücklich von der höchsten Gewalt in Frankreich ausgeschlossen worden war, der Neffe des ersten Napoleon, durch den Staatsstreich vom 2. December 1851 factisch in den Besitz derselben gelangte. Man ermißt die Bedeutung der Frage, ob die vier Mächte dies Ereigniß anerkennen würden oder nicht. Von vornherein zeigte sich, daß sie nicht einverstanden sein

würden. Wenn die Gefühle und das politische Bewußtsein Friedrich Wilhelms IV. der Anerkennung widerstrebten, so war das doch nicht die allgemeine Stimmung. Kaiser Nikolaus theilte diese Abneigung, Oesterreich hingegen ergab sich, wie der König sagt, dem Napoleonsdienste. Schwarzenbergs Vorschlag war, daß Oesterreich, Rußland und Preußen Napoleon gemeinschaftlich anerkennen sollten ohne England: dem König kam es vor, als wolle der österreichische Minister gleichsam die Rolle des krönenden Papstes spielen; er selbst blieb weit entfernt, dazu die Hand zu bieten. Er meinte sich vielmehr eben an England anzuschließen, wo Lord Palmerston, den er seit dem Herbste 1850 als seinen Gegner betrachtete, deswegen gefallen war, weil er die Anerkennung des neuen Herrschers ohne Weiteres versprochen hatte, im Gegensatz gegen die Königin und das Ministerium, die eine abwartende Haltung zu nehmen die Absicht hegten. Friedrich Wilhelm IV. glaubte, Alt-England jetzt wiederzuerkennen, „zu dem", wie er einmal sagt, „der ächte und rechte Zug seines evangelischen und altpreußischen Herzens ihn treibe [1]"; er hoffte, mit offenen Armen aufgenommen zu werden, wenn er zu demselben zurückkehre, „wie ein Vogel in das verlassene Nest". Er fürchtete nur, Oesterreich werde sich von der Anerkennung nicht zurückhalten lassen, und Deutschland, wie es nunmehr geworden war, dem beistimmen; würde er verweigern, dasselbe zu thun, so läge darin eine Kriegserklärung: soweit aber könne er nicht gehen ohne Sicherheit: er würde sonst in den Fehler Gustavs IV. verfallen. Aber, fügte er hinzu, er werde es wagen, wofern England ihn dazu aufforderte zugleich mit Rußland, und wenn von beiden solidarisch ihm, dem

1) „Meine Ueberzeugungen und Herzschläge treiben mich ihm zu."

König von Preußen, der Territorialbestand seines Staates garantirt und das Versprechen gegeben werde, daß sie einen Angriff auf einen der drei Verbündeten als gegen alle drei gerichtet betrachten würden: so, aber nur so werde man über ihn verfügen können.

Hienach wäre Friedrich Wilhelm IV. bereit gewesen, dem neuen Gewalthaber mit Rußland und England zugleich entgegenzutreten, selbst auf die Gefahr eines Krieges hin, und ohne Einverständniß mit Oesterreich. Ein Gedanke von der weitesten Aussicht, Stellung zu nehmen zugleich mit England und mit Rußland gegen die in dem revolutionären Frankreich neu emporgekommene Macht. In dieser Verbindung meinte er selber, die Märker und Pommern nach der Schweiz schicken zu können, um sein Recht in Neuenburg zu behaupten. Allein wie wenig war das auch unter dieser Combination in England zu erreichen; dazu war weder die Nation, noch auch einer von den Machthabern geneigt: die vorgekommene ministerielle Veränderung hatte bei weitem diese Tragweite nicht. Einige Zeit darauf vermied man bei dem Leichenbegängniß des Herzogs von Wellington mit ängstlicher Sorgfalt Alles, was den Napoleoniden an Waterloo hätte erinnern können. Die Anerkennung der geschehenen Veränderung wurde ohne ernstlichen Anstand vollzogen; und sehr bald gewann die Sache ein noch drohenderes Aussehen, als im Herbst des Jahres 1852 in Frankreich Anstalt getroffen wurde, die Präsidentschaft in ein Kaiserthum zu verwandeln. Daß damit auch die Erinnerung an die alte Größe desselben, an die durch die Ereignisse von 1813—15 niedergeworfene europäische Machtstellung von Frankreich wieder wach gerufen, der Territorialbestand der europäischen Mächte in Frage gestellt werden

würde, lag sehr nahe. Noch einmal tauchte dann der schon früher ergriffene Gedanke auf, ein Centre d'entente der vier Mächte in London zu errichten. Dem König schlug das Herz voll Freude, weil er die Hoffnung faßte, daß dadurch die gesegneten Bande der alten Eintracht in Krieg und Frieden wieder erneuert werden würden. Bisher habe man alle ähnlichen Anmahnungen von seiner Seite wie das Gebell eines Hündchens überhört: jetzt komme ihm von England selbst der schöne Antrag: er gehe mit vollem Herzen auf denselben ein. Nicht so ganz von Oesterreich, aber von Rußland hegt er die Hoffnung, daß es damit übereinstimmen und daß die Legitimität allen entgegengesetzten Irrthümern zum Trotz das Uebergewicht behaupten werde [1]).

„Das Factum allein, daß, aufgerufen von Großbritanien, die Mächte des Continents sich in London in diesem Augenblicke besprechen, ist absolut unschätzbar. Wie ich so oft gesagt und Ihnen geschrieben habe: giebt es gegen das revolutionäre Frankreich ein Mittel, den Frieden, einen ehren= und ruhmvollen Frieden, aufrecht zu erhalten, so ist es allein die Einigkeit der vier Mächte und der Eindruck, den dieselbe auf die Machthaber von Frankreich jederzeit, und sie mögen seyn wer sie wollen, machen muß. Contre l'Europe en armes pour la plus sainte des causes, „le contraire de la revolution", la revolution est sans armes! — Ich zähle also am meisten auf den Eindruck zu Paris. — Und der ist sehr nöthig, — nöthiger als es das, zuweilen sehr schlecht informirte Gouvernement der Königin vielleicht

1) Schreiben des Königs vom 17. November 1852.

weiß. Wir wissen — und daraus dürfen Sie der Königin und ihren Ministern, aber sub rosa kein Geheimniß machen, wir wissen, daß Louis Buonaparte mit den Häuptern der gottlosen Revoltebestrebungen durch ganz Europa abgeschlossen hat. Mazzini und Kossuth und Andere waren in Paris oder dicht dabei versteckt anwesend. Ein Zeichen von der Incarnation der Revolution aus den Tuilerien gegeben, erzeugt die Flamme des Aufruhrs in Polen, Ungarn, Italien, Süd-Teutschland und Belgien. In den Grenzländern tritt Buonaparte dann als Empereur de la paix!!! und garant du droit de tous les peuples auf. Die Incorporationsadressen in[1]) der Pfalz, unseren Rheinlanden und Belgien sind geschrieben und zum Theil bereits abgegangen („hört, hört!"). Und — er kann zählen und weiß, daß er mehr Schiffe aufs Meer hinauslassen kann, als Old England. Zwingen wir ihn jetzt durch „unsere" Einigkeit und einmüthige Sprache zur Ruhe, so versagt (rate) seine wohlaufgezogene Maschine. Die Folgen können sehr groß seyn und sehr heilsam für uns. Sein für ihn vortheilhaftes Gefaßtsein wird sich mittelst der imperialen Hofjämmerlichkeiten bald in ridicule verwandeln. Et le ridicule tue en France. — Die Anerkennung seiner Chiffre III ist eine moralische Unmöglichkeit für „uns Vier". Als ich noch ohne Hoffnung für ein quadruples Verständniß war, hatte ich schon den Befehl gegeben, bey der Anerkennung ganz über Nummer III hinwegzuglitschen Ja, sollte die Londoner Entente über dasselbe sich einigen, so seh' ich eben kein Unglück drin. Würdiger aber ist, wohl anständiger für „uns Vier", dem Herren in aller Brüder-

---

1) Vielleicht „von". Die Stelle ist durch eine angefangene und nicht vollendete Correctur unverständlich geworden.

lichkeit klaren Wein einzuschenken. Das Beyspiel Englands kann als Friedensbanner obenan wehen, denn die englischen Könige nannten sich von Eduard III. bis Georg III. Kings of France; und dennoch sind beyde Reiche lange Zeit hindurch im besten Frieden gewesen. Was ist aber Nro. III. gegen den Anspruchstitel! Arbeiten Sie nun, bester Bunsen, mit frischer Kraft und kräftigenden Worten an meinem Theil des Verständnisses, an welchem, ohne alle Phrase, die Geschicke der Welt hangen. Ich werde hier treulich zum Starken stehen und den Schwachen zu stärken suchen. Ich denke, Gott seegnet unser treues Mühen. Er seegne Sie und jedes Mühen, jeden Schriftzug, jedes Wort, jeden Schritt von Ihnen! Vale!

Friedrich Wilhelm.

P. S. Minister v. Manteuffel kennt diese Zeilen und ist ganz einig mit mir.“

Die Hinzufügung der Zahl III zu dem Namen Napoleon hat in Frankreich selbst Bedenken erregt, da es einen zweiten Napoleon für Europa nicht gegeben hatte. Die ganze Dynastie war für abgesetzt erklärt worden; und es erschien fast als eine Herausforderung Europas, daß man ein Erbrecht derselben behauptete[1]). Wenn irgend ein Mensch auf der Welt, so fühlte dies Friedrich Wilhelm IV.; aber er betrachtete es, wenn wir ihn recht verstehen — denn gerade dieser Brief ist nicht frei von Dunkelheiten — mehr als einen Anspruch, über den man hinwegsehen müsse, wie

1) Vgl. Annuaire des deux mondes, 1852—53, S. 67.

ja über viel größere, etwa in einem Titel ausgedrückte Ansprüche hinweggesehen und denselben zum Trotz Friede und Freundschaft erhalten worden sei. Nur Eins lag ihm am Herzen: daß dem neuen Machthaber, der sich als den Erneuerer und Fortsetzer der dynastischen Ideen des ersten Napoleon aufstellte, gegenüber ein Verständniß zwischen den europäischen Mächten zur Aufrechthaltung des Friedens und des Territorialbestandes, wie er durch die Tractaten festgesetzt worden, die namentlich auch den Umfang Preußens bestimmten, zu Stande gebracht würde.

20. November 1852.

„Das Einzig Wichtige, Rechte und Entscheidende für die Zukunft Europas ist allein das Zusammenhalten der vier Mächte und als Hauptfolge, daß Louis Buonaparte durch den Druck dieses unerhörten Macht-Vereins fühle: „wir würden uns die Tractate, so die Territorien garantiren, nicht nehmen, ja sie nicht antasten lassen. Alles übrige ist zu tout bonnement Quark und Jämmerlichkeit.“

Als die vornehmste Frage bezeichnet der König es hiebei, ob die Territorialgarantie als Bedingung der Anerkennung ausgesprochen werden solle oder nicht. Am 23. November fügte er dem vorigen Briefe hinzu:

„Sollen wir Vier die Territorialgarantie als Bedingung der Anerkennung des Empereurs fordern oder sollen wir dieselbe als lautes sous-entendu bey der Anerkennung und zugleich mit derselben ihm insinuiren. Wir „Continenter“ werden für die erste, England wohl für die zweite Version

opiniren. Haben wir da nicht gleich Anfangs einen Verständigungsgedanken in petto, so können wir zu London sitzen, bis uns die Franzosen daraus vertreiben. Mir ist ein solcher Verständigungspunkt und Modus aufgegangen, der Manteuffels Billigung in dieser Stunde erhalten hat und den ich sogleich ausspreche. Ich sehe besagten Punkt und Modus allein in einer Erneuerung der Territorialgarantieen durch einen schriftlichen Act von allen Vieren unterzeichnet und ratificirt. Etwa so: les 4 hautes puissances etc. etc. etc. etc. renouvellent par la présente les garanties des possessions territoriales telles qu'elles ont été stipulées dans les traités etc. etc. etc. etc. les maintiendront les armes à la main contre quiconque les enfreindroit etc.

Haben wir solch wohl paraphirtes, signirtes und contrasignirtes Actenstück in der Hand, so ist die Frage: ob Louis' Beitritt vorher **gefordert** werden oder bey und **nach** der Anerkennung **offerirt** werden soll, meines Erachtens ziemlich gleichgültig. Das allein Wesentliche ist, daß Louis Buonaparte erfahre und wisse, daß die vier großen Mächte den Besitz von Neuem garantirt **haben** und ihn nachdrücklichst aufrecht zu erhalten **gewillt sind.** Dann weiß Louis Buonaparte, wer ihm wehren wird des Onkels Vorhaben durchzuführen, nach welchem in so und so vielen Jahren seine Dynastie die älteste von Europa seyn müsse [1]). Regen Sie diesen Gedanken nach Ihrer Discretion beym Englischen Cabinett und im Pallaste an und berichten Sie, ob Sie die Hoffnung haben, daß dieser (menschlich zu reden) gewisse Rettungs-Anker des Europäischen

1) Der König meinte „geworben sein müßte".

Friedens geschmiedet werden wird. Ich habe veranlaßt, daß mein Cabinett denselben Gedanken zugleich in London, Petersburg und Wien anregt.

Friedrich Wilhelm."

Schon im Anfang des Decembers jedoch empfand der König, daß eine, wie er sich ausdrückt, vier-einige Erneuerung der Territorialgarantie kaum zu erreichen sein werde. Er gab dies hauptsächlich den beiden Kaiserhöfen Schuld; doch ließ er den Gedanken noch nicht fallen. Er faßte denselben aber, beharrlich in dem Zwecke, beweglich in den Mitteln, wie er war, von einer andern Seite auf, um jedem Uebergriff — denn er sehe sehr schwarz in die Zukunft —, mit Nachdruck entgegentreten zu können.

„Eine solche Garantie allein," sagt er am 7. December, „könnte die Kriegsflamme vielleicht noch vor der Hand bannen. Ohne dieselbe bricht sie los, lange ehe die Rosen aufblühen. Jedoch man muß jetzt um so eifriger Alles thun, um gerüstet zu seyn, und zwar Preußen mit England. Belgien ist das nächste Object des neugekrönten Raubvogels. Er wird keinen Krieg mit Belgien anfangen, aber eine Rebellion bezahlen und als Empereur de la paix et garant de toute volonté de tous les peuples die Unterdrückung dem König Leopold verbieten. Dann rückt er ein. Das Nächstliegende, Sicherste und Beste ist eine Quadrupelalliance Englands, Preußens, Hollands und Belgiens, eine militärische Convention zwischen den vier, in der die vierseitigen militärischen Operationen bestimmt sind. Letztere ist sogar auf jeden Fall nothwendig. Daß König

Leopold und Minister Thorbecke das de grand coeur thun werden, weiß ich. Nun aber Lord Derby? (denn Königin und Prinz denken wie ich und König Leopold). Also Derby? —

Eilen Sie nun, bester Bunsen, uns bald Nachricht zu verschaffen: 1) ob England eine Defensivalliance mit mir, König Leopold und Thorbecke schließen will. (Versteht Lord Derby den wahren Vortheil Englands, so muß er sich dazu drängen. Ich bin bereit mit 100,000 Mann für die Quadrupelalliance aufzutreten. Das sagen Sie Lord Derby.) 2) Ob eine militärische Stipulation acceptirt wird? Das ist das Mindeste, die Alliance ist besser, denn sie wirkt stärker auf die Tuilerien. Kommt aber nicht sie, sondern nur die militärische Verpflichtung der genannten Vier zu Stande, dann beauftrage ich Scharnhorst mit der Negociation. 3) Mache die Bedingung des absolutesten Schweigens bis Alles ratificirt, seys Alliance, seys militärisches Abkommen. Wenn Alles fertig ist mit den Drei, dann erst melde ich es den zwei Kaisern. Sie müssen es mit den Augen erkennen, daß Preußen noch selbstständig und in großem Styl, für sich sowohl, als für „Aller Rechtmäßigen" Vortheil handeln kann. Eilen Sie nun mit Weile, d. h. mit Einsicht, aber mit Wärme und Beredtsamkeit. Ich möchte den zwei Kaiserhöfen gern die Ueberraschung als Christ- oder Neujahrs- oder spätestens Epiphanische Gabe machen; durch Minister von Manteuffel werden Sie dasselbe erfahren. Und nun Gott befohlen! damit, wenn Er uns nicht verläßt, bald eine Reparation, ein Trost für die schwache Stipulation der vier Mächte zu London und für Englands unseeliges und übereiltes Anerkennen des Napoleon mit seinem III!!!,

das Licht der Welt erblicke und dem wehrlosen Europa eine kleine Halsberge umlege. Vale!

Friedrich Wilhelm."

Es würde zu weit führen, wenn wir den Erfolgen dieser Anträge und Anmahnungen im Einzelnen nachforschen wollten. Wenn der König sich hauptsächlich an England anzuschließen suchte, so hing doch alles von den eben auch in einer ministeriellen Krisis begriffenen Zuständen der dortigen Regierung ab. Im December 1851 hatte Lord Palmerston austreten müssen, weil er seine Beistimmung zu der neuen Form der Präsidentschaft Louis Napoleons im Gegensatz mit einer ihm gewordenen Kundgebung der Königin unumwunden aussprach. Es war ein innerer Streit über die Rechte der Krone und die Befugnisse des ersten Sekretärs im auswärtigen Amte, welcher durch die übrigen Minister zu Gunsten der Krone entschieden wurde. Die Königin und ihr Gemahl neigten sich zur preußischen Auffassung, ohne sie jedoch vollständig zu der ihren zu machen. Im December 1852 aber trat Lord Palmerston wieder ein. Ein Coalitionsministerium wurde gebildet, in welchem dem Lord nicht die auswärtigen, sondern die innern Geschäfte zu führen oblag; aber seine Ueberlegenheit über die anderen Mitglieder des Cabinets bewirkte, daß seine Ansicht auch auf die Verwaltung der auswärtigen Angelegenheiten vielen Einfluß ausübte, bis eine neue Krisis dieselbe wieder gänzlich in seine Hand brachte. Lord Palmerston war gerade durch den Gegensatz, welchen er bei seiner Anerkennung der Folgen des Staatsstreiches fand, in seiner Vorliebe für Frankreich und Louis Napoleon bestärkt worden. Er bewegte sich überhaupt unter persönlichen Impulsen; sein alter Haß gegen die Orleans wirkte jetzt mit

dem Widerwillen gegen den Einfluß des Prinzen Albert zusammen, um ihn zum Freunde des neuen Kaisers zu machen. Von Lord Palmerston war nun ein Eingehen auf die Pläne des Königs, welche den Geist der gegen Napoleon I. geschlossenen Bündnisse athmen, ebenso wenig zu erwarten, wie er früher ähnlichen Anträgen Gehör gegeben hatte. Ihm schwebten nur die unmittelbaren Interessen Englands vor Augen. Damals ging seine vornehmste Antipathie gegen Rußland, dessen Präponderanz ihm für Europa verderblich schien; in Kurzem traten Verwickelungen ein, in denen er nicht nach dem Sinne Friedrich Wilhelms mit der alten Alliance gegen den Kaiser der Franzosen, sondern im Gegentheil mit diesem gegen Rußland gemeinschaftliche Sache machte.

XI.

Orientalische Frage.

Einst — vor dem Ausbruch der Revolutionskriege — hat das Zerwürfniß zwischen Rußland und der Türkei Europa mit dem Ausbruch einer allgemeinen Krisis bedroht. Oesterreich war damals mit Rußland verbunden und führte demselben die Sympathieen der französischen (noch bourbonischen) Regierung zu; durch England und Preußen, die sich hiegegen vereinigten, wurde die Türkei in ihrem Territorialbestand gerettet. Seitdem war im osmanischen Reiche eine wesentliche Veränderung besonders dadurch eingetreten, daß zwei demselben unterworfene Populationen, die Serben und die Griechen, sich empört und eigenthümlich organisirt hatten. Im Zusammenhang hiemit war der Krieg zwischen Russen und Türken noch zweimal zum Ausbruch gekommen: das Uebergewicht von Rußland stellte sich dabei auf das entschiedenste heraus. Selbst in dem inneren Hader mit seinem ägyptischen Vasallen wurde der Sultan nur durch die Dazwischenkunft der europäischen Mächte aufrecht erhalten.

In Folge aller dieser Ereignisse war es fast eine allgemeine Ueberzeugung geworden, daß sich die Osmanen durch eigene Kraft nicht zu behaupten vermöchten. Wie der Sturz ihres Reiches erfolgen und welches alsdann das Schicksal des

Orients werden könne, war ein Gegenstand vielfacher Discussion in der Literatur, unter den Staatsmännern, selbst zwischen den höchsten Personen. Kaiser Nicolaus, der es liebte, diese Eventualität zum Gegenstande seiner Conversation zu machen, sprach einst sehr unumwunden mit dem englischen Gesandten über die Auskunft, die in einem solchen Falle zwischen den Mächten nach ihren alsdann auszugleichenden Interessen zu ergreifen sein würde. Nicht als ob er selbst den Sturz der Türkei herbeizuführen beabsichtigt hätte — dazu waren keinerlei Vorbereitungen getroffen —; aber seine Aeußerungen konnten doch nicht verfehlen, in England vielen Eindruck zu machen und, obwohl man sich zunächst beruhigte, gleichsam einen Stachel für die Zukunft zurückzulassen[1]). Nicht so sehr aus dem Verhältniß der äußeren Macht entsprangen die Verwickelungen, die gleich darauf eintraten; sie gingen zunächst aus den inneren Zuständen der Türkei hervor, welche mit der Gründung des Reiches selbst gegeben waren, der Herrschaft der moslemischen Eroberer über die unterworfenen christlichen Bevölkerungen, eine unauflösliche Verbindung zweier einander ewig feindseliger Elemente. Im Laufe der Zeit hatte dieser Widerstreit besonders dadurch politische Bedeutung bekommen, daß sich Rußland, immer mächtiger werdend, der griechisch-gläubigen Bevölkerung, deren Bekenntniß es theilt, eifrig annahm. Schon im Frieden von Kainardsche mußten die Türken in dieser Beziehung erhebliche Zugeständnisse machen. Die griechische Kirche sah fortan in dem Czaren den Beschützer aller ihrer Rechte und Ansprüche. Nun kam damals der alte Streit der Griechen und Lateiner über die heiligen Stätten wieder

---

1) Kinglake, Invasion of the Crimea chap. VI.

in ernstliche Anregung. Die Griechen waren im Besitz derselben; aber die Lateiner machten auf den Grund alter Verträge Ansprüche, welche die Pforte bereits im Jahre 1740 zur Vergeltung der guten Dienste, die ihr Frankreich damals leistete, anerkannt hatte. Diese Ansprüche wurden von Louis Napoleon, schon ehe er sich noch zum Kaiser erklärte, mit Nachdruck geltend gemacht. Denn es kam ihm darauf an, als der Vorfechter des Katholicismus im Orient zu erscheinen. Aber darüber gerieth die gesammte griechisch-gläubige Welt in Aufregung. Unter der Einwirkung des Kaisers Nicolaus, der deßhalb an den Sultan schrieb, erlangte sie eine günstige Erklärung: kurz darauf aber wurde diese unter der entgegengesetzten Einwirkung von Frankreich wieder zweifelhaft; die zu Gunsten der Griechen erlassenen Fermane fanden weiter keine Beachtung.

Da war es nun, daß Kaiser Nicolaus den Gedanken faßte, die griechische Kirche, als deren geborenen Protector er sich betrachtete, von den jeweiligen Intentionen der Pforte unabhängig zu stellen; sein Verhältniß zu derselben sollte über den Wortlaut von Kainardsche hinaus bestimmt und durch einen bindenden Vertrag auf immer festgestellt werden.

König Friedrich Wilhelm theilte in seinem Herzen jene Ideale einer Umgestaltung des Orients, wie sie schon einst in den Vorschlägen von Hertzberg zu Tage gekommen waren; aber seine unmittelbare Intention in den Verhandlungen ging doch nur auf friedliche Regelung der obschwebenden Fragen; mit vollem Eifer nahm er sich der Rechte der christlichgläubigen Bevölkerungen an. Ein eben in dem Moment, als der Streit zwischen dem russischen Bevollmächtigten —

es war Mentschikoff — und dem Divan über jene Forderung ausbrach, an den Gesandten in England erlassener Brief läßt erkennen, wie er sich das zu gründende Verhältniß dachte [1]).

„Die Frage über die Gefahren des türkischen Reiches zerfällt, auf uns Europäer angewendet, in die Erfüllung zweier Pflichten: 1) in eine politische Klugheits-, 2) eine Christen-Pflicht. Die erstere verbietet, die Türken aus Europa zu werfen, damit Europa nicht daher die Pest-Ansteckung und neuen Erbstreit bekomme. Die zweite gebiethet, die schädliche Gleichgültigkeit gegen das Leben von 18 Millionen Christen unter heidnischem Regimente (!!!) abzulegen in hellem klaren Bewußtseyn unseres Christen-Berufes.

Wird die Türkei zerstört, so arbeitet man bon gré, mal gré auf Krieg. Wird sie hingegen sammt der Gleichberechtigung der christlichen Unterthanen mit dem Islam garantirt, so wird ehrlich auf Frieden gearbeitet. Die Arbeit auf Krieg aber gebiehret den Fluch, die Arbeit auf Frieden den Seegen des HErren. Der Menschen Unverstand und böser Wille können auch eine Friedensschöpfung in Blutvergießen wandeln (Beispiel: die Kirche!) Aber die Arbeit auf Erbstreit kann den Frieden nimmermehr gebähren. Ich erkläre aber jedes Laufenlassen der türkischen Agonie-Stadien für Arbeit zum Krieg. Et caeterum censeo. Die Türkey muß erhalten und ihr Bestehen darum allgemein gewährleistet werden; aber auf eine Art, durch welche der Kirchenhistorie gerecht gehandelt und das christliche Gewissen

1) Schreiben vom 5. April 1853.

der Großmächte nicht zum Tode verletzt werde. Die ungeheure Macht, welche die Groß-Staaten repräsentiren, muß den Christen unterm Islam gegenüber, sich als christliche Macht offenbaren. Dixi et salvavi animam meam."

Bei aller seiner Theilnahme für die christliche Bevölkerung und aller seiner Freundschaft für Rußland war Friedrich Wilhelm, wie hieraus erhellt, doch weit entfernt, ein einseitiges Protectorat Rußlands über die griechischen Kirchen zu wünschen. Dagegen war ein anderer Gedanke in Constantinopel zur Erörterung gekommen, der Plan, die Rechte der christlichen Bevölkerung in vollem Umfang anzuerkennen und unter die Garantie der europäischen Großmächte überhaupt zu stellen. Damit war der König von ganzem Herzen einverstanden.

Sans-Souci, 3. Juni 1853.

„Die Pforte hat in den Convulsionen, die der Entbindung Constantinopels von Mentschikoff vorausgingen, ein Wort ausgesprochen, welches wohl dem Guten, was ich (als einzige Lösung der halsbrechenden Frage) Ihnen bereits mitgetheilt, Thür und Thor öffnet, wenn herkömmliche Großmachts- — — nicht abermals „mißgreift". Der Türke hat gesagt (und dafür seegne Gott die Türken): Er könne Rußland allein das nicht conzediren, was er den gesammten Groß-Mächten zugestehen könne. Dies ist ein gutes, ein weises, ein einsichtsvolles, einer guten Zukunft schwangeres Wort! Soweit Preußen es vermag, muß es daraus zu machen streben, was irgend möglich ist, sowohl für die Friedens-Sicherung, als für die Christen-Ehre der

Großmächte. Rühren Sie sich also, theuerster Freund, und handeln Sie mit kühner Fürsicht. Seyen Sie beredt und denken Sie, ich sehe Ihnen über die Schulter — nicht mit 200,000 Mann (wie Friedrich der Große dem Grafen Lusi nach London schrieb), sondern mit der Ueberzeugung, das Einzig Rechte zu rathen, voll Logik und christlichen Gefühls. Verstehen Sie nur genau, bester Bunsen. Die Pforte hat sich lieber nahe drohender Invasion aussetzen, als einen bindenden Vertrag mit Rußland abschließen wollen, durch welchen die griechisch-orthodoxen Kirchen-Verhältnisse garantirt würden. Sie hat aber gesagt: was sie Rußland verweigern müsse, **könne** sie Europa **gewähren.** Mein Vorschlag ist also „das Hinarbeiten Englands, Oesterreichs, Frankreichs und Preußens auf einen solchen Vertrag". Ich nehme damit die Initiative, um jeder Aufforderung von England oder einer anderen Macht zuvorzukommen. Das ist meine Politik in **diesem** Moment. Ich habe in voller Ehrlichkeit meine kleine Rolle in Petersburg anzeigen lassen, und zwar mit der Bemerkung: ich hoffte dadurch des Kaisers Wünschen zuvorzukommen, 1) weil auf diesem Wege der Kaiser zu dem „gewollten Vertrage" wirklich gelange; 2) weil die Sicherung des Gesammt-Christenthums im türkischen Reiche seinem eigenen christlichen Gefühle nur wohlthun könne; 3) weil (wenn durch seine und der anderen Groß-Mächte Cooperation dieser „Senned" zu Stande komme) sein Hauptbestreben, die Sicherung Europas vor dem Erbstreit über die Türkei, sicher erreicht würde. — Gebe Gott, daß Sie mir bald gute Kunde schreiben können."

Bunsen säumte nicht, diese Ideen in London mitzutheilen; sie fanden, wie er versichert, den Beifall Aberdeens und Clarendons, sowie der Königin. „Ils abondent“, schrieb er dem König, „dans votre sens, Sire“. Vollständig war jedoch diese Uebereinstimmung nicht. Der englische Gesandte in Constantinopel, Lord Stratford, arbeitete, wie der König wünschte, für die allgemeine Feststellung der Rechte der Christen; jedoch verlangte er keine den europäischen Mächten gegenüber vertragsmäßig zu übernehmende Verpflichtungen dafür. Bunsen bemerkte bereits, wie wünschenswerth es sei, daß Kaiser Nicolaus nachgebe: sonst werde er sein Verhältniß zu England selbst zu Grunde richten, wie das Louis Philipp am Ende seiner Laufbahn begegnet sei. Viel besser als die Bewilligung der russischen Forderung sei die, zu der sich die Türkei den Mächten gegenüber verstandenhabe: volle Religionsfreiheit aller ihrer christlichen Unterthanen. Darauf antwortet der König:

Bellevue, 16. Juni 1853.

„Theuerster Bunsen! — Schönen Dank für Ihren Brief vom 13. mit Depeschen. Danach ist das Englische Ministerium in neun Zehnteln ganz einig mit mir. Im zehnten Zehntel weicht es aber wirklich und wesentlich ab. Durch diese Abweichung geht, wie mich bedünkt, ein wesentlicher Anknüpfungspunkt mit Rußland ab, auf den ich großen Werth lege. Meinen Gedanken kann ich am Besten mit einem Bilde erklären. Wenn wilde Nord-Amerikaner Europäer in den Prairies tödten wollen, entzünden sie das hohe trockene Gras: das probate Mittel dagegen ist für die Europäer, ihrerseits

das Gras anzustecken, und so brennt Brand gegen Brand, und die Europäer sind gerettet. So mein' ich nun, ist das Wahre, was ich unbedenklich in des russischen Kaisers Verlangen erkenne, aufzufassen und fruchtbar zu machen. Das Wahre ist aber „der Schutz, die **Gewährleistung** der Christen". — Nun kennen Sie die Fabel vom Bären, der aus Liebe zum Menschen ein Ungeziefer auf demselben, als er ihn im Schlafe bewachte, so tödtete, daß der Mensch selbst zu Grunde ging. Das Befreyen des Menschen vom Insect war das Wahre. So ist auch in diesem Fall das Wahre vom Russen in bärenhafter Anwendung begriffen. Meine Ansicht, ja mehr als das, mein förmlicher Antrag, den in dieser Stunde beyde Kaiser kennen, ist in eine Anrede an Schwager Nicolaus gefaßt folgender: „Lieber Schwager! Du hast **vollkommen Recht** deines Theils, die Dir zunächst stehenden Christen der Türkischen Willkühr auf verbindende Weise zu entziehen. Du hast so sehr Recht, daß wir uns schämen, von Dir in dieser unbezweifelten Christen-Pflicht überflügelt worden zu seyn; mais il vaut mieux tard que jamais. Wir sind nunmehr zur Einsicht unserer Christen-Pflicht gekommen und erklären Dir unseren Willen, vereint, dasselbe, was Du für eine Sekte begehrst, für die ganze Christenheit unterm Halbmond zu begehren. Und so wissen wir, daß wir das, was Dir annoch nicht geglückt ist und was Du (will's Gott durch Stratford) nicht durchsetzen wirst, siegreich durchführen werden, um so mehr, als die Pforte sich schon in dem Sinne willfährig seyn zu wollen geäußert hat. Also, lieber Schwager, den Seneb, den Du zu erlangen bereits die Hoffnung aufgegeben hattest, den Seneb setzen wir Alle für Dich wie für uns immanquable-

ment durch. Bedanke Dich bey uns und freue Dich, daß wir Dir zum Siege verhelfen."

Ihr Bericht von der Ansicht des britischen Ministeriums, als sey der vertragsmäßige Schutz der Christen gerade die Schwächung der Pforte, die man vermeiden müsse, hat mich entsetzt. **Dieselben Worte** sagte mir K. K. Oestr. Majestät in seiner Burg zu Wien und sein Buol, natürlich mit stärkster Versagung des Beyfalls von meiner Seite. Was zu Wien hochdiplomatisch seyn konnte, ist von Seiten des englischen Ministeriums quatsch. Nur so kann ich das Abweisen evidentesten Vortheils (hier von der Pforte selbst angebothen) bezeichnen. — Mein selbstständiger initiativer und präventiver Antrag zur Schlichtung der türkischen Wirren ist also: das Begehren eines Seneds für alle Groß-Mächte zum Schutze aller Christen im Türkischen Reiche. Ich betrachte überdem den Ferman, durch welchen den Christen die Gleichstellung mit den Museln gewährt worden seyn soll (nach einigen Zeitungen und Ihrem Bericht), für nur förderlich meinem Project, denn jetzt hätte man ja das Object, welches der Türke durch einen Sened unter die Garantie von Europa stellen könnte. Dieser Ferman ist Mentschikoffs göttlicher Comödie gegenüber aufzustellen. Wir müssen dem russischen Kaiser den Sened verschaffen, damit er gerührt sagen könne (mit welcher Modulation, ist Nebensache): „Ihr habt mir verschafft, was ich schon aufgegeben!" — Jetzt hoffe ich, daß Sie meinen Argumentationsgang ganz verstehen und verfechten können. Gottes Seegen dazu!"

Der König war hienach mit einem die Rechte der Christen bloß bestätigenden Ferman, der wirklich am 7. Juni ergangen

war, nicht zufrieden: denn Fermane seien, sagte man in Rußland, oft gegeben und gebrochen; er forderte einen Sened, durch welchen die Türkei den europäischen Mächten gegenüber eine förmliche Verpflichtung eingehe. Dazu aber waren die Türken unter der Verwaltung Reschid Paschas nicht zu bringen. Sie hielten es für unverträglich mit ihrer Souveränetät, die Verpflichtung zu einem bestimmten Verfahren im Inneren den europäischen Mächten gegenüber zu übernehmen. Und, wie angedeutet, auch in England war man dieser Meinung. Reschid wurde in seiner Haltung von Stratford bestärkt, — sehr zum Mißvergnügen des Königs Friedrich Wilhelm.

Sanssouci, 28. Juny 1853.

„Bester Bunsen! Ich muß meinem gepreßten Herzen Luft machen. Ihre letzten Nachrichten verkünden das Entzücken über den Duldungs-Ferman der Pforte und den Entschluß des britischen Cabinets: gar nichts mehr wissen zu wollen **von einer Garantie** von Seiten der Christlichen Groß-Mächte, der gewährten Freyheiten. Damit ist, nach meiner vollsten Ueberzeugung, ein ganz miserables, zehnfach zu deutendes Actenstück als vortrefflich anerkannt!!!! und zweitens die einzig würdige, die allein „unseren" Christen-Pflichten entsprechende Art und Weise, den Frieden zu erhalten, 2) Rußland zum Schweigen zu zwingen und 3) die Christen im Orient fühlen zu lassen, daß „wir" Christen sind, — abandonnirt. Auf diese Weise folge ich weder Aberdeen, noch Clarendon, noch dem ganzen England und suche in absolutester Neutralität das Heil Preußens. Vale. F. W."

„P. S. Theilen Sie dies Blatt meinem Bruder Wilhelm (mit tausend Grüßen) mit. Es gehört das hier Gesagte zum Complemente dessen, womit ich Sie beauftragt habe für Sie, für die Königin, den Prinzen und die Minister. Die jetzige Auffassung in Downing Street ist ein trauriges Pendant zu Oesterreichs Beurtheilungs-Gang. Als ich zu Wien war, sprachen Kaiser und Minister wie — jetzt das ganze Brittische Cabinet spricht. Damals hatte Letzteres die generoseste Auffassungs-Weise der Sache und abondait dans mon sens. [Ihre eigenen Worte.] Jetzt ist man zu London au niveau der damaligen österreichischen Auffassung gefallen und Oesterreich hat sich zur damaligen brittischen Generosität erhoben. Ich gehe entschieden mit den Generosen. Sapienti sat."

Potsdam, 20. Nov. 1853.

„Zwei Worte, theuerster Bunsen, aber gewichtige. Ein Brief Ihrer Hand an Manteuffel offenbaret die Möglichkeit, der türkischen Frage eine andere Wendung zu geben, indem die Großmächte der Pforte — ich glaube recht zu lesen — „befehlen", die Christen völlig zu emancipiren. Daß ich mit Jauchzen und mit dem Gefühl eines Menschen, dem ein Centner von der Brust genommen, mich solchem Beginnen anschließen werde, begreifen Sie. Die Consequenzen unseres Beitritts, die Sie am Schluß Ihres Briefes andeuten, versteh' ich nicht, bis ich dieselben aus Ihrem eigenen Munde auseinandergesetzt vernehme. Ist der Englische Gedanke aber rein, d. h. spielt die Christen-Pflicht wirklich mit (wenn auch nur die zweite Violine); und ist der ehrliche, vorherrschende Gedanke, Streben und Hoffnung, den Frieden so wieder her-

beizuführen und den allgemeinen Krieg zu verhindern, so wird der HErr Seiner Kirche den Entschluß mit tausendfältigem Seegen überströmen. Aber — aber — die Sache muß rein seyn, d. h. der Haß darf nicht die erste Violine in dem Conzert spielen. Soweit mögen Sie mit dem Gesagten den Gebrauch im Pallast und in Downingstreet machen, den Sie, wohl überlegt, für gut halten.

Jetzt aber meines Herzens Meinung, die ich dem Freunde, vor der Hand, allein anvertraue. Für den „Englischen Gedanken" gilt das, was ein Offizier dem seeligen Humboldt in Frankreich sagte, als er ihn um Nachrichten frug. — Wir sind zu Pferde — die Chaussee ist vor uns — und das Schicksal hinterdrein. Ich glaube, dieser Gedanke führt zu Dingen, welche „der Gedanke" sich nicht träumen läßt. Dagegen entsprechen die Consequenzen, welche ich voraussehe, meinem Gewissen, meinem christlichen Ehrgefühl und meinen Ahndungen von dem Rathschlusse Gottes über den Orient.

Hierbei muß ich 'mal mit meiner ganzen Weisheit herausrücken und die könnten Sie sogar auskramen, wenn Sie es wünschen sollten. Ich lebe und sterbe der Ueberzeugung, daß das bisherige Cabinett den wahren, rechten, gewiß richtigen Gedanken als Inspirator seiner Politik gefaßt hat, nemlich Rußland nicht übermächtig im Orient werden zu lassen durch Dominiren oder Verschlucken des türkischen Reiches. Daß Kaiser Nicolaus Letzteres, das Verschlucken, wahr und wahrhaftig mehr als England und Frankreich und Oesterreich fürchtet, kommt hier nicht in Betracht; um so mehr, da Englands Fassungs-Vermögen „über das Walten **Eines** kräftigen, einsichtsvollen, wahren und (menschlich zu

sagen) zu Hause allmächtigen, edelsten Mannes und Charakters" mausetodt ist!!! Aber das sollte England einsehen, daß die Mittel, die es jetzt anwendet, seinen richtigen „Gedanken" zu realisiren, grade und naturnothwendig, zum entgegengesetzten Ziele, zum Gegentheil seines „**Gedankens**" führt. Jede directe Hülfe, die England in Waffen, Mannschaft und Schiffen, in unchristlicher Thorheit!!!!!! **dem Islam gegen Christen!** leiht, hat (außer Gottes Straf-Gericht [hört! hört!]) keinen anderen Erfolg, als etwas späteres Ueberliefern der jetzt türkischen Länder unter russische Dominazion."

Es wäre überflüssig, nachdem die Dinge anders entschieden worden sind, zu untersuchen, ob nicht die Vorschläge des Königs von Preußen geeignet waren, den Frieden zu erhalten. Nach seiner Vorstellung würde dadurch zugleich Rußland befriedigt und die Türkei in ihrem Bestand und Umfang gesichert worden sein. Was er als religiöse Pflicht bezeichnet, war gleichsam auch eine historische. Durch den Einfluß des vereinigten Europa dachte er die vier Jahrhunderte vorher unterworfenen christlichen Bevölkerungen von den Siegern zu emancipiren. Mit der alten Autorität des Großherrn würden die christlichen Mächte sich vereinigt haben, die türkische Population zur Anerkennung der Berechtigung und der Freiheit der christlichen zu zwingen. Mit diesem Momente, welcher der wichtigste ist, trafen von Anfang an noch andere zusammen: der Hader zwischen Lateinern und Griechen, der Gegensatz zwischen Rußland und Frankreich, in welchem zugleich der Streit des conservativen Europa und des neuen, aus der Revolution hervorgegangenen französischen Kaiserthums inbegriffen war. Im

Sommer 1853 hatte es noch den Anschein, als ob sich die Lösung der orientalischen Frage mit der Erhaltung des europäischen Friedens auch in der durch die Errichtung des zweiten französischen Kaiserthums herbeigeführten Situation werde vereinigen lassen. Von der Theilnahme des neuen Kaisers an den Verhandlungen darüber war so lange nichts zu besorgen, als er nicht mit einer der vier Mächte in ein besonderes Verständniß trat. Noch hielt man es für möglich, die Action Napoleons III. auf einen sehr bestimmten Kreis zu beschränken. Dieser Meinung war vornehmlich auch König Leopold von Belgien, der eines Tages in Laeken dem Herausgeber die Ehre erwies, mit ihm ausführlich die damalige Lage der Dinge zu besprechen; — gewiß einer der besten politischen Köpfe des Jahrhunderts, klug und praktisch. Er hatte damals die Idee und hielt sie noch für ausführbar, die Machtstellung des französischen Kaiserthums, die ihn selbst bedrohte, durch ein allgemeines europäisches Einverständniß in Schranken zu halten. Das wurde aber durch die Wendung, welche der türkisch-russische Streit nahm, unmöglich.

Gewiß hatte England in seinen Beziehungen zum Orient, namentlich zu seinem ostindischen Reiche, allen Grund, die Unabhängigkeit der Türkei ungeschmälert zu behaupten. Sogar das Khalifat des Großherrn konnte ihm nützlich werden und ist ihm nützlich geworden. Lord Stratford führte aus: wenn Rußland sich mit den im Angesicht von ganz Europa gegebenen Zusicherungen nicht begnüge, so diene das zum Beweis, daß ihm weniger an dem Rechte der Christen im Orient gelegen sei, als an dem Protectorat über dieselben; dann aber müsse sich die Türkei mit Hülfe der europäischen Mächte dem

moskowitischen Ehrgeiz entgegensetzen[1]). Für diesen Fall hatte er dem Divan bereits eventuelle Zusicherungen gemacht, die eine verdoppelte Bedeutung dadurch erhielten, daß Kaiser Nicolaus den unerwarteten Entschluß faßte, die Donaufürstenthümer gleichsam als Pfand für seine Ansprüche, welche die Pforte nicht anerkennen wollte, militärisch besetzen zu lassen. Ein Wort gab hierauf das andere; jede Maßregel rief eine entgegengesetzte hervor, bis der Krieg zwischen Rußland und der Pforte zum Ausbruch kam. Als die Niederlage der Türken vor Sinope erfolgte, nahm die englische Nation in lebhaftester Erregung Partei für dieselben. Wenn aber England zum Bruch entschlossen war, so wurde auch das Ereigniß, welches die Gegner des französischen Kaisers fürchteten, unvermeidlich. Schon hatte Frankreich, als die Dinge sich verwickelten, eine Escadre in die Levante geschickt. Der nunmehrige Kaiser Napoleon konnte sich zur Befestigung seines Regimentes keine bessere Gelegenheit wünschen, als eben diese, welche ihm ein Kampf gegen die Präponderanz Rußlands im Verein mit England darbot. Die beiden Mächte verbanden sich mit der Türkei und unter einander selbst, so daß der türkische Krieg die größten Dimensionen annahm.

Wie so ganz veränderte sich hierdurch die Stellung Friedrich Wilhelms IV. Es schien eine Zeit lang, als ob es zwischen den vier großen Mächten um ihn her, England und Frankreich auf der einen, Oesterreich und Rußland auf der anderen Seite, zum offenen Kampf kommen würde. Von beiden Seiten wurden ihm Anträge gemacht: von der einen

---

1) Eichmann, die Reformen des osmanischen Reiches, S. 179 ff.

auf Mitwirkung gegen Rußland, von der anderen auf Neutralität. Damals war eine sehr verbreitete Meinung, er hätte den Augenblick ergreifen und mit Rußland brechen sollen. Wie er gesinnt war, ließ sich das nimmermehr erwarten. Denn wenn er die Schritte Rußlands nicht billigte, so geschah wiederum seinem Rechtsgefühl auch von dessen Gegnern kein Genüge: hatte doch England seinen Vermittelungsvorschlag von der Hand gewiesen. Und wie hätte er mit Louis Napoleon, in welchem er den Verbündeten der Revolution und den Feind der Verträge von 1815 sah, in Einverständniß treten sollen. In dem verwirrenden Streit des Tages behielt er doch immer diesen Gesichtspunkt unverrückt im Auge. Er hatte im Jahre 1848 eine Ahnung von der Wiederkehr dieser Gefahr gehabt; sie wurde ihm jetzt zur Gewißheit. Und ist sie nicht später das überwiegende Moment in allen europäischen Angelegenheiten geworden? Indem Napoleon III. von den continentalen Mächten der alten Coalition die eine nach der anderen angriff, ist er zuletzt dahin gelangt, den Kampf gegen Preußen zu eröffnen, der über das fernere Dasein dieses Staates entscheiden sollte. Napoleon ist dabei erlegen. Preußen hatte sich Glück zu wünschen, daß der Nachbar im Norden, durch Friedrich Wilhelms Verhalten im Krimkriege bewogen, keiner Eifersucht Raum gab. Preußen und Deutschland konnten ihre Streitkräfte ungestört gegen ihren vornehmsten Feind entwickeln.

Kommen wir aber auf die damalige Verwickelung zurück. Dem Könige von Preußen lag dabei vor allem an einer neuen Garantie des Territorialbestandes des deutschen Bundes. Auch Neuenburg hat er nicht vergessen. Die Reihe seiner politischen

Briefe an Bunsen wird durch eine merkwürdige Expectoration in diesem Sinne geschlossen[1]).

„Soll ich Großbritannien in diesen Wirren Dienste leisten, so ist der Preis, die conditio sine qua non „die Wiederherstellung meiner Autorität über und der Legitimität meines lieben treuen, unter die Füße der Gottlosen zertretenen Ländchens am Jura."

Ich weiß nichts, **gar nichts** von Verhandlungen mit zwei Mächten, ja nicht einmal, genau genommen, mit England, da ich von England **nichts**, als die Antwort auf **meine** Frage erwarte, ob England mir die Integrität der Grenzen des teutschen Bundes, d. h. wirklich des ganzen teutschen Bundes, der Preußischen Grenzen und der übrigen, gewährleisten **will**, **wird** und **kann**? — Ist England in seiner Antwort nicht klar und präcis, so frag' ich bei Rußland an und — erst wenn auch das unklar antwortet, ruf' ich Gott an, mich zu stärken, und dann heißt es: „Hier Schwerdt Gottes und Gideon", oder vielmehr „wie Gott will!"

Sie sagen mir, es gäbe keinen britischen Minister, der die Restauration Neuenburgs auf seine Responsabilität nehme. Möglich — aber vergessen Sie nicht — es giebt keinen König von Preußen, der die Restauration Neuenburgs nicht zur conditio sine qua non „seiner Dienste" machte.

Die Sachen haben sich seitdem immer ernster gestaltet und gestalten sich so in's Besondere für Preußen. Sonnabend vor acht Tagen brachte mir Herr v. Budberg einen Brief seines Kaisers, der mich dringend auffordert,

1) Schreiben vom 9. Januar 1854.

unter seinen Auspicien sammt Oesterreich einen Neutralitäts-Tractat abzuschließen. Ich entwickelte gleich mündlich und bald darauf schriftlich: que j'étais lié d'honneur gegen England, dessen Antwort ich erwarte auf meine Fragen und dem ich versprochen, mich bis dahin nicht zu binden. Orloff ging unterdessen nach Wien und hat ohne Abrede mit uns eine abschlägige Antwort erhalten. Ich habe Nicolaus' Brief und meine Antwort darauf meinem kaiserlichen Neffen nach Wien geschickt und zu gemeinschaftlichem Handeln aufgefordert, aber ohne Tractat, da die teutsche Bundes-Treue und die gemeinschaftlichen Interessen und Gefahren uns bindend genug die Wege vorschreiben, die wir wandeln sollen. Nun denken Sie sich meine Verwunderung, als ich statt der sehnlichst erwarteten Antwort Englands einen mit Frankreich gemeinschaftlichen Antrag bekomme, mich mit beyden zu verbinden, um durch meine Stellung den Frieden zu erhalten oder zu erzwingen. Was dem Einen Recht ist, ist dem Anderen billig. Ich bleibe neutral und zwar so wie ich dem russischen Kaiser geschrieben habe, ma souveraineté ne sera ni indécise, ni vacillante (Antwort auf seine Ausdrücke), mais souveraine. Wissen Sie nun, theuerster Bunsen, daß ich die souveraine Neutralität halte und den zu schlagen trachte, der mich darum schlagen möchte. Preußens Stellung ist zu vortheilhaft, sie giebt die Möglichkeit der letzten Entscheidung zu evident in Preußens Hände, um mich das nicht einsehen und darnach handeln zu machen. — Ich weiß, daß England unsern Handel vernichten kann, wenn es mich zwingen will. Aber ich hoffe fest, daß das evangelische England das evangelische Preußen nicht schwächen will. Mit anderen Worten (die ich tief fühle): Ich zähle darauf, daß England an mir keine Thorheit und keine Infa-

mie begehen wird. — Ich hoffe dabei nicht auf Glück — das wäre Thorheit, aber wohl auf Gottes Seegen — und das ist eben das Gegentheil von Infamie. Ich fühle mich in meinem Ablehnen nach West und Ost **recht, fest** und sehr **getrost.** So fühl' ich mich aber auch im Worthalten und Bundestreue. **Täuschen Sie sich nicht** und sagen Sie den brittischen Staatsmännern ins Ohr oder auf dem Markt: Ich lasse Oesterreich **nicht** durch die Revolution **angreifen** (deren Zündkraft ich kenne), ohne das Schwerdt zu seiner Hülfe zu ziehen. Und das aus lauter Liebe und Pflichtgefühl für **Preußen;** aus **Selbsterhaltungstrieb.** Die Zeiten von 92—96, das Jahr 5 und seine Folgen anno 6 sind nicht vergebens von mir studirt worden. Merken Sie sich das zu guterletzt: die Quintessenz meiner jetzigen Stellung zu England.

Ich verlange als Preis meiner ächten und autonomen Neutralität, als Preis des Dienstes, welchen ich dadurch England in dem unseeligen Bruche mit Rußland und den christlichen Traditionen leiste: die Garantie des europäischen Besitzstandes, die Unantastbarkeit des teutschen Bundes-Territorii in seiner Totalität und das heilige Versprechen, **mir nach, in und durch den Frieden mein treues Neuenburg ohne Bedingungen wieder zu verschaffen.**

Werde ich während oder durch den Incest Englands mit Frankreich angegriffen; wird die Revolution als sein Alliirter losgelassen, wo es sei, so verbind' ich mich mit Rußland auf Tod und Leben. Ich weiß was ich thue und was mir ansteht."

Diese Neutralität nach Osten und nach Westen gab der preußischen Politik wieder einen ausgesprochenen Charakter. Bunsen war weit entfernt, damit einverstanden zu sein; er suchte den König zur Theilnahme gegen Rußland fortzureißen. Man hat ihm Schuld gegeben, daß er eventuelle Gebietserweiterungen Preußens, selbst zum Nachtheil Oesterreichs, zum Preise der Verbindung mit England in Vorschlag gebracht habe; nach seiner eigenen Erklärung ist er nicht darüber hinausgegangen, in einem künftigen Frieden Garantien für eine sichere Stellung Preußens im Nordosten zu fordern. Aber offenbar war seine Haltung mit der Direction, die das preußische Cabinet genommen hatte, nicht mehr zu vereinigen; er sah sich veranlaßt, um seine Entlassung aus dem Dienste zu bitten, und erhielt sie. Leider finden wir über diese Katastrophe, die dem König sehr schmerzlich war, keine Briefe desselben. Bunsen verließ England im Juni 1854 mit der Absicht, sich nur noch seinen theologisch-literarischen Arbeiten zu widmen. Der Briefwechsel des Königs mit ihm wurde dadurch nicht abgebrochen: eigentlich politischen Inhalt hat er nicht mehr. Für die Verhältnisse, die wir betrachteten, wird er nur noch einmal bemerkenswerth — bei dem Tode des Kaisers Nicolaus, einem Ereigniß, das auf den König einen tief religiösen Eindruck machte.

4. März 1855.

„Sie ahndeten nicht, theuerster Freund, daß vielleicht in demselben Augenblick, als Sie mir schrieben, einer der edelsten Menschen, eine der herrlichsten Erscheinungen in der Geschichte, eines der treuesten Herzen und zugleich einer der höchsten Herren dieser engen Welt vom Glauben

zum Schauen abgerufen worden ist. Ich danke Gott auf Knieen, daß Er mich würdigte, bei dem Tode des Kaisers Nikolaus tiefbetrübt zu seyn, daß er mich gewürdigt, sein Freund im schönsten Sinne des Wortes zu werden und in Treue zu bleiben.

Sie, lieber Bunsen, haben anders über ihn gedacht und werden es vor Ihrem eigenen Gewissen jetzt schwerlich eingestehen, am Schwersten die Wahrheit (die alle Ihre Briefe aus den letzten schweren Zeiten leider nur zu unumwunden gegen mich ausgesprochen haben), daß Sie ihn gehaßt! Sie haßten ihn nicht als Mensch, denn da war er Ihnen wohl gleichgültig, sondern als den Darsteller eines Princips, des der Gewaltthat. Wenn Sie einst (wie er) durch den einfachen Glauben an Christi Blut begnadigt, ihn im ewigen Frieden sehen, so denken Sie daran, was ich Ihnen heut schreibe: „Sie werden ihm abbitten.“ Möchte Ihnen hienieden schon, geliebter Freund, die Seeligkeit der Reue beschieden seyn. Ich habe Ihre Seele lieb und möchte Sie, mit Ihren Gaben und Ihrem Wissen und Glauben, als ein glorreiches Werkzeug in den Händen des HErrn sich über die böse Zeit, wie ein Banner entfalten sehen. Die Regel, um das zu seyn, steht unwandelbar mit Gottes Schrift in der Epistel von Quinquagesima [1]), in specie im gläubigen Beugen vor ihrem 9. Verse [2]) und seiner adamantenen Einfassung. Eine Kluft zwischen Ihrem Wünschen und geistreichen Fordern einerseits und andererseits zwischen den reellen Zuständen kann nur und soll die Liebe aus-

1) 1 Cor. 13, 9.

2) „Unser Wissen ist Stückwerk und unser Weissagen ist Stückwerk.“

füllen. Sie erzeugt nothwendig den Haß der Welt, wie unterm Himmel die Wirkung der Wärme auf die Kälte Zersetzung der Atmosphäre erzeugt. Aber — „**die Liebe siegt**", gewiß wahrhaftig. Die abgedroschene Phrase „die Wahrheit siegt" ist grundfalsch. Die siegt nur und kann nur siegen durch **die Liebe Christi**, des Menschgewordenen Wortes."

XII.

Evangelische Gesichtspunkte des Königs

in seinen letzten Jahren.

In unseren Zeiten dürfte es unter den Männern von Bedeutung und Namen wenige gegeben haben, welche die positiven Grundlehren des Christenthums so lebendig ergriffen und so unerschütterlich festgehalten hätten, wie Friedrich Wilhelm IV. Durch die Geschichte der Hohenzollern geht überhaupt ein religiöser Zug; in den bedeutendsten Fürsten dieses Hauses, in dem ersten Kurfürsten Friedrich und in Friedrich Wilhelm, dem großen Kurfürsten, tritt er fast am stärksten hervor; nur Friedrich der Große macht eine Ausnahme: er hat sich sein ganzes Regentenleben hindurch zu den entgegengesetzten Doctrinen bekannt. — Friedrich Wilhelm IV. hielt dennoch seinen Großoheim unendlich hoch. Den Meinungen desselben hat er sogar dadurch neue Wirksamkeit verschafft, daß er eine umfassende, wohlgeordnete und kritische Ausgabe seiner Werke hervorrief und mit königlicher Munificenz ausstattete. Er hatte Hochachtung für den Geist an sich und für jede großartige Entwickelung, ohne die ängstliche Rücksicht auf religiöse Abweichungen, durch welche kirchlich Gesinnte in ihrem Urtheil so häufig beschränkt werden. Täglich sah er Alexander von Humboldt an seiner Tafel, obwohl er wußte, daß derselbe religiösen und politischen Ansichten huldigte, die mit den seinen in Widerspruch standen. Zwischen ihnen waltete, wenn wir so sagen dürfen, der Gegensatz zweier geschichtlicher

Epochen. Der König lebte in den Ideen, welche die Zeit der Restauration charakterisiren; Humboldt in den Anschauungen, die gegen Ende des 18. Jahrhunderts vorgewaltet haben: dem hochconservativen König zur Seite ließ er doch die Ideen von 1789 nicht fallen. Was sie dem zum Trotze mit einander verband, war eine gleichmäßige Theilnahme an dem Fortschritt der Wissenschaften und der Cultur. Denn auch der König besaß sehr ausgebreitete Kenntnisse und eine immer rege Wißbegier, die in den meisten Fällen durch Humboldt unmittelbar befriedigt werden konnte. Der Naturforscher, der unter allen Interessen der Menschheit die wissenschaftlichen obenan stellte und unter diesen wieder die Einsicht in die Kräfte der Natur und die Beschaffenheit der Naturkörper, umfaßte mit sicherer Kunde das ganze Reich der sichtbaren Welt. Er folgte der weiteren Entwickelung der Naturwissenschaft auf jedem Schritt: sein großer Name, an dem der König Gefallen hatte, ließ ihn wie den Mittelpunkt dafür erscheinen. Humboldt hatte die Welt in größerem Umfange gesehen, als so leicht ein Anderer; er kannte die bedeutendsten Persönlichkeiten, die den Gesichtskreis der Zeitgenossen erfüllten; er war sprachkundig und sprachgewandt; damit verband er die Formen eines gebildeten vornehmen Mannes. Der König konnte seines Umganges, seines Gespräches nicht entbehren und erwies ihm nicht selten sehr willkommene Freundschaftsdienste. Humboldt, der diesen Umgang auch seinerseits nicht entbehren mochte, war allezeit bereit, sich den Culturbestrebungen des Königs förderlich zu erweisen. Aber man könnte nicht sagen, daß er die nach verschiedenen Seiten hinstrebende und weit angelegte geistige Individualität, die er vor sich sah, in ihrem umfassenden Selbst gewürdigt

oder objectiv zu erkennen gesucht hätte. Für den Ideenkreis der Restauration hatte er weder Verständniß, noch Mitgefühl; vielmehr nahm er Anstoß an Allem, großen und kleinen Handlungen, worin der König denselben durchblicken ließ. Den Verdruß, den er empfand, wenn seine Sympathieen verletzt wurden, hat er in sarkastische Aeußerungen und Billets ergossen, die dann den Weg in die Oeffentlichkeit gefunden und dem König üble Nachrede gemacht haben. Im Umgang war, wie sich denken läßt, von dieser Verschiedenheit nichts zu bemerken. Man sah nur wohlwollende Hochachtung auf der einen Seite, auf der anderen dienstbeflissene Ehrerbietung. Der König erschien immer als der gebietende Herr, der bei sich zu Hause ist; Humboldt, der doch sein Verdienst keinen Augenblick vergaß, als ein gern gesehener, nützlicher und nützlich sein wollender Gast. Nicht selten trug er eine Bitte vor, nie für sich, immer zu allgemeinen Zwecken: gern gewährte der König, um der Sache willen, so wie aus Rücksicht für ihn. Nicht lange aber konnte man sich die Differenz dieser Geister verbergen. Der König besaß unendlich mehr Imagination, künstlerische Begabung und geniale Beredsamkeit; Humboldt bei weitem mehr präcise Kunde, sicheres Gedächtniß, ausgebreitete Erinnerung. Der König war nicht ohne Aufwallung; Humboldt leicht abschätzig in seinem Urtheil. Vornehmlich in ihren historischen Anschauungen gingen sie weit auseinander. Humboldt combinirte das entfernteste Alterthum und die klassischen Zeiten mit den Fortschritten der modernen Welt; in den dazwischen liegenden Epochen sah er mehr einen Durchgang und eine Verdunkelung. Was er für die Erscheinungen der Natur zu seiner Aufgabe machte, — in dem Mannigfaltigen das Be-

harrende zu erkennen: das lag ihm in Bezug auf die historischen Erscheinungen und das, was im Wechsel der Zeiten das Beharrende gewesen ist, ferne. Für die großen religiös-politischen Bildungen des Mittelalters, wie sie im Kampfe der mit einander ringenden Völkerkräfte sich gestalteten, ihren inneren Organismus, namentlich für das Reich deutscher Nation, hatte er wenig Sinn. Gerade in denen aber lebte der König; er bewunderte den inneren Gehalt und die Lebenskraft derselben; er sah in der Vergangenheit die fortwirkende Grundlage für die Gegenwart, die nur regelmäßig weiter entwickelt werden müsse. Humboldt hielt die vorliegenden Zustände für einen Gegenstand freier Behandlung: der König war nie ohne das Bewußtsein seiner politischen Stellung zwischen den ihn umgebenden Weltmächten, und der Bedingungen, die daraus für sein Thun und Lassen entsprangen. Humboldt hatte nur das allgemein Wünschenswürdige im Auge. Den religiösen Ideen, den Institutionen der Kirche widmete er so gut wie keine Theilnahme. Dagegen gab es Nichts, was dem König mehr am Herzen gelegen hätte. Selbst sein Interesse an der Weltentwickelung trug diese Farbe. Er sah das Ziel derselben in der Ausbreitung des Christenthums über alle Erdtheile.

Wie sehr diese Idee sein Gemüth erfüllte, sieht man aus seinen Bestrebungen für die chinesische Mission.

In dem Verhältniß der Religionssysteme, welche die Welt beherrschen, war in den letzten Zeiten eine Veränderung von hoher Bedeutung eingetreten. Das dem Christenthum an sich feindseligste derselben, der Islam, war in sich selbst durch den Kampf entgegengesetzter Gewalten erschüttert und dadurch in Nachtheil gegen das Abendland gerathen. Von originalen Geistesregungen innerhalb desselben ist seitdem nicht mehr die

Rede gewesen. In dem Morgenlande hatte der Islam die indischen Glaubenssysteme nicht wenig beeinträchtigt, als die europäischen Nationen sich derselben vielmehr annahmen. Doch auch das hatte seine Grenzen gefunden. Es kann als ein wichtiger historischer Moment betrachtet werden, daß die Engländer davon abstanden, die dem menschlichen Gemeingefühl am meisten widerstrebenden religiösen Gebräuche der Hindus, wie die Verbrennung der Wittwen, durch ihren Schutz zu autorisiren. Das dritte der großen Religionssysteme, das aus verschiedenen Elementen zusammengewachsene chinesische, erhielt sich noch, nachdem es die aus dem Abendlande eingedrungenen Elemente ausgestoßen hatte, intact und unnahbar wie vor Alters. Man berechnete, daß es der dritte Theil des menschlichen Geschlechtes sei, welcher hier in systematischer Absonderung von den übrigen Völkern der Erde eintönig und unauflöslich durch Leben und Glauben zusammengehalten werde. Da trat seit dem Jahre 1840 eine Verwickelung ein, welche dieser stolzen und strengen Besonderheit einen schweren Schlag beibrachte. Der Krieg, in den sich die Chinesen mit England einließen, sollte, so erwarteten jene, zu einer Ausschließung der Fremden auf ewig führen. Er führte aber zu Niederlagen, in welchen das Mandarinenthum, das durch den Zauber der mit der Macht vereinigten, vermeintlich unfehlbaren Doctrinen die Population in tiefer Ergebenheit niederhielt, diesen Zauber verlor. Ein Friede wurde geschlossen, der den europäischen Nationen den Eintritt in das chinesische Reich verstattete. In Folge dieses Wechsels erwachte in dem Abendlande der Gedanke, die Einwirkung des Christenthums, die in China schon einmal sehr umfassend gewesen war, zu erneuern. Die katholischen Missionen, die doch niemals ganz

vertilgt worden waren, kamen wieder zu voller Kraft, freilich ohne recht in die Tiefe zu wirken. Schon seit einiger Zeit hatte sich nun aber auch der Protestantismus Zugang verschafft, und zwar hauptsächlich durch Theilnahme an der literarischen Production, für die man dort sehr empfänglich ist, in der Landessprache. Die Bibel war übersetzt worden, Tractate wurden verbreitet. Nach erfochtenem Siege fanden englische und amerikanische Missionare, denen sich einige deutsche anschlossen, mehr Gehör; sie rechneten auf die größten Erfolge. Was hätte für einen, von dem Christenthume so durchdrungenen Fürsten, wie Friedrich Wilhelm IV. war, hinreißender sein können, als die Aussicht, die religiöse Wahrheit in diesen entfernten Regionen zur Herrschaft gelangen zu sehen. Wollte er aber für ihren Erfolg mitwirken, so war er auf Bunsen angewiesen, der damals noch in England stand und, wiewohl jetzt lange nicht mehr von der positiven Ueberzeugung des Königs, doch dessen Absichten und Wünsche für die Ausbreitung des evangelischen Christenthums in aller Welt von ganzem Herzen theilte. So erfreulich die Erfolge der mancherlei Missionen in Afrika und Polynesien waren, so war doch damit der Herrschaft des Christenthums noch nicht der eigentliche Weg eröffnet. Bei den Muhamedanern, die durch feste, zugleich klimatisch begründete und durch die Staatsverfassung geheiligte Satzungen gebunden sind, ließ sich eine nachhaltige Einwirkung nicht erwarten. Für die Hindus war durch England gesorgt. In China eröffnete sich bei dem Zusammentreffen zwischen den protestantischen Missionen und der Reichsreligion von buddhaistischem Gepräge, die dort die Geister fesselt, ein

unermeßlicher Schauplatz. Der König richtete in dieser Sache folgenden Brief an Bunsen:

Sanssouci, 29. August 1850.

„Es ist mir eine rechte, große Entbehrung, Sie, mein theurer Bunsen, jetzt nicht hier sehen zu können. Die Ursache zumal ist recht traurig und ich wünsche von ganzem Herzen, daß in dem Zustande Ihrer leidenden Tochter bald eine gründliche Besserung eintreten möge! Ganz abgesehen aber von der Freude, Sie wieder zu sehen und manche alte Gespräche wiedet anzuknüpfen, hoffte ich über manche sehr wichtige Gegenstände mit Ihnen zu reden, zu discutiren, mich belehren zu lassen, mit Ihnen zu klagen und zu hoffen. Möge es bald geschehen!

Ihre Antwort auf ein Schreiben von Marcus Niebuhr, welches er in meinem Specialauftrage an Sie richtete, läßt mich befürchten, daß Sie meinen doch von ihm ziemlich richtig ausgesprochenen Gedanken nicht verstanden haben. Glückt dem Gützlaff sein Werben von geistlichen Missionaren für China, kann er, was Gott allein weiß, mit bedeutenden Kräften an die Verkündigung des Evangelii dort im Lande gehen, so ist für mich — für Andere leider!!!! gar nicht — die Hauptfrage: „Was soll sich (bekennt sich der HErr zur Sache) aus dem Unternehmen für China in christlicher Hinsicht dann gestalten. Will man das Schicksal Hunderttausender und vielleicht bald von Millionen Bekehrter dem sogenannten Zufall überlassen? oder es der römischen oder der englischen Kirche überlassen, die Bekehrten durch neue Missionen oder vielmehr durch Missions-Jagd-Partien für sich einzufangen? Oder will man das gleichsam von hundert Sec-

ten begonnene Werk, durch den Mangel jeglichen einigenden Bandes in 10,000 Secten zersplittern lassen?" Diese Frage ist eine verzweifelt ernste und dürfte zur gräulichsten Unehre der Protestanten ausfallen. Ich weiß wohl, daß ich bei dem agonisirenden Zustande der kopf- und schwanzlosen deutsch-evangelischen Kirche gar nichts thun kann, als rathen, bitten, flehen, warnen. Was Noth thut, weiß ich, auch weiß ich, daß es nur durch das Zusammentreffen zweier großer Unwahrscheinlichkeiten zu Stande kommen könnte. Diese aber sind: 1) daß die deutschen Protestanten zu der Einsicht kämen, es lasse sich für die Zukunft China's nur durch eine **gemeinschaftliche**, für **Alle** evangelische Splitter der Kirche **fest-gültige Ordnung** auf eine Weise wirken, mit der man vor Gott bestehen könne; 2) daß die evangelische Kirche gewisse verderbliche Vorurtheile aufgäbe, um diese Gemeinschaftlichkeit hervorzubringen. Und doch, theuerster Freund, liegt die Sache so klar auf der Hand, daß ich's als eine Nothwendigkeit ansehe, daß einige ausgezeichnete Menschen endlich einmal mit der Nase, der Realität gegenübergestellt, es einsehen müssen: die teutschen Missionare in China müssen die revolutionär-imbecible Scheu vor dem Episcopat aufgeben, die Engländer aber das **verderbliche** Vorurtheil Landes-Bischöfe statt Kirchen-Bischöfe zu machen, Ober-Priester mit einer Dotation von mindestens 8000 Thlrn. Revenuen statt apostolische Vorsteher — !!! — !!! —

Dann, was das Etabliren der evangelischen Kirche in China betrifft, ist meiner heiligsten Ueberzeugung nach

„das geistlich-taktisch-strategische Vorgehen, Eindringen ins Land durch Ansetzung (Agglomeration) unzähliger kleiner

Kirchen in apostolischem Sinne des Wortes. Es versteht sich von selbst, daß jede dieser „anzusetzenden" Kirchen ihren Bischof haben muß, aber wiederum natürlich in apostolischem Sinne, nicht mit 8000 Thlrn. Revenuen, nicht im Lande speculirende, sondern einer Kirche vorstehende. — Ich fühle, theuerster Freund, daß man mir sagen kann: „was Schwernoth geht dich das an?" —

Antwort — Ich bin ein Christ und nota bene ein Evangelischer nicht dem Namen nach, sondern mit Leib und Seele. Die Ehre wie die Un-Ehre des evangelischen Bekenntnisses ist nun einmal für mich meine Un-Ehre, meine Ehre! Ich sehe aber, gewitzigt durch 100 Exempel, neue colossale Blamage, wenn das Eine, was der Evangelischen Kirche Noth thut, auch dort, bei dem, in jeder Hinsicht großen und heiligen Unternehmen wieder!!!!!! aus den Augen gesetzt wird und Dinge geschehen, wie die, welche den Emir Beschir zwischen amerikanischen Baptisten und englischen Priestern in einem Tage dazu brachten — römisch-katholisch zu werden!!! Eine „Vereinigung für China" ist für die Rechtgläubigen Evangelischen Landeskirchen Europas möglich. **Die** nur allein streb' ich an, wie ich es eben vermag, nicht als Don Quixote Mühlen bekämpfend, oder ein Bauermensch für die Dame seines Herzens haltend, sondern **versuchend**, die Sache da anzufassen, wo sie einen Henkel hat. — Gott weiß, daß ich weit entfernt bin, Ihnen einen officiellen Auftrag für Primas und Bischof-Metropoliten zu geben, wie damals bei der Stiftung der Kirche von Jerusalem. Aber reden, discutiren, besprechen können Sie die Sache mit „denen, welche das Ansehen haben" — und es verstehen, die Leute zu bekehren, wenn's möglich ist und — wenn Sie mich verstehen,

was ich nicht aufgeben kann. Darum, ist Ihnen etwas dunkel in meiner Auffassung, dann sagen Sie es rund heraus. Ich habe das Glück, daß Sie mich verstehen, wenn wir uns gegenüber sitzen. Muß ich schreiben, so wohnt mir allerdings nicht dieselbe Zuversicht bei. Ich werde nun suchen, so deutlich als möglich zu sein und zu dem Zweck Ihnen gleich darstellen, wie ich mir die Ausführung meiner Ansicht praktisch vorstelle. Danach würde die Sache so begonnen werden (supponirt, daß die Unwahrscheinlichkeiten überwunden werden — das versteht sich von selbst): Der Bischof von Hongkong wird zum Erzbischof oder Metropoliten für China ernannt und ihm zwei Suffragane beigegeben, welche auf den amtlichen Sendungen nicht bloß in seiner Vollmacht, sondern mit seinen Vollmachten zu kirchlichen Handlungen ausgestattet sind. Diese drei Personen sind die Inspectoren und bis zu gewissem Grade Directoren des ganzen Missions-Unternehmens. Dies Unternehmen selbst könnte dann vielleicht kraft dieser Directorial-Gewalt geographisch nach National-Kirchen und National-Missionen eingetheilt werden; also die Teutschen (kommt wirklich die große Zahl von Missionen zusammen, die Gützlaff erwartet?) eine oder drei Küsten-Provinzen, die Engländer eine oder zwei oder mehr neben an, dann die Holländer eine, die Franzosen und Schweizer die andere Provinz. Sobald nun ein compactes Häuflein Chinesen in, oder bei einer Stadt bekehrt ist, weicht der Metropolit mit seinen Suffraganen einem Bischof, einem schlichten Missionar, ist's **möglich** (?) einem Eingebornen und stiftet so eine Kirche. Auf diese Weise wird bei jeder gleichen Lage der Dinge fortgefahren und so entsteht allmählig durch das Ansetzen eines kleinen apostolischen Kirchleins an's an-

dere die Agglomeration von Kirchen, und nicht von puren Missions-Stationen, welche organisch von der Küste in's Innere vordringt, zuerst natürlich nur als einzelne kleine Sterne in der Nacht China's, als kleine selbstständige, das Leben in sich habende Ganze, die beim Seegen von Oben sich allmählig in sich selbst ausbreiten, kräftigen und zu neuem Missions-Leben Stoff bieten. Vergessen Sie nicht, theuerster Bunsen, es ist hier vom dritten Theil des Menschengeschlechtes die Rede. Seit der Bekehrung des Römischen Reichs ist keine Epoche der Kirchen-Geschichte mit diesem Unternehmen zu vergleichen. Sein Glücken würde eine neue Aera für die Gesammtkirche auf Erden heraufführen. Ob wir, oder unsere Kinder und Kindes Kinder die Erfüllung sehen, kommt hier nicht in Betracht, eben so wenig als die Ströme von Märtyrer-Blut, die wahrscheinlich bald reichlich fließen werden: das unterliegt einer andern Direction als der des Lord Archbishop of Hongkong. Darnach wird möglicher Weise dieses Amt in nicht langer Zeit zum Allerwichtigsten der Gesammtkirche werden. Vergessen wir auch nicht, daß „wir" in China mit einer formidablen Rivalin zu thun haben, mit der Römischen Kirche. Bisher hat sie uns noch überall durch ihre festere Organisation übertroffen. Ich glaube ehrlich, daß Rom gegen eine der Art organisch „anschließende" wirkliche Nationalkirche, gegen diese Phalanx zahlloser apostolischer Brenn- und Lebens-Punkte nichts vermögen wird. Die Wahrheit, von der Weisheit und der Form getragen, wird unüberwindlich sein. —

Macht aber Old Englands alte Kirche (die in China jetzt 9000 Seelen neben 30,000 katholischen Chinesen zählt) die Sache wie in Indien, drei oder vier Lord-Bishops (wie

liches in Aussicht gestellt werden für die französisch Reformirten?

Zum Schluß ein kurzes Raisonnement über den Sinn und Zweck dieses Briefes. Denken wir nicht an die Krönung des ungeheuren Heils-Werkes, welches Gützlaff unternehmen will; lassen wir's auf sich beruhen, was Englands Kirche im Siege mit der chinesischen Kirche vornehmen darf, soll, wird; ob, nach dem Siege (der vielleicht 300 Jahr auf sich warten läßt) der Primas von China in Hongkong bleiben oder Nanking beglücken, ob er 40 oder 400 Metropolitane über die 4000 „Kirchen" Chinas setzen soll? Bleiben wir fest bei dem Strange und erkennen wir als Wahrheit und Richtschnur an: 1) daß das Werk so gut, wie noch nicht begonnen ist; 2) daß wenn die Predigt der frohen Botschaft nicht verpuffen, sondern Früchte tragen für das ungeheure Reich, auch nicht im Kampf mit Rom unterliegen soll, es unabweislich ist, die Kirche Christi in China durch eine „Granulation" unzähliger apostolischer Kirchen von der Küste an landeinwärts sich gestalten zu lassen; 3) daß eine jede dieser „Kirchen" der „chinesischen Kirche" in spe, ihren Bischof, ihre Presbyter, ihre Diaconen haben muß; 4) daß dazu gehört a. daß die Nichtanglikaner, namentlich die Teutschen, sich lokal und theilweise anglikanischer Ordnung, b. aber, daß sich die anglikanischen Ordnungen lokal und theilweise, teutschem Menschenverstande fügen müssen.

Nun umarmt Sie zum Abschied

Friedrich Wilhelm."

Bunsen begrüßt (23. September) diesen Brief als eine rechte Sonntagslabung; er bekennt sich aufs Neue zu dem Gedanken von 1841, daß der Plan ächt bischöflicher Organisation apostolischer Kirchen oder Gemeinden, die sich „granulationsmäßig" aneinander schließen, der naturgemäßeste und dem apostolischen Vorbild entsprechend sei. Er will Alles thun, was möglich, wenn nur Gützlaff tüchtige Missionare mitbringt, um die Formen der englischen Kirche dem Unternehmen dienstbar zu machen, statt es im Keime zu zerstören, indem man jenen Formen dienstbar wird.

„Der Erzbischof fühlt ihren Druck fast eben so sehr, als der edle und begeisterte Primas in Indien, der Bischof von Calcutta, Wilson. Ich schreibe morgen an den guten, lieben Bischof von Hongkong, um zu hören, wie es mit seinen dortigen Hoffnungen steht, und ihn mehr und mehr bereit zu machen, auch seinerseits dem Gützlaff'schen Unternehmen hülfreiche Hand zu reichen."

Indem der König damit umging, dem einseitigen Fortschritt des Katholicismus in dem entfernten Asien evangelische Missionen entgegenzusetzen, begegnete ihm in Deutschland und zwar in seiner nächsten Nähe, daß man ihm eine geheime Hinneigung zu dem Katholicismus zuschrieb. Bei der allgemeinen Bewegung der Zeit hielt er für unzweifelhaft, daß dies Gerücht auf einer sehr berechneten Verleumdung von demokratischer Seite beruhe. Auch darüber schreibt er an Bunsen[1]:

---

1) 5. October 1851.

„Das Katholisirungsgerücht ist — das haben wir Schwarz auf Weiß — in London und Paris in tausend Formen und auf zehntausend Wegen nach Deutschland zu schicken beschlossen worden. Das mögen jetzt höchstens anderthalb Jahr sein. Der gute Wille unserer Menschheit hat die wissentliche Lüge aufgenommen und verarbeitet. Man glaubte wirklich daran in Deutschland, denn man konnte ja sagen: In England wissen sie es recht gut. Der Deputation des hiesigen Treubundes habe ich keine Rede gehalten, wohl aber ein Gespräch mit Rede und Antwort. — — Ich sagte den braven Männern, daß diese letzte Lüge über mich den unbestrittenen Vorzug hätte, daß man nach Erschöpfung aller Evidenz dagegen noch sagen könne: ich mache es wie jener Darmstädter Hofprediger, der Wort und Sakrament verwaltete, während er Jahre lang Papist und Jesuit gewesen. . . . . Einigkeit ist nur auf einem Punkte, im Verwerfen alles Dessen, was die Kirche wirklich bauen kann, allein bauen kann, d. h. zu deutsch Verwerfung des Leibes, den uns Gott gemacht; und der nicht wie Rom dem Geiste seine Gesetze auflegt, sondern in welchem der Geist, und zwar der heilige Geist, den ich trotz Schleiermacher und Neander wahrhaftig glaube, schafft und regiert."

Er sagt ein Wort von denen, die seine jetzige Regierung zu schwächen trachten, und zwar angeblich aus lauter Liebe zu ihm. Im Angesicht der gegenwärtigen Zustände erklärt er das für ein Verbrechen; er unterscheidet die Treuen und die, welche guten Willens sind.

„Da ich nun wohl überlegt und unerschütterlich mit meinem Ministerium stehe, so bekommt naturnothwendig der trennende Theil der Treuen (!) die Richtung nach Links."

An den theologischen Arbeiten, mit welchen Bunsen, seitdem er nach Deutschland gegangen und am Rhein seinen Wohnsitz genommen, hervortrat, konnte der König kein Gefallen finden. Aber die alte Gemeinschaft der Ideen über Religion und Kirche, die ihn mit Bunsen verbunden hatte, war doch niemals erloschen: sie erwachte besonders dann, wenn es den Gesammtinteressen des Protestantismus galt, die der König im weitesten Sinne begriff. Friedrich Wilhelm IV. hatte im Anfang seiner Regierung Frieden mit der katholischen Kirche geschlossen. In der vornehmsten Frage, deren wir oben gedachten, hatte er sich damit begnügt, daß die Gültigkeit der evangelischen Trauungen anerkannt wurde; er hatte den Verkehr der Bischöfe mit dem römischen Stuhle freigegeben und Manches nachgesehen, woran Spätere Anstoß genommen haben. Allein allmählig erschreckten auch ihn die Bestrebungen, die in dem Inneren der katholischen Kirche zum Vorschein kamen. Inmitten der mannigfachsten Bedrängnisse des römischen Stuhls war die klerikale Autorität nicht allein erhalten worden, sondern gewachsen. Niemals nahm ein Papst die Unfehlbarkeit in religiösen Fragen, gleichsam die kirchliche Omnipotenz, mit soviel Selbstbewußtsein in Anspruch, als Pius IX. Der König hatte keine Ahnung davon, wohin das einmal führen könne; aber gleich der erste Act, in welchem sich diese Tendenz manifestirte, brachte sein von den evangelischen Grundanschauungen durchdrungenes Gemüth in Aufregung. Es war die Definition der unbefleckten Empfängniß der heiligen Jungfrau, zu der sich der Papst anschickte.

„Der arme Pabst“, so schreibt der König an Bunsen[1]),

1) 20. September 1854.

„will vom Himmel mächtigeren Beystand für die Römische Kirche erringen, als bisher gewährt worden, und zu dem Ende die Himmels-Königinn gewinnen durch Decretiren einer höheren Ehre. Er will die Träumereyen Franzens von Assisi und seiner Jünger über die „immaculata conceptio Beatae Mariae Virginis“ (die bisher viel Glück in der Römischen Kirche gehabt) zum kirchlichen Dogma erheben, von dessen Annahme Heyl oder Verdammniß der Menschen abhängen soll.

Hier haben sich mir zwei ernsteste Erwägungspunkte für die Evangelische Kirchen-Gemeinschaft aufgedrängt.

1) Ist die Evangelische Kirche nicht zur Mumie geworden, so **muß** sie bey dieser Gelegenheit Zeugniß von ihrem Glauben ablegen. Sie muß das nicht etwa allein als Jüngerinn Luthers und Calvins thun, sie muß es als die wahrhafte Jüngerinn des HErrn, in der Treue gegen die apostolische Lehre, mit Benutzung des Zeugnisses der Väter der Kirche des Abend- und des Morgenlandes, mit Einem Wort als der reine, nicht irrende, wahrhaft katholische Theil der Kirche auf Erden thun.

2) Muß die Evangelische Kirche nicht allein bekennen, sondern auch (soweit es irgend geht) dieser Römischen Phantasmagorie gegenüber handelnd auftreten. Kommt nehmlich dies von mir ersehnte neue Bekenntniß auf die Heyls-Wahrheit zu Stande, so muß dasselbe auf alle und jede erlaubte Weise mitten in den Schooß der Römischen Wirthschaft getragen werden. Ich sprech' es aus: wir müssen den Moment zu den heiligsten und allerrechtmäßigsten Eroberungen benutzen.

Hierbey sind (als erste Bedingung, daß das zu Thuende der Kirche nicht zum Fluch, sondern zum Seegen, nicht zur Verkleinerung, sondern zum Wachsthum ausschlage) gewisse entsetzliche Klippen zu vermeiden. Die erste und entsetzlichste ist die protestantische Vereinzelung. Lieber Schweigen als einzelne Reden. Es muß die Gesammt-Kirche auf Erden anerkennen und nicht zweifeln, daß es die gesammte **Evangelische** Kirche ist, die spricht und bekennt. Demnächst muß Sorge getragen werden, daß die protestantische Taktlosigkeit, in specie die norddeutsche, die gewöhnlich mit einem Element von Klotzigkeit verbunden ist, (wenn es möglich ist!?!) vermieden werde.

Ich glaube, lieber Bunsen, daß Sie ahnden, wohinaus ich mit dem Allen will. Ihren Rath und Ihre That (wenn ersterer letzterer günstig ist) nehm' ich in Anspruch. Ein „Aussprechen" der Evangelischen Gesammtkirche proprement dite ist, wenn Sie wollen, ein Unsinn. Es ist aber an sich kein Unsinn, „die höchsten Autoritäten der Kirche in den Hauptländern zu einem harmonischen Aussprechen zu bringen", wenn dieselbe das schwere Gewicht und die Entscheidung (der Römischen Maßnahme gegenüber) in diesem Moment der Kirchengeschichte erkennt.

Ich argumentire so: England und seine Kirche und kirchliche Wichtigkeit steht, wenn von Evangelischer Kirche die Rede ist, auf der einen, das übrige Evangelische Europa auf der anderen Seite. Es muß ein Vereinigungs-Punkt beyder Hälften gesucht werden, damit die Stimme der Kirche, die ich ersehne, eine „volle" sei. Bis zum 8. December ist Zeit. An dem Tage soll erst die Proclamation des neuen Dogmas zu Rom vor sich gehen, die gewaltige

Stimme des wahrhaftigen Glaubens muß die Antwort auf das römische Aergerniß, das Echo des Götzenfestes seyn. Diese dritthalb Monate müssen benutzt werden; Teutschland, die Schweitz, das reformirte Frankreich, der lutherische Norden müssen mit England und durch England mit Amerika anknüpfen. Die Frage aber ist, **wie** kann angeknüpft werden? Ich glaube, ohne Ihnen im Mindesten etwas einer Schmeichelei Aehnliches sagen zu wollen, daß Sie, lieber Bunsen, der einzige Mann sind, der anknüpfen kann. Sondiren Sie, ich bitte Sie, vorläufig den Primas von England und old Lords. Ich gedenke bald einige kirchliche Autoritäten Berlins zu mir zu laden und zu sehen, ob (?) hier etwas zu machen ist. Herrlich wär's, wenn sich in Ihren Händen Vorschläge aus Berlin und London kreuzten. Dann ist der belebende Funke da, der gute evangelische Wille muß constatirt sein und Alles harrend dem 8. December entgegensehen. Geschieht das Ungeheure zu Rom wirklich an dem Tage, dann muß das entworfene Bekenntniß wider die Profanation im Schooße der Kirche des HErrn in alle Lande hinausgehen zur Unterzeichnung; man muß das Rauschen der Feder hören und dann lasse sich der helle und lichte Glockenklang vollwichtig vernehmen.

Sie fühlen es diesen Zeilen an, theuerster Freund, daß ich in einer gewissen Begeisterung schreibe. Nehmen Sie diese warmen Zeilen mit ruhigem und praktischem Sinne auf. Sie wissen, wie es in der Kirche aussieht. Sagen Sie mir bald, ob die Erfüllung meiner Hoffnung in der Möglichkeit liegt, und sagen Sie ja, dann die Hand an's Werk und Gott wird Ihre Hand seegnen, wie er sie damals in den Dingen der Kirche von Jerusalem geseegnet hat. Vale! F. W."

Der Gedanke des Königs ging dahin, eine Demonstration der gesammten evangelischen Kirche gegen das Vorhaben des Papstes hervorzurufen: denn er sah in der Welt immer die großen Genossenschaften nationaler und religiöser Art. Dem römisch-katholischen System sollte sich gleichsam Evangelisch-Katholisches, d. h. Allgemeines, in dem die wahre Kirche sei, entgegensetzen. Bunsen stimmte in diesem Falle der Meinung des Königs nicht vollkommen bei: er hielt es für genügend, den päpstlichen Anmaßungen durch den kleinen Krieg der Presse zu begegnen[1]).

„Verstehe ich Sie recht, lieber Bunsen, so weisen Sie meinen Gedanken zurück und wollen (falls Pius IX. die Tollheit begehen sollte) die ganze Angelegenheit auf den „Brochuren-Krieg" verweisen, dessen erste Plänkler Hundeshagen und Nitzsch werden sollen. So wird die Sache, meinem Verständniß nach, nicht einmal ein Evangelischer Brochuren-Krieg, sondern ein teutscher. Der Evangelische (d. h. der die ganze Evangelische Welt zum Nest hätte) wäre schon schlimm genug, der teutsche aber: ganz unerträglich. Er fange noch so würdig an, die teutsche Taktlosigkeit, Plumpheit, Glaubenslosigkeit, Ueberstudirtheit, der teutsch-evangelische Pietismus, Romanismus, Rationalismus, die Irwingerey und Baptisterey werden die heilige Sache in wenig Monaten gründlich verpfuscht haben, daß Rom vor Wonne brüllen wird. Das einzige Resultat wird protestantische Schmach und Schande seyn und an die Stelle des von mir beabsichtigten Zeugniß-Ablegens, Bekennens und Ermahnens durch die ganze Evan-

1) Schreiben des Königs vom 6. October 1854.

gelische Kirche an die Gesammtkirche, des feyerlichen Kniebeugens vor der Ehre des Menschgewordenen Ewigen Wortes wird ein jammervolles Aergerniß mehr zu Tage kommen und Christi Kirche betrüben. Denken Sie an mich, wenn das geschieht. Ich sage es heut am 6. October 54 voraus.

Aber nun eine ernste Frage zu ernster Antwort. Wenn Sie, Josias Bunsen, dem Primas von Alt-England schreiben: „Alter Freund! Du weißt, welches Skandal vom Papst beabsichtigt wird. Zieht er nun dadurch (?) wirklich das Gericht (in dieser an Gerichten reichen Zeit) auf sein und seiner Kirche Haupt, was wirst Du thun? Nichts? Etwas? und wenn Etwas, kannst Du Dir ein Mittel denken, daß dies Etwas also geschehe, daß die Häupter der anderen Evangelischen Kirchen-Gemeinschaften wenigstens im bunten Teutschland, im ernsten Schottland, im lutherischen Norden, im reformirten Süden mit Dir gemeinsame Sache machten und Rom gegenüber eine imposante Masse bildeten; würde von solchem Act aus, wenn Du, alter Freund, ihn möglich glaubst, nicht ein neues Leben, ein neuer Glanz auf die Reformation geworfen werden, deren Folgen, unter der Leitung des HErrn der Kirche, unermeßlich ungeahndet seyn dürften." — Wenn, frage ich Sie auf Ihr Gewissen, **Sie** auf diesem Wege den Gedanken anzuregen versuchen, wie kann „das Organ meiner Umgebungen", wie kann Stahls Conzilien-Narrheit (von der ich nie gehört), wie kann die Furcht, „das Ganze sey nichts, als ein Verrath an die Jesuiten, als ein Wink an sie de reculer pour mieux sauter", wie kann **dies** grade und Anderes Aehnliches!!! dem Primas eine Veranlassung geben, die Sache von der Hand zu weisen? — ! — ??! Ja, wenn ich Sie gebeten hätte, den Primas zum Brochuren-

Kriege in Vereinigung mit dem quatschen teutschen Protestantismus aufzufordern, dann würde ich begreifen, daß es Ihnen (in Ihrer Aufgeregtheit gegen Alles, was unter meiner Herrschaft keimt und wird und werden will) so vorkommen könnte, es dürfte der Primas, nach einem Blick in die teutschen Abgründe, scheu werden. Wenn aber Bunsen seine Ansicht in wohlformirtem Satze, fragend an den Primas schreibt, so will ich meine Hände in's Feuer legen, daß er vielleicht um tausend anderer, **gewiß** aber **nicht** um der von Ihnen angeführten Bedenken willen seine Cooperation ablehnt. — Aber Sie wollen nicht. Und ich werde Sie nicht zu überreden trachten. Der HErr seegne Sie, theurer Bunsen, mit **Seinem** Frieden! Vale. F. W."

Postscriptum vom 8. October.

„Für den Fall, daß Strauß recht hat, und Sie wirklich geneigt wären, eine Anknüpfung mit dem Primas zu versuchen, möge hier meine Ansicht „auf das Allerunmaßgeblichste" stehen. Erkennen wir (was nicht unmöglich), daß er uns gegenüber denkt, was der böse Geist an Gretchen sagt: „Die Hände dir zu reichen schauert's dem Reinen" — dann kein Wort mehr an den Primas. Wo nicht; fragt er Sie: „Zeigen Sie mir den Weg, ich kenn' ihn nicht — meine Kirche ist zu dähmlich dazu — aber zeigt ihn mir — versuchen will ich's", so sagen Sie ihm, er möchte Ihnen doch den Auftrag geben, die durch Stellung und Glaubensfreudigkeit und Muth ausgezeichnetsten Männer der teutschen, helvetischen und gallicanischen Kirchen der Reform zu fragen, ob sie sich, wenn der 8. December das große Aergerniß

gebiehrt, zu London oder etwa im Haag vereinigen wollten, um die kurze Ansprache an die Gesammt-Kirche Christi auf Erden zu besprechen und eine Fassung vorzubereiten.

Siegt der Papst mit der Mehrheit, die er schon hat (und an deren Sieg unpartheyische Katholiken [wie z. B. Olfers] nicht zweifeln), so kommt dieser Generalcongreß auf das Christfest zusammen. Und auf das Osterfest (oder am Tage der Incarnation) ergeht die Ansprache und wird zuerst von allen Kanzeln der Reform verlesen. Den Brochuren-Krieg kann Niemand hindern. Er hört, nach Publication der Ansprache, aber auf, eine Gefahr zu seyn, wenn er auch, was unvermeidlich, hie und da in Blamage ausartet. Die Kirche hat gesprochen. Ihr Dach ist breit und mögen dann die Kläffer, die unter ihm wohnen, sich 'mal tüchtig beißen. Das reicht nicht an die Macht des Glockentones, der vom Gipfel des Baues her die Welt erfüllt. — Versuchen Sie selbst, mit oder ohne Hundeshagen, doch eine solche Ansprache aufzusetzen. Ich denke, daß Sie unter'm Schreiben brünstige Liebe zur Sache gewinnen werden. Das Eine aber, was Noth, höchste Noth thut, zu vermeiden, ist, daß **mein Name nimmermehr** genannt werde. Vale!"

Je ernstlicher sich der König vorbehielt, daß sein Name nicht genannt werde, um so peinlicher berührte es ihn, als er kurz darauf vernahm, daß man in England von seinen Ideen ganz offen rede. Bunsen wußte den König zu überzeugen, daß das doch nicht durch seine Indiscretion geschehen sei. Er schrieb gegen das neue römische Dogma, aber die

gemeinsame Demonstration aller Evangelischen blieb ein idealistischer Traum des Königs. Die Organe versagten ihm, auf die er am meisten rechnete; konnte er es doch in der eigenen Landeskirche zu keinem Verständniß bringen. Unter allen Differenzen, deren der Oberkirchenrath nicht Meister werden konnte, dachte er nochmals eine Generalsynode zu berufen, in der Erwartung, daß den beiden entgegengesetzten Gewalten gegenüber, dem Papstthum auf der einen, dem ungläubigen Radicalismus auf der anderen Seite, die Nothwendigkeit einer Vereinbarung in dem protestantischen Deutschland allgemein empfunden werden würde. Auch dabei hielt er die Mitwirkung Bunsens, den er nun einmal in Dingen dieser Art nicht entbehren konnte, für wünschenswürdig. Aus den Mittheilungen, die er ihm machte, lernen wir die Zwecke kennen, die er zunächst im Auge hatte; zugleich aber treten seine allgemeinen Absichten für die Kirche, fast identisch mit den früher geäußerten, nochmals hervor [1]).

„Zum Schluß eine (etwas besorgte) Frage: „Werden Sie sich zu einer Generalsynode, Ende des Frühjahrs — so Gott will! einberufen lassen?" — Ich lege den höchsten, nein, den allerhöchsten Werth darauf, daß Sie es thun. Beruhigen Sie mich bald darüber; ich **bitte** auf das Allerangelegentlichste darum. Sie sollen schon heut wissen, was ich gedenke der Synode vorzulegen.

1) Die Wieder-Anerkennung und Einführung des apostolischen Diaconats, als gewohntes Kirchen-Amt in der

1) Schreiben des Königs vom 28. Februar 1855.

Preußischen Landeskirche; 2) die Frage: welche Ehen Geschiedener dürfen nicht, können und müssen durch Geistliche von der Kirche zusammengegeben werden[1]); 3) die Folge der Stücke des Sonn-, Fest- und Communionstages-Gottesdienstes, als Band der Union unserer Kirche.

Ich hoffe, theuerster Freund, das Alles macht Ihnen alleredelsten Appetit und Sie sehen gewiß, ja nothwendigerweise ein, daß Sie dabei in optima forma **unentbehrlich** sind. In dieser schönen zuversichtlichen Hoffnung umarm' ich Sie mit den süßen Worten: Auf Wiedersehen!

Friedrich Wilhelm."

Bellevue, 10. Juni 1855.

„Mein theuerster Bunsen! Ich bin durch zweimalige An- und Rückfälle des kalten Fiebers und durch das fortdauernde europäische Fieber leider seit mehr denn Monatsfrist abgehalten worden, Ihnen die Beylage zum Gutachten zuzusenden. Es ist dies einmal die Antwort des Ober-Kirchen-Rathes auf meine Zumuthung, eine Generalsynode mit bestimmt festgesetzten Berathungspunkten (wie Sie dieselben durch mich selbst wissen) im Laufe des Jahres abzuhalten. Der Rath, den ich von Ihnen verlange, ist nicht sowohl eine Beurtheilung der Antwort. Ich sehe voraus, daß Ihnen dieselbe mehr zusagt, maaßen Sie eine ganz theologische General-Synode im Kopf habent, die allerdings weder ich, noch meine Behörde so aus dem Aermel schütteln können.

1) Der Anarchie in diesem Punkte gedenkt W. Hoffmann: Deutschland. Einst und Jetzt im Lichte des Reiches Gottes, S. 506.

Ich melde Ihnen auch, daß ich auf den „General-Superintendenten-Tag" im Oktober mit einigen freyeren Zuthaten eingehe, frage Sie nun aber, **wie** Sie glauben, daß mit diesem „Priester-Tage" eine Berathung über Einsetzung von Synoden und General-Synoden und ihre gegenseitige Handreichung und die Anbahnung einer apostolischen Kirchen-Gestaltung verbunden werden könnte?

Indem ich um Antwort bitte, bekenne ich Ihnen, theuerster Bunsen, daß meine Ansichten seit 39 stereotyp geblieben sind, (ich hoffe) nicht aus Eigensinn, gewiß aber hauptsächlich darum, weil in den Berathungen, die ich darüber in weiteren offiziellen, so wie in engen, weniger oder gar nicht offiziellen Kreisen sehr ernst und lebendig geführt habe, mir gradezu — **nichts** Erträgliches, nichts, was Hand und Fuß hatte, am wenigsten, was von Kopf zeugte, entgegengetreten ist. Ueberall sah, unter Rosen und Lilien und honigsüßem Lobe, aus Verständniß! so wie aus Mißverständniß (was leichter zu tragen ist) nichts, als das Nein hervor — ein priesterliches und priesterliebendes Nein, mit dem Grund-Ton: „Was fällt diesen Layen ein, sich um Dinge zu bekümmern, über die wir einig sind, uns nun einmal **nicht bekümmern zu wollen** — apage!" —

So aber geht das nicht fort, Theuerster. Wollen Sie mir auch nicht helfen, so helfen Sie doch der Kirche, die vielleicht in dieser Epoche und namentlich in Preußischen Landen empfänglicher für Alles das ist, als sie es — ich weiß was ich sage — seit der Reformation gewesen ist. Nur die Priester zagen und verstopfen ihre Ohren. Darum als letzte Nutz-Anwendung des Gesagten: Folgen

Sie um Gottes willen meinem Rufe, wenn er im Herbst an Sie ergehen sollte, um „Einer der Layen" zu seyn, die ich den Herren Generalsuperintendenten in nicht zu geringer Zahl zu gesellen gedenke. Bethmann-Hollweg erhält auch den Ruf. Wollen Sie sich beyde bis dahin zu verständigen suchen, so thun Sie es im Namen des HErren, „des Lebendigen und Sehenden". Wie erquicklich der Name klingt! labend wie der Trunk Ismaels aus dem gezeigten Quell.

Auf die Gefahr hin, Ihnen mehr, als Bekanntes zu wiederholen, sag' ich Ihnen, worin meine stereotypen Kirchen-Gestaltungsansichten bestehen.

1) Umgestaltung unserer Superintendenturen in Kirchen (Ecclesiae), so daß die Pfarrer die Unter-Abtheilung einer solchen Einheit sind. 2) Ein apostolischer (apostolisch-consecrirter) Aufseher, Haupt und Einheitspunkt an der Spitze jeder solchen Einzel-Kirche. 3) Wiederherstellung der beyden unzweifelhaft apostolischen Ordnungen der Kirche: Aelteste und Diener. 4) Multiplication der **Aemter** innerhalb jeder **Ordnung.** Also in der Aeltesten-Ordnung vom Bischof, Parochus und Prediger herab bis zum Missionar und anderen Send- und Congregazions-Aeltesten. — In der Diener-Ordnung aber von den wirklichen Armen-Pflegern jeder Kirche hinab durch Kranken-Pfleger und -Pflegerinnen bis zu Mitgliedern von Erziehungs- und Missions-Anstalten bis zu Commissions- und Schul-Mitgliedern und Send-Dienern. Mit einem Wort, Anwendung dieser miraculosen Ordnung auf all die Zwecke, um deretwillen die Römische Kirche „thätige **Orden**" gebraucht hat. Endlich 5) an jeder Kirche ein Regiment mit und unter dem Bischof, bestehend aus allen ordentlichen Pfarrern. 6) In jeder Kirche eine Synode, aus Layen

und Kirchen=Beamteten bestehend, vor welche wichtige Fragen des Kirchen=Regiments, wenn sie die äußere Erscheinung betreffen, gebracht werden. Unter Layen aber verstehe ich alle Vorsteher selbständiger Familien, die sich zu Kirche, Sacrament und Haus=Gottesdienst halten und sonst unsträflich vor dem Publikum wandeln.

Hier endet die eigentliche und wirkliche Gestaltung der Kirche, das Nicht=Zufällige, sondern durch die heilige Schrift und älteste Geschichte Gegebene. Ich nenne das daher gerne in meiner evangelischen Sprache „die Hierarchie". Was darüber hinausgeht, ist nicht apostolische Gestaltung, sondern entweder geographisches Arrangement oder obrigkeitliche Anordnung. Sie kennen meine Privat=Ansichten über das Kirchen=**Verfassungs**=Wesen, den Gegensatz zum ursprünglich Gegebenen und daher wesentlich Kirchlichen (zum Heiligen, **weil** ursprünglich Gegebenen). — Ich fürchte, theuerster Freund, daß in unseren kirchlichen Ansichten, bei vieler factischer Uebereinstimmung, ein Grundunterschied, und zwar in der Basirung des ganzen Gebäudes waltet. Sie wollen die Kirche frisch von unten bauen und ziehen aus unserer „evangelischen Freyheit" die Berechtigung dazu. Ich sage fest ohne Wanken meine Ueberzeugung, „daß die Kirche gebaut ist, daher kein Christ das Recht hat, einen andern Bau zu fördern, **als** den gegebenen. In den alten Kirchen ist der Bau dergestalt mit Menschenwerk beklext und unkenntlich gemacht, daß er mit dem der Lateranen Basilik zu vergleichen ist (wo alles Ursprüngliche darin steckt und nicht verhindern kann, daß die Kirche wie ein Betsaal aussieht). Wir Evangelische haben entweder eine Hütte neben der eklig gewordenen Kirche construirt oder das alte Gebäude

conservirt, den Schmuck herausgeworfen und sinnlose Einbauten gemacht. Ich sage, „wollen" „wir" „leben", so müssen wir zuerst hinein, dann die Verunstaltung hinauswerfen und, auf des HErren feste Zusage, den alten Bau zu Tage fördern. Der HErr sorgt dann wahrhaftig und gewiß dafür, daß das, was der Glaube ursprünglich gebaut und derselbe Glaube wieder zu Tage fördert, nicht vor Alter zusammenbricht, sondern wie eine unterdrückte und befreyte Pflanze wachse und gedeihe. Dixi et salvavi animam meam!"

Dem Könige lag weniger an einer allgemeinen Bestimmung über das Kirchenregiment, als an der Befolgung des apostolischen Vorbildes in den Verfassungen der einzelnen Kirchengenossenschaften, nicht ohne Herbeiziehung der Laien, und in der Durchführung des Diaconates in Armenpflege und Schule. Sein sehnlichster Wunsch war, die Population wieder mit christlichem Leben und Glauben zu durchdringen. Das ist das Wesentliche der Entwürfe, in denen er gleichsam ein kirchliches Testament für die Nachwelt hinterließ.

Bunsen bediente sich auch in späterer Zeit seines alten Vorrechts, über wissenschaftliche Angelegenheiten dem Könige seine Ansichten vorzulegen, z. B. über die Reise der Brüder Schlagintweit, wobei er wohl einmal den König bittet, Humboldt von seiner das Rechnungswesen der Reisenden betreffenden Aeußerung nichts wissen zu lassen. Er ist ein systematischer Gegner des Ministeriums Raumer, dem er Vernachlässigung verdienter Männer und Abhängigkeit von zelotischen Eiferern vorwirft. In die damaligen Vorgänge mischt er sich sehr eingehend.

Unerwartet und sehr bedeutsam erscheint er noch einmal bei der Versammlung der evangelischen Allianz. Der König wünschte auch Bunsen dabei zu sehen. In einem warmen Schreiben voll alter Freundschaft fordert er ihn auf, daran Theil zu nehmen, um der Sache willen, die ihm über jeden Ausdruck am Herzen liege, „um Ihrer Ruhmes willen, um meiner selbst willen".

„Sie müssen sich einmal wieder außerhalb des (bedenklich werdenden) engen[1]) Kreises zeigen, in dem Sie jetzt ausschließlich leben!!! Sie müssen frische Lebensluft athmen, Luft von dem Leben, das allein Leben ist, weil es das einige Leben ist, indem es vom einigen Quell des Lebens ausgeht. —

Sie müssen das Leben **da** athmen, wo eine noch unerhört große Masse freudigster Bekenner zusammenkommt, da, wo es fast sicher erscheint, daß sich eine neue Zukunft der ganzen Kirche und des evangelischen Bekenntnisses vorbereitet. Sie müssen (schon allein) durch Ihr Erscheinen den bösen Leumund tödten, der sich in ächt teutscher (in specie nordteutscher) Beschränktheit gegen Sie zu erheben beginnt und der heiligen Sache der Kirche zu schaden beginnt.

Nehmen Sie von mir als einem alten und treuen Freunde es an, daß er selbst Ihre Herreise bestreite und Ihnen im Berliner Schloß Wohnung und Unterhalt als Gastfreund gebe!"

---

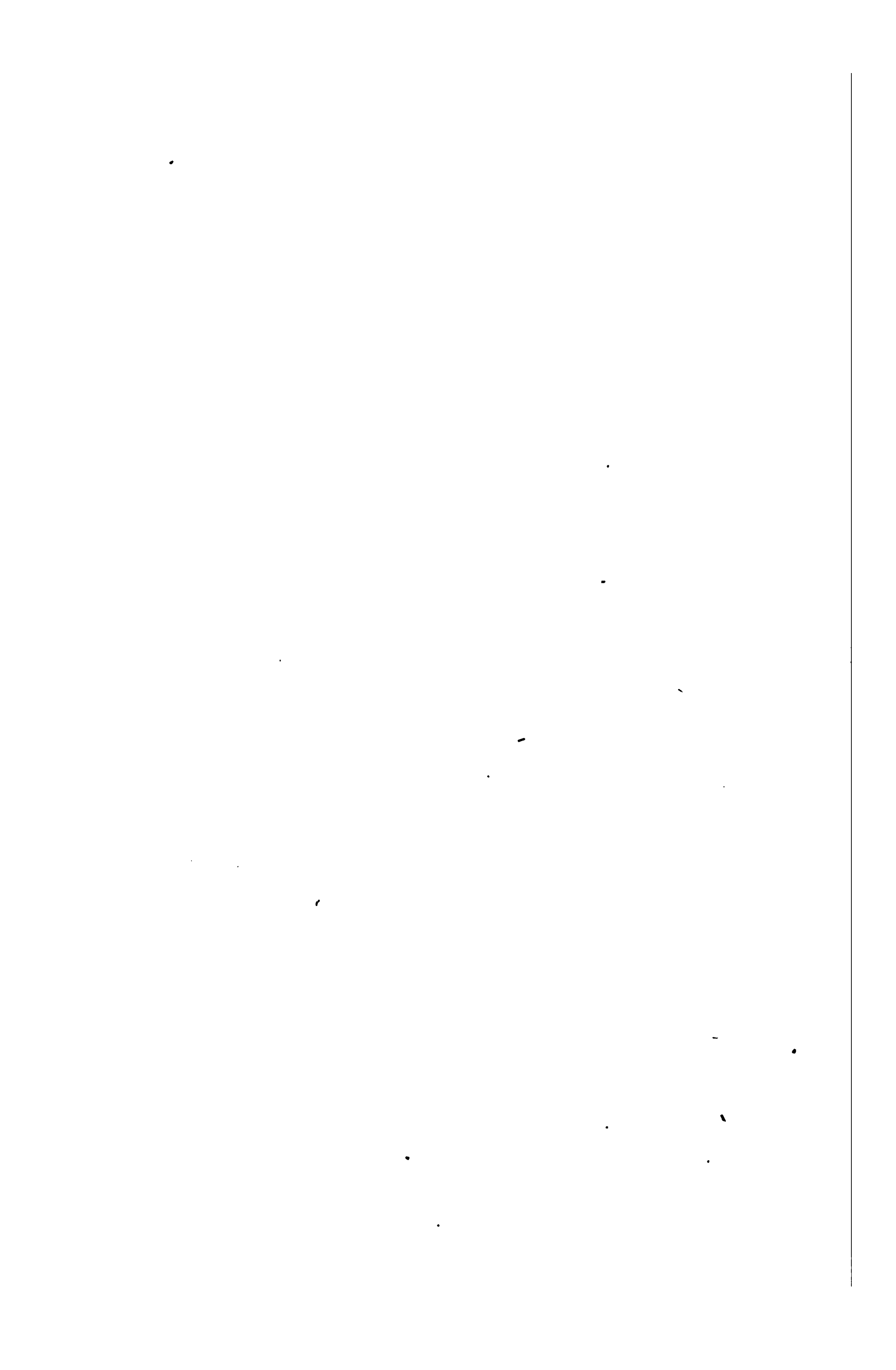
1) So im Original. Das Schreiben ist vom 5. September 1857 und im Leben Bunsens III. S. 486 bereits abgedruckt.

Bunsen erfreute sich überhaupt der altgewohnten Gunst. Es kam noch ein paar Mal zu Gesprächen von tiefer Vertraulichkeit über den inneren Ausbau der evangelischen Kirche. Der König schickte ihm Aufsätze aus der früheren Zeit über die Gestaltung der Landeskirche, um darüber mit ihm in Gegenwart eines angesehenen Geistlichen zu sprechen. Der Brief, mit dem er diese Sendung begleitete, ist vom 30. September 1857; in den Schriftzügen und selbst in der Satzfügung trägt er bereits Zeichen der Hinfälligkeit. Die Lebenskraft des Königs war damals bereits gebrochen.

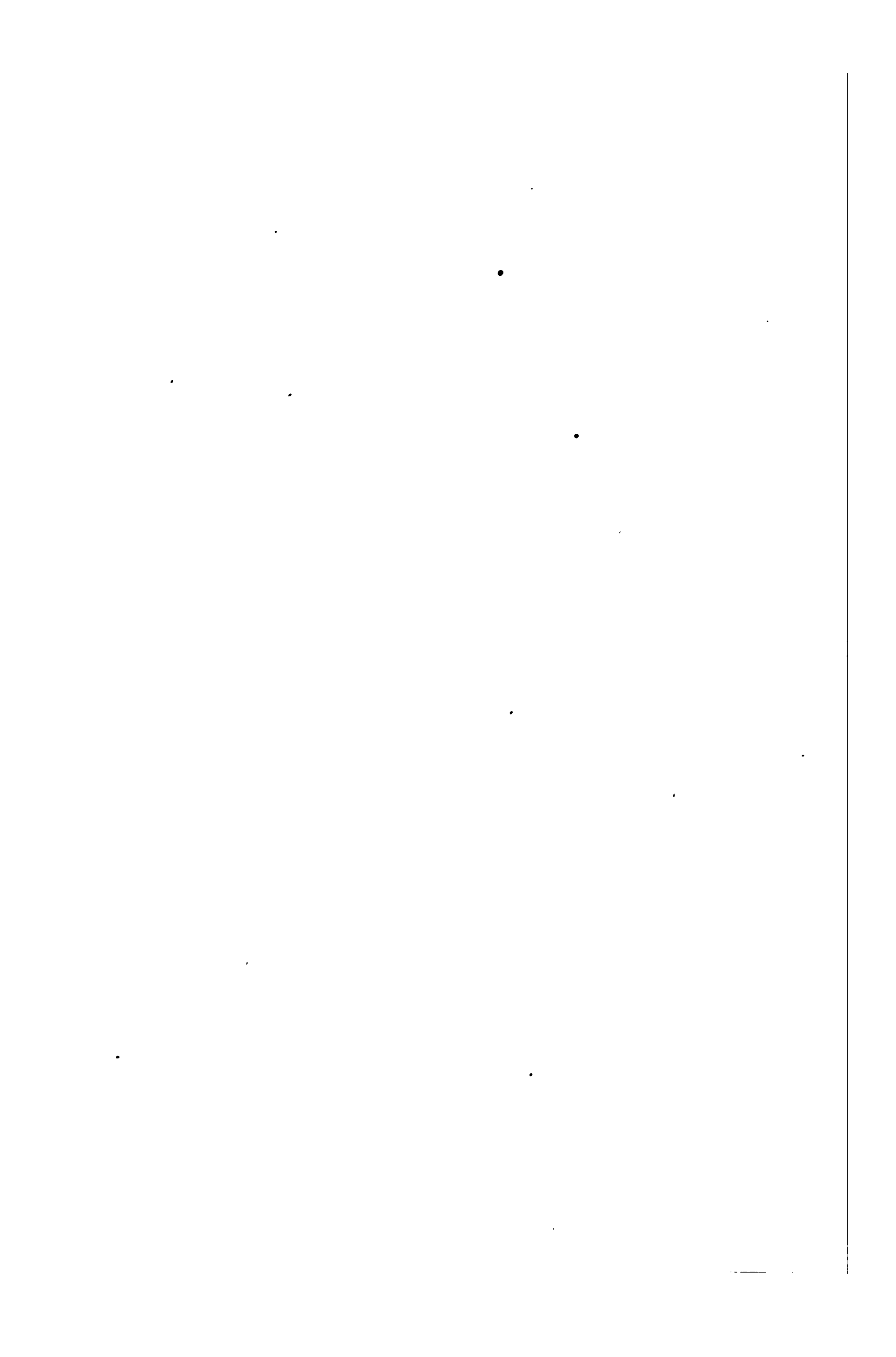
Einen gewissen Antheil daran hatte ohne Zweifel die Entwickelung der Neuenburger Angelegenheit.

Noch hatte der König seinen Anspruch auf Neuenburg keineswegs aufgegeben; alle seine dynastischen und religiösen Gefühle hielten ihn dabei fest. Die Lage der Welt war jetzt eine solche geworden, daß er die Mitwirkung der großen Mächte zur Restauration nicht erwarten durfte; aber die Getreuen von Neuenburg wollten sich nicht fügen. Auf ihre Klagen in Berlin hatte man ihnen wohl geantwortet, daß sie ihre Treue noch nicht thatsächlich erwiesen hätten. Im Jahre 1856 schritten sie zu einer Schilderhebung, die diesen Beweis vollständig enthielt. Sie meinten, stark genug zu sein, um die Unabhängigkeit des Cantons der Einheitsbewegung der Schweiz gegenüber zu behaupten. Es ist nicht wahrscheinlich, daß sie in directem Einverständniß mit der Regierung des Königs handelten, aber gewiß hätte diese nicht allein nicht conniviren, sondern sich mit allem Nachdruck dagegen setzen sollen. Denn sie konnte voraussehen, was dann gefolgt ist. Das Unternehmen scheiterte; die Gefangenschaft, in welche die vornehmsten Führer geriethen; die Unbilden, die sie dabei

erfuhren, schienen den König zu verpflichten, sich ihrer mit Anwendung der Waffen anzunehmen; die damalige Landesvertretung war sehr gewillt, dazu die Hand zu bieten. Das Wort der Zustimmung zu der königlichen Aufforderung rollte wie ein Pelotonfeuer durch den Saal. Allein unmöglich konnte man doch wegen Neufchatels einen Krieg unternehmen, der ein allgemeiner zu werden gedroht hätte. Das Gefühl mancher der wirksamsten Staatsmänner in Preußen war der Ansicht der englischen analog, daß die Politik des Staates durch die Verbindung mit Neufchatel eher gehemmt als gefördert werde. Aber in der Schweiz wollte man die Befreiung der Gefangenen nur unter der Bedingung bewilligen, daß der König auf sein fürstliches Anrecht auf Neuenburg Verzicht leiste. Nach und nach wurde er inne, daß er sich der Nothwendigkeit fügen müsse. Es ist während der letzten Anwesenheit des Königs in Marienbad im Juli 1857 gewesen, daß er seine Unterthanen von Neuenburg des ihm geleisteten Eides der Treue entband. Was er dabei empfunden hat, läßt sich ermessen. Es erfüllte seine Seele mit bitterem Schmerze. Von Marienbad kommend, verrieth er eine ungewöhnliche Aufregung. Bald darauf erreichte ihn ein erster Anfall seiner Krankheit. Noch meinte er, sie überwinden zu können, als sie ihn mit einem heftigen Schlage niederwarf, der zwar noch nicht seinem Leben, aber doch seiner Regierung ein Ende machte.



Schlußbetrachtung.



Unter den weltbeherrschenden Gewalten erscheint König Friedrich Wilhelm IV. in einer großartig eigenthümlichen Haltung und Sinnesweise, die wir wohl nicht versäumen dürfen in ihren Grundzügen und allgemeinsten Beziehungen möglichst objectiv zu vergegenwärtigen.

Die Gemeinschaft der gesammten Christenheit umfaßte er von einem freieren Standpunkt aus, als der römische Papst: die lateinische und die griechische Kirche betrachtete er als gleichberechtigte Glieder derselben; ebenso auch die protestantischen Kirchen: der Episcopalismus der Engländer, die unabhängigen kirchlichen Bildungen Nordamerikas, die Lutheraner und Calvinisten des europäischen Continents, vornehmlich in Deutschland, getrennt oder unirt, galten ihm als Bestandtheile einer einzigen zusammengehörigen Genossenschaft. In dem Glauben der Evangelischen, welcher die durch nationale Irrungen oder vorübergehende Zeitereignisse herbeigeführten Zufälligkeiten abgestreift hat, erblickte er den reinsten Ausdruck des Gedankens des göttlichen Stifters, in dessen Wesen er sich mit gläubiger Inbrunst vertiefte. Denn über seiner umfassenden Weltanschauung ging ihm das Mysterium des menschgewordenen Wortes nicht verloren. Er gestattete mancherlei Formen; auch die quäkerischen fanden seine herzliche Aner-

kennung; nur da hörte diese auf, wo der lebendige Gott nicht mehr unmittelbar angebetet und das ewige Heil aus den Augen gesetzt wurde. Von den evangelischen Grundlehren, die auf diesem Moment beruhen, durchdrungen, von ganzer Seele bibelgläubig, gab er doch keinem Hasse weder gegen Griechen noch gegen die Katholiken Raum; nur die Uebertreibungen des Papismus, die damals emportauchten, zunächst in dem Cultus der Jungfrau, erweckten seine Antipathie.

Die politische Gesinnung des Königs wurzelt in dem Kampfe gegen den ersten französischen Imperator, von dessen unterdrückender Obergewalt sich Preußen in Verbindung mit den übrigen europäischen Mächten losgerissen hatte, und der dann der allgemeinen Anstrengung, die in Preußen am stärksten und populärsten auftrat, unterlegen war. In dem Imperator haßte der König nicht sowohl die Person, als den Vertreter des revolutionären Princips, welches, indem es alle bestehenden historisch erwachsenen Ordnungen vernichtet, der Usurpation und Gewaltsamkeit Thür und Thor geöffnet habe. Die Legitimität hatte für ihn einen noch außerhalb seines Rechtes liegenden Werth darin, daß sie zu dem Widerstande den Mittelpunkt gebildet und die Völkerkräfte um sich vereinigt hatte. Er hielt für nothwendig, an den alten Ordnungen festzuhalten, die bei der Entstehung der abendländischen Staaten begründet worden waren, sich in den mannigfaltigsten Abwandelungen fortgebildet hatten und noch weiterer Fortbildung fähig schienen. Den vornehmsten Ausdruck derselben sah er in dem deutschen Reich, dessen Idee er selbst in dem Zerfall der Einheit erkannte und festhielt; er schloß sich ihr mit Hingebung an; ein vereinigtes und kampfgerüstetes Deutschland

bildete sein Ideal, zumal auch Preußen darin fast die vornehmste Rolle spielen mußte. Wie der Umfang seines Gebietes und des deutschen Bundes überhaupt in Folge des großen Kampfes bestimmt worden war; so wollte er denselben behaupten, im Verein mit den verbündeten Mächten, nicht selten wieder im Gegensatz gegen die revolutionären Gewalten.

Denn kaum war der Imperator gefallen; so regten sich die Tendenzen, die derselbe im Großen und Ganzen theilte, aber im Einzelnen niederzuhalten verstand, in freier Bewegung, gereizt durch die Mängel der versuchten Restauration, und erweckten allenthalben die Analogieen, die sie durch ihre lange und glückliche Action hervorgebracht hatten. Rußland und England wurden davon nicht unmittelbar betroffen; das erste machte den Versuch, sich gegen die Bewegung zu verschließen und sie, wie einen äußeren Feind, abzuwehren; England wollte, durch die doppelseitige Natur seiner Verfassung bewogen, sich neutral dazu verhalten.

Der neue Kampf vollzog sich in dem continentalen romanisch-germanischen Europa. Da trat in den restaurirten romanischen Ländern eine weit verbreitete revolutionäre Bewegung ein, die durch das Ereigniß von 1830 das allgemeine Uebergewicht und einen unermeßlichen Einfluß auf Deutschland erlangte.

Oesterreich und Preußen nahmen dagegen abweichende Stellungen.

Das erste, in seinen europäischen Verhältnissen bedroht, hielt sich folgerichtig auf dem Wege des absoluten Widerstandes, für den es auch sein altes Ansehen in Deutschland verwendete.

Der Zweck der preußischen Regierung, vor allem Friedrich Wilhelms IV. war dagegen, die alten Institutionen in einem den Forderungen der Zeit gemäßen Sinne auszubauen, so daß kein Antrieb übrig bleibe, durch welchen das Land nach der anderen Seite hin getrieben würde. Mit den liberalen Ideen, die ja in dem preußischen Staat namentlich durch die Städteordnung und die Gesetzgebung über das Landeigenthum Eingang gewonnen hatten, würde sich der König in verwandter Form vielleicht verständigt haben; aber in ihrem Gefolge trat noch eine andere Bewegung auf, die ihm allgemeines Verderben zu enthalten schien: die des Radicalismus und Socialismus, welche der gesammten gesellschaftlichen Ordnung den Boden unter den Füßen zu entreißen drohte, und deren Anhänger alle Offenbarung und selbst den Glauben an den lebendigen Gott von sich warfen. Diesen zu widerstehen hielt er für seine vornehmste Pflicht als Fürst, als Christ, wie als Mensch; er verwarf das liberale System, weil er keine greifbare Grenze zwischen den Grundbegriffen der Liberalen und Radicalen entdecken konnte: in der Verbindung von beiden sah er die Gefahr der gebildeten Welt.

Indem Friedrich Wilhelm IV. diesen Elementen ein unüberwindliches Bollwerk entgegenzusetzen beschäftigt war, wurde er von ihnen überrascht und mußte ihnen weichen.

Seine Regierung wird durch den 18. März in zwei verschiedene Perioden geschieden, in denen er doch die Identität seiner Gesinnung bewahrte.

Denn auch in der zweiten blieb er weit entfernt, den revolutionären Tendenzen, die so häufig den constitutionellen Formen verbunden sind, nachzugeben. Er hätte

sonst einfach die belgische Verfassung herübergenommen und sich den Anschauungen der Frankfurter Versammlung angeschlossen.

Daß er es nicht that, kann als die vornehmste Handlung, wenigstens als die nachwirkendste seines Lebens betrachtet werden.

Nach beiden Seiten hin erhielt er das Selbst des preußischen Staates. In der Verfassung behauptete er den Nerv des monarchischen Principes; in Bezug auf das deutsche Reich bezwang er seinen Ehrgeiz und ließ sich nicht durch den geheimen Wunsch seines Herzens dazu verführen, das Princip zu verleugnen, welches er bekannt und auf seine Fahne geschrieben hatte.

Dazu gehörte ein Mann von der idealen und doch strengen, der im Einzelnen biegsamen und im Ganzen festen Gesinnung, von der geistvollen, aber in die Institutionen und das Leben alter Zeit versenkten Weltauffassung, die ihm eigen waren. Eine Ueberzeugung von einer Nachhaltigkeit und Tiefe, wie sie ihm innewohnte, war erforderlich, um die conservativen Grundsätze, die aus einer großen Vergangenheit stammten, nicht untergehen zu lassen für Zukunft und Welt.

Dabei ist nun aber nicht zu verkennen, daß zwischen seinen Ideen und ihrer praktischen Durchführung, bei den ganz veränderten Umständen ein weiter Abstand eintrat; sein nach vielen Richtungen hin anstrebender Geist bildete eine neue Schwierigkeit für die Verwaltung. Mit der verdienstvollen Bureaukratie, die er vor sich fand, konnte er sich nie verständigen, da er sie unaufhörlich nach einem Sinne lenken wollte, der nicht der ihre war. Dieser Widerstreit gab

seiner Regierung den Charakter der Unsicherheit und des Schwankens; aber die Entwickelung der inneren Lebenskräfte hat dabei nicht gelitten.

Wenn man sich des Zustandes erinnert, in welchem er die Regierung übernommen hatte, — mit patriarchalischer Fürsorge waltend, aber zugleich trocken und einseitig gebieterisch, — wie war unter ihm Alles so ganz verändert, von Leben und eigener Regsamkeit erfüllt, freilich nicht ohne tiefe Gährung.

In der Politik kann man überhaupt zwei Directionen unterscheiden: das Ergreifen der beherrschenden Ideen und die Verwaltung der laufenden Geschäfte. Glücklich der Regent, für den beide zusammenfallen und ein einziges Ganze bilden.

An Friedrich Wilhelm IV. tadelten die Mitlebenden, daß er die jeweiligen Zeitumstände nicht entschlossen genug benutze, so daß er mit alle den Mitteln, über die er verfügen könne, doch nichts ausrichte; seine auf Zustände der Vergangenheit begründete Doctrin hindere ihn, in die Fragen des Tages energisch einzugreifen, und gebe seiner Thätigkeit selbst eine falsche Richtung; sein stetes Schwanken mache jeden Erfolg unmöglich und entziehe ihm das allgemeine Vertrauen. Und so mag es scheinen, wenn man die Verhandlungen, soweit sie bekannt wurden, in ihren Einzelheiten auffaßt und danach urtheilt. Der Briefwechsel aber, von dem wir einen Auszug mitgetheilt haben, und der sich in die Höhe der maßgebenden Gedanken erhebt, führt doch zu einer anderen Ansicht.

In der Mitte der mit einander ringenden Weltkräfte, die einander das Gleichgewicht hielten, war für den preußischen

Staat eine neutrale Politik geboten, nicht eigentlich um das Gleichgewicht zu erhalten, sondern vor Allem um sich selbst zu behaupten. Erwägungen von religiös-moralischem Inhalt über Recht und Unrecht der streitenden Parteien oder Staatsgewalten übten Einfluß auf die Entschließungen Friedrich Wilhelms. Aber überdies hatte er jeden Augenblick das lebendigste Bewußtsein seiner eigenen Stellung, die ihm Rücksichten und selbst Nachgiebigkeiten auferlegte. Und immer schwebte ihm die Bedeutung des Momentes für die Zukunft vor Augen. Die Welt sah in seinem Verhalten häufig charakterlose Oscillation und Unentschlossenheit, nicht die dabei doch immer vorwaltende einheitliche Direction. Heut zu Tage aber ist es möglich, den Blick über den momentanen Eindruck hinaus auf das Constante in der Politik des Königs zu richten. Dann treten doch, wenn wir uns nicht täuschen, die Wirkungen derselben für den preußischen Staat und Deutschland als überaus bedeutend hervor: der heutige Zustand beruht großentheils darauf.

Ein unendlich wichtiger Schritt war es doch, daß er die absolute Monarchie, wie er sie von seinen Vorfahren überkommen, mit einer ständischen und deliberativen Institution in Verbindung brachte, die, wie sie sich auch entwickeln mochte, allemal der monarchischen Gewalt Schranken gezogen haben würde. Er kam damit nicht zu dem Ziele, das ihm vorschwebte; die liberalen und selbst die demokratischen Ideen gewannen die Oberhand. Dann war es seine vornehmste Absicht, in der neuen Verfassung die wesentlichen Bedingungen der Monarchie zu retten. Ihm vor Allem gehören die Bestimmungen der Verfassung an, die das finanzielle Bestehen des preußischen Staates von der Fluctuation der Parteien und dem jewei-

ligen Uebergewicht der Opposition unabhängig machen: dem Königthum hat er seine unmittelbare Autorität über das Heerwesen gesichert: man darf darin wohl die beiden Grundpfeiler der Monarchie in dem constitutionellen Preußen erkennen.

Indem Friedrich Wilhelm IV. die Kaiserkrone unter den Bedingungen und Umständen, unter denen sie ihm angeboten wurde, ablehnte, hat er doch die Erwerbung derselben in anderen Formen unter einer veränderten Weltlage möglich erhalten und selbst angebahnt. Sein Grundgedanke, einen Bundesstaat zu Stande zu bringen, unabhängig von Oesterreich, aber nicht feindselig gegen diese Macht, hat sich nach den großen Kämpfen, die seitdem ausgefochten worden sind, zuletzt realisirt. Er beherrscht gegenwärtig die Situation von Deutschland und Europa.

Mit dem zweiten französischen Imperator in unmittelbaren Hader zu gerathen, vermied Friedrich Wilhelm IV. sorgfältig und rücksichtsvoll; aber in dem Auftreten desselben auf den Grund der revolutionären und militärischen Erinnerungen, in den inneren Trieben der Dinge, von denen die Macht des Gebieters sich herschrieb, und die ihn fortreißen konnten, selbst ohne seinen Willen, erblickte er eine Gefahr für den territorialen Bestand von Europa und Deutschland, vor Allem auch des preußischen Staates. In der Voraussicht eines bevorstehenden Kampfes suchte er ein der alten Bundesgenossenschaft entsprechendes Verhältniß zu Rußland aufrecht zu erhalten. Das Verdienst, das er sich in einem gefährlichen Augenblick um dieses Reich erwarb, hat für den preußischen Staat, als es zu dem vorausgesehenen Angriffe kam, segensreiche Frucht getragen.

Sein ganzes Leben hindurch ist Friedrich Wilhelm bemüht gewesen, in freundschaftlicher Verbindung mit England zu stehen, ohne sich von vorübergehenden Wechselfällen in der Politik der verschiedenen Ministerien zurückstoßen oder fortreißen zu lassen. In einer glücklichen dynastischen Verbindung hat dies Bestreben seinen Abschluß gefunden; es hat zu einem besseren Verständniß der Nationen und Regierungen geführt.

Mit alle dem gelangte Friedrich Wilhelm IV. noch nicht in eine feste und gesicherte politische Lage.

Nach jener Abkunft von Olmütz gestaltete sich das Verhältniß zu Oesterreich in dem wiederhergestellten Bunde unerträglich für Preußen und Deutschland. Sollte das Ziel erreicht werden, das Friedrich Wilhelm IV. angestrebt hatte: die Errichtung und Leitung eines Bundesstaates, so mußte man den vorwaltenden Meinungen einen Schritt näher treten; denn sie hatten doch auch ihrerseits eine historische Berechtigung und waren zu tief gewurzelt und zu mächtig, um ihnen nicht Rechnung zu tragen; überdies mußte man sich entschließen, mit Oesterreich zu brechen.

Wenn wir recht unterrichtet sind, so war der König am Ende seiner Tage dazu geneigt. Er hatte Alles versucht, um mit Oesterreich Hand in Hand zu gehen; aber vergeblich. Für jenen Entwurf zu einer Expedition nach der Schweiz versagte Oesterreich seine Zustimmung, wenn sie auch nicht weiter gehe, als zur Herstellung des preußischen Königshauses in Neuenburg. In den deutschen Angelegenheiten kam es so weit, daß der König in Wien erklären ließ, seine Nachgiebigkeit habe ihre Grenzen; wenn Oesterreichs Verhalten mit der Pflicht collidire, die er als König von Preußen

für Deutschland habe, so werde er nicht weichen. Er hat das bedeutungsvolle Wort ausgesprochen: es könne wohl geschehen, daß die beiden Mächte am weißen Berge — er zielt auf jene Schlacht von 1620 — noch einmal ihre Kräfte messen würden. Seine Reise nach Wien im Jahre 1857 war darauf berechnet, die Zwistigkeiten zu beseitigen. Es gehörte zu den schmerzlichen Eindrücken seiner letzten Tage, daß er das unmöglich fand. Männer, die ihm nahe standen, versichern, er habe sich ernstlich mit dem Gedanken beschäftigt, den Kampf aufzunehmen. Ihm war es jedoch nicht beschieden, den alten Antagonismus, dessen Ausbruch er noch zurückgehalten hatte, zur Entscheidung zu bringen: denn nur einen Moment in der Geschichte bildet ein einzelnes Leben.

Pierer'sche Hofbuchdruckerei. Stephan Geibel & Co. in Altenburg.

